

Sicherungsverfilmung

Landesarchiv Berlin

# **Preußische Akademie der Künste**

**Band:**

**I /**

**184**

**- Anfang -**

Beschäftigte

PrAdK

Akademie der Künste, Archiv  
Preußische Akademie der Künste

I/184

26, 1-150

PREUBISCHE AKADEMIE DER KÜNSTE

Beschäftigte

---

---

---

Laufzeit: 1944 - 1949

Blatt: 333

Alt-Signatur: Reg. IV - B 1 - Bd. 6

**Signatur: I/184**

Akademie der Künste zu Berlin

S. Nr. 450/49/KB/Sw

Berlin-Charlottenburg 2  
Grolmanstr. 70/72  
Tel. 325061 - 25 -  
29. Dezember 1949

An die  
Abteilung Volksbildung  
Berlin-Charlottenburg 9  
Soorstr. 60

Betr.: Erreichung der Altersgrenze

Wir teilen mit, dass sich unter den Angestellten der  
Akademie keiner befindet, der in der Zeit vom 1. Janu-  
ar bis zum 30. Juni 1950 das 65. Lebensjahr vollendet.

Im Auftrage

B1



Magistrat von Gross-Berlin Berlin W 15, den 3. Dez. 1949  
Abt. Personal und Verwaltung Kurfürstendamm 25  
- Hauptpersonalamt - Fernruf: 91 02 41

App. 73  
Kasse Berlin  
1949 \* 20 DEZ 1949  
Ant.

HPA II

An die Magistratsmitglieder  
die Bezirksämter  
die Behörden und Dienststellen der HV.  
die Anstalten und Eigenbetriebe der HV.  
das Kammergericht  
den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht  
den Herrn Polizeipräsidenten

Verbot der Wiedereinstellung der für die öffentliche  
Verwaltung ungeeigneten Angestellten

In letzter Zeit ist es einigen Angestellten, die aus  
einem in ihrer Person liegenden Grunde aus dem öffentlichen  
Dienst entfernt werden mussten, gelungen, eine Wiederverwen-  
dung bei einer der Dienststellen der Gebietskörperschaft Gross-  
Berlin zu finden. So hat es kürzlich ein Angestellter, der von  
einem städt. Schulanfänger wegen mangelnder Lehrbefähigung entlassen  
worden ist, verstanden, sich eine Stelle in einem anderen Schul-  
amt zu verschaffen. Derartige Fehlgänge dürften insbesondere  
darauf zurückzuführen sein, dass der Lebenslauf der Bewerber  
nicht genügend auf seine Vollständigkeit geprüft und der Nach-  
weis der einzelnen Verdienstzeiten, insbesondere über die letzten

b.w.

31

4 Jahre nicht immer gefordert wurde.

Wenn auch heute nicht immer der Nachweis über jede frühere Tätigkeit durch Zeugnisse erbracht werden kann, so müssen doch für die nach 1945 zurückgelegten Beschäftigungszeiten lückenlose Unterlagen gefordert werden. Es wird trotzdem häufig möglich sein, auch über die nicht durch Bescheinigung und Zeugnisse belegten Vordienstzeiten in geeigneter Weise Klarheit zu schaffen.

Wir bitten Sie, künftig dafür zu sorgen, daß bei Neueinstellungen die Unterlagen sorgfältig geprüft werden, um zu vermeiden, daß Angestellte, die von einer anderen Stelle der Gebietskörperschaft aus oben näher erläuterten Gründen entlassen worden sind, wieder eingestellt werden.

Thouner

*Dr.  
Berlin, d. 29. August 1949*

*Dr. Hoff  
Berlin, d. 10. August 1949*

#### Es gibt noch keine Beamten

Der Magistrat teilt mit, daß der Fall Dr. Franzmeyer zu einer Fülle von Zuschriften an das Hauptpersonalamt geführt hat, in denen von ehemaligen Beamten Ansprüche gestellt werden, die teilweise unbegründet seien. In einem Fall habe ein ehemaliger Beamter, der vor der Kapitulation bei einem Finanzamt beschäftigt war, gegen den Magistrat geklagt, um diesen zu veranlassen, ihn weiter zu beschäftigen oder die ihm zustehende Pension zu zahlen. Das Bezirksverwaltungsgericht des britischen Sektors hatte im vorigen Monat diese Klage abgewiesen.

Als Entscheidungsgründe dafür wird u. a. angegeben, daß die Besatzungsbehörden es bisher stets gebilligt haben, wenn Arbeitskräfte beim Magistrat lediglich im Angestelltenverhältnis beschäftigt werden. Auch haben die Besatzungsmächte eine Übernahme der in der ehemaligen Reichsfinanzverwaltung beschäftigten Beamten in ein Beamtenverhältnis zur Stadt Groß-Berlin bisher abgelehnt. Da in Berlin Arbeitskräfte grundsätzlich nur im Angestelltenverhältnis neu eingestellt werden, muß die Rechtslage anders beurteilt werden als in Westdeutschland.

*Dr. von Jabs  
Berlin, d. 16. August 1949*

#### Dr. Franzmeyer erhielt die erste Rate

Der Magistrat hat jetzt dem ehemaligen Amtsarzt von Spandau, Dr. Heinrich Franzmeyer, den Betrag von 177,64 D-Mark überwiesen und damit dem Urteil des Kammergerichts entsprochen. Es handelt sich dabei um die erste Summe des Unterschiedsbetrages zwischen seinem Angestelltengehalt und dem von ihm aus dem Beamtenverhältnis eingeklagten Beamtengehalt. Dr. Franzmeyer, der seit 1929 im Dienste der Stadt als Beamter stand, war Ende 1947 entlassen worden. Es war ihm gelungen, vor den Gerichten durch mehrere Instanzen seinen Standpunkt durch-

zusetzen, daß er nach wie vor Beamter und als solcher nicht kündbar sei.

Der Magistrat hatte bisher die Ansicht vertreten, daß die alten Beamtengesetze nicht mehr gültig seien und infolgedessen die Ansprüche Dr. Franzmeyers abgelehnt. Das Kammergericht entschied jedoch in diesem Jahre in letzter Instanz, daß die Beamtengesetze bisher nicht außer Kraft gesetzt worden seien und verurteilte den Magistrat zur Nachzahlung des Gehaltes bis zum Einklagetermin (31. 1. 1948). Trotzdem verweigerte der Magistrat die Zahlung, weil hierfür keine Etatmittel vorgesehen seien, so daß Dr. Franzmeyer einen Pfändungsantrag gegen den Magistrat einreichte.

Mit der jetzt erfolgten Zahlung der abgewerteten Gehaltssumme bis zum 31. 1. 1948 hat der Magistrat das Urteil des Kammergerichts anerkannt. Außerdem hat Dr. Franzmeyer kürzlich eine weitere Klage auf Nachzahlung seines Gehaltes vom 1. Februar 1948 an bis jetzt in Höhe von 16 700 DM eingereicht.

Reichsschuldenverwaltung

- Schulbuch -

( ) Kto.Abt. Nr.

Berlin W 15, den  
Ordnungs-Nr. 3/3/49

Das - Die - in dem Deutschen Reichsschuldbuch auf  
ihrem - dem - obenbezeichneten Konto

eingetragene(n) Auslösungsrecht(e) über  
und zwar

Buchstabe	Gruppe	Nr.	Wahr	RM	Rpf.
"	"	"	"	"	"
"	"	"	"	"	"

ist - sind - in Oktober d.Js. geboren worden.

Diese(s) Auslösungsrecht(e) und ein gleiches Be-  
trag: Anleiheablösungsschuld werden daher vom obigen Konto  
Anlage Auslösung mit Air von d. es. gelöst  
werden, auf dem Konto können alsdann noch verbleiben

RM Auf Anleiheablösungsschuld und

RM Rpf Auslösungsrecht(e)

Der am . . . . . fällig werdende Auslösungs-  
betrag in Höhe von RM Rpf setzt sich zusam-  
men aus dem fünffachen Nennbetrag des - der - Auslösungs-  
recht nebst 4 1/8 von Hundert Zinsen für die Zeit vom  
1. Januar 1926 bis d. es.

2P.

Reichsschuldenverwaltung

( St. )

Berlin, den  
gez. Unterschrift

Magistrat von Groß-Berlin  
Abteilung Personal und Verwaltung  
- Hauptpersonalamt -  
HPA VII

Berlin W 15, den 22. Nov. 1949  
Kurfürstendamm 25, II  
Tel.: 91 02 41, App. 57  
Zimmer 106

Nr. 5/49

Akademie der Künste Berlin  
Nr. 420 \* 27.02.1949

An die Magistratsmitglieder,  
sämtliche Magistratsabteilungen,  
die Bezirksämter, Abt. Personal und Verwaltung,  
die Anstalten und Eigenbetriebe der Hauptverwaltung,  
die städt. und überwiegend städt. Gesellschaften  
(Gasag - Personalstelle,  
Wasserwerk (zweifach),  
Polizeipräsidium (neunfach),  
die ehem. Reichs- und Staatsbehörden,  
die jetzt dem Magistrat angegliedert sind,  
den Kammergerichtspräsidenten,  
den Chefpräsidenten des Landgerichts (sechsfach),  
den Disziplinarausschuß und die Disziplinarkammer,  
den Hauptbetriebsrat.

Betr.: Veröffentlichung von arbeitsrechtlich wichtigen  
Entscheidungen.

In der Anlage übersenden wir Ihnen eine weitere Folge arbeits-  
rechtlich wichtiger Entscheidungen des Landesarbeitsgerichts-  
und

und Arbeitsgerichts von Groß-Berlin sowie das  
Disziplinarausschusses und der Versorgungsschieds-  
stelle der Gebietskörperschaft Groß-Berlin.

Im Auftrage:

L a n g e

*H.  
Joh.  
Berlin, 12. P. August 1949  
H.  
A*

1.) Urteil des Landesarbeitsgerichts von Groß-Berlin  
vom 9.8.1949 - 2 LAG 154/49.

Wendet ein leitender Angestellter ein Jahreseinkommen auf,  
um ein Strafverfahren wegen des Ankaufes von freien Spitzen  
zur Erledigung zu bringen, ist der Magistrat zur fristlosen  
Entlassung dieses Angestellten berechtigt.

Aus den Entscheidungsgründen:

Der Kläger, der Inhaber einer ausgesprochenen Vertrauens-  
stellung war, hat sich, wie von ihm zugegeben ist, bereitge-  
funden, einen Betrag von nicht weniger als RM 10.500.- zu  
zahlen, um ein Strafverfahren wegen des Ankaufs angeblich  
"freier Spitzen" in Mecklenburg zur Erledigung zu bringen.  
Dabei mag es gewiß sein, daß der Kläger, wie er geltend  
macht, in der Tat kein unvermögender Mann ist. Immerhin kann  
aber selbst für ihn ein Betrag von RM 10.500.- unter den  
angegebenen Umständen k e i n e s f a l l s eine Bagatelle  
gewesen sein. Denn, wie er selbst geltend macht, hat er stets  
als reeller Geschäftsführer seinen verantwortungsvollen  
Dienst wahrgenommen. Dann bedeutet aber ein Betrag von RM  
10.500.- für ihn nichts geringeres, als tatsächlich das  
Nettoeinkommen rund eines ganzen Jahres für seine sehr ver-  
antwortungsvolle Tätigkeit in Diensten des Magistrats. Nach  
den Erfahrungen des täglichen Lebens gibt aber unter solchen  
Umständen kein Mensch ein so schwer zu verdientes Geld  
einfach um deswillen hin, weil er von seinem R e c h t Ge-  
brauch gemacht hat, in geringer Menge sogenannte freie  
Spitzen auf dem Lande zu erwerben. Vielmehr weisen in sol-  
chem Falle die Erfahrungen des täglichen Lebens ganz andere  
Wege. Denn wer so schwer sein Geld verdienen muß, wie es  
für den Kläger hier der Fall war, der versucht auch mit  
allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln sein Recht (auf freie  
Spitzen) tatsächlich durchzusetzen. Er kämpft dann um sein  
Recht, und er tut es selbst dann, wenn es ihn ein paar Tage  
Untersuchungshaft kostet. Jedenfalls gibt er aber nicht  
stattdessen sinnlos ein ganzes Jahreseinkommen hin! Statt-  
dessen hat der Kläger, wie er glauben machen will, jenen  
Weg gewählt, den sonst kein anderer Mensch gewählt haben  
würde in d e r Situation, in der er sich angeblich be-  
funden hat. Denn er zahlte in der Tat ein ganzes Jahres-  
einkommen, um eine Angelegenheit zu erledigen, die nach  
seinem Vortrag die Verwirklichung eines klaren Rechts auf  
"freie Spitzen" darstellte. Dann kann aber die Schluß-  
folgerung aus dem, was geschehen war, bzw. angeblich ge-  
schehen ist, nur dahin gehen, daß hier der Kläger in Wahr-  
heit etwas zu verbergen hatte, und zwar etwas, was hin-  
reichend belangreich für ihn war, daß ihm mit anderen  
Worten daran lag, eine Angelegenheit unbemerkt zu erledigen,  
deren geräuschloses Erledigung für ihn von besonderem  
Interesse war. Diese Angelegenheit war dann aber N i c h t  
der Ankauf freier Spitzen, sondern diese Angelegenheit  
war vielmehr der verbotene Erwerb solcher Gegenstände,  
die unter gesetzlich geordneter Verbrauchsregelung standen.

Einem



Einem Mann von der Stellung des Klägers darf aber derartiges nicht widerfahren. Verstöße gegen die Verbrauchsregelung sind gerade bei seiner Stellung einfach untragbar und bedingen zu seinen Lasten die Voraussetzungen für eine fristlose Entlassung. Der Beklagten kann die Weiterarbeit mit dem Kläger - wie es in dem Kündigungsschreiben heißt - wegen der Art der von ihm begangenen Handlung nicht zugemutet werden.

2.) Urteil des Landesarbeitsgerichts von Groß-Berlin vom 6.10.1949 - 4 LAG 278/49.

Bei einem Schwerarbeitsbehinderten ist nach der Anordnung der Militärten Kommandantur vom 20.12.1945 zur Entlassung die Zustimmung des Hauptamts für Arbeitseinsatz erforderlich.

Der Ausdruck "Entlassung" bedeutet hier nicht den Realakt des Ausscheidens, sondern die Kündigung.

Aus den Entscheidungsgründen:

Die Anordnung vom 20.12.1945 ist eine ausgesprochene Schutzregelung für die schwerbeschädigten Arbeiter. Wollte die Berufungsklägerin den Standpunkt einnehmen, der Gesetzgeber habe diesen Schutz der Körperbeschädigten in einem geringeren Umfange nur noch gewähren wollen, als er in § 13 Schwerbeschädigtengesetz umrissen war, so hätte sie zur Begründung dieser einschneidenden Veränderung im Status der Körperbeschädigten gewichtigere Momente anführen müssen als den Hinweis auf die Verwendung unterschiedlicher Ausdrücke, wobei, der Berufungsklägerin nicht darin beigelegt werden kann, daß mit dem Wort "Entlassung" etwas anderes gemeint war als die Kündigung. Verwendete man den Begriff "Entlassung" in Ziffer 7 der Anordnung vom 20.12.1945 im Sinne der Auffassung der Berufungsklägerin mit der dann zwingenden Folge, daß § 13 Schwerbesch. Ges. nicht mehr gelte, so würde es an einer Vorschrift darüber fehlen, wann der Arbeitgeber die Zustimmung beantragen müßte; er hätte es also in der Hand, die Zustimmung auch erst nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu erwirken. Dieser Gedankengang veranschaulicht die Unmöglichkeit des Standpunktes der Berufungsklägerin. Ebensowenig ist zu erkennen, daß die Verweisung auf die Formulierung der Ziffer VI der Magistratebekanntmachung vom 24.5.1948 die Auffassung der Berufungsklägerin bestätigen soll. Zwar wird darin von der Entlassung der Schwerbeschädigten gesprochen. Aber einmal wird damit nur der in Ziffer 7 der Anordnung vom 20.12.1945 gewählte Ausdruck wieder aufgenommen, zum anderen zeigt ein Blick in die Magistrateanordnung vom 24.6.1948 (VOBl. Groß-Berlin S. 355), daß der Magistrat unter einer Entlassung auch wieder nur die Kündigung versteht. Denn in Ziffer 2 aaO. wird unter a) ausdrücklich von der Kündigung gesprochen; unter b) aaO. wird das Antragsverfahren geregelt, wobei mit dem dort gebrauchten Ausdruck die nach a) einwilligungspflichtig gemachte Kündigung gemeint ist.

Somit

Somit ist ein Widerspruch zwischen der Anordnung vom 20.12.1945 und dem § 13 Schwerbesch. Ges. hinsichtlich der Notwendigkeit, für die Kündigung eines Schwerbeschädigten die Zustimmung der VAB. einzuholen, sowie bezüglich des Beginnes der Kündigungsfrist nicht zu erkennen. Der Umstand, daß die Berufungsklägerin wegen der Spaltung der VAB. erst am 27.1.1949 die Zustimmung beantragen konnte, kann sich nicht zu Lasten des Berufungsbeklagten auswirken. In zutreffender Anwendung der Vorschrift des § 13 Schwerbesch. Ges. ist der Vorderrichter zu dem Ergebnis gelangt, daß die Kündigungsfrist erst am 30.8.1949 ablief.

3.) Urteil des Arbeitsgerichts von Groß-Berlin vom 29.9.1949 - 19 Arb. 359/49.

- a) In Kassengeschäften ist eine ganz besondere Sorgfalt erforderlich.
- b) Für die arbeitsgerichtliche Entscheidung ist es unbeachtlich, ob im Strafverfahren ein Verschulden des Angestellten festgestellt wird oder nicht.

Aus den Entscheidungsgründen:

In Kassengeschäften ist eine ganz besondere Sorgfalt erforderlich, die der Kläger in der Kassenführung nicht beachtet hat. Es handelte sich bei den Aufgaben der Auftragskasse nur um Auszahlungen, weshalb eine besondere kassentechnische Vorbildung nicht unbedingt Voraussetzung für die Ausübung der Tätigkeit ist. Der Kläger ist seit dem 22.11.45 als Verwaltungsangestellter tätig und musste deshalb der einfachen Tätigkeit des Kassierers gewachsen sein, oder er hätte der Übernahme des Postens, die mit einer Höhergruppierung verbunden war, widersprechen müssen. Auch der mit Kassengeschäften nur wenig Vertraute weiß, daß Tagesabschlüsse nicht mit den vom Gegenbuchführer festgestellten Ergebnissen abgestimmt werden dürfen, sondern der tatsächliche Istbestand festzuhalten ist, um Differenzen schnell aufzuklären. Gegen diese wichtigste Verpflichtung eines Kassierers, die nicht besonders bekanntgegeben zu werden braucht, hat der Kläger wiederholt verstoßen und damit auch die Aufklärung des Fehlbestandes erschwert.

Es ist für die Entscheidung unbeachtlich, ob im Strafverfahren ein Verschulden des Klägers festgestellt worden oder eine Bestrafung erfolgt ist oder nicht; denn bei der fristlosen Kündigung eines Arbeitsverhältnisses ist lediglich zu prüfen, ob der Beklagten die Fortsetzung des Dienstverhältnisses noch zumutbar ist. Der Kläger hat das in ihn gesetzte Vertrauen getäuscht, als er die einfachsten Regeln einer ordnungsmäßigen Kassenführung unbeachtet und es nach den am 8.10.48 getroffenen Feststellungen über den Fehlbestand in der Kasse bis zum 16.10.48 erneut zu einem erheblichen Fehlbestand kommen ließ. Er hatte nach dem 8.10.48 Gelegenheit, seine Befähigung und sorgfältigere Bearbeitung der ihm übertragenen Aufgabe erneut nachzuweisen, hat aber restlos versagt. Nunmehr war der Beklagten keines-

falls



falls mehr zuzumuten, das Dienstverhältnis mit dem Kläger noch länger fortsetzen, weshalb die Kündigung durchaus berechtigt ist. Die vom Kläger vorgetragenen Umstände berühren den Kern der Sache nicht und können das Verhalten des Klägers nicht entschuldigen. Trotz der ungünstigen Unterbringung der Kasse und des Verbotes des Amtsleiters, Geld zu wechseln, auch trotz einer Überbelastung konnte der Kläger die Tagesabschlüsse ordnungsmäßig tätigen und durfte sie keinesfalls mit den vom Gegenbuchführer festgestellten Ergebnissen abstimmen. Die fristlose Kündigung ist deshalb gerechtfertigt.

4.) Urteil des Arbeitsgerichts von Groß-Berlin  
vom 6.10.1949 - 19 Arb. 348/49.

Wenn durch den Haushaltsplan Einsparungen bei den Personalausgaben notwendig werden und deswegen ein Personalabbau vorgenommen werden muß, widerspricht die Kündigung des Arbeitsverhältnisses im allgemeinen nicht den guten Sitten.

Aus den Entscheidungsgründen:

Die Beklagte hat das Arbeitsverhältnis des Klägers unter Einhaltung der Frist nach § 16 TOA. und mit Zustimmung des Betriebsrats gekündigt und die Kündigung damit begründet, daß Personal eingespart werden muß und die Leistungen des Klägers den an ihn zu stellenden Anforderungen nicht entsprechen. Gemäß § 620 BGB. in Verbindung mit § 16 TOA. ist die Beklagte grundsätzlich berechtigt, Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten unter Einhaltung der Kündigungsfrist aufzukündigen. Es wird aber in der Literatur und auch in der Rechtsprechung ausdrücklich anerkannt, daß auf die Willenserklärung, mit der die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses ausgesprochen wird, die Vorschriften der §§ 138, 242 BGB. Anwendung finden. Solche Willenserklärungen dürfen nicht gegen die guten Sitten verstoßen, und mit ihnen dürfen die Grundsätze von Treu und Glauben und der im Verkehr üblichen Sitte nicht verletzt werden. Der Kläger hat geltend gemacht, daß mit der Kündigung seines Arbeitsverhältnisses gegen die guten Sitten verstoßen wird, weshalb die Kündigung gemäß § 138 BGB. als unwirksam anzusehen sei.

Nach mehreren Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts, insbesondere unter 179 in Band 16 der Sammlung veröffentlicht, ist in der Kündigung eines Arbeitsverhältnisses dann ein Verstoß gegen die guten Sitten zu erblicken, wenn sie nach Inhalt, Zweck und Beweggrund den Anschauungen aller billig und gerecht denkenden Menschen widerspricht. Wenn infolge der allgemein wirtschaftlichen und Finanzschwierigkeiten in Berlin Einsparungen bei den Personalausgaben notwendig werden und deshalb ein Personalabbau vorgenommen werden muß, widerspricht die Kündigung des Arbeitsverhältnisses eines Angestellten im allgemeinen nicht den Anschauungen aller billig und gerecht denkenden Menschen. Es müßten im Einzelfalle besondere Umstände hinzukommen, die die Annahme eines Sittenverstoßes in diesem Sinne rechtfertigen. Der Kläger hat auf die Voreingenommenheit des Kassenleiters ihm gegenüber in dieser Hinsicht hingewiesen.

Aus

Aus der Aussage aller vernommenen vier Zeugen ist aber zu entnehmen, daß der Kläger, der wohl sehr sorgfältig arbeitet, mengenmäßig in der Erledigung seiner Arbeiten insbesondere mit den Angestellten nicht mitkommt, denen gegenüber er bei der Auflösung des Arbeitsverhältnisses bevorzugt behandelt werden will. Auch die von ihm benannten Zeugen bestätigen die Richtigkeit dieser Auffassung.

Desgleichen muß als zutreffend unterstellt werden, daß bei der Kündigung des Arbeitsverhältnisses des Klägers lediglich sachliche Momente ausschlaggebend gewesen sind und nicht etwa eine persönliche Voreingenommenheit des Kassenleiters gegenüber dem Kläger, sofern diese überhaupt zu unterstellen ist.

Danach ist die Kündigung des Arbeitsverhältnisses des Klägers nicht als ein Verstoß gegen die guten Sitten im Sinne der Auslegung dieses Begriffes durch das Reichsarbeitsgericht anzusehen und auch nicht zu beanstanden. Sie ist nach den Erfordernissen einer geordneten Verwaltung nicht zu umgehen und deshalb selbst dann nicht zu beanstanden, wenn sie den Kläger in seinen persönlichen Verhältnissen hart trifft.

5.) Beschluß des Disziplinarausschusses  
beim Magistrat von Groß-Berlin vom 19.9.49 - Az. 33/49.

Umwandlung einer fristlosen Entlassung in eine befristete, wenn eine ersprießliche Arbeit des Arbeitnehmers in der Verwaltung nicht mehr möglich ist.

Aus den Gründen:

Da nach alledem die gegen den Beschwerdeführer erhobenen Behauptungen nicht als erwiesen angesehen werden können, mußte die Berechtigung der fristlosen Entlassung verneint werden.

Wenn trotzdem eine Vertragsaufhebung unter Einhaltung der ausbedungenen Kündigungsfrist zu einem späteren Zeitpunkt als zulässig angesehen wird, so im wesentlichen deshalb, weil angenommen werden muß, daß die entstandenen Differenzen zwischen dem Leiter des Referats und dem Beschwerdeführer geeignet sind, eine ersprießliche Zusammenarbeit auszuscheiden. Eine reibungslose Zusammenarbeit aller Bediensteten ist aber für die Interessen der Stadt unbedingt notwendig. Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Vertragskündigung wurde deshalb gewählt, weil der Beschwerdeführer an der Verzögerung des Verfahrens schuldlos ist und ihm materielle Nachteile daraus nicht entspringen dürfen.

6.) Beschluß des Disziplinarausschusses  
beim Magistrat von Groß-Berlin vom 28.9.49 - Az. 94/49.

Wenn eine mündliche Rüge genügt, darf keine Verwarnung erteilt werden.

Aus



Aus den Gründen:

Der Betriebsrat hat zwar anerkannt, daß das Verhalten des Verwaltungsangestellten nicht korrekt war, aus ihm aber weder ein Nachteil des Beschwerdeführers noch eine Beeinträchtigung des Ansehens des Bezirksamts gefolgert werden könne und die geforderte Bestrafung daher nicht vertretbar sei. Nach seiner Ansicht könne das inkorrekte Verhalten des Verwaltungsangestellten mit einer Rüge und einer Belchrung als vollkommen gestühnt angesehen werden.

Der Disziplinarausschuß hat keine Bedenken, sich der Ansicht des Betriebsrats anzuschließen, weil die Verhandlung die Auffassung rechtfertigt, daß der Verwaltungsangestellte durch seine Handlung den Interessen der Allgemeinheit glaubte dienen zu können. Wenn er dabei auch die förmlichen Vorschriften nicht genau einzuhalten wusste, so genügt es, ihn darauf besonders aufmerksam zu machen, ohne ihn dafür aber zu bestrafen.

7.) Beschluß des Disziplinarausschusses  
beim Magistrat von Groß-Berlin vom 28.9.49 - Az. 110/49.

Der Disziplinarausschuß ist für eine Entscheidung nicht  
zuständig, wenn die Kündigung wegen ungenügender Leistungen  
des Angestellten erfolgt.

Aus den Gründen:

Tatsächlich ist auch aus den vorliegenden Unterlagen nicht erkennbar, daß die Beschwerdeführerin eine Vorschrift der Dienstordnung verletzt hat, so daß sie auch nicht bestraft werden konnte; vielmehr muß angenommen werden, daß die Bezirksverwaltung eine Verwaltungsmaßnahme getroffen hat, zu der sie sich berechtigt glaubte, weil sie der Ansicht war, daß die Beschwerdeführerin für die übernommenen Aufgaben nicht genügende Eignung besitzt.

Es ist nicht Aufgabe des Disziplinarausschusses, zu prüfen, ob und inwieweit sie hierbei die geltenden Bestimmungen der Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Gebietskörperschaft Groß-Berlin mit den Betriebsräten verletzt hat.

8.) Beschluß des Disziplinarausschusses  
beim Magistrat von Groß-Berlin vom 5.10.49 - Az. 115/49.

Verkauft eine BVG.-Schaffnerin einen bereits benutzten  
Fahrschein noch einmal, kann sie fristlos entlassen  
werden, auch wenn sie aus Not gehandelt hat.

Nach der Feststellung des Verkehrsmeisters hat die Beschwerdeführerin am 13.8.49 einen bereits benutzten Fahrschein noch einmal verkauft in der Absicht, den empfangenen Fahrpreis für sich zu verwenden.

Nach

Nach dem in der mündlichen Verhandlung festgestellten Sachverhalt kann es keinen Zweifel unterliegen, daß die Beschwerdeführerin das ihr entgegengebrachte Vertrauen zerstört und damit die Voraussetzung für eine reibungslose, vertrauensvolle Zusammenarbeit ausgeschlossen hat. Ihrem Einwand, daß sie aus Not handelte, kann keine erhebliche Bedeutung beigemessen werden, weil sie durch Inanspruchnahme der bei der BVG. bestehenden sozialen Einrichtungen der Not hätte steuern können. Ebenso wenig verdient ihr Einwand Berücksichtigung, daß durch ihre Versetzung in die Wagenwäscherkolonne ihre Verfehlung als gestühnt angesehen werden müsse und die Vertragskündigung nicht mehr zulässig sei, denn bei dieser Versetzung handelte es sich nicht um eine Bestrafung im Sinne des § 8 DDO., sondern um eine vorsorgliche Maßnahme bis zur endgültigen Entscheidung über ihre Verfehlung. Schließlich muß ihr Hinweis auf die Bestimmungen der Gewerbeordnung unberücksichtigt bleiben, weil, abgesehen davon, daß die BVG. nicht als Gewerbebetrieb angesehen werden kann, die Bestimmung des § 626 BGB. eine Ausschlussfrist im Sinne von § 123 Gew.O. nicht vorsieht.

Die Art der Verfehlung, die sich die Beschwerdeführerin hat zuschulden kommen lassen, rechtfertigt die gegen sie ausgesprochene Maßnahme. Der Beschwerdegegner muß versuchen, zu erreichen, daß die beschäftigten Schaffner bei Verrichtung ihrer Aufgaben diejenige Sorgfalt beobachten, die das Interesse eines öffentlichen Betriebes von ihnen erfordert. Es kann ihm nicht zugemutet werden, Personen zu beschäftigen, die die Gewähr für unbedingte Zuverlässigkeit nicht bieten.

9.) Beschluß des Disziplinarausschusses  
beim Magistrat von Groß-Berlin vom 19.10.49 - Az. 63/49.

Ein Vorgesetzter hat die Pflicht, sich davon zu über-  
zeugen, daß seine Anordnungen wirklich befolgt werden.

Aus den Gründen:

Nach den Aussagen der Zeugen kann aber als erwiesen angesehen werden, daß der Beschwerdeführer seine Pflicht, den ihm unterstellten Betrieb während der Nachtstunden ordnungsmäßig bewachen zu lassen, nicht zuverlässig erfüllt hat. Obwohl ihm bekannt war, daß die bestehende Verfügung, nach der die Feuerwehrmannschaft für Nachtposten abwechselnd heranzuziehen war, wegen des Einwandes des Betriebsrats gegen ihre Zweckmäßigkeit nicht durchgeführt werden konnte, hat er es unterlassen, eine andere genügende Sicherung zu treffen, sondern sich damit begnügt, dem 1. Telefonisten die Verantwortung für die Sicherheit der Feuerwache während der Nacht allein zu überlassen. Seiner Behauptung, daß der 2. Telefonist die Pflicht hatte, in bestimmten Zeitabständen Kontrollgänge während der Nacht durchzuführen, diese Pflicht aber fahrlässigerweise unterließ, kann keine erhebliche Bedeutung beigemessen werden, weil die Beweisaufnahme eindeutig ergeben hat, daß er einen entsprechenden Auftrag dem

Telefonisten

Telefonisten nicht erteilte. Daß der Beschwerdeführer selbst die Wache während der Nacht nur selten kontrollierte, kann als Folge seiner Überbeanspruchung als BDA.-Leiter angesehen werden. Es wäre aber seine Pflicht gewesen, seine Vorgesetzten auf diesen ihm an der Sorgfalt hindernden Umstand besonders aufmerksam zu machen.

Aus der Beweisaufnahme war weiter zu schließen, daß der Beschwerdeführer nicht die erforderliche Energie aufbrachte, um insbesondere die Telefonisten zu ihrer Pflichterfüllung anzuhalten. Er kann sich nicht mit Erfolg darauf berufen, daß er angenommen habe, daß seine in der Zusammenkunft der Feuerwehrmänner gegebenen Anordnungen beachtet würden. Seine Pflicht war es, sich davon zu überzeugen, daß seine Anweisungen auch wirklich befolgt werden. Dieser Pflicht ist der Beschwerdeführer hinsichtlich der notwendigen Sicherungen der Wache während der Nacht nicht in vollem Umfange nachgekommen; er muß daher die Folgen aus seiner Unterlassung tragen.

- 10.) Beschluß des Disziplinarausschusses  
beim Magistrat von Groß-Berlin vom 28.10.49 - Az. 107/49.

Eine Dienststrafe ist aus formellen Gründen aufzuheben,  
wenn dem Bestraften vor der Festsetzung keine ausreichende  
Gelegenheit zu seiner Rechtfertigung gegeben worden ist.

Aus den Gründen:

Die Einwände des Beschwerdeführers gegen die Teilung der Inneren Abteilung hat die Bezirksverwaltung zum Anlaß genommen, ihm einen Verweis zu erteilen, ohne ihn aber vorher zum Tatbestand und zu der in Aussicht genommenen Sühne zu hören und ihm Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben. Das hätte sie aber nach § 9 Abs. 2 DDO. tun müssen, denn diese Bestimmung ist zwingend.

- 11.) Entscheidung der Schiedsstelle der Gebietskörperschaft Gr.Berlin  
in Ruhestands- und Versorgungssachen vom 19.10.49  
in Sachen T i l s e ./. Hauptpersonalamt.

Anrechnungsfähige Dienstzeit auf die zur Erlangung der Versorgung erforderliche Wartezeit ist nicht

- a) die Dienstzeit im Heer (auch nicht im 1. Weltkrieg) und in den Abwicklungsstellen des Heeres,
- b) die Dienstzeit bei Behörden und Verwaltungen des ehemaligen Landes Preußen oder des Reichs, wenn dieselben nicht als selbständige Behörden oder als Teil der engeren Stadtverwaltung dem Magistrat von Groß-Berlin unterstellt und weitergeführt werden.
- c) Auch Dienstzeiten beim ehemaligen Reichsinnungsverband können nicht angerechnet werden, weil Innungen gemäß

§ 4 der 6. Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Vereinfachung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft vom 20.4.1942 keine Körperschaft des öffentlichen Rechts waren.

Die Vorschrift des § 10 der Vereinbarungen über die Versetzung der Arbeitnehmer der Gebietskörperschaft Groß-Berlin in den Ruhestand und ihre Versorgung ist ihrem Wortlaut gemäß eine Kannvorschrift. Wenn ein Antragsteller die Ansicht vertritt, daß er unter diese Vorschrift fällt, erwächst ihm ein Anspruch dahingehend, daß er von seiner Dienststelle verlangen darf, eine Entscheidung durch das Hauptpersonalamt herbeizuführen. Dieser Anspruch, und zwar nur dieser, kann vor der Schiedsstelle geltend gemacht werden. Auf die Entscheidung des Hauptpersonalamts selbst hat die Schiedsstelle im Falle des § 10 keinen Einfluß, weil die zu treffende Entscheidung nach freiem Ermessen des Hauptpersonalamts zu fällen ist.



J. Nr. 404/49/Ew.

*ab dem 1. Stk  
am 8/12  
Ew.*

Berlin-Charlottenburg 2  
Grolmanstr. 70/72  
Tel. 325061 - 25  
6. Dezember 1949

An die  
Abteilung Vollenbildung  
Berlin-Charlottenburg 9  
Soorstr. 60

Betr.: Rundverfügung Vbildg. Nr. 243  
Vergütung für Praktikanten und Lehrlinge

Bezug: Ihr Schreiben vom 29.11.1949 - Vbildg. I/1 -

Zu oben bezeichneter Rundverfügung erstatten wir **F e h l -**  
**a n z e i g e .**

Im Auftrage

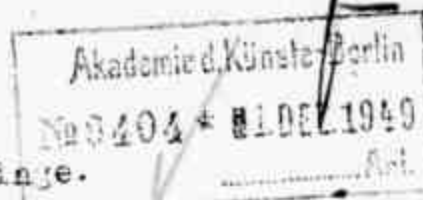
*F*

B1

Abteilung Volksbildung  
-Vbildg.-I/1-

Berlin-Charlottenburg, den 29.11.1949  
Bismarckstrasse 60, Tel. 93 03 41/181

Auandverfügung Vbildg.-I/1- 243



Betr.: Vergütung für Praktikanten und Lehrlinge.

Sie bitten sämtliche Dienststellen, die zum 10.12.1949 an Vbildg.-I/1  
einen Übersicht einzureichen, aus dem hervorgeht,

- a) wieviel Praktikanten und Lehrlinge beschäftigt werden,
- b) welche Vergütung sie für ihre Tätigkeit erhalten,
- c) auf Grund welcher Bestimmung die Vergütungen in ihrer  
jetzigen Höhe gezahlt werden.

Fehlanzeige ist erforderlich.

Im Auftrag:

H e u e l m a n n

*Dr. Franz Meyer  
Friedrich, 1. 10. November 1949*

### Magistrat zahlt an Franzmeyer

Die Gerichtsentscheidung in dem Rechtsstreit zwischen dem Magistrat und dem Spandauer Obermedizinalrat Dr. Franzmeyer, nach der der Magistrat dem 1947 entlassenen städtischen Beamten das Gehalt weiterzahlen muß, wird, wie der Leiter des Hauptpersonalamtes, Lange, am Donnerstag mitteilte, jetzt auch vom Magistrat anerkannt. In den nächsten Tagen werde Dr. Franzmeyer die ersten der ihm zugesprochenen Beträge erhalten.

*Dr. Franz Meyer  
Friedrich, 1. 10. November 1949*

### Neuer Franzmeyer-Prozeß?

Der bisherige Amtsarzt in Spandau, Dr. Heinrich Franzmeyer, hat beim Landgericht Zehlendorf einen neuen Klageantrag gegen den Magistrat eingereicht. Darin wird die Zahlung von Gehaltsbezügen im Gesamtbetrag von 16 774 D-Mark für die Zeit vom 1. Februar 1948 bis 31. Dezember 1949 verlangt.

Nr.	Des Beamten			Begründung (Errichtung der Dienstgrenze — eigener Antrag wegen Dienstunfähigkeit — Gehaltliches Auscheiden usw.)
	a) Familienname	b) Dienststelle	c) Geburtsort	
1				
2				
3				
4				

# Antrag

auf Befreiung in den Ruhestand oder Entlassung

Beamten der Reichsbefolgungsgruppe  
oder der entsprechenden Zanderbelegungsgruppe

Anlagen: mitgezeichnete Urkunde

den

193

in  
den Herrn Staatssekretär und Chef  
der Präsidialkanzlei

Berlin W 8  
Poststraße 1

(Hier Name der Person, die den Antrag stellt)

Vorstudie können von der Grundbuchverwaltung der Reichsbefolgungsgruppe in Berlin W 8, Oranienstr. 90-94, unter Nr. D 32 bezogen werden.  
D 32, Teil 2, 1. Aufl. (1935) (Veröffentlichung, Berlin)

Magistrat von Gross-Berlin  
Abt. Personal u. Verwaltung  
- Hauptpersonalamt -  
HPA I/Ausbildungsw.

Berlin W 15, den 12. Nov. 1949  
Kurfürstendamm 25  
Fernruf: 91 02 41, App.: 65, 66  
Akademie der Künste Berlin

3387 \* 23. NOV. 1949  
Hauptverwaltung, Amt

An die Dienststellen der  
die Bezirksämter - PV -  
die Körperschaften, Anstalten u. Stiftungen  
des öffentl. Rechts, Gesellschaften, ehen  
Reichs- und Staatsbehörden usw.

*Handwritten signature and date: 1. 12. 49*

Rundvfg. HPA Nr. 32

Betr.: Teilnahme von Jugendlichen an Veranstaltungen der Betriebs-  
jugend - und Gewerkschaftsjugendgruppen des Magistrats von  
Gross-Berlin.

Jugendliche Angestellte und Arbeiter bis zu 26 Jahren und Dienst-  
anwärter, die an Veranstaltungen der Betriebsjugend- oder Gewerk-  
schaftsjugendgruppen des Magistrats von Gross-Berlin teilnehmen  
wollen, können hierfür an einem Tage der Woche während der letzten  
beiden Dienststunden beurlaubt werden.  
Durch das verabschiedete Jugendschutzgesetz tritt hierdurch keine  
Änderung des RTV. bezüglich der 42- bzw. 45-Stundenwoche für Jugend-  
liche ein.

Theuner

Magistrat von Groß-Berlin  
Abteilung Personal und Verwaltung  
- Hauptpersonalamt -  
HPA II

Berlin W 15, den 14.11.1949  
Kurfürstendamm 25  
Tel.: 91 02 41 App. 73

Akademie d. Künste Berlin

№ 0385 \* 23. NOV. 1949

An die Bezirksämter  
die Dienststellen der Hauptverwaltung  
die Anstalten und Eigenbetriebe der Hauptverwaltung Anl.  
die ehemaligen Reichs- und Staatsbehörden, die jetzt dem  
Magistrat angegliedert sind.

Geschäftsstelle der Disziplinarkammer

1. Den Vorsitz der auf Grund des § 16 Ziff. 6 der Dienst- und Disziplinarordnung (s. Anl. 1 zum RTV -Dbl. I/49 Nr. 9 S.5-) gebildeten Disziplinarkammer hat der Präsident des Landesarbeitsgerichts, Adolf Oppel, mit sofortiger Wirkung übernommen.
2. Die Geschäftsstelle der Disziplinarkammer befindet sich im Hauptpersonalamt - HPA II - Berlin W 15, Kurfürstendamm 25, Zimmer 124.
3. Berufungen gegen Entscheidungen des Disziplinarausschusses sind bei dieser einzureichen, der sie an die Geschäftsstelle der Disziplinarkammer weiterleitet.

Im Auftrage  
L a n g e

*Exh. 1. 14. 11. 49*  
*1. 14. 11. 49*  
*1.*



# Bundesbeamtengesetz contra Ges

Regierung und Opposition / Von unserem Korrespondenten Heinz Mei

Boon, 23. November. — Obwohl Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer wahrscheinlich in der heutigen Plenarsitzung des Bundestages das Ergebnis seiner Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren, die allgemein als Schicksalswende für das Deutschland der Nachkriegszeit angesehen werden, bekanntgeben wird, ist man in Bonn der Auffassung, daß in dieser gleichen Plenarsitzung sich die Gemüter an einer anderen, rein innerpolitischen Frage erhitzen werden: am Beamtengesetz. Die Vorlage der Bundesregierung zu diesem Gesetz steht in der ersten Lesung im Plenum zur Verhandlung. An ihr scheiden sich die Geister der Regierungsparteien und der Opposition.

Die Regierung und die Parteien, die sie stützen, erklären, daß dieses Beamtengesetz nur ein vorläufiges Gesetz sein soll. Es bringe keine grundsätzlichen Neuregelungen und solle lediglich das bestimmen, was zur Inangriffnahme der neu geschaffenen Ministerien in Bonn erforderlich sei. Der Bundesrat als Vertretung der elf westdeutschen Länder hat in dieser Frage die Regierung beim Wort genommen, indem er einen Passus verlangte, der bestimmen soll, daß dieses „vorläufige“ Beamtengesetz spätestens am 30. Juni 1950 wieder außer Kraft gesetzt und durch ein endgültiges Beamtengesetz ersetzt werde. Die Bundesregierung hat bereits darauf geantwortet, sie halte diese Frist für zu kurz. Die Opposition stimmt darin mit der Regierung überein, wenn sie erklärt, daß dieses Beamtengesetz wirklich nicht vorläufig sei. Aber sie meint es grundsätzlich anders: sie ist der Meinung, daß angesichts der sozialen Not und der drängenden Probleme auf innen- und außenpolitischem Gebiet die Regierung ihre Energie an etwas anderes hätte wenden sollen als an dieses vorläufige Beamtengesetz. Die Opposition vertritt den Standpunkt, daß die Bundesregierung durchaus in der Lage gewesen wäre, auf Grund des zur Zeit geltenden Gesetzes Nr. 15 der Militärregierung einen Beamtenapparat zu schaffen, der arbeitsfähig und in der Lage ist, die Ministerien in Gang zu setzen.

## Auch Außenseiter

Die Regierungsparteien und das Kabinett versichern, daß in dem später zu schaffenden endgültigen Beamtengesetz neue und modernere Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollen. Bei dieser endgültigen gesetzlichen Regelung sollen, wie es offiziell heißt, „welchere Grundgedanken des Gesetzes Nr. 15 berücksichtigt werden“. Die Opposition aber befürchtet, daß diese Versicherung später nur in einer verwässerten Form verwirklicht werden wird.

Besonders bedenklich erscheint es der Opposition, der Bundesregierung durch die Annahme ihres Entwurfes im Parlament eine Blankovollmacht dafür zu erteilen, auf das alte Beamtengesetz von 1937 zurückzugreifen. Dabei würde sich ergeben, daß Männer mit 27 Jahren, Frauen hingegen erst mit 35 Jahren Beamten werden können. Damit wäre das im Grundgesetz verankerte Prinzip der Gleichberechtigung der Frau verlassen. Im Paragraphen 63 des alten Beamtengesetzes heißt es ferner, daß die Frau aus dem Staatsdienst entlassen werden muß, wenn ihre wirtschaftliche Versorgung anderweitig gesichert ist. Ein Bestandteil des alten Beamtengesetzes, das die Bundesregierung übernehmen will, ist auch das geheime Verfahren vor.

Die Regierungsparteien hingegen erklären: „Wir wünschen nicht, mit dem Gesetz Nr. 15 zu arbeiten. Wir wollen auf der alten bewährten Grundlage des deutschen Beamtengesetzes unsere Verwaltungen und unseren Staat aufbauen. Uns paßt es insbesondere nicht, daß man die alte Unterscheidung von Beamten und Angestellten beibehält. Beamte brauchen nur die zu sein, die hoheliche Befugnisse ausüben. Wenn wir jede Stenotypistin zur Beamtin machen, so belasten wir dadurch die Staatsfinanzen in einer Weise, die über kurz oder lang zu einer allgemeinen Pensionskürzung führen muß.“

Die Opposition antwortet darauf: „Wir wollen die Einheit und, in Übereinstimmung mit dem Gesetz Nr. 15, keine Differenzierung. Wir halten das Gesetz Nr. 15 zwar für reformbedürftig. Aber es ist eine gute Grundlage. Wir wenden uns gegen den Kastengeist des Beamtentums und verlangen in Übereinstimmung mit dem Paragraphen 4 des Gesetzes für die gleiche Leistung den gleichen Lohn und darüber hinaus die soziale und recht-

liche Gleichstellung. Wir wollen, daß der neue Staat ein neues Beamtenrecht bekommt und daß er sich vom Obrigkeitstaat zur Demokratie entwickelt. Das kann nicht geschehen, wenn man, wie die Regierung es will, auf das Beamtengesetz von 1937 zurückgreift, das in dem Obrigkeitstaat von vor 200 Jahren wurzelt.“

Die Opposition, die in diesem Falle gleichbedeutend ist mit der SPD, hat in ihren Reihen gewichtige Stimmen, die als Mindestalter für die Erwerbung des Beamtentitels bei Mann und Frau gleichermaßen 30 Jahre verlangen, mit Ausnahme für Polizei und Feuerwehr. Ferner fordern diese Kreise die Wiedereinführung einer zehnjährigen Probezeit, wie sie vor 1937 üblich war. Sie wollen auch das in Gesetz Nr. 15 enthaltene Ausschreibungssystem und nicht die „Ochsentour“, also das Aufücken in höhere Stellen nach der Liste. Allerdings versichern auch die Regierungsparteien, daß sie gegen die „Ochsentour“ sind und für die Hineinnahme von Außenseitern, weil diese eine Überbürokratisierung verhindern. Sie verweisen darauf, daß man auch früher bei den leitenden Posten der Landräte, Regierungspräsidenten, Arbeitsamtsleiter usw. alle Kreise der Bevölkerung berücksichtigt habe. Außerdem enthalte der Paragraph 2 des Regierungsentwurfes die Bestimmung, daß für den Dienst des Bundes „auch“ solche Bewerber berücksichtigt werden können, die die erforderliche Eignung durch ihre Lebens- und Berufserfahrung außerhalb des öffentlichen Dienstes erworben haben. Die Opposition stört

sich sehr an dem Wörtchen „auch“. Sie meint, daß man den Paragraphen 5 des Gesetzes Nr. 15 übernehmen sollte, in dem es heißt: „Jeder Staatsbürger soll die Möglichkeit des Eintritts in den öffentlichen Dienst haben.“ Die Opposition setzt sich auch sehr für den „Trottelparagraphen“ ein, den die Regierung nur für später verspricht. Die entsprechenden Bestimmungen finden sich im Gesetz Nr. 15 in den Paragraphen 40 und 66. Danach kann ein Beamter sogar entlassen werden, wenn er mit seinen Leistungen anhaltend erheblich hinter dem von ihm zu fordernden Maß zurückbleibt.

## Streit um Personalamt

Ein wesentlicher Streitpunkt zwischen Regierung und Opposition ist das Personalamt, das durch das Gesetz Nr. 15 für die bizonale Verwaltung eingeführt wurde. Dieses Personalamt ist zur Zeit mit Ministerialrat Oppler, einem SPD-Mitglied, besetzt. Das Personalamt stellt nach diesem Gesetz Urkunden für die Beamten aus, bis hinauf zu den Staatssekretären. Hier liegt der Grund dafür, daß die Bundesregierung bisher keine Staatssekretäre ernannt hat. Sie möchte, wie dies früher in Deutschland üblich war, eine Personalabteilung im Innenministerium einrichten, welche die Funktionen des Personalamtes übernimmt. In allen westdeutschen Ländern, mit Ausnahme von Bayern, gibt es kein Personalamt. In Nordrhein-Westfalen ist es so, daß bis hinauf zum Ministerialrat der Innenminister im Einvernehmen mit dem

Finanzminister die Besetzung der Beamtenstellen vornimmt. Vom Ministerialrat aufwärts werden die Besetzungen vom Kabinett vorgenommen. Bei den unteren Stellen entscheidet das Kabinett erst, wenn zwischen Innen- und Finanzminister keine Einigung zustande kommt. Eine solche Regelung auf der Bundesebene scheint der Opposition nicht unerwünscht zu sein.

Die Gewerkschaften wollen die Leitung des Personalamtes nicht durch nur einen Mann, sondern durch ein Gremium von sieben Personen, in dem drei Gewerkschaftler sitzen sollen. Die Regierungsparteien dagegen möchten „das Risiko des politischen Mißbrauches“ lieber auf die dreizehn Bundesminister verteilt wissen, in der Weise, daß jeder Minister seine Beamten dem Bundespräsidenten vorschlägt, der nach dem Grundgesetz die Beamten ernannt und entläßt.

Neutrale Beobachter in Bonn verfolgen mit großem Interesse den Gang der Entwicklung, wobei ihnen auffällt, daß die sachliche Ebene von beiden Seiten verlassen zu werden scheint. Sie sind der Meinung, daß die bisher geäußerten Auffassungen der Regierungsparteien und der Opposition sich in dem Augenblick um 180 Grad drehen würden, in welchem die Rollen vertauscht wären.

Wie die Probleme und Auffassungen auch liegen: man ist in Bonn allgemein der Meinung, daß der vorliegende Entwurf der Bundesregierung zu einem vorläufigen Beamtengesetz eine Mehrheit im Parlament finden wird.

Dr. Heinrich Franzmeyer läßt dem Magistrat keine Ruhe. Nachdem sein Pfändungsversuch gegen den Magistrat gescheitert ist, weil die Pfändungsinstanzen sich nicht für befugt hielten, ihre eigene Behörde zu pfänden, hat Dr. Franzmeyer beim Landgericht Zehlendorf einen neuen Klageantrag gegen den Magistrat eingereicht. Darin fordert er die Nachzahlung seines Gehalts vom 1. Februar 1948 bis zum 31. Dezember 1949.

Das endgültige Bundesbeamtengesetz wird in Zusammenarbeit mit den beteiligten Gewerkschaften vorbereitet werden. Das Grundgesetz hat sich zu der Institution des Berufsbeamtentums ausdrücklich bekannt. Aufgabe des neuen Gesetzes und der zukünftigen Beamtenpolitik wird es sein, ein vertrauensvolles, unbestechliches und leistungsfähiges Berufsbeamtentum zu schaffen, das den großen Aufgaben gewachsen ist, die der Bund auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung zu leisten hat.







1	2	3	4
Efd. Nr.	Des Beamten		Begründung (Erreichung der Altersgrenze — Eigener Antrag wegen Dienstunfähigkeit — Freiwilliges Ausscheiden usw.)
	a) Familienname b) Vor(Nach)name c) Geburtstag	a) Amtsbezeichnung und Dienststelle b) Gesamtdienstzeit	
		<i>W. Müller</i> <i>Verhandlungen über Beamtenrecht</i> <b>Düsseldorf, 9. Nov. (Elg. Ber.)</b> Bundesinnenminister Dr. Heinemann teilte dem Deutschen Gewerkschaftsbund seine Bereitschaft mit, mit den Gewerkschaften über die Neugestaltung des Beamtenrechts zu verhandeln. Der DGB hatte kürzlich den Innenminister gebeten, einer Gewerkschaftsdelegation Gelegenheit zu geben, der Regierung ihre Ansicht über ein neues Beamtengesetz unterbreiten zu können, bevor der Regierungsentwurf durch den Bundestag beraten wird. Wie der DGB hierzu mitteilt, bejahen die Gewerkschaften nach wie vor das Berufsbeamtentum. Das Beamtenrecht müsse jedoch nach demokratischen und sozialen Grundsätzen neu geformt werden.	

Magistrat von Gross-Berlin  
 Abt. Personal und Verwaltung  
 Hauptpersonalamt -  
HPA VI

Berlin W 15, den 24. 10. 1949  
 Kurfürstendamm 25  
 Fernruf: 91 02 41 App. 68

An alle Dienststellen der Hauptverwaltung.

Es ist verschiedentlich festgestellt worden, dass uns Einstellungsanträge für Angestellte zur Genehmigung vorgelegt werden, die bereits bei den Dienststellen beschäftigt sind.

Wir wiederholen, dass die Dienststellen Einstellungen nicht selbständig vornehmen dürfen. Wir werden künftig gezwungen sein, derartige Einstellungsanträge ablehnen zu müssen und bitten dringend darauf zu achten, dass eine Beschäftigung erst erfolgen darf, wenn die Einstellung von uns genehmigt ist.

Im Auftrage  
 Lange

*Dr. G. Müller*  
*Dr. G. Müller*  
*Dr. G. Müller*  
*Dr. G. Müller*

B1

1	2	3	4
	Des Beamten		Bearündung

Aufstellung einer Jubiläumsliste  
(FNr. 119/48 16.10.1949)

Academie d. Künste Berlin  
No 268 \* 27. SEP 1949  
Anl.

4. 1. 1955 1. Frl. Fankler 24. Hoffmann aus Litz  
50 jähr. Dienstzeit ab 15. 12. 20 jährige Dienstzeit d.  
Fankler 23. 8. 1959 24. Hoffmann aus Litz  
15 jährige Dienstzeit

Holzman 9. August 1953 1. Jhr. Berlin, 1. 4. Oktober 1949  
15. 12. 1953

Furman 1. Januar 1955 1.  
1. April 1959 E  
1. Juli 1959 H.

B1

Terminier. 50 Jhr.  
ab 4/9.



Magistrat von Groß-Berlin  
Abt. für Personal und Verwaltung  
- Hauptpersonalamt -  
HPA II

Berlin W 15, den 18. August 1949  
Kurfürstendamm 25  
Tel.: 91 02 41 App. 73  
Akademie d. Wissenschaften Berlin

№ 253 \* 12 SEP 1949

An die Magistratsmitglieder,  
die Bezirksämter - PV -,  
die Dienststellen der Hauptverwaltung,  
die Anstalten und Eigenbetriebe der Hauptverwaltung,  
die städt. und überwiegend städt. Gesellschaften,  
die ehem. Reichs- und Staatsbehörden, die jetzt dem Magistrat  
angegliedert sind.

Auswahl der durch Verwaltungsvereinfachung entbehrlich  
werdenden Angestellten

I.

1. Die durch die Verwaltungsvereinfachung und Angleichung an den Stellenplan 1949 entbehrlich werdenden Kräfte sind, soweit durch die Einstellungssperre ein Ausgleich nicht erzielt werden konnte, so bald wie möglich aus dem Dienst der Gebietskörperschaft Groß-Berlin zu entlassen. Für die in enger Zusammenarbeit mit den Betriebsräten (s. § 11 Ziff. 2 c der Anlage 2 zum RTV -Dbl. I 1949 Nr. 9 S. 5-) zu treffende Auswahl der für eine Weiterbeschäftigung nicht mehr in Betracht kommenden Angestellten gelten die im Einvernehmen mit dem Hauptbetriebsrat und den zuständigen Gewerkschaften festgelegten und nachstehend unter Abschnitt II abgedruckten Richtlinien. Im Interesse der Berliner Bevölkerung und der Verwaltung bitten wir dafür zu sorgen, daß in erster Linie die Angestellten, die sich für den öffentlichen Dienst als ungeeignet erwiesen haben, ausgewählt werden.
2. Die Richtlinien gelten nicht für Entlassungen, die in der Person der Angestellten liegen oder infolge der Versetzung in den Ruhestand durchgeführt werden müssen. (s. Dbl. I 1949 Nr. 17 S. 25).
3. Die Anordnung der Alliierten Kommandantur, daß bestimmte leitende Angestellte nur mit Genehmigung der Besatzungsmächte entlassen werden dürfen, ist durch Ziffer 1 b des Besatzungsstatuts (s. Dbl. I 1949 Nr. 29 Seite 50) aufgehoben worden.
4. Langjährig beschäftigte Angestellte, die vor ihrer jetzigen Tätigkeit als Stenotypistinnen beschäftigt worden sind und sich in dieser Tätigkeit bewährt haben, bitten wir wieder als solche weiter zu verwenden, wenn sie ihr bisheriges Arbeitsgebiet verlieren und sonst nicht anderweit untergebracht werden können. An deren Stelle bitten wir erst kürzere Zeit bei uns tätige Stenotypistinnen zu entlassen.

II.

*Handwritten signature and date:*  
Berlin, 1. 10. Oktober 1949  
H.

## II.

### Richtlinien über die Auswahl der durch Verwaltungsvereinfachung entbehrlich werdenden Angestellten

-----

- a) Für die Auswahl der Angestellten ist der Wert der dienstlichen Leistung für die Verwaltung maßgebend, dabei sind bestandene Verwaltungsprüfungen und bei Teilnehmern eines laufenden Lehrgangs ihre Leistungen im Unterricht zu berücksichtigen. Bei gleichwertigen Leistungen sind die wirtschaftlichen und die familiären Verhältnisse entscheidend.
- b) Bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der verheirateten Angestellten sollen zunächst die ausgewählt werden, deren Ehegatte einen dauernden gesicherten Erwerb hat, aus dem er einen angemessenen Beitrag zu den Kosten des Haushalts leisten kann.
- c) Bei Berücksichtigung der Familienverhältnisse sollen ausgewählt werden
  - 1.) vor den anderen Angestellten die über 65 Jahre alten männlichen, die über 60 Jahre alten weiblichen Angestellten, die über 55 Jahre alten weiblichen Pflegekräfte, wenn ihre wirtschaftliche Versorgung gesichert erscheint,
  - 2.) ledige Angestellte vor verheirateten Angestellten, kinderlos verheiratete Angestellte vor verheirateten, verwitweten oder geschiedenen Angestellten mit unterhaltsberechtigten Familienangehörigen, sodann
  - 3.) verheiratete, verwitwete oder geschiedene Angestellte mit unterhaltsberechtigten Familienangehörigen nach Maßgabe der Zahl und Hilfsbedürftigkeit derselben.
  - 4.) Auf Angestellte, die mindestens 10 Jahre ununterbrochen im öffentlichen Dienst (s. § 13 Ziff. 1 RTV) tätig sind, von denen mindestens 4 Jahre nach dem 30. April 1945 bei der Gebietskörperschaft Groß-Berlin zurückgelegt sein müssen, ist Rücksicht zu nehmen.
  - 5.) Schwerbeschädigte, politisch und rassisch Verfolgte sollen, soweit für die Auswahl die wirtschaftlichen und Familienverhältnisse maßgebend sind, in letzter Linie ausgewählt werden.

Allgemein darf die Auswahl weder durch politische oder konfessionelle Betätigung oder durch die Betätigung in Berufsvereinen noch durch die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer der zugelassenen demokratischen Parteien oder zu einem politischen, konfessionellen oder Berufsverein beeinflusst werden. Es wird jedoch vorausgesetzt, daß der Angestellte sich durch sein gesamtes Verhalten für die demokratische Staatsauffassung einsetzt und insbesondere der Lage Rechnung trägt, in der sich die Gebietskörperschaft von Groß-Berlin z.Zt. befindet.

Im Auftrage  
L a n g e

Berlin-Charlottenburg 2  
Grolmanstr. 70/72  
Tel. 325061 - 25 -  
den 8. Oktober 1949

J. Nr. 295/49/Ew. 297

An den  
Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung Volksbildung  
Berlin-Charlottenburg 9  
Soorstr. 60

Betr.: Rundverfügung - HPA Nr. 27 -

Bezug: Ihr Schreiben vom 4. Oktober 1949 - Vbildg. I/1a -

Zu der obenbezeichneten Rundverfügung des Hauptpersonalamtes  
- HPA I - vom 26. September 1949 betreffend " Übersicht über  
die am 1.10.1949 im Verwaltungsdienst vorhandenen geprüften  
und nichtgeprüften Angestellten " erstatten wir Fehlanzeige.

Im Auftrage

B1

Magistrat von Groß Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
- Vbildg. I/1a -

Berlin-Charlottenburg, 4. Oktober 1949  
Soorstraße 60.  
Fernruf: 92 02 11 App. 100.

An die  
Hauptämter, Hochschulen, Institute und Fachschulen.

Wir bitten, umgehend für Ihren Geschäftsbereich die anliegenden Vordrucke Anl.  
auszufüllen und der Abteilung Volksbildung - Vbildg. ~~Soorstraße 60~~  
bis zum 8.10.1949 zurückzureichen.

Im Auftrage  
Heuermann

+ Übersandten

Betr.: MJA I No. 27 v. 26.9.49

25  
Akademie d. Künste Berlin  
No 2297 \* 17. OKT. 1949



Magistrat von Gross-Berlin  
Abt. Personal und Verwaltung  
- Hauptpersonalamt -  
HPA I

*Phabun von Pünst* 26  
Berlin W 15, den 26. September 1949  
Kurfürstendamm 25  
Tel.: 91 02 41, App. 65, 66

An die Magistratsmitglieder  
die Bezirksämter - PV -  
die Dienststellen der Hauptverwaltung  
des Landesfinanzamt



Rundvfg. - HPA Nr. 27 -

Betr.: Übersicht über die am 1.10.1949 im Verwaltungsdienst vorhandenen geprüften und nichtgeprüften Angestellten.

Um einen Überblick über die vorhandenen geprüften und nichtgeprüften Verwaltungsangestellten

- a) bis zum vollendeten 35. Lebensjahr,
- b) vom 36. bis zum 50. Lebensjahr

// zu erhalten, bitten wir, uns bis zum 10. Oktober ds.Jrs. je eine Übersicht nach dem Stand vom 1.10. ds.Jrs. nach anliegenden Mustern zu übersenden.

Im Auftrage

L a n g e

..... Berlin- ....., den .....1949  
(Bezirksamt oder Dienststelle d.IV)

I.  
Übersicht

über die am 1.10.1949 im Verwaltungsdienst vorhandenen  
geprüften und nichtgeprüften Angestellten (Rdvfg. HPA Nr. 27/49).

I. Angestellte bis zum vollendeten 35. Lebensjahr.

VGr	Anzahl der		Von den Verw.Ang. (Sp.3) haben Verwaltungsprüfungen abgelegt		Keine Verw.Prüfung haben abgelegt
	Plan- stellen	Verw.Ang. bis zum 35.Lebensj.	1. Verw.Prüfung	2. Verw.Prüfung	
1	2	3	4	5	6

IX  
VIII  
VII  
VIb  
Vb  
IV  
III

.....  
(Unterschrift d.Abteilungsleiters,  
in den Bezirksverwaltungen des  
Leiters der Abt. Personal und  
Verwaltung)

Anmerkungen:

Als Verwaltungsprüfungen im Sinne dieser Übersicht sind nur die an der  
jetzigen Verwaltungsschule Groß-Berlin, ferner die an dem früheren  
Verwaltungsseminar der Stadt Berlin und die an der Finanzschule  
abgelegten Abschlußprüfungen der Lehrgänge I und II anzusehen, die  
mit Erfolg abgeschlossen worden sind.  
Die Angaben über bestandene Abschlußprüfungen sind der Dienststellen-  
leitung gegenüber dokumentarisch zu belegen.

..... Berlin- ....., den ..... 1949  
.....  
(Bezirksamt oder Dienststelle d.HV)

II.  
Übersicht

über die am 1.10.1949 im Verwaltungsdienst vorhandenen  
geprüften und nichtgeprüften Angestellten (Rdvfg. HPA Nr. 27/49).

II. Angestellte vom 36. - 50. Lebensjahr.

VGr.	Anzahl der		Von den Verw.Ang. (Sp.3) haben Verwaltungsprüfungen abgelegt		Keine Verw.Prüfung haben abgelegt
	Plan- stellen	Verw.Ang. vom 36.- 50. Lebensjahr	1. Verw.Prüfung	2. Verw.Prüfung	
1	2	3	4	5	6

IX  
VIII  
VII  
VIb  
Vb  
IV  
III

.....  
(Unterschrift d.Abteilungsleiters,  
in den Bezirksverwaltungen des  
Leiters der Abt. Personal und  
Verwaltung)

Anmerkungen:

Als Verwaltungsprüfungen im Sinne dieser Übersicht sind nur die an der  
jetzigen Verwaltungsschule Groß-Berlin, ferner die an dem früheren  
Verwaltungsseminar der Stadt Berlin und die an der Finanzschule  
abgelegten Abschlußprüfungen der Lehrgänge I und II anzusehen, die  
mit Erfolg abgeschlossen worden sind.  
Die Angaben über bestandene Abschlußprüfungen sind der Dienststellen-  
leitung gegenüber dokumentarisch zu belegen.

Eick!

Akademie d. Künste-Berlin	
No 3294	26. OKT. 1949
Post.	

Det. Lind. Rdtg. vom 24. 11. 49

- 4 D A II -

Bestandsnachweisung

W. Lang f. f. m. - Abteil. -  
Land 1. X. 49  
C. W.

Zu dieser Bestandsnachweisung erstatten wir  
F e h l a n z e i g e.

Berlin, den 8. Oktober 1949

Im Auftrage

An Abteilung Volksbildung  
Soorstr. 60

←  
B1

C. W.

Akademie der Künste  
zu Berlin  
J. Nr. 294/49/Ew.  
325061 - 25 -

Abteilung Volksbildung  
- Vbildg. I.1 -

Bin.-Charlbg., den 26. Sept. 1949  
Soorstr. 60  
Tel.: 92 02 11, App. 390

Akademie der Künste Berlin  
No 0279 \* 28 SEP 1949  
Anl.

An alle  
Hauptämter, Hochschulen, Fachschulen,  
Institute u. Theater.

Zum 1. Nov. 1949 wird ein neuer nebedienstlicher Aufbau-  
lehrgang II B 49 eingerichtet. Er wird voraussichtlich bis  
Ende des Jahres 1950 laufen.

Wir bitten, sämtlichen Angestellten Ihrer Dienststelle hier-  
von Mitteilung zu geben und Zulassungsgesuche bis spätestens  
3.10.1949 über die Abteilung Volksbildung an das Hauptper-  
sonalamt HPA I, Berlin W 15, Kurfürstendamm 25, einzurei-  
chen. Der Kreis der Teilnahmeberechtigten beschränkt sich  
a) auf solche Angestellten, die bereits die Prüfung des  
Lehrgangs I mit Erfolg abgelegt haben und seitdem min-  
destens ein Jahr praktisch in der Verwaltung tätig sind,  
b) auf Angestellte der Vergütungsgruppen VIb und höher, de-  
ren Allgemeinbildung und Dienstleistungen erkennen lassen,  
dass sie voraussichtlich den Anforderungen des Aufbau-  
lehrganges entsprechen werden. Von diesen Angestellten  
wird der Nachweis einer abgelegten Verwaltungsprüfung  
nicht verlangt. Sie haben sich jedoch einer Zulassungs-  
prüfung zu unterziehen, die voraussichtlich in der zwei-  
ten Oktoberhälfte vom Schulbezirksvorstand beim Bezirks-  
amt Neukölln abgenommen wird.

Die Zulassungsgesuche müssen folgende Angaben enthalten:

- a) Name, Vorname, Geburtstag, Familienstand,
- b) Anschrift,
- c) Dienststelle, Dienstbezeichnung, Vgr.,
- d) schwerarbeitsbehindert,
- e) Verwaltungsprüfung I abgelegt,
- f) Verwaltungslehrgang II besucht, jedoch Prüfung  
nicht abgelegt bzw. nicht bestanden,
- g) kurze Darstellung der bisherigen beruflichen  
Ausbildung und Tätigkeit.

Dem Gesuch ist ein Dienstleistungsbericht beizufügen, der  
vom zuständigen Betriebsrat mitgezeichnet werden muss.

Wir bitten, von der Einrichtung dieses Aufbaulehrganges den  
örtlichen Betriebsräten Kenntnis zu geben und dafür zu sor-  
gen, dass die Zulassungsgesuche termingemäß eingereicht  
werden.

Im Auftrage  
Heuermann

*Handwritten signature and date:*  
Berlin 1. 10. 1949

Berlin-Charlottenburg 2  
Grolmanstr. 70 / 72  
Tel. 325061 - 25 -

7.10.49

J. Nr. 267/49/Ew.

An den  
Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
Hauptamt Kunst und Literatur  
Berlin-Charlottenburg 9  
Soorstr. 60

Betr.: Personalstatistik

Bezug: Rundverfügung Org. Nr. 25/1949 vom 18.7.1949

Auf die obenbezeichnete Rundverfügung übersenden wir in der  
Anlage die Übersicht über den Personalstand am 1. Oktober 1949.

Im Auftrage

B1



# Akademie der Künste zu Berlin

(Bezirksamt oder Dienststelle  
der Hauptverwaltung)

J. Nr. 267/49/Ew.

An den

Magistrat von Groß-Berlin, Abt. Personal und Verwaltung — Org. —

über Abteilung für Volksbildung — Hauptamt Kunst  
und Literatur —

Betr.: Personalbestand am 1.10.49

Bezug: Rundverfügung Org. Nr. 25/1949

	Büro-, Sozial- usw. Dienst	Techn. Dienst	Personal in Anstalten	Zus.
1	2	3	4	5
<b>A. Vollbeschäftigte Angestellte</b>				
1. in Planstellen:	3	—	—	3
2. überplanmäßig:				
a) aus Baumitteln und einmaligen Arbeiten:	—	—	—	—
b) als Vertretungen: (aus Vertretungsmitteln)	—	—	—	—
c) als Zeithilfen:	—	—	—	—
d) auf Grund besonderer Genehmigung des Magistrats:	—	—	—	—
e) in Lohnausgleichskassen:	—	—	—	—
3. überzählig:	—	—	—	—
Zus. A	3	—	—	3

4. Zeithilfen in den Kartenstellen  
(bei der letzten Ausgabe  
der Lebensmittelkarten):

5. Zahl der am Stichtage  
gekündigten Angestellten  
(ohne 65jährige):

B. Nichtvollbeschäftigte Angestellte:

C. Dienstanwärter und Praktikanten:

D. Arbeiter:

Zus. A + B + C + D

E. 65jährige vollbeschäftigte Angestellte:

1. Zahl der am Stichtage noch beschäftigten über 65 Jahre  
alten Angestellten:

davon gekündigt:

2. Zahl der Angestellten, die im kommenden Vierteljahr  
das 65. Lebensjahr erreichen:

davon gekündigt:

Im Auftrage

(Unterschrift)

Übertrag A:

3

3

Personalstatistik mit dem Stichtage  
vom 1. X. 1949

an Organisationsamt einreichen

zum 10. X. 1949

(F.Nr. 198 - Rdvfg. Org. Nr. 25/1949)

Akademie d. Künste - Berlin

No 2267 \* 27 SEP 1949

Anl.

B 1



2x45/24  
J. Nr. 247/49/Bw.

An den  
Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
- Personalstelle -

Berlin-Charlottenburg 2  
Soerstr. 6c

Betr.: Zuzug von Angestellten und Arbeitern aus dem Ost-  
sektor und der Ostzone nach West-Berlin

Bezug: Rundverfügung vom 29.8.1949 - HPA II -

Zum Schreiben vom 5. September 1949 - Vbildg. I,9 - er-  
statten wir F e h l a n z e i g e.

Im Auftrage

/ Kerber /

Abteilung für Volksbildung  
- Personalstelle -  
Vbildg. I,9

Berlin-Charlottenburg, den 5.9.1949. 36  
Soorstr.60.  
Tel. 92 02 11 Akademie der Künste-Berlin

Wir bitten, uns die Nachricht in doppelter Ausfertigung  
bis zum 12.d.M. zu übersenden.

Im Auftrage:  
Strelow

Magistrat von Groß-Berlin  
Abt. f. Personal u. Verwaltung  
- Hauptpersonalamt -

HPA II

Berlin W 15, den 29. August 1949  
Kurfürstendamm 25  
Fernruf: 91 02 41, App.: 73

An die Magistratsmitglieder,  
die Bezirksämter - PV -,  
die Dienststellen der Hauptverwaltung,  
die Anstalten und Eigenbetriebe der Hauptverwaltung,  
die städt. und überwiegend städt. Gesellschaften,  
die ehem. Reichs- und Staatsbehörden, die jetzt  
dem Mag. angegliedert sind.

Betr.: Zuzug von Angestellten und Arbeitern aus dem Ost-  
sektor und der Ostzone nach West-Berlin.

Wir bitten bis zum 15. 9. 1949 um Mitteilung darü-  
ber, welche Beschäftigten Angestellten und Arbeiter  
ihren Wohnsitz seit dem 1. 4. 1949 von Berlin-Ost oder  
der Ostzone nach Berlin-West verlegt haben und in  
west ihre Lebensmittelkarten für sich allein oder auch  
ihre Familie beziehen. Die Meldung bitten wir uns ge-  
trennt nach Angestellten und Arbeitern zu machen.  
Den Termin bitten wir pünktlich inne zu halten. Fehl-  
anzeige ist erforderlich.

Im Auftrage  
L a n g e

b.w.

Magistrat von Groß-Berlin  
Abt. f. Personal u. Verwaltung  
Hauptpersonalamt  
HPA II

Berlin W 15, den 2. August 1949  
Kurfürstendamm 25  
Tel. 91 02 41, App. 73

Akademie der Künste Berlin  
Nr. 229 \* 17. AUG. 1949  
Ant.

An die Magistratsmitglieder,  
die Bezirksämter - PV -,  
die Dienststellen der HV.,  
die Anstalten und Eigenbetriebe der HV.,  
die städt. Eigengesellschaften,  
die ehem. Reichs- u. Staatsbehörden, soweit sie dem  
Magistrat angegliedert sind.

Auszahlung der Urlaubsbezüge

In Erweiterung der Bestimmungen der Nr. 3 der ADO zu § 20 der  
TO.A sind wir damit einverstanden, daß auf Antrag Angestellten,  
die sich während des planmäßigen Erholungsurlaubs nachweisbar  
außerhalb ihres dienstlichen Wohnsitzes aufhalten, die während  
der Urlaubsdauer fällig werdenden Dienstbezüge bereits einen Werk-  
tag vor Antritt des Urlaubs ausgezahlt werden.

Im Auftrage  
L a n g e

*Handwritten signature and date:*  
J. H. Lange  
Berlin, 1. 8. 1949

Abteilung für Volksbildung  
- Vbildg I/1 -

Berlin, den 6. August 1949  
Soerstr. 6a  
Tel.: 92 02 11/390

An die  
Hauptkriter. Hochschulen, Institute und Fachschulen

Unseitige Verfügung des Hauptpersonalamtes übersenden wir Ihnen  
mit der Bitte um Bekanntgabe an sämtliche Arbeitnehmer. Entsprechende  
Anträge bitten wir rechtzeitig an unsere Personalstelle - Vbildg  
I/9 -, zu richten.

Im Auftrage  
L i n k.

Abteilung für Volksbildung  
- Vbildg I/1 -

Berlin, den 6. August 1949  
Soerstr. 6a  
Tel.: 92 02 11/390

Rundverfügung No. 191

Akademie der Künste-Berlin

No 9228 \* 17 AUG 1949

An die  
Hauptkriter. Hochschulen, Institute und Fachschulen

Betrifft: Zahlung der Augustvergütungen.

Nachstehend übermitteln wir Ihnen einen Auszug aus der Rundverfügung  
der Finanzabteilung Nr. 64 vom 5.8.1949 mit der Bitte, diesen sämtlichen  
Mitarbeitern bekanntzugeben.

Im Auftrage  
L i n k.

1. Die in Überweisungsverfahren zu zahlenden Monatsvergütungen sind  
voll zum 15.8.1949 auf die Giro- oder Postsparkonten zu über-  
weisen.  
Es wird angesichts der Regelung der Barzahlungen erwartet, daß  
der überwiesene Betrag nicht voll abgehoben wird.
- 2a. Die bar in Westmark zu zahlenden Vergütungen sind zur Hälfte ab  
15.8.1949 zu zahlen, über die Zahlung der zweiten Hälfte der  
Westmarkvergütungen ergeht noch nähere Anweisung.
- 2b. An die Grenzländer sind die Ostmarkanteile mit dem vollen Monats-  
betrag ab 15.8.1949 zu zahlen.

Dr. H a a s.

*die Hoff*  
*Amnabund 1. 19. April 1949*

## Das Beamtengesetz

Die Bundesregierung hat ein neues Beamtengesetz entworfen, das an die Stelle des von der Militärregierung im März 1949 erlassenen Gesetzes Nr. 15 treten soll. Wenn dieser Entwurf in seiner jetzigen Form Gesetzeskraft erlangt, so werden damit die im Gesetz Nr. 15 dargelegten grundsätzlichen Richtlinien und Bestimmungen aufgehoben.

Es besteht also die Möglichkeit, daß das Bundesparlament eine Reform ablehnt, die im Frühjahr von der deutschen öffentlichen Meinung und der Presse gebilligt, ja sogar mit Beifall aufgenommen wurde. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich kürzlich für die im Gesetz Nr. 15 verankerten Prinzipien ausgesprochen.

Einer der Hauptgründe für die gegen das Gesetz Nr. 15 bestehende Opposition ist zweifellos die Tatsache, daß dieses Gesetz von der Militärregierung und nicht von deutscher Seite erlassen wurde, obwohl das Gesetz in vielen Punkten den Ideen des Wirtschaftsrates entsprach. Als ein weiteres Motiv darf wohl der starke Einfluß der Konservativen im deutschen Beamtenschaft gelten. Viele Beamte hegen eine tiefe Abneigung gegen eine Revision der alten Ordnung, an die sie sich einmal gewöhnt haben.

Wenn die grundlegenden Bestimmungen des Gesetzes Nr. 15 tatsächlich aufgehoben werden sollten, so wäre dieses eine Rückwärtsentwicklung, die für den westdeutschen Staat nur von Nachteil sein kann.

Das Gesetz Nr. 15 sah in erster Linie eine durchgreifende Neuordnung in der Ernennung und Einsetzung der Beamten vor. Diese sollten nicht von dem jeweilig amtierenden Minister, sondern von einem unabhängigen Personalrat ernannt werden, das bereits seit Juni 1948 besteht. Dadurch wäre jeder Protektions- und Parteiwirtschaft ein Riegel vorgeschoben worden und man hätte eine gewisse Garantie gehabt, daß die Auswahl und Beförderung der Beamten lediglich auf Grund ihrer Fähigkeiten erfolgt wäre, und nicht etwa nach Gesichtspunkten ihrer Herkunft und Parteizugehörigkeit. Gleichzeitig wäre damit die Kontinuität im Bundesbeamtenschaft gewährleistet worden, da das Kommen und Gehen von Ministern ohne Rückwirkungen auf die Beamten wäre.

In dem Gesetz Nr. 15 war die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Beamten auch noch in einer anderen Richtung gesichert. Das Gesetz untersagte dem Beamten jegliche parteipolitische Betätigung. Er durfte beispielsweise nicht als Abgeordneter in das Bundesparlament einziehen. Seit Montesquieu seine Theorie von der Teilung der Gewalten aufstellte, gehörte die Trennung von Exekutive und Legislative zu den Grundsätzen erfolgreich arbeitender Demokratien.

Der Staatsbürger kann bei einem Beamten, der gleichzeitig eine bestimmte politische Richtung im Parlament vertritt, und daher ein besonderes Interesse daran haben könnte, bestimmte Maßnahmen oder Anschauungen zu fördern, andere hingegen zu hintertreiben, einer unparteilichen und gerechten Behandlung nicht unbedingt sicher sein. (In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß auf Verlangen des Wirtschaftsrates das Gesetz Nr. 15 insofern abgeändert wurde, als man dem Beamten das Recht einräumte, für die Parlamentswahlen zu kandidieren und im Fall seiner Wahl seine Stellung aufzugeben.)

Die anderen Bestimmungen des Gesetzes Nr. 15, die in dem neuen Entwurf der Bundesregierung nicht übernommen wurden, verfolgten alle den Zweck, dem Berufsbeamtentum eine demokratischere Atmosphäre durch Abschaffung des „Kastenwesens“ zu geben, das an der übertriebenen unterwürfigen Haltung dem Beamten gegenüber Schuld war und worauf die Arroganz einiger Beamter dem Publikum gegenüber zurückzuführen ist. Der „Standesunterschied“ zwischen Beamten und Angestellten wurde beispielsweise durch die Bestimmung beseitigt, daß alle ständigen Angestellten, die ihre Befähigung in einschlägigen Prüfungen nachweisen können, als Beamte übernommen werden sollten. Ein weiteres Charakteristikum des Berufsbeamtentums, das zur Bildung einer privilegierten Schicht von Beamten beitrug und durch das Gesetz Nr. 15 abgeschafft wurde, war die Verfügung, daß alle führenden Stellen in Regierungsämtern nur von Juristen bekleidet werden durften.

Über die Abschaffung des Gesetzes Nr. 15 wird im Bundesparlament zweifellos heftig diskutiert werden. Es bleibt abzuwarten, ob Bundestag und Bundesrat nach eingehender Erwägung zu der Auffassung gelangen werden, die Hohen Kommissare um Aufhebung einer Maßnahme zu ersuchen, die zu einer gesunden Reform des deutschen Beamtentums beigetragen hätte.

*B*



5	6	7	8	9
Zug des Eintritts in den Reichs- oder Landesdienst	Bisherige dien- stliche Stellung (insbesondere Zeitpunkt und Bezeichnung)	Gene- dient- liche Stellung nach Ein- tritt in den Reichs- oder Landes- dienst	Bei Abweichung von den Reichsgrund- sätzen Ist die Zustimmung der Reichsminister des Inn- ern und der Finanzen eingeholt?	Bemerkungen (Frontkämpfer, Mitglied der NSDAP, usw.)
	<p><b>UGO fordert neues Beamtentum</b></p> <p>Berlin (NZ). — „Auch die UGO ist für die Schaffung eines neuen Beamtentums auf bundesgesetzlicher Grundlage“, erklärte Ernst Scharnowski, der erste Vorsitzende der UGO, am Sonntag auf einer Versammlung der Beamten-Interessengemeinschaft der UGO in der „Neuen Welt“. Eine Regelung der Rechtsansprüche der Beamten könne jedoch nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt Berlin erfolgen. „Mit einer Institution, die die UGO als totalitäre Staatsgewerkschaft und den Magistrat als „Müllkastenverwaltung“ bezeichnet, gibt es jedoch keine Zusammenarbeit“, sagte Scharnowski, als zum Deutschen Beamtenbund Stellung genommen wurde, der zu dieser Versammlung keine Vertreter entsandt hatte.</p> <p>In einer Entschließung forderte die BIG, daß das Beamtentum in Zukunft keine abgeschlossene Kaste in der Verwaltung bilden dürfe. Sämtlichen Staatsbürgern müsse die Möglichkeit einer Betätigung im öffentlichen Dienst gegeben werden. Die Bundesregierung solle die Lasten für die Berliner Beamtenpensionäre übernehmen.</p>			
	<p><b>UGO für modernes Beamtentum</b></p> <p>Für ein modernes, mit echtem demokratischem Geist erfülltes Beamtentum sprach sich in einer großen Kundgebung am Sonntag in der „Neuen Welt“ die UGO aus. Die Beamten der Bundesrepublik, der Länder und Gemeinden sollten nicht mehr wie in einem Obrigkeitstaat nur Diener in einer abgeschlossenen Kaste sein, sondern ihren Dienst in voller Verantwortung gegenüber dem Volk unparteiisch und unbestechlich ausüben. Die Arbeit auch der jüngeren Beamten müsse gerecht entlohnt werden; eine ausreichende Sicherung für das Alter und die Hinterbliebenen gehöre zu den moralischen Pflichten der Allgemeinheit im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten.</p> <p>Stadttrat Theuner vom Personalamt des Magistrats gab die Absicht bekannt, die Rechtsverhältnisse für die Angestellten und bisherigen Beamten der Stadt Berlin gleichmäßig zu regeln. Sobald die Mittel zur Verfügung ständen, beabsichtige man, die Renten der Altpensionäre mit den Bestimmungen der neuen Pensionsregelung bei der Stadt Berlin gleichzusetzen.</p>			

## Pfändung der Stadt Berlin?

Da die Stadt Berlin es ablehnt, das nach dem Urteil des Kammergerichts zu leistende Beamtengehalt an den ehemaligen Spandauer Amtsarzt, Dr. med. Heinrich Franzmeyer, zu zahlen, weil sie im Etat keine Mittel für Beamte zur Verfügung habe, hat Dr. Franzmeyer einen Spandauer Gerichtsvollzieher mit der Pfändung eines ersten Teilbetrages in Höhe von 177,64 DM beauftragt.

Es ist jedoch zweifelhaft, ob die Stadt Berlin zur Zeit überhaupt gepfändet werden darf. Deshalb wurde der Auftrag noch nicht ausgeteilt. Nach dem noch geltenden alten Recht kann eine Pfändung der Gebietskörperschaft Berlin nur mit Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde erfolgen. Der Vollstreckungsrichter in Spandau wird also die Frage zu entscheiden haben, ob Berlin gegenwärtig eine vorgesetzte Dienststelle hat, bzw. ob sie in der für den Bezirk zuständigen Besatzungsbehörde zu erblicken ist. Da die Stadt Berlin aber auch Inhaberin der Gerichtshoheit und somit die vorgesetzte Dienststelle des Vollstreckungsrichters ist, bleibt diesem der Ausweg, sich für belangen zu erklären.

Die Nachfrage nach dem Wortlaut des Kammergerichtsurteils in Sachen Franzmeyer gegen den Magistrat ist so beträchtlich, daß das Gericht das 18seitige Urteil in einer größeren Auflage hat vervielfältigen lassen und zu je 6,50 DM verkauft. Um einen Ausweg aus dem schwierigen Rechtsstreit zu finden, hat das Hauptpersonalamt vorgeschlagen, alle Berufsbeamtenfragen in Groß-Berlin ruhen zu lassen, bis das im Artikel 131 des Grundgesetzes der Bundesrepublik vorgesehene Berufsbeamtengesetz erlassen ist.

## Darf der Magistrat gepfändet werden?

Dr. Franzmeyer steht vor einer neuen Hürde: Er hat das Recht, den Magistrat zu pfänden, aber der Gerichtsvollzieher tut es nicht, da nach dem alten noch geltenden Recht eine Pfändung der Gebietskörperschaft Berlin nur mit Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde erfolgen kann. Welche ist das?

Hochachtungsvoll

Der Magistrat  
Berlin, d. 19. Oktober 1929

# Die Pfändbarkeit von Pensionen

## Vollstreckungsrichter vor schwieriger Entscheidung

Da der Magistrat ablehnte, dem früheren Spandauer Amtsarzt Dr. Franzmeyer das Beamtengehalt zu zahlen, das ihm nach dem Urteil des Kammergerichts zusteht, hat dieser den Gerichtsvollzieher beauftragt, einen ersten Teilbetrag in Höhe von 1776,40 Mark, abgewertet auf 177,64 DM (West), zu pfänden, obgleich der Magistrat behauptet, keine Etatmittel für Beamte zu haben. Nach dem geltenden Recht kann die Gebietskörperschaft Berlin nur mit Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde gepfändet werden. Deshalb hat der Spandauer Vollstreckungsrichter jetzt die staatsrechtliche Frage zu entscheiden, ob Berlin zur Zeit eine vorgesetzte Dienstbehörde hat. Da Berlin jetzt die Gerichtshoheit erhalten hat, und da dadurch der Magistrat die vorgesetzte Dienststelle des Vollstreckungsrichters geworden ist, kann dieser eine Entscheidung wegen „Befangenheit“ ablehnen, da er Nachteile befürchten könnte. Einen Ausweg aus dieser Schwierigkeit ermöglicht der Vorschlag der Magistratsabteilung für Personalwesen und Verwaltung, nach dem alle Fragen des Berufsbeamtentums ruhen sollen, bis das im Artikel 131 der Verfassung der Bundesrepublik vorgesehene Berufsbeamtengesetz erlassen ist. Dem steht allerdings das Urteil des Kammergerichts entgegen, nach dem der Kläger nicht so lange warten könne, bis die ihm zugestandenen Ansprüche erfüllt seien. Dieses Urteil ist, wie dpa meldet, jetzt zu einem „Verkaufsschlager“ des Kammergerichts geworden. Sein Wortlaut wird von der Kanzlei des Gerichts für 6,50 DM (West) verkauft.

stzellen:

noeyten:

kleine:

mphoeyten

große:

cyten

galoeyten:

noeyten:

Mikroskopische Form der Erythrocyten

Leucoeyten im cmm:

Farbeindex:

mg Proz.

Prozent

Farbstoffgehalt nach Autenrieth

Erythrocyten (Millionen im cmm):

nicht mäßigen

am

## Blutstatus

POSTSCHECK PROF. MELLER BERLIN 40733

ERNSTRECHER R. HANAU 6616

Dr. Georg Bernhardt  
RHEM. VORSTAND DER  
BART.-SEROLOG. ABTEILG. DES  
KRANKENHAUSES AM  
FRIEDRICHSHAIN

Dr. med. h. c.  
Laboratorium für Blut-  
untersuchungen

Dr. Franz Müller  
DR. MED. NAT. ET MED.  
A. O. PROFESSOR AN DER  
UNIVERSITÄT  
BERLIN

TAUENTZIENTSTRASSE 3  
BERLIN W 50, DEN

Laboratorium am Wittenbergplatz  
LABORATORIUM FÜR MEDIZINISCH DIAGNOSTISCHE UNTERSUCHUNGEN

# GEH

NG

lottenburg, Kaiserdamm 7 und Kaiserin-Augusta-Allee 95;  
 un, Rheinstr. 62; Grunewald, Hohenollerndamm 94; Hermis-  
 hiller Weg 3; Lichterfelde Ost, Kramoldplatz 2; Lichterfelde  
 Str. 39; Neukölln, Karl-Marx-Str. 184 u. Hermannplatz 1;  
 49; Berlin SO 36, Dresden-Str. 16; Spandau, Breite  
 Berliner Str. 12; Tempelhof, Götsstr. 2; Nähe Rathaus, und  
 fent; Berlin W 30, Hohensauerstr. 25; Berlin W 15, Kur-  
 regenz Str. 10 u. Fasanenstr. 46 Ecke Pariser Str.; Zehlens-  
 ne im Verlagshaus Tempelhof und in allen Geschäftsstellen.

## 5. JAHRGANG

## Diskussion über Beamtentum

Σ Die Berliner Stadtverordneten haben die Beratung über das sogenannte Personalgesetz, in dem die Rechtsstellung der Verwaltungsangehörigen im öffentlichen Dienst\* geregelt werden soll, im Hinblick auf Artikel 73 der Bundesverfassung unterbrochen, der dem Bund das Recht gibt, die Stellung der Beamten durch ein Rahmengesetz zu regeln. Damit ist die in Berlin bereits geleistete legislative Arbeit keineswegs hinfällig geworden. Hier wie im Westen gehen die Ansichten über den Begriff des Beamtentums auseinander, weshalb das vom Magistrat vorbereitete Personalgesetz zumindest den Wert eines Diskussionsbeitrages hat. Es enthält unter anderem folgende Bestimmungen: Verwaltungsangehörige sollen entweder Beamte oder Arbeiter sein; das Anstellungsverhältnis der Verwaltungsangehörigen ist durch einen schriftlichen Vertrag zwischen der Anstellungsbehörde und dem Anzustellenden zu begründen; Verwaltungsangehörige können entweder zur Ausbildung, auf Probe, zur vorübergehenden Beschäftigung, auf unbestimmte Zeit oder zur dauernden Beschäftigung angestellt werden; als Oberste Dienstbehörde soll der Magistrat im Benehmen mit den Gewerkschaften die allgemeinen Vorschriften für den Eintritt in den öffentlichen Dienst, für Ausbildung, Prüfungen und die Laufbahn der Verwaltungsangehörigen erlassen; Beamte dürfen nach dem Gesetzentwurf im Dienst nicht für eine politische Partei oder deren Programm werben; bei seiner politischen Tätigkeit in der Öffentlichkeit hat der Beamte die durch sein Amt gebotene Zurückhaltung zu wahren; als gewähltes Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft scheidet er bei Annahme der Wahl aus dem öffentlichen Dienst; alle Verwaltungsangehörigen haben auf Verlangen ihrer Behörde einen Dienstzeit abzugeben.

In der offiziellen Begründung dieser Magistratsvorlage wird festgestellt, daß die in der Berliner Verwaltung beschäftigten und die im Beamtenverhältnis stehenden Personen seit 1945 nur noch als Angestellte oder Arbeiter weiterbeschäftigt worden sind. Seit der Kapitulation sei eine Beschäftigung auf arbeitsrechtlicher Grundlage zweckmäßig gewesen, da die konstante Beschäftigungsverhältnisse bezweckenden Normen des Beamtentums die personelle Erneuerung der Verwaltung erschweren hätten.

Ein grundlegendes Personalgesetz sei jetzt, nach dem Wiederaufbau der Verwaltung, erforderlich. Der Entwurf unterscheide sich von dem vorläufigen wassendeutschen Beamtengesetz dadurch, daß er als Rahmengesetz nur die wesentlichsten Fragen des öffentlichen Dienstes regelt und die Festlegung der Beschäftigungsbedingungen der freien Vereinbarung zwischen dem öffentlichen Dienstherrn und den Gewerkschaften der Verwaltungsangehörigen überlasse. Die Abkehr von dem Hohensteiner Entwurf für die Anpassung des öffentlichen Dienstes an die demokratische Lebensform: Staats- und verwaltungsrechtliche Bedenken können gegen die Beschäftigung von Beamten auf arbeitsrechtlicher Grundlage ernstlich nicht erhoben werden. Die Erfahrungen seit Beginn dieses Jahrhunderts zeigen nämlich, daß rein hoheliche oder obrigkeitliche Aufgaben von Angestellten wahrgenommen worden sind, ohne daß der Staat daran Schaden genommen hat. Mit der Ablehnung der Beamtenanstellung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage ist keine Ablehnung des Berufsbeamtentums schlechthin verbunden. Das vorgelegte Gesetz versucht, die vielen ausgezeichneten Eigenschaften des alten Berufsbeamtentums dem öffentlichen Dienst zu erhalten.\*

## Aus anderen Kreisen der Stadtverwaltung wird uns geschrieben:

Der Entwurf eines Personalgesetzes soll die Rechtsstellung der Verwaltungsangestellten im öffentlichen Dienst Berlins neu ordnen und damit einer seit langem bestehenden Rechtsunsicherheit ein Ende bereiten. So erwünscht eine solche Regelung auch sein mag, so kann man doch nicht, wie der Tagesspiegel am 29. September, behaupten, der Entwurf schließe sich dem bizonalen Beamtengesetz in den wesentlichen Punkten an, vermeide aber dessen Mängel. Gerade im entscheidenden Punkt, nämlich in dem Bekenntnis zum Beamtengriffs, steht der Entwurf im Widerspruch zu der westlichen Regelung. Im Gegensatz zum Beamtengesetz der Bizonenverwaltung, das die öffentlich Bediensteten in „Beamte“ und „Arbeiter“ einteilt und den Begriff der Beamten von der Aushandlung einer Einstellungsurkunde abhängig macht, kennt der Magistratsentwurf den Beamtengriffs nicht. Zwar behauptet auch er, daß die Verwaltungsangestellten entweder Beamte oder Arbeiter seien, aber der Begriff „Beamter“ wird nur benutzt, um die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Merkmale der Neuregelung zu täuschen. Nach dem Gesetzentwurf gibt es nur noch Angestellte, also öffentlich Bedienstete, die auf Grund eines privatrechtlichen Vertragsverhältnisses mit der Stadtverwaltung eingestellt werden. Viele Einzelheiten des Anstellungsverhältnisses werden nicht durch hoheliche rechtliche Akte, sondern durch Vereinbarungen zwischen der Verwaltung und den Gewerkschaften geregelt.

Artikel 33 der Bonner Verfassung bestimmt in Ziffer 4, daß die Ausübung hoheliche-rechtlicher Befugnisse als ständige Aufgabe in der Regel Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen ist, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen. Ferner bestimmt Ziffer 5 des Artikels: Das Recht des öffentlichen Dienstes ist nach den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums zu regeln. Ein schroffer Widerspruch zwischen Berlin und der Bundesrepublik in einer so bedeutungsvollen Frage läßt sich kaum denken.\*

Einer Stellungnahme des Deutschen Beamtensbundes, Landesverband Groß-Berlin, zum Entwurf eines Berliner Personalgesetzes entnehmen wir folgende Punkte:

„Das deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937 hat das Angestelltenverhältnis und die Versorgung der Beamten erschöpfend geregelt. Am 24. Januar 1949 hat der Berliner Magistrat mit den zuständigen Gewerkschaften einen Rahmentarifvertrag abgeschlossen, der auf rein arbeitsrechtlicher Grundlage die Anstellungsverhältnisse und die Versorgung der Verwaltungsangehörigen von Groß-Berlin regelt. Das Studium des Gesetzesentwurfs lehrt, daß das Tarifwerk vom 24. Januar dieses Jahres neben dem neuen Gesetz weiterbestehen soll. Somit bleiben alle Verwaltungsangehörigen, so-





*Die Neue Zeitung  
München, 1. u. 6. Juli 1949*

## 80000 Beamte erwarten ihr Urteil

Von Joachim Stahl

Der Prozeß Franzmeyer kontra Magistrat, der mit der gestrigen Berufungsverhandlung vor dem Kammergericht, der höchsten richterlichen Instanz in Berlin, in ein neues Stadium getreten ist, beleuchtet schlagartig die völlig ungeklärte staatsrechtliche Situation Berlins. Franzmeyer, seit 48 Jahren städtischer Beamter und seit 1929 im Bezirk Spandau als Kommunalarzt, später Amtsarzt tätig, wurde am 25. Juli 1947 vom Magistrat entlassen. Nach 48jähriger Tätigkeit im Staatsdienst ist der heute 69jährige nach den in Berlin geltenden Bestimmungen auf eine monatliche VAB-Rente von 170,— DM angewiesen. Eine Klage Franzmeyers gegen seine Entlassung wurde im vergangenen Jahr vom Landgericht im Britischen Sektor mit der Begründung, daß das deutsche Beamtengesetz auch heute noch in Kraft sei, zu seinen Gunsten entschieden. Ferner wurde festgestellt, daß der heutige Magistrat juristisch als Nachfolger aller früheren Berliner Kommunalbehörden gilt.

Gegen diese Entscheidung hat der Magistrat Berufung eingelegt. Sein Vertreter plädiert auf Aussetzung des Prozesses, bis das rechtliche Verhältnis der Beamten durch ein im Entwurf bereits vorliegendes Personalgesetz geklärt ist. Nach Ansicht des Magistrats ist es aus sozialen Erwägungen heraus nicht möglich, den Beamten „ihre wohlverworbenen Rechte“ zuzugestehen, während die übrige Bevölkerung in Not und Elend die Lasten des verlorenen Krieges zu tragen habe. Etwa 225 Millionen DM hätte Berlin jährlich für die Pensionen der ehemaligen Beamten aufzubringen. Diese Summe könnte bei der gegenwärtigen finanziellen Lage der Stadt nur durch erhöhte Steuern eingebracht werden. Die Steuerzahler, so meinte der Vertreter des Magistrats, die mehr als „wohlerworbene Rechte“ verloren hätten, würden dafür wahrscheinlich wenig Verständnis aufbringen. Im übrigen bestreitet der Magistrat, Rechtsnachfolger des ehemaligen NS-Magistrats zu sein.

Auf das kommende Personalgesetz für Berlin hinweisend, in dem laut Paragraph 35 alle Ansprüche, die sich auf die vor dem 8. Mai 1945 geltende Beamtengesetzgebung stützen, als erloschen erklärt sind, erklärte der Magistratsanwalt abschließend, daß ein positiver Entscheid für Franzmeyer sinnlos wäre, da dieser Urteilsanspruch durch einen Federstrich der Personalabteilung aufgehoben werde.

### In der Hand der Verklagten

Der Verteidiger des Klägers, Dr. Eltelinger, weist nachdrücklich darauf hin, daß sein Mandant keine Pension verlangt, sondern wiederholt seine Dienste angeboten habe. Wenn der Magistrat diese Dienste nicht annehme, sei er nicht berechtigt, das Gehalt zu kündigen. Das Hauptargument des Magistratsanwalts für eine Aussetzung des Prozesses, das kommende Berliner Personalgesetz, wird von der Verteidigung Franzmeyers mit der Begründung zurückgewiesen, daß es noch gar nicht abzusehen sei, wann und in welcher Form dieses Gesetz Rechtskraft erlangen wird. Selbst wenn das Parlament seine Zustimmung geben sollte, müßte immertun damit gerechnet werden, daß die Alliierte Kommandantur die Genehmigung verweigert. Sollte dieses Gesetz wider Erwarten jedoch für Berlin Gültigkeit erlangen, würde es als erster Fall vor das kommende Deutsche Bundesgericht gehören, da es im Widerspruch zu dem in Westdeutschland gültigen Beamtengesetz stehe. Eine Aussetzung des Prozesses würde die Bankrotterklärung der Rechtsprechung bedeuten, so argumentiert der Anwalt, weil das Schicksal des Prozesses und der betroffenen Personen völlig in die Hand der verklagten Behörde gegeben werden, denn vom Magistrat hänge letzten Endes die Behandlung des Personalgesetzes ab.

Der Senat, der vorher noch auf den Artikel 131 des Bonner Grundgesetzes aufmerk-

sam machte, nach dem bis zum Inkrafttreten einer bundesgesetzlichen Regelung über „die Rechtsverhältnisse von Personen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind, und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden“, keine Rechtsansprüche geltend gemacht werden können, vertagte die Entscheidung auf den 8. August.

Grundsätzliche Fragen von weitreichender Bedeutung werden durch diesen Prozeß aufgeworfen. Hat die Stadt Berlin, deren staatsrechtliche Situation nach der Auflösung des Landes Preußen ungeklärt ist, überhaupt eine rechtliche Grundlage, frühere preußische Landesgesetze zu befolgen oder außer Kraft zu setzen? Beruht nicht die derzeitige Steuererhebung auf teilweise alten Reichs- oder preußischen Landesgesetzen? Wenn ja, warum haben dann alte Beamtengesetze keine Gültigkeit? Kann man in diesem Prozeß überhaupt die Bonner Verfassung, die ja für Berlin, das bisher nicht zum künftigen Bundesstaat gehört, keine Gültigkeit hat, zur Grundlage von Entscheidungen machen? Wenn nein, welche Rechtsgrundlage gibt es überhaupt für Berlin? Diese Fragen wird auch das Kammergericht schwer beantworten können. Sollte es das Landgerichtsurteil bestätigen, und damit die Ansprüche Franzmeyers anerkennen, würden unzählige Prozesse gleicher Rechtslage folgen. Dem Magistrat wurde wiederholt nahegelegt, die früheren Beamten, sofern sie politisch unbelastet sind, weiter zu beschäftigen. Könnte er sich dazu bereit erklären, würde der ganze Streitfall aus der Welt geschafft sein. Bisher ist es zu dieser Lösung nicht gekommen.

Etwa 80 000 ehemalige Beamte erwarten in Berlin mit äußerster Spannung den Urteilspruch des Kammergerichts. Ihr Schicksal wird mit der „Sache Franzmeyer“ entschieden.





Berlin C 2, den . . . . .  
Unter den Linden 5

Von der der . . . . . Stiftung

gehörigen Anleihenablassungsschuld und den dazugehörigen Aus-  
lösungsgewichten sind seitens der Reichsschuldenverwaltung im-  
folgte Auslösung . . . . . RM mit . . . . . RM nebst 4 1/2 %  
Zinsen für die Zeit vom . . . . . zusammen mit . . . . . RM  
zur Auszahlung gelangt.

Die Kasse wird angewiesen, das zurückgezahlte Ka-

pital und die Zinsen von insgesamt . . . . . RM

in Worten: . . . . . in der Rechnung der Stiftungsfonds bel.

in Einnahme nachzuweisen .

Anleihenablassungsschuld und der ausgelassen Auslösungsgewichte  
in Höhe von . . . . . RM in Worten: . . . . .

. . . . . abzusetzen.

Die Dokumentenkontrolle ist zu berechtigen.

Der Präsident  
Im Auftrage

An

die Kasse der Preussischen  
Akademie der Künste  
Berlin C 2

## Magistrat verlor Beamten-Prozeß

Kellerluke klappte zu /

Der sogenannte Berufsbeamten-Rechtsstreit zwischen dem früheren Spandauer Amtsarzt Dr. Franzmeyer und dem Westberliner Magistrat wurde vom 4. Zivilsenat des Kammergerichts für die Westsektoren rechtskräftig zugunsten Dr. Franzmeyers entschieden. Franzmeyer, der 1929 vom Bezirksamt Spandau zum Amtsarzt auf Lebenszeit ernannt worden war, war nach der Kapitulation als Angestellter eingestuft und 1947 aus seinem Amt entlassen worden. Er hatte daraufhin durch Urteil des Verwaltungsgerichts für den britischen Sektor die Anerkennung des Fortbestehens seiner Eigenschaft als Berufsbeamter bestätigt erhalten. In dem jetzt vom Kammergericht bestätigten Urteil des Landgerichts waren seine Ansprüche gegen den Magistrat auf Nachzahlung der seit seiner Entlassung nicht gezahlten Beamtenbezüge anerkannt worden.

## Die Lehre

Der IV. Zivilsenat des Kammergerichts traf im Berufsbeamten-Prozeß zwischen dem Magistrat und dem Kläger Dr. Franzmeyer eine rechtskräftige Entscheidung zugunsten des Klägers. Damit sind die Ansprüche Dr. Franzmeyers, der vom Bezirksamt Spandau 1929 als Amtsarzt auf Lebenszeit ernannt, nach der Kapitulation als Angestellter eingestuft und 1947 aus dem städtischen Dienst entlassen wurde, auf Nachzahlung der Beamtenbezüge anerkannt worden.

Diese Entscheidung ist für die 80 000 ehemaligen städtischen Beamten, die nach dem Zusammenbruch nicht wieder eingestellt wurden, von grundsätzlicher Bedeutung. Sie haben nunmehr, unter Berufung auf das Urteil, die rechtliche Möglichkeit, ihre eigenen Ansprüche dem Magistrat gegenüber geltend zu machen. Der Magistrat müßte dadurch für die Zeit von 1945 bis jetzt etwa 600 Millionen D-Mark an Gehälter nachzahlen. Außerdem hätte er für diese Zwecke jährlich weitere 200 Millionen DM aufzubringen.

Das Urteil des Landgerichts, gegen das der Magistrat Berufung eingelegt hatte und das mit der Zurückweisung durch das Kammergericht inzwischen rechtskräftig geworden ist, führte als entscheidende Punkte zur Begründung an, daß der Kläger Dr. Franzmeyer seine Beamteneigenschaft weder durch Vertrag noch durch Gesetz eingebüßt habe und daß kein Gesetz der Besatzungsmächte vorläge, durch das die Beamtenstellung aufgehoben wäre. Dieses Urteil ist formaljuristisch unanfechtbar. Fraglich bleibt jedoch, wieweit der Magistrat als Rechtsnachfolger früherer Behörden zu gelten hat.

Darüber hinaus bilden jene 80 000 Beamten nicht die einzige Personen-Gruppe der Bevölkerung, die auf Grund behördlicher Anordnungen um frühere Rechtsansprüche gebracht wurde. Auch die Kriegsbeschädigten, Rentner und Kleinsparer, um nur einige weitere Gruppen anzuführen, haben ihre Rechte praktisch eingebüßt, obgleich sie formaljuristisch gegen eine deutsche Regierung vielleicht positiv durchgefochten werden könnten. Rechnet man ihre Forderungen hinzu, so ergibt sich eine märchenhafte Milliardensumme an Nachzahlungsansprüchen, die aus keinem Etat zu leisten ist, sondern praktisch als neue Steuerlast auf die Gesamtbevölkerung abgewälzt würde.

Einstweilen hat sich der Magistrat dem Urteil des Kammergerichts zu fügen. Es enthält für ihn die Lehre, daß selbstverständlich in einer Demokratie bei behördlichen Verordnungen die Rechtsgrundlagen berücksichtigt werden müssen. Das ist nicht nur im Fall Dr. Franzmeyer verabsäumt worden. Es sei an den Berliner Bürger erinnert, der seinerzeit als einziger von anderthalb Millionen die Gebühr für seinen neuen Personalausweis nicht bezahlte, weil die Polizei zur Erhebung dieser Forderung — wie damals gleichfalls durch Gerichtsurteil entschieden wurde — nicht berechtigt war.

Ein Ausweg, der dem Magistrat bleibt, besteht darin, bei den Stadtverordneten darauf hinzuwirken, daß endlich das Personal-Gesetz für die im öffentlichen Dienst stehenden Verwaltungsangehörigen Berlins verabschiedet wird. Dadurch könnte die formaljuristische Niederlage in einen gesetzgeberischen Erfolg verwandelt werden.

Dieser Personalgesetz-Entwurf entspricht übrigens dem Bonner Grundgesetz, nach dem alle Ansprüche erloschen sind, die sich aus der vor dem 8. Mai 1945 gültigen Beamten-Gesetzgebung herleiten.



Preussische Akademie der Künste

Berlin C 2, den. . . . .  
Unter den Linden 5

Von der der . . . . . Stiftung  
gehört den Anteilhabersschuld und den dazugehörigen Aus-  
losungsrechten sind seitens der Reichsschuldenverwaltung im-  
folge Auslösung . . . . . RM mit . . . . . RM nebst 1/2 %  
Zinsen für die Zeit vom . . . . . zusammen mit . . . . . RM

zur Auszahlung gelangt.  
Die Kasse wird angewiesen, das zurückgezahlte Ka-  
pital und die Zinsen von insgesamt . . . . . RM  
in Worten: . . . . . in der Rechnung der Stiftungsfonds Bel: . . . . .

in Einnahme nachzuweisen .  
Ferner ist in der Spalte Kapitallen der Betrag der  
Anteilhabersschuld und der ausgelosten Auslosungsrechte  
in Höhe von . . . . . RM in Worten: . . . . . abzusetzen.  
Die Dokumentenkontrolle ist zu berichtigen.  
Der Präsident  
im Auftrage

An  
die Kasse der Preussischen  
Akademie der Künste  
Berlin C 2

Magistrat von Groß-Berlin  
Abt.f.Personal u.Verwaltung  
Hauptpersonalamt  
HPA II

Berlin W 15, den 19.Juli 1949  
Kurfürstendamm 25  
Tel. 91 02 41, App. 73  
Akademie der Künste Berlin

Nr 209 \* 31 JUL 1949

An die Magistratsmitglieder,  
die Bezirksamter - PV -,  
die Dienststellen der HV.,  
die Anstalten und Eigenbetriebe der HV.,  
die städt. u. überwiegend städt. Gesellschaften,  
die ehem. Reichs- und Staatsbehörden, die jetzt dem  
Magistrat angegliedert sind

Betrifft: Vorläufige Sperrung aller Jubiläumszuwendungen.

Die fortdauernde ernste Finanzlage der Gebietskörperschaft Groß-Berlin hat es mit sich gebracht, daß die Vergütungen seit Juli 1949 nur in Teilbeträgen ausgezahlt werden können. Auch sonst bestehen bei der Bereitstellung der Mittel für dringende Aufgaben z.Zt. erhebliche Schwierigkeiten. Es ist jedoch zu erwarten, daß dieser Engpaß in absehbarer Zeit überwunden wird.

Im Einvernehmen mit dem Hauptbetriebsrat sind daher ab sofort Jubiläumszuwendungen nach § 19 RTV zunächst nicht mehr anzuweisen. Sobald die z.Zt. bestehenden Schwierigkeiten behoben sind, werden wir im Einverständnis mit Betriebsrat und Gewerkschaften eine Neuregelung vornehmen.

Theuner



Magistrat  
von  
Groß-Berlin



*Akademie  
der Künste*

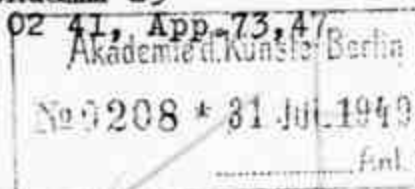
*Gen.-Chancell.  
Stadtschreiber 4533*

*Dr. J. v. B. Hoff 1949  
H. v. B.*

46

Magistrat von Groß-Berlin  
Abt. f. Personal u. Verwaltung  
Hauptpersonalamt  
HPA II/III

Berlin W 15, den 24. Juli 1949  
Kurfürstendamm 25  
Tel.: 91 02 41, App. 73, 47



An die Magistratsmitglieder,  
die Bezirksämter - PV -,  
die Dienststellen der Hauptverwaltung,  
die Anstalten und Eigenbetriebe der Hauptverwaltung,  
die städt. u. überwiegend städt. Gesellschaften,  
die ehem. Reichs- und Staatsbehörden, die jetzt dem  
----- Magistrat angegliedert sind -----

Betr.: Dienstzeit nach § 13 RTV

Die augenblickliche Finanzlage der Gebietskörperschaft Groß-Berlin zwingt uns, bei der Festsetzung der Dienstzeit nach § 13 RTV einen strengen Maßstab anzulegen.

Beschäftigungs-, Wehrdienst-usw. Zeiten sind, soweit auf deren Berücksichtigung im Rahmen des § 13 Abs. 1-5 RTV ein Rechtsanspruch besteht, weiterhin anzurechnen. Zeiten nach Ziff. 4 aaO. können im Augenblick noch nicht angerechnet werden, da die in der Protokoll-erklärung zu § 13 vorgesehenen Richtlinien bisher nicht vereinbart sind.

Dienstzeiten nach § 13 Ziff. 5 in Verbindung mit Ziff. 1 dürfen nur in besonders gelagerten Einzelfällen berücksichtigt werden.

Die

Die Dienstzeitberechnungen nach § 13 RTV gelten nicht für die Berechnung der ruhegeldfähigen Dienstzeit nach der Versorgungsvereinbarung vom 24.1.1949 - Dbl.I/49 Nr. 17 S.25-. Hierfür sind ausschließlich die Vorschriften der §§ 16 - 18 der Versorgungsvereinbarung und die Entscheidungen der nach der AV. zur Versorgungsvereinbarung zuständigen Stellen maßgebend.

Im Auftrage

L a n g e

*L. Lang*  
*Berlin, 1. 6. August 1949*  
*V.H.*  
*15*



*ab mit*

Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
29. Juli 1949

J. Nr. 198/49/KB/Ew.

*3 Hauptm. Lang*

*Thp*

An den  
Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Personal u. Verwaltung  
Organisationsamt - Org I 2 -

B e r l i n W 15  
Kurfürstendamm 25

Betr.: Personalstatistik

Bezug: Rundverfügung Org. Nr. 25/1949 vom 18.7.1949

Auf die obenbezeichnete Rundverfügung übersenden wir in  
der Anlage je eine Übersicht über den Personalstand am  
1. Januar, 1. April und 1. Juli 1949.

3

Im Auftrage

/ Körber /

*Bn*

Akademie der Künste zu Berlin

Zu J.Br. 198/49

Personalstand am 1. Januar 1949

	Büro-, Social- usw. Dienst	Techn. Dienst	Personal in Anstalten	Sus.
	1	2	3	4
<b>A. Vollbeschäftigte Angestellte</b>				
1. in Planstellen	3	-	-	3
2. überplanmäßig				
a) aus Baustellen	-	-	-	-
2. eim. Arbeiten	-	-	-	-
b) als Vertretungen	-	-	-	-
c) als Zeithilfen	-	-	-	-
d) auf Grund bes. Genehmi- gung des Mag.	-	-	-	-
e) in Lohnausgleichsbesen	-	-	-	-
f) als Zeithilfen in den Kartenstellen (bei der letzten Ausgabe der Le- bensmittelkarten)	-	-	-	-
3. überzählig	-	-	-	-
<b>Sus. Angestellte</b>	<b>3</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>3</b>

**B. Nichtvollbeschäftigte Angestellte -**

**C. Dienstanwärter und Praktikanten -**

**D. Arbeiter -**

**E. 65-jährige vollbeschäftigte Angestellte -**

1. Zahl der am Stichtage noch be-  
schäftigten über 65 Jahre alten  
Angestellten: - davon gekündigt: -

2. Zahl der Angestellten, die im  
kommenden Vierteljahr das 65.  
Lebensjahr erreichen: - davon gekündigt: -

- - - - -

Akademie der Künste zu Berlin

Zu J.Nr. 198/49

Personalstand am 1. April 1949

	Büro-, Sozial- u. w. Dienst	Techn. Dienst	Personal in Anstalten	Zus.
	1	2	3	4
<b>A. Vollbeschäftigte Angestellte</b>				
1. in Planstellen	3	-	-	3
2. Überplanmäßig				
a) aus Baumitteln u. eins. Arbeiten	-	-	-	-
b) als Vertretungen	-	-	-	-
c) als Zeithilfen	-	-	-	-
d) auf Grund bes. Genehmi- gung des Mag.	-	-	-	-
e) in Lohnungleichnissen	-	-	-	-
f) als Zeithilfen in den Kartenstellen (bei der letzten Ausgabe der Le- bensmittelkarten)	-	-	-	-
3. Überzählig	-	-	-	-
<b>zus. Angestellte</b>	<b>3</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>3</b>

**B. Nichtvollbeschäftigte Angestellte -**

**C. Dienstwärter und Praktikanten -**

**D. Arbeiter -**

**E. 55-Jährige vollbeschäftigte Angestellte -**

1. Zahl der am Stichtage noch be-  
schäftigten über 55 Jahre alten  
Angestellten: - davon gekündigt: -
2. Zahl der Angestellten, die im  
kommenden Vierteljahr das 55.  
Lebensjahr erreichen: - davon gekündigt: -

- - - - -

# Akademie der Künste zu Berlin

Zu J.Nr. 198/49

Personalstand am 1. Juli 1949

	Büro- Sozial- usw. Dienst	Techn. Dienst	Personal in Anstalten	Zus.
	1	2	3	4
<b>A. Vollbeschäftigte Angestellte</b>				
1. in Planstellen	3	-	-	3
2. Überplanmäßig				
a) aus Baumitteln	-	-	-	-
u. einm. Arbeiten	-	-	-	-
b) als Vertretungen	-	-	-	-
c) als Zeithilfen	-	-	-	-
d) auf Grund bes. Genehmi- gung des Mag.	-	-	-	-
e) in Lohnausgleichskassen	-	-	-	-
f) als Zeithilfen in Kar- tenstellen (bei der letz- ten Ausgabe der Lebens- mittelkarten)	-	-	-	-
3. Überzählig				
<b>zus. Angestellte</b>	<b>3</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>3</b>

B. Nichtvollbeschäftigte Angestellte -

C. Dienstanwärter und Praktikanten -

D. Arbeiter -

E. 65-jährige vollbeschäftigte Angestellte

1. Zahl der am Stichtage noch be-  
schäftigten über 65 Jahre alten  
Angestellten: .-. . . . , davon gekündigt: .-. . . .
2. Zahl der Angestellten, die im  
kommenden Vierteljahr das 65.  
Lebensjahr erreichen: .-. . . , davon gekündigt .-. . . .

-----



Magistrat von Groß-Berlin  
Abt.f.Personal u.Verwaltung  
Organisationsamt  
- Org.I 2 -

Berlin W 15, den 18.Juli 1949  
Kurfürstendamm 25  
Fernruf: 91-02-41 App. 71

Akademie der Künste Berlin  
No 9188 \* 25. Juli 1949  
Fol.

An die Magistratsmitglieder  
die Bezirksämter -PV -  
die Dienststellen der Hauptverwaltung  
die Anstalten und Eigenbetriebe der Hauptverwaltung  
sowie die Bewag  
die ehem. Reichs- und Staatsbehörden, die jetzt dem Magistrat  
angegliedert sind

Rundverfügung Org. Nr. 25/1949  
Betr. Personalstatistik

Das Fehlen zuverlässiger Angaben über die Zahl der bei der Gebietskörperschaft beschäftigten Angestellten und Arbeiter ist vielfach als wesentlicher Mangel empfunden worden. Wir wollen daher eine Personalstatistik aller im Dienste der Stadt stehenden Personen, wie sie vor dem Zusammenbruch regelmäßig geführt wurde, in vereinfachter Form vom 1. Juli 1949 ab wieder einführen.

Vierteljährlich, und zwar am 10. April, Oktober, Januar, eines jeden Jahres sind nach dem Stande vom 1. der angegebenen Monate dem Magistrat - Organisationsamt - Zahlenangaben nach folgendem Muster zu übersenden. Erstmalig sind uns diese Zahlenangaben nach dem Stichtage vom 1.10.49 zu machen.

Zur Bearbeitung eines Magistratsbeschlusses, betr. die Entwicklung des Personalbestandes der gesamten Verwaltung, benötigen wir solche Zahlenangaben außerdem für die Stichtage 1.1., 1.4. und 1.7.1949. Diese Angaben bitten wir uns nach dem gleichen Muster sofort - spätestens bis 1.8.49 - zu übersenden.

Personalbestand am 1. ....

	Büro-, Sozial- usw. Dienst	Techn. Dienst	Personal in Anstalten	Zus.
1	2	3	4	5

A. Vollbeschäftigte Angestellte

1. in Planstellen
2. überplanmäßig
  - a) aus Baumitteln u.einm.Arbeiten
  - b) als Vertretungen
  - c) als Zeithilfen
  - d) auf Grund bes. Genehmigung des Mag.
  - e) in Lohnausgleichskassen
  - f) als Zeithilfen in den Kartenstellen (bei der letzten Ausgabe der Lebensmittelkarten)
3. überzählig

zus.Angestellte:

B. Nichtvollbeschäftigte Angestellte

C. Dienstanwärter und Praktikanten

D. Arbeiter

E. 65-jährige vollbeschäftigte Angestellte

1. Zahl der am Stichtage noch beschäftigten über 65 Jahre alten Angestellten: ....., davon gekündigt: .....
2. Zahl der Angestellten, die im kommenden Vierteljahr das 65. Lebensjahr erreichen: ..... davon gekündigt: .....

Für die Meldungen mit den Angaben unter A bis E bitten wir das Format Din A 5 zu verwenden; vom 1.10.49 ab werden wir dafür einen besonderen Vordruck herstellen lassen.

Erläuterungen:

Zu A 1: Maßgebend sind die vom Magistrat - Organisationsamt - für das laufende Haushaltsjahr festgesetzten Planstellen, für Eigenbetriebe mit kaufm. Buchführung und die Bewag die Stellenübersichten. Soweit Planstellen mit einem Sperrvermerk versehen sind, und solange dieser Sperrvermerk noch nicht aufgehoben ist, oder wenn Planstellen im Laufe des Haushaltsjahres gesperrt werden, dürfen Angestellte nicht als in solchen Planstellen beschäftigt gezählt werden. Zu den in Planstellen beschäftigten Angestellten gehören auch diejenigen, welche im Wege des Personalausgleichs (Dbl. I/1948, Nr.100, Abschnitt IV 1) vorübergehend anderen Dienststellen zugewiesen sind, jedoch nur dann, wenn ihre Planstellen in der bisherigen Dienststelle nicht etwa gesperrt wurden.

Zu A 2: Überplanmäßige Angestellte sind - vgl. Ziff. 2 der Vorbemerkungen zum Stellenplan 1949 - nur solche, für deren Beschäftigung besondere Haushaltsmittel vorgesehen sind oder eine ausdrückliche Genehmigung des Magistrats - vorliegt. Im einzelnen sind die Angestellten zu zählen, wenn sie beschäftigt werden:

- a) zu Lasten (Erstattungen an den VH Nr.1) einmaliger Baupmittel oder besonderer im Sachhaushalt vorgesehener oder besonders bewilligter Mittel für Durchführung einmaliger Arbeiten (z.B. bei der Entrümmerung): unter A 2 a;
- b) als Vertretungen in Urlaubs- und Krankheitsfällen, wenn dafür besondere Vertretungsmittel im Haushalts- oder Wirtschaftsplan vorgesehen sind (Dbl.I/1948, Nr.100, Abschn.VI A): unter A 2 b;
- c) als Zeithilfen, wenn dafür besondere (Pauschal-) Mittel im Haushaltsplan vorgesehen sind oder durch den Magistrat bereitgestellt und freigegeben werden (z.B. in den Arbeitsämtern): unter A 2 c.  
Soweit Zeithilfen in den Kartenstellen etwa am Stichtage noch beschäftigt sind, fallen sie ausnahmsweise unter A 2 f.

d)

- d) überplanmäßig auf Grund besonderer Genehmigung des Magistrats - Organisationsamt - im Einzelfalle zu Lasten von Ersparnissen oder Reservemitteln: unter A 2 d. Angestellte, bei denen überplanmäßig bloß eine höhere Eingruppierung als in der Planstelle vorgesehen genehmigt wird, gelten weiter als in ihrer Planstelle beschäftigt und sind unter 1 zu zählen.
- e) in den Lohnausgleichskassen insoweit, wie die Personalkosten der Angestellten von den Lohnausgleichskassen getragen und an den VH.Nr.1 erstattet werden: unter A 2 e.
- f) als Zeithilfen in den Kartenstellen unabhängig vom Stichtage; vgl. auch Erläuterung unter c): unter A 2 f.

Die Aufzählung ist erschöpfend und nicht erweiterungsfähig.

Zu A 3: Überzählig sind somit alle Angestellten, die etwa außer den unter A 1) und A 2) zu zählenden noch vorhanden sind, also vornehmlich solche, die infolge Wegfalls oder Sperrung von Planstellen oder Wegfalls von Aufgaben (z.B. von einmaligen Bauaufgaben) bis zum Ablauf ihrer Kündigungsfrist weiterbeschäftigt werden müssen. Solche Angestellten gelten auch dann als überzählig, wenn zu ihren Gunsten etwa Anträge auf Weiterbeschäftigung (überplanmäßig) beim Magistrat - Organisationsamt - gestellt worden sind, eine Genehmigung jedoch noch nicht vorliegt. Überzählig sind auch solche Angestellten, für deren Weiterbeschäftigung längstens bis zum 30.9.1949 beim HUA. A und B 0300 besondere Mittel vorgesehen sind.

Zu C: Hierzu zählen auch Famuli, Säuglingspflege-, Krankenpflege- und Schwesternschülerinnen, Lernschwestern.

Zu A bis D, Spalte 4, Anstaltspersonal:

Hierist das gesamte in den Anstalten beschäftigte Personal zu führen, ggf. also auch Büroangestellte und techn. Angestellte.

Zu den Anstalten gehören:

Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, Badeanstalten, Alters- und Kinderheime, Waisenhäuser, Erziehungsheime.

Dagegen nicht:

Kindertagesstätten, Kindererholungsheime.

Zusatz für die Bezirksämter:

Die monatlichen Meldungen der überzähligen Angestellten gemäß der Rundverfügung Org.Nr. 13/1949 vom 14.4.1949 fallen vom 1.August 1949 ab weg.

Zusatz für die Hauptverwaltung:

Die Dienststellen der Hauptverwaltung übersenden die Angaben ihrer zuständigen Abteilung; diese gibt die Meldungen mit einer zahlenmäßigen Zusammenstellung der Einzelmeldungen an das Organisationsamt weiter.

Dienststellen, die dem Oberbürgermeister unterstellt sind oder zur Abteilung Personal und Verwaltung gehören (insbesondere Haushalts-Einzelplan 0) senden die Meldungen unmittelbar an das Organisationsamt.

Die



Die Abteilung für Verkehr und Betriebe meldet gesondert

- a) für die eigentliche Abteilung (HUA.8000, 8010, 7370, 7530, 7540),
- b) für die öffentlichen Einrichtungen usw. (HUA.8100, 8101, 8110, 8122, 8200, 8210, 8230, 8400, 8700)
- c) für die Eigenbetriebe und Gesellschaften (HUA.8600, 8610, 8620, 8630, 8640, 8660, 8670, 8680, 8810).

Außerdem melden:

Der Polizeipräsident für die HUA. 1100, 1110, 1120, der Kammergerichtspräsident für die HUA. 1600 und 1610, das Landesfinanzamt für die HUA. 9100, 9110 und 9150 (Klassenlotterie) das Hauptamt für Banken und Versicherungen für die HUA. 9700, 9710, 9720.

Die Meldungen für nachstehende HUA sind zu erstatten:

HUA 7400 (Eichwesen)	}	über die Finanzabteilung
" 8130 (Sparkasse)		über das Hauptamt für
" 8132 (WBK)		Banken und Versicherungen
" 1800) Bezirks.Verw.	}	über die Abteilung für Rechtswesen
" 1810) Gerichte		
" 1550 Patentamt		

Theuner

Magistrat von Groß-Berlin  
Finanzabteilung  
- Kam.I, 2a -

Berlin W 30, den 23. Juli 1949  
Münchener Str. 53/55  
Tel.: 24 08 11  
App.: 351 / Akademie d. Künste Berlin

№ 9204 \* 28 JUL 1949

An die Magistratsmitglieder  
die Bezirksämter  
die Dienststellen der Hauptverwaltung  
die Anstalten und Eigenbetriebe der Hauptverwaltung  
die städt. und überwiegend städt. Gesellschaften  
die Reichs- und Staatsbehörden, soweit sie dem Magistrat  
angegliedert sind

Rundverfügung Kam.Nr. 60/1949

Betr.: Zahlung der Ostmarkanteile der Juli-Vergütungen an die Grenzgänger  
Von der zweiten Hälfte der bar zu zahlenden Juli-Vergütungen können die  
Ostmarkanteile für Grenzgänger am 26.7.1949 ausbezahlt werden.

Alle anderen Zahlungen sind noch nicht vorzunehmen. Für diese wird der  
Zeitpunkt noch besonders bekanntgegeben werden.

Theuner

*Handwritten:*  
Joh.  
Berlin, 1. 8. Juli 1949  
H.K.

Magistrat von Groß-Berlin  
Abt. für Personal und Verwaltung  
Haupt-Gehalts- u. Lohnstelle  
- HGSt. I, 1 -

Berlin W 15, den 11. Juni 1949  
Kurfürstendamm 25 Künste-Berlin  
Fernruf: 91 39 65  
No 0160 \* 13. JUN. 1949  
Anl.

An die  
Herren Dienststellenleiter der Hauptverwaltung.

-----  
Betr.: Vergütungen für Juni .

Nach dem heute ergangenen Rundspruch des HPA II werden die Vergütungen für Juni 49 in 2 Raten und zwar je zur Hälfte am 15. und am 25.6.49 gezahlt.

Da die Zahlungslisten für die Zahlung der Bezüge in einer Summe bereits fertiggestellt sind, konnten die Einzelbeträge nicht mehr besonders errechnet werden. Die Dienststellen erhalten am 15.6. die Hälfte des Gesamtnettobetrag und müssen die auszuzahlenden Einzelbeträge selbst errechnen.

Die Empfangsscheine für die Restzahlung können am 23.6.49 hier abgeholt werden.

Im Auftrage  
H a a s c h

*Joh. H. v. J. L. 1949*  
*H. v. J. L. 1949*

Magistrat  
von  
Groß-Berlin



MAGISTRAT VON GROSß-BERLIN  
Abteilung für Verwaltung  
Berlin-Charlottenburg, Koenigsplatz 33

*der Herr*

*Berlin-Charlottenburg*

*Koenigsplatz 33*



53  
Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
29. Juni 1949  
J.Nr. 165/49/RS/Dw.

An den  
Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Personal und Verwaltung  
Hauptpersonalamt

Berlin W 15  
Kurfürstendamm 25

Betr.: Ruhegeldfähige Dienstzeit

Bezug: Ihr Schreiben vom 23. Juni 1949

Auf das vorbezeichnete Schreiben erwidern wir, dass das Schreiben vom 20. April 1949 - HPA IV - betreffend Ruhegeldfähige Dienstzeit - am 3. Juni hier eingegangen ist. Der Unterzeichnete hat in Erledigung dieser Angelegenheit am 24. d. Mts. in Zimmer 104 der dortigen Dienststelle vorgesprochen und einem Verwaltungsangestellten die gewünschten Angaben gemacht. Wir haben mit dieser Rücksprache die Sache als erledigt angesehen.

Die Akademie der Künste - früher Preussische Akademie der Künste - gehört zu den seit Mai 1945 vom Magistrat betreuten ehemaligen Reichs- und Staatsbehörden.

Falls eine nochmalige Rücksprache erforderlich sein sollte, bitten wir um gefällige Mitteilung, wann der Unterzeichnete dort vorsprechen soll.

In Auftrage

/ Körber /

Magistrat von Gross-Berlin  
Abt. f. Personal und Verwaltung  
Hauptpersonalamt  
HPA IV

An die  
Akademie der Künste  
-----

56  
Berlin W 15, den 23. Juni 1949  
Kurfürstendamm 25  
Ruf: 91 02 41/54

Akademie d. Künste-Berlin  
No 3165 \* 27. JUN 1949  
Anl.

/ Auf unser als Anlage beigelegtes Schreiben vom 20. April 1949  
haben Sie bisher leider noch nicht geantwortet. Wir bitten  
um recht baldige Erledigung.

Im Auftrage  
Schröder

Beglaubigt:  
*Schröder*  
Verw. Ang.

Magistrat von Gross-Berlin  
Abt. f. Personal und Verwaltung  
Hauptpersonalamt  
HPA IV

Abschrift

Berlin W 15, den 20. April 1949  
Kurfürstendamm 25  
Ruf: 91 02 41/54

An die  
Akademie der Künste  
-----

Betr.: Ruhegeldfähige Dienstzeit

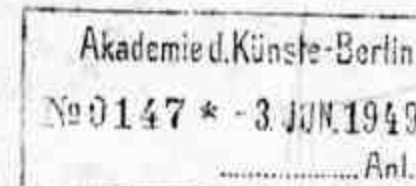
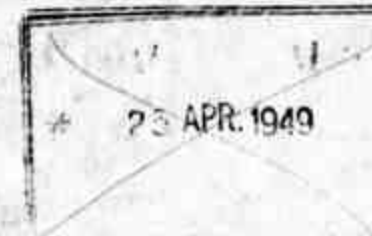
Nach § 16, Abs. 1 b, der Versorgungsvereinbarung vom 24.1.1949 (Dienstblatt I/49, Nr. 17, S. 25) wird bei der Berechnung der ruhegeldfähigen Dienstzeit u.a. auch die Zeit einer Beschäftigung im Dienste der Berliner Behörden und Verwaltungen des ehemaligen Landes Preussen oder des Deutschen Reiches, die nach dem 8.5.45 als selbständige Behörden oder als Teile der engeren Stadtverwaltung dem Magistrat von Gross-Berlin unterstellt und weitergeführt worden sind, angerechnet. Zur Klärung ob bei Ihrer Dienststelle diese Voraussetzungen für eine Anrechnung für die Zeit vor dem 8.5.1945 erfüllt sind, bedürfen wir einiger Auskünfte, die zweckmässigerweise in einer persönlichen Rücksprache erteilt werden. Wir bitten Sie daher, einen Ihrer Angestellten, der mit den personellen und organisatorischen Verhältnissen Ihrer Dienststelle vertraut sein muss, zu beauftragen, uns (an einem noch telefonisch zu vereinbarenden Termin - Ruf: 91 02 41, App. 54 -) aufzusuchen.

Im Auftrage  
gez. Schröder

Magistrat von Gross-Berlin  
Abt. f. Personal und Verwaltung  
Hauptpersonalamt  
HPA IV

Berlin W 15, den 20. April 49  
Kurfürstendamm 25  
Ruf: 91 02 41/54

An die  
Akademie der Künste



Betr.: Ruhegeldfähige Dienstzeit

Nach § 16, Abs. 1b), der Versorgungsvereinbarung vom 24.1.1949 (Dienstblatt I/49, Nr. 17, S. 25) wird bei der Berechnung der <sup>auch</sup>ruhegeldfähigen Dienstzeit u.a./die Zeit einer Beschäftigung im Dienste der Berliner Behörden und Verwaltungen des ehemaligen Landes Preussen oder des Deutschen Reiches, die nach dem 8.5.1945 als selbständige Behörden oder als Teile der engeren Stadtverwaltung dem Magistrat von Gross-Berlin unterstellt und weitergeführt worden sind, angerechnet. Zur Klärung, ob bei Ihrer Dienststelle diese Voraussetzungen für eine Anrechnung für die Zeit vor dem 8.5.1945 erfüllt sind, bedürfen wir einiger Auskünfte, die zweckmässigerweise in einer persönlichen Rücksprache erteilt werden. Wir bitten Sie daher, einen Ihrer Angestellten, der mit den personellen und organisatorischen Verhältnissen Ihrer Dienststelle vertraut sein muss, zu beauftragen, uns (an einem noch telefonisch zu vereinbarenden Termin - Ruf: 91 02 41, App. 54 - ) aufzusuchen.

Im Auftrage  
Schröder

Beglaubigt:  
*F. Schröder*  
Verw. Ang.



Berlin W 15, den 11. Juni 1949  
Kurfürstendamm 25  
Tel. 91 02 41, App.

Magistrat von Groß-Berlin  
Abt. f. Personal und Verwaltung  
Hauptpersonalamt  
HPA IV

An die  
Akademie der Künste

Betr.: Ruhegeldfähige Dienstzeit

Nach § 16, Abs. 1b), der Versorgungsvereinbarung vom 24.1.1949 (Dienstblatt I/49, Nr. 17, S. 25) wird bei der Berechnung der Ruhegeldfähigen Dienstzeit u.a. die Zeit einer Beschäftigung im Dienste der Berliner Behörden und Verwaltungen des ehemaligen Landes Preussen oder des Deutschen Reiches, die nach dem 15.1.1945 als selbständige Behörden oder als Teile der engeren Stadtverwaltung dem Magistrat von Groß-Berlin unterstellt und weitergeführt worden sind, angerechnet. Zur Klärung, ob bei Ihrer Dienststelle diese Voraussetzungen für eine Anrechnung für die Zeit vor dem 8.5.1945 erfüllt sind, bedürfen wir einiger Auskünfte, die zweckmäßigerweise in einer persönlichen Rücksprache erteilt werden. Wir bitten Sie daher, einen Ihrer Angestellten, der mit den persönlichen und organisatorischen Verhältnissen Ihrer Dienststelle vertraut sein muss, zu beauftragen, uns (an einem noch telefonisch zu vereinbarenden Termin) - Tel. 91 02 41, App. 54 - anzuhören.

Im Auftrage  
Beauftragter

Verw. Amt

Magistrat von Groß-Berlin  
Abt. f. Personal u. Verwaltung  
Hauptpersonalamt  
-HPA II-

Berlin W 15, den 11. Juni 1949  
Kurfürstendamm 25  
Tel. 91 02 41, App.

Akademie der Künste Berlin

15. JUN 1949

An die Magistratsmitglieder,  
die Bezirksämter,  
die Dienststellen der HV.,  
die Anstalten u. Eigenbetriebe der HV.,  
die städt. u. überwiegend städt. Gesellschaften,  
die Reichs- u. Staatsbehörden, soweit sie dem Magistrat angegliedert sind  
-----  
Bereits durch Rundspruch mitgeteilt -

1. Die Vergütung der Angestellten für den Monat Juni 1949, die nach § 20 der TO.A am 15.6.1949 fällig wäre, ist in 2 Raten zu zahlen. Die erste Rate in Höhe von 50 v.H. des Nettobetrages ist am 15.d.M. und der Restbetrag frühestens ab 25.d.M. zur Auszahlung zu bringen.

2. Bei Überweisungen verbleibt es bei der Zahlung in einem Betrage am 15.d.M.

Im Auftrage  
Kockrow

11. Juni 1949

Berlin W 12, den 20. April 49  
Kunstkammer 22  
Ruf: 21 02 41/24

Magistrat von Gross-Berlin  
Abt. f. Personal und Verwaltung  
Hauptpersonalamt  
VI A/H

Akademie der Künste-Berlin  
200143 \* 30 MAL 1949  
Anl.

20 APR 1949

An die  
Akademie der Künste

Akademie d. Künste-Berlin  
No 0143 \* 30 MAL 1949  
Anl.

*Chiffre*

*Lehrer Franz Hoffmann, Sohn Frau Langste  
geb. 2. März 1890 in Berlin  
in der Zeit m. 1. März 1949 bis 1. März 1949 in  
der Akademie der Künste in Berlin als Kunstgelehrter tätig  
gewesen. In der Zeit m. 1. März 1949 bis 1. März 1949  
muss er in der Zeit m. 1. März 1949 bis 1. März 1949*

*Lehrer d. K. Mai 1949*

*Chiffre d. K. für Berlin*

*Chiffre*  
*Chiffre*  
*Chiffre*

*Chiffre*

*Chiffre*

*Chiffre*

*4*

### Buchungszettel über fortlaufende Zahlungen

Rechnungsjahr 19

Verrechnungsstelle: Kap. Tit.

Einzelner:  
Empfänger:

**Gegenstand:**

**Fälligkeit:**

[illegible]

Bemerkungen siehe umseitig!

An den  
Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
Personalstelle (Fräulein Knappert)  
Berlin-Charlottenburg 2  
Soorstr. 60  
Zurweisung der Vergütung d

Betr.: Überweisung der Vergütung der Angestellten auf ein Bankkonto

Betr.: Überweisung  
Bankkonto  
Bezug: Rundschreiben Nr. 127 vom 14.5.1949 - V  
Auf das obenbezeichnete Schreiben teilen wir mit, dass von den  
Angestellten der Akademie der Künste nur der Unterzeichnete  
ein Gehalt von über DM-West 300.- netto hat. Wir bitten daher  
um Überweisung des Gehaltes  
auf die Sparkasse 74 Berlin-West  
Charlottenburg 9, Reichskanzlerplatz 8

zu a) auf die Sparkasse 74 Berlin-West  
Berlin-Charlottenburg 9, Reichskanzlerplatz 8  
zu b) auf Girokonto Nr. 357  
zu c) Dienststellenleiter Alfred K ö r b e r  
Berlin-Charlottenburg 9, Fredericiastr. 14  
Dienststelle: Akademie der Künste  
Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 33  
Im Auftrage

Im Auftrage



Bemerkungen (siehe umfänglich)


Buchungszettel über fortlaufende Zahlungen

Rechnungsjahr 19

Verrechnungstelle: Kap. Tit.

Finanzab-

Titelbuch Nr.	Seite

62

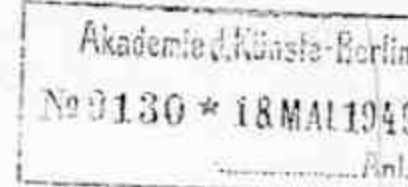
Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
- Personalstelle -  
- Vbildg 1/8 -

Berlin-Charlottenburg, den 14. Mai 1949  
Soorstr. 60  
Tel.: 92 02 11 App. 330

Rundschreiben Nr. 127

An

Akademie der Künste  
Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstr. 33



Betr.: Überweisung der Vergütung der Angestellten auf ein Bankkonto.

Wir übersenden Ihnen anbei die Rundverfügung - HPA Nr. 15 - vom 9.5.1949, nach der bei Angestellten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mehr als 300,-- DM-West die volle Monatsvergütung auf ein bestehendes oder noch einzurichtendes Bank- oder Spar-Giro-Konto (Gehaltskonto) bei den Bezirksbanken des Berliner Stadtkontors West (Kreditbank von Berlin) oder bei der Sparkasse Berlin-West oder auf ein Postscheckkonto beim Postscheckamt Berlin-West zu überweisen ist.

Die Überweisung der Vergütungen auf Gehaltskonto erfolgt erstmalig bei der Juni-Vergütung.

Wir bitten, den in Frage kommenden Angestellten von dieser Rundverfügung sofort Kenntnis zu geben und sie zu veranlassen, sich umgehend ein Gehaltskonto bei einem der vorgenannten Institute anzulegen. Wer ein Nettoeinkommen von mehr als 300,-- DM monatlich bezieht, ergeben die Zahlungslisten für Mai 1949.

Bis spätestens 28.5.1949 sind der Personalstelle Berlin-Charlottenburg, Soorstr. 60 - Zimmer 27 - (Fri. Knappert) die Mitteilungen über die Errichtung der Gehaltskonten und zwar nicht einzeln, sondern gesammelt für die betreffenden Angestellten zu übersenden.

Die Mitteilungen müssen enthalten:

- die genaue Bezeichnung, die Anschrift (Ortsteil, Strasse und Nr.) des Bankinstituts (kontoführende Kasse)
- die Konto-Nummer und
- die genaue Anschrift des Kontoinhabers (Privatwohnung) und Dienststelle.

Im Auftrage:

Heuselmann

Beglaubigt durch:

*U. W. W.*



Akademie der Künste, Bln.-Charlottenburg, Hardenbergstr. 33

Magistrat von Groß-Berlin  
Abt.f.Personal u.Verwaltung  
HPA II

Berlin W 15, den 9.Mai 1949  
Kurfürstendamm 25  
Tel.: 91 02 41, App.73

An die Magistratsmitglieder,  
die Bezirksämter - PV. -,  
die Dienststellen der HV.,  
die Anstalten und Eigenbetriebe der HV.,  
die ehemaligen Reichs- und Staatsbehörden, soweit sie jetzt  
dem Magistrat angegliedert sind -

Rundverfügung HPA.Nr. 15

Überweisung der Vergütung der Angestellten auf ein  
Bankkonto

- 1. Der Magistrat hat am 13. April 1949 - Protokoll Nr. 217 - be-  
schlossen:  
"Zur nachdrücklichen Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs  
wird angeordnet:

Den Angestellten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von  
mehr als 300,- DM-West ist die volle Monatsvergütung auf  
ein bestehendes oder noch anzulegendes Bank- oder Spargiro-  
konto (Gehaltskonto) bei den Bezirksbanken des Berliner Stadt-  
kontors West, (Kreditbank von Berlin) oder bei der Sparkasse  
Berlin-West oder auf ein Postscheckkonto beim Postscheckamt  
Berlin-West zu überweisen. Nur Nettovergütungen bis einschl.  
300,-DM-West und die Löhne dürfen weiterhin bar ausgezahlt  
werden.

2. Nettovergütungen, die den Betrag von 300,-DM übersteigen, aber nach den z.Zt. geltenden Währungsbestimmungen in DM-Ost ausbezahlt sind, werden bis auf weiteres - wie bisher - bar ausgezahlt. Das gilt auch für den Westmarkanteil.
3. Die Angestellten, die unter die Bestimmungen der vorstehenden Ziff. 1 fallen, bitten wir, sich sogleich ein Gehaltskonto bei einem der genannten Institute anzulegen und der zuständigen Gehalts- und Lohnstelle auf dem vorgeschriebenen Dienstwege (über den Dienststellenleiter) unverzüglich davon Kenntnis zu geben. Die Mitteilung muß enthalten:
  - a) die genaue Bezeichnung, die Anschrift (Ortsteil, Straße und Nr.) des Bankinstituts (kontoführende Kasse)
  - b) die Konto-Nummer und
  - c) die genaue Anschrift des Kontoinhabers (Privatwohnung).
4. Wir bitten dafür zu sorgen, daß die zuständigen Gehalts- und Lohnstellen alle Vorkehrungen treffen, um einen schnellen und reibungslosen Überweisungsverkehr zu ermöglichen.

Dem Berliner Stadtkontor-West, der Berliner Sparkasse-West und der Abt. Post- und Fernmeldewesen haben wir Kenntnis von diesem Rundschreiben gegeben und sie gebeten, möglichst bald das Erforderliche zu veranlassen.

Theuner

64  
Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
29. April 1949

An den  
Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
Allgemeine Verwaltung  
Berlin-Charlottenburg 9  
Soosestr. 60

J. Nr. 105/49/KU/Ew

Betr.: Rundschreiben Nr. 87 - Fragebogen der Arbeiter usw.

Wir teilen mit, dass das Rundschreiben vom 24. März Nr. 87 bei der Akademie der Künste nicht eingegangen ist.

Zu b) Beschäftigung der Schwerbeschädigten und zu c) Anerkannte Opfer des Faschismus erstatten wir F e h l a n z e i g e .

Im Auftrage  
f

Abteilung für Volksbildung  
Allgemeine Verwaltung

Berlin-Charlottenburg, den 24. März 1949

Soerstrasse 60  
Tel.: 92 0 Akademie d. Künste-Berlin

No 9105 \* 28 APR 1949

An d. <sup>10</sup> Akademie der Künste, Hardenbergstr. 33

Bandschreiben Nr. 87

a) Betr.: Fragebogen der Arbeiter

Da die Personalakten für die Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Volksbildung Ost verblieben sind, ist die Anstellung eines neuen Personalbogens durch diese Arbeitskräfte notwendig. Die Vordrucke hierzu bitten wir, in unserer Personalverwaltung, Berlin-Charlottenburg 9, Soerstr. 60, Zimmer 21, abholen zu lassen. Es wird gebeten, auf sorgfältige Ausfüllung der Personalbogen zu achten, da sie die fehlenden Personalakten ersetzen sollen. Die Personalbogen sind schleunigst und vollständig für sämtliche bei Ihnen beschäftigten Lohnempfänger der Personalverwaltung einzureichen.

b) Betr.: Beschäftigung der Schwerbeschädigten

Die Unterlagen über die in unserer Abteilung beschäftigten Schwerbeschädigten befinden sich ebenfalls bei der Volksbildung Ost. Wir sind deshalb nicht in der Lage, den gegenwärtigen Beschäftigungsstand unserer Schwerbeschädigten zu überschauen. Wir bitten, uns die bei Ihnen beschäftigten Schwerbeschädigten und Blinden, getrennt nach Arbeitern und Angestellten, unter Verwendung des nachstehenden Masters alsbald mitzuteilen.

K u n d e

Schwerbeschädigte, männlich

Name, Vorname	Geb.dat.	Prozentgrad d. Schwerbe- schädigung	Schwerbe- schädigten- ausweis Nr.	blind	
				ja	nein

Schwerbeschädigte, weiblich

wie oben

Es wird bemerkt, dass Schwerbeschädigte solche Personen sind, die ab 50 % arbeitsbeeinträchtigt sind und einen Schwerbeschädigtenausweis besitzen.

c) Betr.: Anerkannte Opfer des Faschismus

Die Angestellten und Arbeiter, welche anerkannte Opfer des Faschismus sind und hierüber einen Ausweis des Hauptamtes G.D.F. besitzen, sind uns ebenfalls unter Angabe der Nummer des Ausweises umgehend mitzuteilen.

Zu b) und c) ist Füllanzeige in jedem Falle erforderlich.

d) Betr.: Zuständigkeit nach § 2 RTV

Wir machen darauf aufmerksam, dass zuständige Personalstelle im Sinne der oben angeführten Bestimmungen für Angestellte das Hauptpersonalamt ist.

Für Lohnempfänger ist Personalstelle die Abteilung für Volksbildung - Personalverwaltung - , die als solche für Einstellungen und Entlassungen

verden



allein zuständig ist. Das Gleiche gilt für die Angestellten (Dozenten und Wissenschaftler) der Institute, für die die Abteilung für Volksbildung die Personalhoheit ausübt. Sämtliche Personalangelegenheiten werden für diese Dienstkräfte gegebenenfalls im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachamt von der Personalverwaltung bearbeitet. Schriftwechsel ist im allgemeinen direkt, soweit eine fachliche Stellungnahme erforderlich, über das Fachamt an die P.V. zu richten.

a) Betr.: Urlaub für das Urlaubsjahr 1949

Massgebend hierfür sind nunmehr die Bestimmungen des § 15 RTV und die dazugehörige Urlaubstafel (DEI. I-9 vom 24.2.49, S. 11 u. 19). Diese Bestimmungen sind genau zu beachten. Da die neue Urlaubsperiode unmittelbar bevorsteht, bitten wir, mit der Aufstellung der Urlaublisten sofort zu beginnen. Der Beschäftigte muss die Genehmigung zum Eintritt des Erholungsurlaubes rechtzeitig, spätestens eine Woche vor Beginn des Urlaubs, beim Dienststellenleiter bzw. beim Institutsleiter nachsuchen. Die bisherige Bestimmung, nach der der Urlaubsantrag bei Angestellten bis zur Verg.Gr.III TOA vom Amtsleiter, bei solchen der Verg.Gr. II TOA und höher vom Hauptamtsleiter gegenzeichnen ist, gilt auch weiterhin. Desgleichen die Bestimmung, dass der Urlaub aller Hauptamtsleiter, Amtsleiter und Institutsleiter vom Abteilungsleiter (Stadttrat) vorher zu genehmigen ist. Die Überwachung des Urlaubs und die Führung der Urlaublisten ist Angelegenheit der Dienststellenleiter. Soweit Urlaubsbescheinigungen beantragt werden, werden diese von den Dienststellenleitern angesetzt.

Es wird auf die Bestimmung zu Ziff. 6 a.O. besonders hingewiesen, nach der der Urlaubsanspruch für das alte Urlaubsjahr verfällt, wenn er nicht spätestens 1 Monat nach Ablauf des Urlaubsjahres, also bis zum 30.4.1949, verbraucht wird. Die Übertragung eines Resturlaubs auf das neue Urlaubsjahr kann nur in dringenden Fällen erfolgen und muss spätestens bis zum 10.4.1949 bei der Personalverwaltung beantragt werden.

Im Auftrage

L i n k

Eine Mitteilung von Ihnen zu b) und c) ist uns bisher nicht zugegangen. Wir bitten um umgehende Erledigung.

Im Auftrage:

Magistrat von Groß-Berlin  
Abt.f. Personal u. Verwaltung  
-Hauptpersonalamt -  
HPA II

Berlin W 15, den 12. April 1949  
Kurfürstendamm 25  
Tel. 91 02 41, App. 73

Akademie der Künste Berlin

Nr. 102 \* 27. APR 1949

Anl.

An die Magistratsmitglieder,  
Dienststellen der HV.,  
Anstalten und Eigenbetriebe der HV.,  
städt. u. überwiegend städt. Gesellschaften.

Aufhebung der Beförderungssperre für Angestellte

1. Die durch Rundverfügung Org. Nr. 37/1948 Ziff. II für die Dienststellen der Hauptverwaltung angeordnete Beförderungssperre für Angestellte heben wir mit sofortiger Wirkung auf. Im Hinblick auf die derzeitige Finanzlage der Gebietskörperschaft Groß-Berlin dürfen jedoch Höherreihungen nur nach dem für die Dienststellen der Hauptverwaltung vom 1.12.48 ab geltenden berichtigten Stellenpl. für 1948 vorgenommen werden. Über die Durchführung des Stellenplans 1949 ergeht demnächst besondere Weisung. Wir bitten darauf hinzuwirken, daß durch Personalausgleich die Zahl der Höhergruppierungen auf ein Mindestmaß beschränkt wird.
2. Höherreihungen für eine mehr als 3 Monate zurückliegende Zeit sind nach Nr. 5 Abs. 2 der ADO zu § 5 der TOA unstatthaft. Eine davon abweichende Regelung, wie wir sie ursprünglich in Aussicht genommen haben, ist zu unserem Bedauern nicht möglich.

The u n e r



Magistrat von Groß-Berlin  
Abt. für Personal und Verwaltung  
- Hauptpersonalamt -  
HPA VII

67  
Ak d. Künste  
Berlin W 15, den 14. April 1949  
Kurfürstendamm 25  
Tel.: 91 02 41, App. 57  
Zimmer ~~AKG~~ Akademie d. Künste-Berlin

No 0101 \* 27. APR 1949

Anl.

An  
die Magistratsmitglieder,  
sämtliche Magistratsabteilungen,  
die Bezirksamter, Abt. für Personal und Verwaltung,  
die Anstalten und Eigenbetriebe der Hauptverwaltung,  
die Städt. und überwiegend städtischen Gesellschaften  
(Gasag, Personalstelle,  
Polizeipräsidium Friesenstraße neunfach!),  
die ehem. Reichs- und Staatsbehörden, die jetzt  
dem Magistrat angegliedert sind,  
und an den Hauptbetriebsrat.

1 In der Anlage übersenden wir Ihnen weitere Abschriften der  
Entscheidungen, die von arbeitsrechtlicher Bedeutung sind.

Im Auftrage

K o c k r o w

- 1.) Urteil des Arbeitsgerichts von Groß-Berlin vom 16.2.1949  
in Sachen H e y e r ./. Magistrat von Groß-Berlin  
- 18 Arb. 153/48 -

Kündigungen ohne berechtigten Anlaß sind meistens sittenwidrig.

Aus den Entscheidungsgründen:

- a) In der Regel wird eine Kündigung gegen die guten Sitten bzw. gegen Treu und Glauben verstoßen, wenn sie nach Grund und Zweck geeignet ist, dem Gekündigten unbegründet Schaden zuzufügen.

Alle billig und gerecht denkenden Menschen werden es nicht verstehen, wenn ein Arbeitgeber von seinem formalen Recht zur Kündigung ohne berechtigten Anlaß Gebrauch macht, obgleich er weiß, daß der Arbeitsplatzwechsel dem Arbeitnehmer in den meisten Fällen erheblichen Schaden verursacht. Der Arbeitnehmer, als der wirtschaftlich Schwächere, ist vor solchen Kündigungen zu schützen.

- b) Zustimmung des Betriebsrats zur Einstellung. Das Gericht lehnt es ab, der Auffassung des Klägers beizutreten, in der vorliegenden Kündigung einen Verstoß gegen die guten Sitten oder gegen die Grundsätze von Treu und Glauben zu erblicken. Mit der Kündigung soll zwar ein Fehler berichtigt werden, der lediglich dem Beklagten zur Last fällt, aber aus berechtigten Gründen. Wenn der Betriebsrat es ablehnt, einer ohne seine Zustimmung erfolgten Einstellung nachträglich zuzustimmen, bleibt dem Beklagten nichts anderes übrig, als von seinem vertraglichen Recht der Kündigung Gebrauch zu machen, wie es im Falle des Klägers geschehen ist, nur so kann die Beklagte gegenüber dem Betriebsrat die verletzte Vertragstreue wieder herstellen.

- 2.) Urteil des Arbeitsgerichts von Groß-Berlin vom 3.3.1949  
in Sachen W e i h r a u c h ./. Magistrat von Groß-Berlin  
- 17 Arb. 399/48 -

Hängt die Eingruppierung in eine Vergütungsgruppe von einer bestimmten Prüfung ab, dann kann der Angestellte diese Vergütungsgruppe auch nur verlangen, wenn er die geforderte Prüfung abgelegt hat. Er kann sich nicht darauf berufen, eine ähnliche Prüfung, die der verlangten nach seiner Ansicht gleichwertig ist, abgelegt zu haben.

- 3.) Urteil des Arbeitsgerichts von Groß-Berlin vom 11.3.1949  
in Sachen H o g e ./. Magistrat von Groß-Berlin  
- 19 Arb. 49/48 -

- 1.) Arbeitsverhältnisse durch Beteiligung an der Trümmerbeseitigung im Mai 1945 wurden nicht begründet.

- 2.) Um einen Vertrag zu beenden, ist es nicht erforderlich, ausdrücklich das Wort "Kündigung" zu gebrauchen.

Aus den Entscheidungsgründen:

Es ist gerichtsbekannt, daß in den ersten Wochen nach der Kapitulation eine geordnete Verwaltung nicht vorhanden war.

Sie wurde erst nach Einsetzung des Magistrats am 17.5.1945 neu aufgebaut. Die im Mai 1945 geleisteten Arbeiten, auch soweit sie von Bediensteten der Beklagten verrichtet wurden, dienten in erster Linie der Trümmerbeseitigung. Fast jeder der Bediensteten der Beklagten beteiligte sich an diesen Arbeiten, ohne die Gewissheit zu haben, bei der Neueinstellung von Verwaltungsangestellten berücksichtigt zu werden. Die im Mai für die Beklagte geleisteten Arbeiten wurden auch unentgeltlich ausgeführt. Sie sind deshalb nicht geeignet, die Begründung eines Arbeitsverhältnisses zu rechtfertigen.

Trotz der Aufnahme der Arbeitsleistung durch den Kläger ist es bei seinem Angebot an die Beklagte, in deren Dienst zu treten, geblieben. Eine Annahme dieses Angebotes ist nicht erfolgt und deshalb ist kein Arbeitsvertrag zwischen den Parteien zustandegekommen.

.....

Um einen Vertrag durch Kündigung zu beenden, ist es nicht erforderlich, ausdrücklich das Wort "Kündigung" zu gebrauchen. Es genügt, unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen, daß der Vertrag beendet werden soll. Die Beklagte hat unmißverständlich zu erkennen gegeben, daß sie mit dem Kläger nicht mehr zusammen arbeiten will. Das genügt, ihren Willen, ein etwa bestehendes Vertragsverhältnis zu beenden, klar erkennen zu lassen.

- 4.) Beschluß des Beschwerdeausschusses beim Magistrat von Groß-Berlin vom 28.1.1949 - A.Z. 24/48 - in Sachen P i n i a k v. Bezirksamt Wilmersdorf.

Unberechtigte Geschenkwahnahme ist immer ein Grund zur fristlosen Entlassung.

#### Sachverhalt und Gründe.

Der Beschwerde war der Erfolg zu versagen. Nach dem Verhandlungs- und Beweisergebnis kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die gegen den Beschwerdeführer erhobenen Vorwürfe berechtigt sind und die mit ihnen gestützte Maßnahme begründet erscheint. Der unwidersprochenen Behauptung des Beschwerdeführers, es habe sich bei den in Rede stehenden Waren um sogenannte freigegebenen Waren gehandelt, zu deren Erwerb er berechtigt war und darauf seine Nachteile für ihn hergeleitet werden können, war keine erhebliche Bedeutung beizumessen. Auszugehen war bei der Entscheidung vielmehr davon, ob bei Inempfangnahme der Waren diejenigen Regeln beachtet, die im Geschäftsleben als üblich und anständig anzusehen sind. Das war aber nach den Aussagen der Zeuginnen K. und M. zu verneinen. Entgegen der Behauptung des Beschwerdeführers, er habe die Waren gekauft und bezahlt, haben die vorerwähnten Zeuginnen übereinstimmend ausgesagt, daß er die Ware gefordert und niemals bezahlt habe. Die Zeugin K. hat außerdem ausgesagt, daß dem Beschwerdeführer die Fehlmengen in ihrem Bestand bekannt waren und er diesen Notstand, den sie allerdings durch ihre Sorglosigkeit in ihrem Geschäftsgebahren selbst verschuldet habe, ausnutzte. Da die Zeuginnen die gleichen Aussagen bereits in der Rechtsabteilung des Ernährungsamts im Bezirksamt Wilmersdorf gemacht und eidesstattlich versichert haben, besteht kein Anlaß, sie in Zweifel zu ziehen.

Auf die Verhandlungsprotokolle vom 29.12.1948, 12.1. und 28.1.1949 wird Bezug genommen.

- 5.) Beschluß des Beschwerdeausschusses beim Magistrat von Groß-Berlin vom 28.2.1949 - A.Z. 58/48-49.

Der Arbeitgeber ist nicht berechtigt, den Arbeitsvertrag einseitig abzuändern und dem Arbeitnehmer Bedingungen zuzumuten, die zu erfüllen er nicht imstande ist.

#### Sachverhalt und Gründe:

Das Bezirksamt hatte einem Schwerbeschädigten zum nächstzulässigen Termin gekündigt mit dem Hinweis, daß, wenn die Schwerbeschädigtenfürsorge der Kündigung die Zustimmung versagen sollte, diese als Gruppenkündigung zu betrachten sei.

Mit Zustimmung des Betriebsrats wurde dann der Beschwerdeführer von einer Stelle der Vergütungsgruppe I TOA. in eine solche der Vergütungsgruppe IV TOA. versetzt. Dem widersprach der Beschwerdeführer und lehnte die Arbeitsaufnahme in der neuen Stelle ab. Nunmehr kündigte das Bezirksamt den Vertrag fristlos wegen Arbeitsverweigerung.

Nach dem vorstehenden Sachverhalt kann die Berechtigung des gegen den Beschwerdeführer erhobenen Vorwurfs einer Arbeitsverweigerung nicht als erwiesen angesehen werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, nachdem die Schwerbeschädigtenfürsorge der Vertragskündigung zum 31.12.48 die Zustimmung versagt hat, das Vertragsverhältnis des Beschwerdeführers fortbestand. Der Ansicht der Bezirksverwaltung, die verweigerte Zustimmung beziehe sich nur auf das Ausscheiden des Beschwerdeführers aus dem Dienst des Bezirksamts, beeinträchtigt aber nicht die Wirkung der Kündigung, soweit sie zum Zwecke der Vertragsänderung erfolgt sei,



kann nicht beigezpflichtet werden. Die Folge einer solchen Ansicht wäre die Umgehung von Entscheidungen der Schwerbeschädigtenfürsorge und die Außerkraftsetzung der Schutzbestimmungen für Schwerbeschädigte. Wenn die Bezirksverwaltung glaubte, den Interessen der Stadt zu dienen, wenn sie den Beschwerdeführer aus dem Amt entfernte, so stand es ihr frei, ihn in eine gleichwertige Stelle innerhalb des Bezirksamts zu versetzen oder mit ihm eine ihm zumutbare Vertragsänderung zu vereinbaren. Nach dem unwidersprochenen Vorbringen des Beschwerdeführers wäre dieser dazu bereit gewesen. Die Bezirksverwaltung war aber nicht berechtigt, den Arbeitsvertrag des Beschwerdeführers einseitig abzuändern und ihm Bedingungen zuzumuten, die zu erfüllen er nicht imstande war. Er hat daher mit Recht auf den seine materiellen und beruflichen Interessen beeinträchtigenden Vertragsinhalt hingewiesen und das Angebot der Vertragsabänderung bzw. das Hiernach ist also eine rechtsgültige Vertragsabänderung bzw. das Zustandekommen eines neuen Vertrages nicht als gegeben zu erachten. Folglich kann auch von einer Arbeitsverweigerung aus einem neuen Vertragsverhältnis nicht die Rede sein. Die fristlose Aufhebung des mit dem Vorwurf der Arbeitsverweigerung gestützten Vertrages ist daher nicht begründet.

Die Beschwerde ist nach alledem begründet, und es war wie geschehen zu beschließen.

Abteilung für Volksbildung  
- Personalverwaltung -

Berlin-Charlottenburg 9, den 8. April 1949  
Soerstraße 60 Akademie d. Künste Berlin  
Tel.: 92 02 11

Rundschreiben Nr. 105

Nr. 0085 \* 13. APR 1949

An sämtl. Hauptämter,  
angeschlossenen Institute  
und Fachschulen.

Betr.: Jubiläumsspendungen - Rdnf. Nr. 8 des RPA XI vom 23.5.1949 und  
DBL. I/48 Nr. 9 8.12 § 19.

Unter Bezugnahme auf die vorgenannte Rundverfügung des RPA bitten wir die Amts- bzw. Dienststellenleiter, diejenigen Beschäftigten, die ihr Dienstjubiläum in der Zeit von 1.12.48 bis 31.3.1949 haben konnten, zu unterrichten und die Anträge der Berechtigten anhand einer Zusammenstellung bis zum 20.4.49 der Personalverwaltung, Soerstr. 60, einzureichen.

Die Anträge müssen folgende Angaben enthalten:

- a) Name und Vorname, Geburtsdatum
- b) Dienstbezeichnung
- c) Dienstzeiten im öffentlichen Dienst unter Voraussetzung der  
Körperschaft einschl. Wehrdienst gem. § 13 RTV DBL I/48 Nr. 9 8.10  
oder
- d) das vom RPA festgestellte Dienstalter

Um in Zukunft die Zahlung von Jubiläumsspendungen rechtzeitig vorbereiten zu können wird gebeten, uns die entsprechenden Anträge mindestens 4 Wochen vor dem Jubiläumstage zuzuleiten.

In Auftrag:

L. i. H.

Beglaubigt:



Abteilung für Volksbildung  
- Personalamt -  
Vollz. P. 3

Berlin, den 17. Februar 1949  
Tel.: 92 68 97

Akademie der Künste-Berlin  
Nr 0053 \* 22 FEB 1949  
Ant.

An die Dienststellen der Institute  
der Abteilung für Volksbildung

Betrifft: Pension für Angestellte und Arbeiter.

Der Magistrat von Groß-Berlin - Abteilung Personal und Verwaltung - hat mit Zustimmung der Alliierten Pensionsbestimmungen erlassen, die maßgebend sind für städtische Angestellte und Arbeiter, die ab 1.1.1949 wegen Erreichung der Altersgrenze oder dauernder Dienstunfähigkeit ausscheiden. Um die in Betracht kommenden Angestellten und Arbeiter zu erfassen, sind uns umgehend folgende Angaben zu unterbreiten:

- 1.) Wer scheidet nach dem 1.1.1949 bis 31.3.1949 wegen Erreichung der Altersgrenze aus. (Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort und Wohnung)
- 2.) Zeitpunkt des Ausscheidens.
- 3.) In welcher Vergütungs- oder Lohngruppe befindet sich der Ausscheidende. Der letzte Einweihungsbescheid des HPA ist im Original beizufügen, dergleichen die Originalbescheide über die Festsetzung des Dienstalters nach § 7 APO.
- 4.) Höhe der letzten Bruttovergütung bzw. des letzten Bruttolohns.
- 5.) Vor- und Zusage der Kinder, für die Kinderauszahlung gezahlt wird.
- 6.) Wann wird die Vergütungs- bzw. Lohnzahlung eingestellt.
- 7.) Wann und wo ist Rente oder Versorgungsbezüge von der VAB (Ost oder West) beantragt oder gewährt worden.
- 8.) Falls Rente oder Versorgungsbezüge durch die VAB bereits bewilligt worden ist, ist der Rentenbescheid beizufügen.
- 9.) Die Angaben sind für jede Dienstkraft besonders zu fertigen und spätestens bis zum 25.2.1949 dem unterzeichneten Personalamt einzureichen.

In Auftrage  
L i n k.

Heinrich, 1. 12. 1948

Th.  
K.

72  
Berlin-Charlottenburg 9  
Hardenbergstr. 33  
19. März 1949

An den  
Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
- Personalamt -  
Berlin-Charlottenburg 9  
Soorstr. 60

J.Nr. 64/49/KB/EW

Betrifft: Ausstellung der Personalbogen

Bezug: Ihr Schreiben vom 3. März 1949 - Vbildg. P 3 -

Mit Bezug auf das obenbezeichnete Schreiben überreichen wir  
anliegend die für die Angestellten der Akademie ausgestell-  
ten Personalbogen. Lebensläufe sowie Zeugnis-Abschriften  
sind beigelegt.

Im Auftrage

## 73

Abt.: Abteilung für Volksbildung.  
Akademie der Künste

●) Name: ..... K ä r b e r

●) Name: ..... K. d. r. u. d. l. ....  
(bei Frauen auch Geburtsname)  
(Zusatzname unterstreichen)

2.) Vornamen: (Rufname unterstreichen)  
Geburtsdatum und Ort: .... 26.6.1888

3.) Geburtsdatum und Ort: .....  
4.) Staatsangehörigkeit: **Deutscher** 5.) Religion: **ev.** 6.) Familienstand: .....  
7.) Name des Mannes u. Arbeitsstelle, sowie Geburtstag und Ort: .....  
8.) Geb. d. Mutter: .....  
9.) Geb. d. Vaters: .....

7.) Name der Ehefrau bzw. des Ehepartners: Körber, Elfriede geb. Torbohm 16. Juni 1900 Lüchow, Ort: Prov. Hannover

..... Körber, Ellriede ..... 844 ..... Beruf: .....  
 8.) Name der Kinder: ..... Geburtsdatum: .....

8.) Name der Kinder: keine

keine .....

9.) Wohnung: Berlin-Charlottenburg 9, Fredericiastr. 14  
Bauamt, Verwaltungsbeamter Jetzige Tätigkeit: Hauptsachbearbeiter

10.) Erlernter Beruf: Verwaltungsbeamter jetzige Tätigkeit: Verwaltungsrat  
In der neuen im Mai 1945 gebildeten Stadtverwaltung tätig seit: 9.5.45.  
Tätigkeit: Verwaltungsrat von wann bis wann: Grund der

11. In der neuen im Mai 1945 gewählte...  
12. Frühere Arbeitgeber: Art der Tätigkeit: Von wann bis wann: Entlassung:

12.) Frühere Arbeitgeber: ~~Früherer Arbeitgeber: ...~~

... s. Anlage 1

..... Kriegsm- und Arbeitsdienstzeiten (einschl. Gefangenschaft):  
..... 1909, 1911, 1913...

13.) Aktive Wehr-, Kriegs- und Arbeitsdienstzeit  
1.4.1906 - 31.3.1907 - 3 wöchentliche Übungen 1909, 1911, 1912  
1.4.1907 - 31.3.1908 - 3 wöchentliche Übungen 1910, 1911, 1912  
1.4.1908 - 31.3.1909 - 3 wöchentliche Übungen 1911, 1912, 1913  
1.4.1909 - 31.3.1910 - 3 wöchentliche Übungen 1912, 1913, 1914  
1.4.1910 - 31.3.1911 - 3 wöchentliche Übungen 1913, 1914, 1915  
1.4.1911 - 31.3.1912 - 3 wöchentliche Übungen 1914, 1915, 1916  
1.4.1912 - 31.3.1913 - 3 wöchentliche Übungen 1915, 1916, 1917  
1.4.1913 - 31.3.1914 - 3 wöchentliche Übungen 1916, 1917, 1918  
1.4.1914 - 31.3.1915 - 3 wöchentliche Übungen 1917, 1918, 1919  
1.4.1915 - 31.3.1916 - 3 wöchentliche Übungen 1918, 1919, 1920  
1.4.1916 - 31.3.1917 - 3 wöchentliche Übungen 1919, 1920, 1921  
1.4.1917 - 31.3.1918 - 3 wöchentliche Übungen 1920, 1921, 1922  
1.4.1918 - 31.3.1919 - 3 wöchentliche Übungen 1921, 1922, 1923  
1.4.1919 - 31.3.1920 - 3 wöchentliche Übungen 1922, 1923, 1924  
1.4.1920 - 31.3.1921 - 3 wöchentliche Übungen 1923, 1924, 1925  
1.4.1921 - 31.3.1922 - 3 wöchentliche Übungen 1924, 1925, 1926  
1.4.1922 - 31.3.1923 - 3 wöchentliche Übungen 1925, 1926, 1927  
1.4.1923 - 31.3.1924 - 3 wöchentliche Übungen 1926, 1927, 1928  
1.4.1924 - 31.3.1925 - 3 wöchentliche Übungen 1927, 1928, 1929  
1.4.1925 - 31.3.1926 - 3 wöchentliche Übungen 1928, 1929, 1930  
1.4.1926 - 31.3.1927 - 3 wöchentliche Übungen 1929, 1930, 1931  
1.4.1927 - 31.3.1928 - 3 wöchentliche Übungen 1930, 1931, 1932  
1.4.1928 - 31.3.1929 - 3 wöchentliche Übungen 1931, 1932, 1933  
1.4.1929 - 31.3.1930 - 3 wöchentliche Übungen 1932, 1933, 1934  
1.4.1930 - 31.3.1931 - 3 wöchentliche Übungen 1933, 1934, 1935  
1.4.1931 - 31.3.1932 - 3 wöchentliche Übungen 1934, 1935, 1936  
1.4.1932 - 31.3.1933 - 3 wöchentliche Übungen 1935, 1936, 1937  
1.4.1933 - 31.3.1934 - 3 wöchentliche Übungen 1936, 1937, 1938  
1.4.1934 - 31.3.1935 - 3 wöchentliche Übungen 1937, 1938, 1939  
1.4.1935 - 31.3.1936 - 3 wöchentliche Übungen 1938, 1939, 1940  
1.4.1936 - 31.3.1937 - 3 wöchentliche Übungen 1939, 1940, 1941  
1.4.1937 - 31.3.1938 - 3 wöchentliche Übungen 1940, 1941, 1942  
1.4.1938 - 31.3.1939 - 3 wöchentliche Übungen 1941, 1942, 1943  
1.4.1939 - 31.3.1940 - 3 wöchentliche Übungen 1942, 1943, 1944  
1.4.1940 - 31.3.1941 - 3 wöchentliche Übungen 1943, 1944, 1945  
1.4.1941 - 31.3.1942 - 3 wöchentliche Übungen 1944, 1945, 1946  
1.4.1942 - 31.3.1943 - 3 wöchentliche Übungen 1945, 1946, 1947  
1.4.1943 - 31.3.1944 - 3 wöchentliche Übungen 1946, 1947, 1948  
1.4.1944 - 31.3.1945 - 3 wöchentliche Übungen 1947, 1948, 1949  
1.4.1945 - 31.3.1946 - 3 wöchentliche Übungen 1948, 1949, 1950  
1.4.1946 - 31.3.1947 - 3 wöchentliche Übungen 1949, 1950, 1951  
1.4.1947 - 31.3.1948 - 3 wöchentliche Übungen 1950, 1951, 1952  
1.4.1948 - 31.3.1949 - 3 wöchentliche Übungen 1951, 1952, 1953  
1.4.1949 - 31.3.1950 - 3 wöchentliche Übungen 1952, 1953, 1954  
1.4.1950 - 31.3.1951 - 3 wöchentliche Übungen 1953, 1954, 1955  
1.4.1951 - 31.3.1952 - 3 wöchentliche Übungen 1954, 1955, 1956  
1.4.1952 - 31.3.1953 - 3 wöchentliche Übungen 1955, 1956, 1957  
1.4.1953 - 31.3.1954 - 3 wöchentliche Übungen 1956, 1957, 1958  
1.4.1954 - 31.3.1955 - 3 wöchentliche Übungen 1957, 1958, 1959  
1.4.1955 - 31.3.1956 - 3 wöchentliche Übungen 1958, 1959, 1960  
1.4.1956 - 31.3.1957 - 3 wöchentliche Übungen 1959, 1960, 1961  
1.4.1957 - 31.3.1958 - 3 wöchentliche Übungen 1960, 1961, 1962  
1.4.1958 - 31.3.1959 - 3 wöchentliche Übungen 1961, 1962, 1963  
1.4.1959 - 31.3.1960 - 3 wöchentliche Übungen 1962, 1963, 1964  
1.4.1960 - 31.3.1961 - 3 wöchentliche Übungen 1963, 1964, 1965  
1.4.1961 - 31.3.1962 - 3 wöchentliche Übungen 1964, 1965, 1966  
1.4.1962 - 31.3.1963 - 3 wöchentliche Übungen 1965, 1966, 1967  
1.4.1963 - 31.3.1964 - 3 wöchentliche Übungen 1966, 1967, 1968  
1.4.1964 - 31.3.1965 - 3 wöchentliche Übungen 1967, 1968, 1969  
1.4.1965 - 31.3.1966 - 3 wöchentliche Übungen 1968, 1969, 1970  
1.4.1966 - 31.3.1967 - 3 wöchentliche Übungen 1969, 1970, 1971  
1.4.1967 - 31.3.1968 - 3 wöchentliche Übungen 1970, 1971, 1972  
1.4.1968 - 31.3.1969 - 3 wöchentliche Übungen 1971, 1972, 1973  
1.4.1969 - 31.3.1970 - 3 wöchentliche Übungen 1972, 1973, 1974  
1.4.1970 - 31.3.1971 - 3 wöchentliche Übungen 1973, 1974, 1975  
1.4.1971 - 31.3.1972 - 3 wöchentliche Übungen 1974, 1975, 1976  
1.4.1972 - 31.3.1973 - 3 wöchentliche Übungen 1975, 1976, 1977  
1.4.1973 - 31.3.1974 - 3 wöchentliche Übungen 1976, 1977, 1978  
1.4.1974 - 31.3.1975 - 3 wöchentliche Übungen 1977, 1978, 1979  
1.4.1975 - 31.3.1976 - 3 wöchentliche Übungen 1978, 1979, 1980  
1.4.1976 - 31.3.1977 - 3 wöchentliche Übungen 1979, 1980, 1981  
1.4.1977 - 31.3.1978 - 3 wöchentliche Übungen 1980, 1981, 1982  
1.4.1978 - 31.3.1979 - 3 wöchentliche Übungen 1981, 1982, 1983  
1.4.1979 - 31.3.1980 - 3 wöchentliche Übungen 1982, 1983, 1984  
1.4.1980 - 31.3.1981 - 3 wöchentliche Übungen 1983, 1984, 1985  
1.4.1981 - 31.3.1982 - 3 wöchentliche Übungen 1984, 1985, 1986  
1.4.1982 - 31.3.1983 - 3 wöchentliche Übungen 1985, 1986, 1987  
1.4.1983 - 31.3.1984 - 3 wöchentliche Übungen 1986, 1987, 1988  
1.4.1984 - 31.3.1985 - 3 wöchentliche Übungen 1987, 1988, 1989  
1.4.1985 - 31.3.1986 - 3 wöchentliche Übungen 1988, 1989, 1990  
1.4.1986 - 31.3.1987 - 3 wöchentliche Übungen 1989, 1990, 1991  
1.4.1987 - 31.3.1988 - 3 wöchentliche Übungen 1990, 1991, 1992  
1.4.1988 - 31.3.1989 - 3 wöchentliche Übungen 1991, 1992, 1993  
1.4.1989 - 31.3.1990 - 3 wöchentliche Übungen 1992, 1993, 1994  
1.4.1990 - 31.3.1991 - 3 wöchentliche Übungen 1993, 1994, 1995  
1.4.1991 - 31.3.1992 - 3 wöchentliche Übungen 1994, 1995, 1996  
1.4.1992 - 31.3.1993 - 3 wöchentliche Übungen 1995, 1996, 1997  
1.4.1993 - 31.3.1994 - 3 wöchentliche Übungen 1996, 1997, 1998  
1.4.1994 - 31.3.1995 - 3 wöchentliche Übungen 1997, 1998, 1999  
1.4.1995 - 31.3.1996 - 3 wöchentliche Übungen 1998, 1999, 2000  
1.4.1996 - 31.3.1997 - 3 wöchentliche Übungen 1

3.8.1914 - 31.12.1918 1. Weltkrieg .....

... ..

- 14.) Sind Sie aus politischen, rassischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen gemässregelt worden? **nein**.....  
Wie: **nicht betreffend**.....
- 15.) Gerichtliche Vorstrafen: **keine**. Welche: **nicht betr.** Wann: **nicht betr.**.....  
Warum: **nicht betreffend**.....
- 16.) Sind Sie anerkanntes Opfer des Faschismus: **nein**.....
- 17.) Als schwerarbeitsbehindert anerkannt: **nein**..... Prozent:.....  
Bescheid der **nicht betreffend**..... vom:..... Ausweis-Nr.:.....
- 18.) Jetzige Verg. Gr. der FOA...IV..... seit: **1.4.1947** Grundvgt.: **471,-**.....  
Bruttoverg.: **546,27**..... evtl. Kinderzuschlag: **keine** Nächste Steigerung:.....
- 19.) Festgestelltes Dienstalter nach § 7 ATG: **nicht festgestellt**.....  
Ich bin ~~Aushilfsangestellter-Angestellter auf Zeitvertrag befristet~~  
~~bis~~ ..... Angestellter auf unbestimmte Zeit. Mein Dienstverhältnis ist ~~gekündigt am~~ ....., nicht gekündigt.
- 20.) Ich bin ~~nicht~~ - vereidigt.  
Ich versichere, dass ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.  
~~Lebenslauf und beglaubigte Zeugnisabschriften werde ich unverzüglich nachreichen - ist beigelegt.~~
- Die Bescheide des HPA zu Nr. 18 Berlin, den **19. März 1949**  
und ~~19~~ habe ich eingesehen und  
bestätige die Richtigkeit, ebenso der Nr. 20.  
Berlin, den **19. März 1949** .....  
(Vor- und Zuname)  
.....  
(Dienststellenleiter)

Anlage 1

Zu Nr. 12

Frühere Arbeitgeber	Art der Tätigkeit	Von wann bis wann	Grund der Entlassung
Provinzialschulkollegium Breslau	Volontär	1.4.1935 - 28.2.36	
	"	1.4.1937 - 15.7.37	
	Bürohilfsarbeiter	16.7.37 - 31.3.38	
	Volontär	1.4.38 - 24.4.38	
	Zivilsupernumerar	25.4.38 - 24.4.41	
	Bürodiktär	25.4.41 - 30.11.42	
Provinzialschulkollegium Magdeburg	Bürodiktär	1.12.42 - 28.2.44	
Akademie der Künste Berlin	Akademie-Inspektor	1.3.44 - 31.3.37	
	Akademie-Oberinspektor	1.4.37 - heute	
	Hauptsachbearbeiter		

( Alfred Körber )



76

Berlin, den 18. März 1949

### Lebenslauf

Ich, Alfred K ü r b e r , bin am 26. Juni 1886 als Sohn des damaligen Feldwebels August K ü r b e r in G8rlitz geboren. Meine Mutter war eine geborene Anders und ist am 28. Juli 1910 in Breslau verstorben. Mein Vater ist 1914 als Zollsekretär in den Ruhestand getreten und am 26. Dezember 1926 in Frankenstein i./Schlesien gestorben. Vom 6. bis 12. Lebensjahre besuchte ich die Volksschulen in Militsch und Liebau i./Schlesien und eine höhere Knabenschule in Liebau i./Schlesien bis Quarta. Von Juli 1898 bis April 1901 erhielt ich Privatunterricht in Obernigk bei Breslau und in Breslau. Am 1. April 1901 trat ich in die Tertia der Evang. Realschule 2 in Breslau ein und legte an dieser Schule Ostern 1904 die Abschlussprüfung ( Reife für Obersekunda ) ab. Nach fast einjährigem Besuch der Oberrealschule in Breslau verließ ich diese Anstalt, um mich der mittleren Beamtenlaufbahn zu widmen. Am 1. April 1905 trat ich als Volontär bei dem Provinzialschulkollegium in Breslau ein. Vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 genügte ich meiner Militärpflicht als Einjährig-Freiwilliger bei dem 4. Niederschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 51 in Breslau. Vom 1. April 1907 ab war ich wieder als Volontär und vom 16. Juli 1907 ab als Bürohilfsarbeiter bis zu meiner am 25. April 1908 erfolgten Einberufung als Zivilsupernumerar bei dem Provinzialschulkollegium in Breslau beschäftigt. Nach Ablauf der dreijährigen Vorbereitungszeit bestand ich am 30. Dezember 1911 die für die Bürobeamten bei den Provinzialschulkollegien vorgeschriebene Prüfung. Am 1. Dezember 1912 wurde ich an das Provinzialschulkollegium in Magdeburg versetzt und folgte am 1. März 1914 einer Berufung als Bürobeamter an die Akademie der Künste in Berlin. Am 1. Juli 1914 wurde ich als Registrator und Kalkulator endgültig angestellt. Die Amtsbezeichnung wurde nach 1918 in Obersekretär und 1926 in Akademie-Inspektor geändert. Vom 1. April 1937 war ich Akademie-Oberinspektor und Bürovorsteher bei der Akademie der Künste. Seit dem Zusammenbruch 1945 bin ich Sachbearbeiter und vom 1. April 1947

./.

ab Hauptsachbearbeiter bei der Akademie der Künste zu Berlin.

In 1. Weltkrieg ( 1914 - 1918 ) habe ich vom 6. August 1914 bis 31. November 1915 als Vizefeldwebel verschiedenen Landsturminformationen und vom 1. Dezember 1915 bis 31. Dezember 1918 als Hauptstellvertreter der stellv. Intendantur des III. Armeekorps in Berlin angehört.

Verheiratet bin ich in zweiter Ehe mit Elfriede Torbohm seit dem 13. August 1929.

# Personalbogen

Abt.: Abteilung für Volksbildung  
Dienststelle: Akademie der Künste zu Berlin

- 77
- 1.) Name: Ewerlien  
(bei Frauen auch Geburtsname)
  - 2.) Vornamen: (Rufname unterstreichen) Mathilde Elise Emmi
  - 3.) Geburtsdatum und Ort: 23. Januar 1898 Berlin
  - 4.) Staatsangehörigkeit: Deutsch 5.) Religion: ev. 6.) Familienstand: led.
  - 7.) Name der Ehefrau bzw. des Ehemannes u. Arbeitsstelle, sowie Geburtsdatum und Ort: nicht betreffend
  - 8.) Name der Kinder: nicht betreffend
  - 9.) Wohnung: Berlin-Steglitz, Horst Kohlstr. 8
  - 10.) Erlernter Beruf: Sekretärin/Zeichnerin
  - 11.) In der neuen im Mai 1945 gebildeten Stadtverwaltung tätig seit: 9.5.45
  - 12.) Frühere Arbeitgeber: Art der Tätigkeit: Von wann bis wann: Grund der Entlassung: siehe Anlage 1
  - 13.) Aktive Wehr-, Kriegs- und Arbeitsdienstzeiten (einschl. Gefangenschaft): nicht betreffend

- 14.) Sind Sie aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen gemässregelt worden?: **nein**  
Wie: **nicht betreffend**
- 15.) Gerichtliche Vorstrafen: **keine** Welche: **nicht betr.** ann: **nicht betr.**  
Varum: **nicht betreffend**
- 16.) Sind Sie anerkanntes Opfer des Faschismus: **nein** Nr. **nicht betr.**
- 17.) Als schwerarbeitsbehindert anerkannt: **nein** Prozent: **nicht betr.**  
Bescheid der **nicht betreffend** vom: Ausweis-Nr. ....
- 18.) Jetzige Verg. Gr. der TGA...VII... seit: **1.4.1947** Grundvgt.: **269.34** ...  
Bruttoverg.: **310.63** ... evtl. Kinderzuschlag: **nichtb** Nächste Steigerung: **1.8.36**
- 19.) Festgestelltes Dienstalter nach § 7 ATG: **nicht erfolgt**
- 20.) Ich bin ~~Angestellter auf unbestimmte Zeit~~ Mein Dienstverhältnis ist ~~Angestellter auf unbestimmte Zeit~~ nicht gekündigt.
- 21.) Ich bin ~~verheiratet~~ - verheiratet.  
Ich versichere, dass ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.  
Lebenslauf und beglaubigte Zeugnisschriften ~~Angestellter auf unbestimmte Zeit~~  
~~Angestellter auf unbestimmte Zeit~~ sind beigelegt.  
Die Bescheide des HPA zu Nr. 18 Berlin, den 19. März 1949  
und 19 habe ich eingesehen und bestätigt die Richtigkeit, ebenso der Nr. 20.  
Berlin, den 19. März 1949 (Ver- und Zuname)

(Dienststellenleiter)

# Anlage 1

## Zu Nr. 12

Frühere Arbeitgeber	Art der Tätigkeit	Von wann bis wann	Grund der Entlassung
Walter de Gruyter & Co.	Redaktionssekretärin	11.4.21 - 17.8.21	Vormerkung für +
+ Deutscher Kunstverlag GmbH.	Verlagsgehilfin Zeichnerin	17.8.21 - 1.12.30	Personalabbau
Deutscher Kunstverlag GmbH	Aushilfe	1931 - 1935	vorübergehende Beschäftigungen
Akademie der Künste	Kassiererin		
Akademie der Künste zu Berlin	Stenosekretärin	1.4.36 - heute	

( Else Dwerlien )



Berlin, den 18. März 1949

# L e b e n s l a u f

Ich - Else Ewerlien - bin am 23. I. 1898 in Berlin geboren. Mein Vater war der 1929 verstorbene ehemalige Ministerialverwaltungsdirektor des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Oberregierungsrat Emil Ewerlien.

Nachdem ich das Lyzeum absolviert hatte, habe ich die Frauenschule der Staatlichen Augusta-Schule besucht und die Prüfung der Lehrerinnen der Hauswirtschaftskunde bestanden. - Alsdann besuchte ich ein Jahr die hiesige Staatliche Kunstschule.

Am 11. April 1921 trat ich bei dem wissenschaftlichen Verlage Walter de Gruyter & Co. ein, wo ich bei der Redaktion des Deutschen Literatur-Kalenders tätig war und mir die Bearbeitung des Verlagskataloges oblag. Am 17. August 1921 ging ich auf Grund einer bereits vor meinem Eintritt in die Firma de Gruyter getroffenen Vereinbarung zu dem neugegründeten Deutschen Kunstverlag G.m.b.H., wo mir neben den Verlagsarbeiten auch Gelegenheit geboten wurde, meine zeichnerischen Fähigkeiten zu verwerten.

Am 1. Dezember 1930 musste ich aus dem Deutschen Kunstverlag infolge ungünstiger Wirtschaftslage ausscheiden, war jedoch auch in der Folge noch häufig bei dieser Firma aushilfsweise tätig und erhielt von ihr laufend Aufträge auf Zeichnungen.

Im Jahre 1932 war ich mit der Anfertigung von Strichzeichnungen für den Deutschen Kulturatlas, der bei der Fa. Walter de Gruyter & Co. erschien, beauftragt.

Bis zum 1. IV. 1936 wurde ich teilweise von der Akademie der Künste auf ihren Ausstellungen - gelegentlich auch als Aushilfe mit Büroarbeiten - beschäftigt, teils vom Deutschen Kunstverlag als Verlagsgehilfin mit Vertretungen, Sonder- und Aushilfsarbeiten betraut. Während dieser Zeit bis etwa 1943 fertigte ich für die Kunstbücher des Deutschen Kunstverlages "Deutsche Lande, Deutsche Kunst", die grossen Werke über die Deutschen Dome, sowie ausländische Prachtbauten wie die Akropolis bei Athen Landkarten, Pläne, Grundrisse u.ä. an.

Am 1. April 1936 wurde ich von der Akademie der Künste fest angestellt, wo ich auch noch heute als Stenosekretärin tätig bin, nachdem der Magistrat von Gross-Berlin nach dem Zusammenbruch 1945 die ehemaligen Reichs- und Staatsbehörden in seine Betreuung genommen hat. Während der Kriegsjahre 1941 bis 1945 wurde mir das Pensum des anfangs im Felde stehenden und später gefallenen Akademie-Inspektors übertragen, das ich mit Interesse wahrgenommen habe. Auch bei der Akademie bietet sich mir Gelegenheit, Arbeiten in Schriftkunst wie Ausstellungsplakate, Ausstellungsbeschriftungen, Glückwunschschriften, Widmungen usw. zu besonderen Anlässen für die Mitglieder der Akademie und andere Persönlichkeiten auszuführen.



Vom 1. Februar bis 31. Juli 1947 habe ich im Hauptamt Kunst mehrmals in Abwesenheit der dortigen Sekretärin bei Herrn Professor Dr. Alfred Werner die Sekretariatsarbeiten des ihm unterstellten Hauptamtes wahrgenommen.

Seit dem 17. Januar 1949 werde ich im Haushaltsamt der Abteilung für Volksbildung mitbeschäftigt.

*Eusebius*

87

P e r s o n a l b o g e n

---

Abt.: Abteilung für Volksbildung

Dienststelle: Akademie der Künste zu Berlin

- 1.) Name: ..... S t o l z m a n n .....  
 (bei Frauen auch Geburtsname)
- 2.) Vornamen: (Rufname unterstreichen) ... Otto Erwin Hugo .....
- 3.) Geburtsdatum und Ort: .... 6.3.1894 .... Berlin .....
- 4.) Staatsangehörigkeit: ... Deutsch ... 5.) Religion: ... ev. ... 6.) Familienstand: ... verh. ...
- 7.) Name der Ehefrau bzw. des Ehemannes u. Arbeitsstelle, sowie Geburtsdag und  
 ..... Stolzmann, Martha ... geb. Hackbarth ... 29. Juli 1892 ... Berlin ...
- 8.) Name der Kinder: ..... Geburtsdatum: ..... Beruf: .....  
 ..... keine .....
- 9.) Wohnung: .... Berlin N 58, Gaudystr. 4 .....
- 10.) Erlernter Beruf: Schumacher ..... Jetzige Tätigkeit: Hausmeister .....
- 11.) In der neuen im Mai 1945 gebildeten Stadtverwaltung tätig seit: ... 9.5.45 ...
- 12.) Frühere Arbeitgeber: Art der Tätigkeit: Von wann bis wann: Grund der  
 ..... Entlassung:  
 ..... siehe Anlage 1 .....
- 13.) Aktive Wehr-, Kriegs- und Arbeitsdienstzeiten (einschl. Gefangenschaft):  
 ..... 3. Mai 1915 bis 9. Januar 1919 ... 1. Weltkrieg .....  
 ..... 17. August 1939 bis 13. September 1940 ... 2. Weltkrieg .....

14.) Sind Sie aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen gemässregelt worden?: **nicht.betreffend**  
Wie: **nicht.betreffend**

15.) Gerichtliche Vorstrafen: **keine** ... Welche: **nicht.betr** Wann: **nicht.betr.**  
Warum: **nicht.betreffend**

16.) Sind Sie anerkanntes Opfer des Faschismus: **nein** ... Nr.:  
17.) Als schwerarbeitsbehindert anerkannt: **nein** ... Prozent:

18.) Als schwerarbeitsbehindert anerkannt: **nicht.betreffend** vom: ... Ausweis-Nr.:  
Bescheid Nr. **nicht.betreffend**

19.) Jetzige Verg.Gr. der FOA ... IX ... seit: **1.7.45** ... Grundvgt.: **297,-**  
Bruttoverg.: **268.11** ... avtl. Kinderzuschlag: **nein** Nächste Steigerung:

20.) Festgestelltes Dienstalter nach § 7 ATO: **nicht.erfolgt** ... **1.8.49**  
Ich bin ~~Angestellter~~ auf unbestimmte Zeit. Mein Dienstverhältnis ist ~~beendet~~ nicht gekündigt.

21.) Ich bin ~~Angestellter~~ - vereidigt.  
Ich versichere, dass ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

Lebenslauf ~~ist beigelegt~~ ist beigelegt.  
Die Bescheide des HPA zu Nr. 18 und 19 habe ich eingesehen und bestätige die Richtigkeit, ebenso der Nr. 20.

Berlin, den **19. März 1949**  
(Vor- und Zuname)

(Dienststellenleiter)

Zu Nr. 12

Anlage 1

Frühere Arbeitgeber	Art der Tätigkeit	Von wann bis wann	Grund der Entlassung
Schuhfabrik Wilhelm	Zuschneider	1908 - 1914	Betriebsverlegung
" Christ			
" Albert A.	Stanzer	1914 - 1915	Arbeitsmangel
" Hirsch	"	1919 - 1920	eigener Wunsch
" Adolf	"	1921 - 1925	Arbeitsmangel
" Schendel	"	1926 - 1928	eigener Wunsch
" Gebr. Just	"	1928 - 1931	Arbeitsmangel
" Gebr. Altmann	Schuhmacher	1932 - 1934	
Schmalisch & Below	Herdbauer		
Akademie der Künste	arbeitslos		
	Hilfsdiener und stellv. Hausmeister	23.10.34 - heute	

( Otto Stolzmann )

Abteilung für Volksbildung  
- Personalamt -  
Vbildg. P. 3

83  
Berlin, den 3. März 1949  
Tel.: 92422-33 Akademie der Künste-Berlin  
No 0064 \* - & MRZ 1949  
.....Anl.

An die Akademie der Künste Berlin-Charlottenburg 2,  
Hardenbergstr. 33

R u n d s c h r e i b e n Nr. 76

Betrifft: Ausstellung der Personalbogen

Wir haben festgestellt, daß noch nicht alle Angestellten die Personalbogen nebst Lebensläufen und beglaubigten Zeugnisabschriften eingereicht haben. Mit Recht erinnert uns das Hauptpersonalamt an die umgehende Übersendung dieser Unterlagen, da sie bekanntlich die beim Stadtgowjet verbliebenen Personalakten ersetzen sollen und eine Personalsachbearbeitung nicht möglich ist, wenn diese Unterlagen dem Hauptpersonalamt nicht vorliegen. Es ergeben sich hierdurch unnötige Verzögerungen und zeitraubende Rückfragen bei der Bearbeitung der dem Hauptpersonalamt eingereichten Anträge.

Wir bitten daher nochmals dringend, die fehlenden Personalbogen usw. nunmehr sofort einzusenden. Die Vordrucke hierzu können erforderlichenfalls im Personalamt, Berlin-Charlottenburg, Socrstr. 6a, II. Stock, Zimmer Nr. 21, abgefordert werden.

Diejenigen Angestellten, die bisher nur den Personalbogen abgegeben haben, sind zur umgehenden Abgabe ihrer Lebensläufe und der beglaubigten Zeugnisabschriften aufzufordern.

Bis zum 20. März 1949 bitten wir, uns diejenigen Angestellten namentlich mitzuteilen, die diese Unterlagen noch nicht eingereicht haben.

Im Auftrage  
D i n k.



84  
Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
27. Januar 1949

An den  
Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
Berlin-Charlottenburg 9  
Soorstr. 60

J. Nr. 24/49/KS/Ew

Betr.: Rundschreiben Nr. 16 - Personalausweise -

Bezug: Ihr Schreiben vom 19.1. - DI -

Auf das obenbezeichnete Schreiben teilen wir mit, dass für  
die Angestellten der Akademie keine Personalausweise seitens  
des Magistrats ausgestellt worden sind.

Im Auftrage

eine kurze Begründung für die Notwendigkeit der Ausstellung bzw. Belassung des Ausweises in der Hand des Angestellten enthalten. Wir Angestellte, die in der letzten Zeit eingestellt sind oder aus anderen Gründen noch keinen Dienstausweis besitzen, ihn aber gebrauchen, bitten wir, sofort Sammelantrag auf Ausstellung von Personalausweisen mit den gleichen Angaben und unter Beifügung je eines Lichtbildes der Angestellten bei uns zu stellen. In Zukunft ist im Bedarfsfalle Einzelantrag durch die Dienststelle zu stellen.

Die gleiche Regelung gilt auch für Arbeiter.

Im Auftrage

C o c k r o w

Abteilung für Volksbildung  
- DI. -

Berlin-Charlottenburg 9, den 12.1.1949  
Soorstrasse 60

R u n d s c h r e i b e n Nr. 16

An die Akademie der Künste,  
Berlin-Charlottenburg 2,  
Hardenbergstr. 33

Tel.: 92 68 94  
Akademie der Künste Berlin

Nr 3024 \* 24 JAN 1949

Anl.

Wir bitten, nach vorstehender Verfügung zu verfahren und uns die Ausweise bis spätestens zum 5.2.1949 zuzuleiten.

Im Auftrage:

gez. M e h n e r t

Beglaubigt:

Abt. für Personal und Verwaltung  
- Hauptpersonalamt -  
H.P.A.

Berlin W 15, den 13. Januar 1949  
Kurfürstendamm 25  
Tel.. 91 62 41 App.77

An die Dienststellen der Hauptverwaltung

P e r s o n a l a u s w e i s e .

Von der Ausstellung und der Verlängerung von Personalausweisen für alle Angestellten des Magistrats wird ab sofort abgesehen. Personalausweise der üblichen Art (weiße und blaue) erhalten künftig nur diejenigen Angestellten, die sich, wie z.B. Boten in besonderen Fällen (insbesondere Kassenboten), Prüfer, Ermittler usw. dienstlich als Angestellte des Magistrats ausweisen müssen. Boten, die nur den Verkehr zwischen mehreren Dienststellen vermitteln, bedürfen regelmäßig keiner Ausweise. Entsprechendes gilt für die Verlängerung von früher ausgestellten Ausweisen, die sich noch in der Hand der Angestellten befinden.

Für Durchführung dieser Regelung sind die in Händen der Angestellten befindlichen Ausweise, deren weitere Belassung dienstlich nicht unbedingt notwendig ist, einzuziehen und nach Abtrennung und Rückgabe der Lichtbilder gesammelt an das Hauptpersonalamt - HPA V - abzuliefern. Angestellte, die Personalausweise besitzen und sie auch weiterhin dienstlich benötigen, bitten wir, uns listenmäßig mit Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Wohnung und Beschäftigungsart (z.B. Kassenbote, Ermittler) mitzuteilen. Ausweise dieser Angestellten, die abgelaufen sind, sind uns mit einem listenmäßigen Antrage der Verwaltung auf Verlängerung vorzulegen. Der Antrag muß neben den gleichen Angaben

eine



The first part of the  
the second part

Suite

Heinrich Winter. Berlin-Niederschlesische Anstalt.



*Dr. Lange N: 187  
Freitag, 1. 9. August 1898*

### Landgericht für Franzmeyer

Das Bezirksverwaltungsgericht im britischen Sektor hatte am 17. Januar unter dem Vorsitz des damaligen Präsidenten Dr. Schröder in einer Feststellungsklage, die der Obermedizinalrat Dr. Heinrich Franzmeyer aus Spandau gegen den Berliner Magistrat angestrengt hatte, entschieden, daß die Beamtengesetze nicht rechtsgültig aufgehoben seien. Dr. F. sei daher weiter Beamter, und seine Kündigung sei unzulässig gewesen (vgl. Tagesspiegel Nr. 297/47 und 15/48). Daraufhin hatte Dr. F. den Magistrat beim Landgericht auf Zahlung seines Amtsarztgehaltes verklagt. In der Verhandlung vor der Zehnten Zivilkammer am 8. Juli beantragte der Magistrat eine Vorentscheidung über die sachliche Zuständigkeit der Klage. Seiner Ansicht nach habe nicht das Landgericht, sondern das Arbeitsgericht die Rechtslage zu prüfen. Das Arbeitsgericht hatte in einem anderen Falle inzwischen einen Standpunkt eingenommen, der dem des Bezirksverwaltungsgerichtes entgegengesetzt war. Der Vertreter des Magistrats sagte vor dem Landgericht, daß dieses nicht an die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes gebunden sei. Auf jeden Fall müsse das Gericht klären, welche vermögensrechtlichen Folgerungen zur Zeit aus dem sogenannten Beamtenurteil des Verwaltungsgerichtes gezogen werden könnten. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Risop, sagte, daß sich das Landgericht für zuständig erkläre. Am Mittwoch verkündete nun die Kammer, daß der Magistrat verpflichtet sei, das Gehalt des Dr. F. zu zahlen. Die Begründung ergeht schriftlich. P. J. B.

*Dr. Lange N: 187  
Freitag, 1. 9. August 1898*

### Beamtenrechtsstreit zugunsten des Klägers

In dem Rechtsstreit des vom Bezirksamt Spandau in seiner Eigenschaft als Stadtarzt auf Lebenszeit als Gemeindebeamter eingestellten Dr. med. Heinrich Franzmeyer gegen den Berliner Magistrat, über den wir bereits mehrfach berichteten, wurde jetzt wiederum ein Urteil zugunsten des Klägers gefällt. Nachdem das Bezirksverwaltungsgericht im britischen Sektor die Ansprüche des Arztes grundsätzlich anerkannt hatte, war es zu einer Privatklage vor dem Landgericht gegen das Bezirksamt Spandau auf Zahlung der anerkannten Bezüge gekommen. Im Urteil der 10. Zivilkammer des Landgerichts werden die Gehaltsansprüche des Klägers nun als berechtigt anerkannt und das Bezirksamt Spandau zur Zahlung verurteilt.

Am 19. November 1947

10

Rechnungs- und

Kunstausst

Aus Be

Vermittlung

Berlin . . .

Bezirksamt Spandau muß zahlen

Die 10. Zivilkammer des Landgerichts entschied in der Klagsache des früheren Leiters des Spandauer Gesundheitsamtes, Dr. Franzmeier, gegen das Bezirksamt Spandau, daß dieses die eingeklagten Beantwörter zu zahlen hat. Dieses Urteil erging im Anschluß an die im Januar des Jahres erfolgte Feststellung des Bezirksverwaltungsgerichtes für den britischen Sektor, demzufolge Franzmeier auch heute noch als Beamter anzusehen ist. Franzmeier war 1929 vom Bezirksamt Spandau zum Amtsarzt und Gemeindebeamten auf Lebenszeit ernannt und später zum Leiter des Spandauer Gesundheitsamtes bestellt worden. Diesen Posten bekleidete er ohne Unterbrechung bis zum Jahre 1947, hielt er sich aber, seine durch das Bezirksamt vorgenommene Einstellung in ein Beschäftigungsverhältnis als Angestellter anzuerkennen und hatte damit beim Verwaltungsgericht Erfolg. Die Stellungnahme des Gerichts rief in der Öffentlichkeit Überraschung hervor, da sie den heute in Berlin geltenden Auffassungen widerspricht. Das jetzt vom Landgericht zur Zahlung der Beantwörter verurteilte Bezirksamt Spandau wird gegen das Urteil Berufung einlegen.

ftung

6 Nr. 4.1

53.3

6 sind durch

chandlung) in

gekauft worden.

Die Kasse wird angewiesen, die eingekauften Wertpapiere

im Nennwerte von

Beamten-gesetz gilt

In dem Rechtsstreit des bisherigen Amtsarztes Dr. Franzmeier gegen das Bezirksamt Spandau, der wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung zur Frage des Berufsbeamtentums in Berlin in der Öffentlichkeit viel beachtet wurde, sprach die 10. Zivilkammer des Landgerichts unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Bisop das Urteil. Das Gericht erkannte die Gehaltsansprüche Dr. Franzmeiers als berechtigt an und verurteilte das Bezirksamt Spandau zur Zahlung.

Dr. Franzmeier war 1929 vom Bezirksamt Spandau als Stadtarzt auf Lebenszeit eingestellt worden. 1935 wurde er zum Leiter des Bezirksamtes Spandau bestellt. Durch eine Verfügung ver-

suchte das Bezirksamt ihn als Angestellten in die Vergütungsgruppe I TOA einzustufen und kündigte das Beschäftigungsverhältnis mit dem Hinweis, daß er die Einleitung des Rentenverfahrens bei der VAB beantragen möge. Franzmeier fühlte sich zu Unrecht als Angestellter behandelt, klagte vor dem Bezirksverwaltungsgericht für den britischen Sektor auf Feststellung, daß er nach wie vor Beamter der Stadtgemeinde Groß-Berlin und zur Führung der Bezeichnung Magistratsobermedizinalrat berechtigt sei. Im Januar wurde dieser Klage stattgegeben. Daraufhin forderte Dr. Franzmeier das Bezirksamt zur Begleichung seiner Gehaltsansprüche auf und erhob, als dies abgelehnt wurde, Klage beim Landgericht, das jetzt zu seinen Gunsten entschieden. Es ist wahrscheinlich, daß das Bezirksamt beim Kammergericht Berufung einlegt.

Kosten einschl. Stüchlinnen, Provision, Maklergebühr, Steuer, Abwicklungsgebühr und sonstigen Spesen an Höhe von

in Worten:

sind Tit II

Zeit

zins

in

bei

An die

Kasse

Akademie

Beamten-gesetze rechtsgültig

In dem Rechtsstreit des bisherigen Amtsarztes Dr. Heinrich Franzmeier gegen das Bezirksamt Spandau, der wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung für die Frage des Berufsbeamtentums in Berlin viel beachtet wurde, sprach die 10. Zivilkammer des Landgerichts unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Bisop am Mittwoch das Urteil. Das Gericht erkannte die Gehaltsansprüche Dr. Franzmeiers als berechtigt an und verurteilte das Bezirksamt Spandau zur Zahlung.

Dr. Franzmeier war am 15. Januar 1929 vom Bezirksamt Spandau in seiner Eigenschaft als Stadtarzt als Gemeindebeamter auf Lebenszeit angestellt worden. Am 8. Januar 1946 versuchte das Bezirksamt ihn als Angestellten in die Vergütungsgruppe I der TOA einzustufen und teilte ihm mit, daß es das Beschäftigungsverhältnis zum 31. 10. 1947 lösen und er die Einleitung des Rentenverfahrens bei der VAB beantragen möge. Dr. Franzmeier fühlte sich durch diese Maßnahme zu Unrecht als Angestellter behandelt und klagte vor dem Verwaltungsgericht für

den britischen Sektor auf Feststellung, daß er nach wie vor Beamter der Stadtgemeinde Groß-Berlin sei. In Januar 1948 hatte das Verwaltungsgericht entschieden, daß die Beamten-gesetze nicht rechtsgültig aufgehoben worden seien. Daraufhin forderte Dr. Franzmeier das Bezirksamt Spandau zur Begleichung seiner Gehaltsansprüche auf und erhob, als dies abgelehnt wurde, Klage beim Landgericht, das jetzt zu seinen Gunsten entschieden.

und nachzuweisen.

kont

we

88

Personalamt  
Vbildg. P 5

Berlin den 22. November 1948  
Tel.: 2 Akademie der Künste Berlin

Akademie der Künste  
über Herrn Wunsch

26  
Nr 9369 \* 11. DEZ 1948

Anl.

Anliegende Verfügung des Hauptpersonalamtes  
- HPA II - vom 25. Oktober 1948 überreichen wir  
mit der Bitte um Kenntnisnahme. Bei evtl. Anfrä-  
gen auf Höherreihung bitten wir, gleich einen  
Dienstleistungsbericht sowie die Stellungnahme  
des Betriebsrates einzureichen.

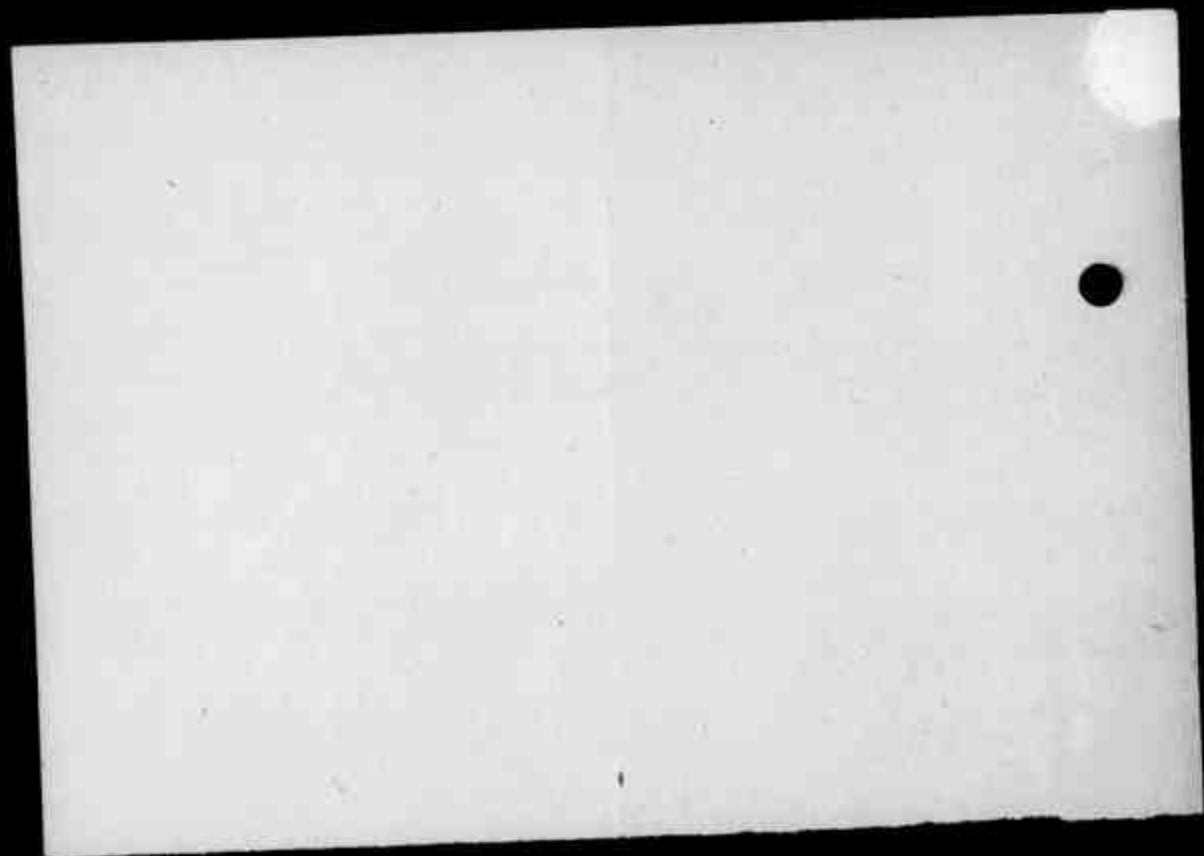
L i n k

Beiglaubigt:

*Handwritten signature and date:*  
Lohs, 1. 9. 1948

*Handwritten signature:*  
Lohs

B1





89  
Berlin, den 25. Oktober 1948

- Am die Magistratsmitglieder,  
die Bezirksämter - PV. - ;  
die Dienststellen der HV.;  
die Anstalten und Eigenbetriebe der HV.;  
die städt. und überwiegend städt. Gesellschaften und  
die ehem. Reichs- und Staatsdienststellen, die jetzt dem Mag.  
angegliedert sind

Höherreihungen auf Grund des Stellenplans 1948

1. Die nach Abs. I Ziff. 2 der Dbl.Vfg. I/48 Nr. 81 S. 73 angeordnete und durch Dbl. II/48 Nr. 62 S. 133 und II Nr. 65 S. 139 zunächst noch aufrecht erhaltene Zurückstellung der Einstufung der Angestellten in eine höhere Vgr. auf Grund des Stellenplans 1948 ist nunmehr aufgehoben worden (s. Abschn. C Abs. II 2 der Dbl.Vfg. II/48 Nr. 68 auf S. 144).
2. Angestellte, die eine bereits im Stellenplan 1947 vorgesehen gewesene und durch den Stellenplan 1948 höher bewertete Stelle bekleiden, dürfen nunmehr rückwirkend ab 1. April 1948 in die durch den Stellenplan 1948 vorgesehene Vergütungsgruppe eingestuft werden. Bei Einweisung der Angestellten in ein solches Arbeitsgebiet nach dem 1. April 1948 darf die Höhergruppierung frühestens von dem Tage ab durchgeführt werden, an dem die Angestellten das höherbewertete Arbeitsgebiet übernommen haben (s. aber Ziffer 4).

3. Soweit das Organisationsamt die Besetzung einer erstmalig im Stellenplan 1948 vorgesehenen Stelle freigegeben hat, dürfen Höherreihenungen ebenfalls durchgeführt werden. Das unter vorstehender Ziffer 2 Gesagte gilt sinngemäß.

4. Die Einstellungssperre auf Grund der Rundverfügung Org. Nr. 28 vom 6. August 1948 wird durch die obige Regelung nicht berührt, das bedeutet, daß bereits Beschäftigte Angestellte nicht in höher bewertete Arbeitspensum versetzt werden dürfen, die nach dem Erlass der Einstellungssperre frei geworden sind. Nur soweit das Org.-Amt die Wiederbesetzung genehmigt hat, können Höhergruppierungen durchgeführt werden.

5. Nachzahlungen auf Grund der Überführung in eine höhere Vgr. nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen sind für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1948 im Verhältnis 10 : 1 und ab 1.7.1948 im Verhältnis 1 : 1 zu leisten.

In Vertretung  
S c h m i d t

An die  
Abteilung für Volksbildung  
Personalamt

Berlin-Charlottenburg  
Witzlebenstr. 5

J. Nr. 373/48/Ew

Auf das Schreiben vom 8. d. Mts. teilen wir mit, dass die Angestellten der Dienststelle der Akademie bei ihr verblieben sind und zwar

1. Stenosekretärin Else Ewerliem	Nettobetrag DM 258.30
2. Hausmeister Otto Stolsmann	" DM 224.60
3. Dienststellenleiter Alfred Körber	" DM 363.90

Im Auftrage

/ Körber /

Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
8. Dezember 1948

Personalamt

Berlin, den 6. Dezember 1948

Akademie der Künste

Charlottenburg  
Hardenbergstr. 33

Akademie d. Künste-Berlin

№ 0373 \* 18 DEZ 1948

.....Ant.

Wir bitten um Mitteilung, wer von den Angestellten in der dortigen Dienststelle verblieben ist und um Angabe der Nettovergütung für den Monat November. 1948.

Im Auftrage

*G. Schürer*

Abschrift!

West  
Akademie der Künste

Zahlungsliste für Vergütungen für den Monat November 1948

Brutto- betrag	A b z ü g e				Barzahlungen		zusam- men	Vergütungsnachweis-Nr.	N a m e
	Lohnsteuer	Kirchen- steuer	Sozial- versicherung	Aufrundung	DM-Ost	25% Anteil DM-West			
10.63	20.25	1.10	31.06	8	185.30	73.-	258.30	29001	Dwerlien, Else Berlin-Steglitz, Horst Kohlestr. 8
546.27	88.50	6.02	54.63	6	250.90	113.-	363.90	29002	Körber, Alfred Berlin-Charlottenburg 9, Fredericiastr. 14
Ost 268.11	15.75	1.02	26.81	7	224.60	-	224.60	29003	Stolzmann, Otto Berlin N 58, Gaudystr. 4





1	2	3	4	5	6	7
Einnahme						
Laufende Zahl	Tag	Einzahler	Gegenstand	Betrag	Laufende Zahl der Ausgabe	Bemerkungen

Berlin, Germany Permanent R. R. March 1898	No. 166
---	---------

### Welche Pensionen werden gezahlt?

**Das Durchschnittseinkommen ist maßgebend / Erfahrungs-Schätzungen**

Die Neu festsetzung der Beamtenpensionen bis zum 31. Dezember ist von den rund 230 000 Pensionären und Rentnern in der sowjetischen Besatzungszone lebhaft begrüßt worden, weil sie eine nachträgliche Anerkennung ihrer in langen Dienstjahren erworbenen Ansprüche darstellt und ihr Dasein wesentlich erleichtert. Es war allerdings nach dem Zusammenbruch vollkommener Klar, daß die Verwirklichung des Volkvermögens auch in den Pensionierungsangelegenheiten vorübergehen konnte, abgesehen davon, daß die alten Hohlstrahler Reich und Staat und zahlreiche andere zu Pensionszahlungen verpflichtete Behörden nicht mehr existierten. Lange mußten sich die Pensionäre mit Sozialunterstützungen oder einer Einheitspension von 90 RM begnügen; vor Erreichen einer gewissen Altersgrenze wird heute auch die Rentenzahlung von dem Nachweis der Erwerbsunfähigkeit abhängig gemacht.

Nach der am 1. Oktober in Kraft getretenen Neuordnung der DWK ist nun die Zahlung von Renten an ehemalige Beamten und Hinterbliebenen des öffentlichen Sozialversicherungs in der sowjetischen Besatzungszone in Betracht worden. Die Höhe der Rente richtet sich nicht mehr nach dem letzten Versorgungsbescheid, sondern sie wird aus dem Durchschnitt der letzten Einkünfte vor dem Krieg berechnet. Man geht dabei von einem Grundbetrag von 30,- DM aus, der um 1% des Durchschnittsverdienstes für jedes volle Dienstjahr erhöht wird. Dabei bleiben jedoch die Inflationsjahre sowie Einkommen über 600,- DM unberücksichtigt, so daß grundsätzlich falls 360 DM als Grundbetrag im günstigstenfalls 7200 RM (ein Hundertstel von 7200 RM Jahreseinkommen) mal Dienstjahre zur Auszahlung kommen. Hat also jemand 25 Jahre lang ein Einkommen von 600,- RM oder mehr bezogen, so würde die Jahresrente 2160,- DM oder die Monatsrente 180,- DM betragen.

In den meisten Fällen wird die neue Rente natürlich wesentlich niedriger sein, sie soll jedoch nicht unter 50 DM monatlich liegen, bei Witwen und Vollwaisen nicht unter

40 DM. Witwen erhalten sonst die Hälfte der auf den Verstorbenen entfallenden Bezüge. Männer müssen das 65., Frauen das 60. Lebensjahr vollendet haben, wenn sie nicht Erwerbsunfähigkeit nachweisen können oder nicht mehr als das sogenannte „Lohnmittel“ eines gesunden Erwerbstätigen beziehen. Für jedes von dem Rentner unterhaltene Kind wird ein Monatszuschlag von 17,50 DM gewährt.

Zur Neufestsetzung sind nun in den meisten Fällen größere Ermittlungen und schwierige Berechnungen anzustellen; für die Zeit der Umstellung ist auch eine Angleichung an die Renten der Arbeiter und Angestellten erfolgt, die jedoch nicht als eine Kürzung der bisherigen Bezüge aufzufassen ist, da die Differenzbeträge nach dem 1. Januar nachgezahlt werden sollen, wenn sich inzwischen eine höhere Pension ergeben hat. In vielen Fällen wird es den Pensionberechtigten nicht mehr möglich sein, die vollen Unterlagen über ihre Dienstbezüge im Laufe eines langen Lebens beizubringen. Das gilt besonders für Ausgebombte und Flüchtlinge sowie die Hinterbliebenen. Ihr Einkommen wird dann nach Erfahrungsgrundsätzen geschätzt; in einzelnen Fällen werden auch eidesstattliche Erklärungen als Ersatz der Urkunden anerkannt.

Die Zugrundelegung des langjährigen Durchschnitts würde bei schematischer Anwendung diejenigen Beamten benachteiligen, die bei Beginn der Nazizeit gemäßigter wurden und später niedrige Gehälter bezogen haben, als ihnen nach ihrem Dienstalter zustand. In diesen Fällen soll das letzte Gehalt vor der Entlassung oder Maßregelung der Rentenzahlung zugrunde gelegt werden. Für Opfer des Faschismus werden die Normalrenten um 50% erhöht.

Im Interesse der Pensionäre, die sich während der Umstellung mit einem niedrigeren Einkommen begnügen müssen, darf man erwarten, daß die Neufestsetzung von den Sozialversicherungen beschleunigt wird und daß bei der Neuregelung nicht zu kleinlich verfahren wird, damit das Los der Alten unter den heutigen Lebensbedingungen nicht unnötig erschwert wird.

1	2	3	4	5	6	7
Einnahme						
laufende Zahl	Tag	Einzahler	Gegenstand	Betrag	Laufende Zahl der Ausgabe	Bemerkungen



8	9	10	11	12	13	14
A u s g a b e						
Laufende Zahl		Tag	Empfänger	Gegenstand	Betrag	Laufende Zahl der Einnahme
					mit	Bemerkungen

8	9	10	11	12	13	14
---	---	----	----	----	----	----

A u s g a b e						
Laufende Zahl	Tag	Empfänger	Gegenstand	Betrag	Laufende Zahl der Einnahme	Bemerkungen

1	2	3	4	5	6	7
Einnahme						
Laufende Zahl	Tag	Einzahler	Gegenstand	Betrag	Laufende Zahl der Ausgabe	Bemerkungen

Myself  
8. 10. 1978

## Warum hat Berlin keine Beamten?

Durch eine Verfügung vom 8. Juni 1945 hat der damals von der Roten Armee eingesetzte Magistrat alle im Dienste der Stadt Berlin befindlichen Beamten entlassen und, sofern noch arbeitsfähig, in das Angestelltenverhältnis überführt. Die LDP hat diese Anordnung niemals anerkannt und daher in ihrer ersten Kundgebung im Jahre 1945 bereits die Wiedereinführung eines unabhängigen, leistungsfähigen Beamtentums gefordert. Sie wollte damit in erster Linie dem Interesse des Volkes in seiner Gesamtheit dienen. Wie notwendig das ist, dürfte inzwischen durch die allgemein beklagte mangelhafte Erledigung der Verwaltungsaufgaben als erwiesen angesehen werden. Im übrigen ist die Rechtslage, die auf Grund der damaligen Verfügung geschaffen ist, nicht so eindeutig klar, zumal das Bezirksverwaltungsgericht im britischen Sektor festgestellt hat, daß die bisherigen

Beamten-gesetze für Berlin nicht aufgehoben sind. Dabei sollte es gerade heute, wo die Aufgaben des Staates und der Verwaltung erheblich gewachsen sind, mehr denn je das Bestreben der gesetzgebenden Körperschaften sein, für eine richtige Stellenbesetzung der ausführenden Organe besorgt zu sein.

Bei den Verfassungsberatungen hat sich die LDP sowohl in der Ausschußberatung als auch im Plenum für die Wiedereinführung des Berufsbeamtentums auch für Berlin eingesetzt. Im Gegensatz hierzu hat sich die SPD für das öffentliche Angestellten\_tum ausgesprochen und — obwohl sie in ihrem Programm vor 1933 für alle Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften ein einheitliches Dienstrecht verlangte, das Auswahl, Stellung, Beförderung, Interessenvertretung und Schutz nach demokratischen und sozialen Gesichtspunkten forderte — will sie heute ein festes Berufsbeamtentum für die Stadt Berlin nicht zulassen. So blieb die LDP bei der Abtätigung über diese grundsätzliche Frage in der Minderheit.

Der gegenwärtige Zustand, daß ein großer Teil sonst gut befähigter, unbelasteter Beamten sich in anderen Berufen betätigen muß, während die Verwaltungsangehörigen, die augenblicklich an ihrer Stelle beschäftigt werden, ihre Berufsstellung nur als Durchgangsposition betrachten und sich später, wenn der Arbeitsmarkt wieder aufnahmefähig sein wird, in ihrem früheren Beruf bessere Verdienstmöglichkeiten finden werden und damit der Staatskasse für die Heranbildung neuer Kräfte immer wieder neue Kosten auferlegen, ist unhaltbar. Ist doch z. B. in den drei Jahren seit seiner Neuaufstellung der Polizeikörper fast hundertprozentig organisiert worden.

Wenn daher die LDP für die Vereinfachung der Verwaltung und für die Wiedereinführung eines leistungsfähigen Berufsbeamtentums eintritt, so tut sie das in erster Linie im Interesse einer geordneten Verwaltung und im Interesse des Volkes. Diesen Grundsatz wird die LDP wie bisher so auch künftig vertreten weil ein von allen Parteinflüssen unabhängiges und in seiner Existenz gesichertes, gut vorgebildetes Beamtentum die Gewähr bietet für eine saubere und leistungsfähige Verwaltung.

**Friedrich Wieg**

8	9	10	11	12	13	14
---	---	----	----	----	----	----

B 9



*Dr. Franz  
Sommerfeld, 1. 10. Januar 1949*

# Revolution fiel aus — Beamte blieben

Der grundsätzliche Rechtsstreit des bisherigen Spandauer Amtsrates, Dr. Franzmeyer, gegen die Stadt Groß-Berlin um die Weitergeltung der Beamtenrechte hatte vor dem Verwaltungsgericht für den britischen Sektor zu einem Erfolge für Dr. Franzmeyer geführt. Das Verwaltungsgericht entschied, daß die alten Beamtenrechte noch immer wirksam seien. Auch das Landgericht Berlin urteilte zugunsten von Dr. Franzmeyer. Das Urteil verpflichtete den Magistrat zur Zahlung der eingeklagten Beamtenbezüge.

Die soeben zugestellte schriftliche Urteilsbegründung des Landgerichts bringt zum Ausdruck, daß Dr. Franzmeyer keine durch Anstellung vom 15. 1. 1929 erlangte Beamtenbeziehung durch nichts eingebüßt habe, weder durch Gesetz, noch durch Vertrag, noch durch einen revolutionären Akt. Insbesondere habe dem Magistrat von Groß-Berlin, dem von den Besatzungsmächten nur die Selbstverwaltung übertragen worden sei, die Befugnis gefehlt, die Stellung der Beamten als solche zu beseitigen. Ein Gesetz der Besatzungsmächte oder auch nur einer Besatzungsmacht, daß die Beamtenstellung beseitigt hätte, liege nicht vor. Die Alliierten hätten vielmehr mancherlei Gesetze erlassen, aus denen sich das Gegenteil herauslesen lasse. So erwähne die Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats vom 20. 9. 1945 in ihrem Abschnitt II die „Beamten“ als vorhanden. Ein revolutionärer Akt, durch den das Beamtentum beseitigt worden wäre, sei nicht vorhanden, zumal „eine Revolution für ganz Berlin nicht stattgefunden hat“.

Laufende Zahl	Tag	Einzahler	Gegenstand	Betrag	Laufende Zahl der Ausgabe	Bemerkungen
------------------	-----	-----------	------------	--------	---------------------------------	-------------

## Einnahme

1	2	3	4	5	6	7
---	---	---	---	---	---	---

Abteilung für Volksbildung  
- Vbildg P 3 -

Berlin W 8, den 28. September 1948  
Mauerstr. 53

Akademie d. Künste-Berlin

An sämtliche Dienststellen, Hauptämter, Ämter  
und Institute der Abteilung für Volksbildung  
Nr. 313 \* 25. OKT. 1948  
Anl.

Durch Rundverfügung des Magistrats von Groß-Berlin - Abteilung Personal und Verwaltung - Org. II - vom 6. 8. 1948 ist eine Einschränkung unnötiger Verwaltungs- und anderer Aufgaben, insbesondere ein Abbau von Planstellen angeordnet worden, da der gegenwärtige Verwaltungsapparat infolge der durch die Währungsreform eingetretenen Finanzlage für die Stadt nicht mehr tragbar ist. Diese Lage macht allen Beteiligten größte Sparsamkeit zur Pflicht. Im Zuge dieser Maßnahmen ist eine Überprüfung unserer Dienststellen, Institute usw. notwendig geworden mit dem Ziele einer wesentlichen Einsparung von Personalausgaben.

Für die Auswahl der zu kündigenden Angestellten hat der Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung Personal und Verwaltung - HPA II - durch Rundverfügung vom 21. 9. 1948, die wir Ihnen anbei übersenden, Grundsätze aufgestellt. Wir bitten, diese Grundsätze zu beachten.

Freiwerdende Dienstkräfte sind dem Personalamt umgehend zu melden.

Es wird bemerkt, dass die Maßnahmen zu Ziffer 3 der Rundverfügung bereits von hier eingeleitet worden sind; es erübrigt sich daher eine Meldung.

Für Arbeiter und Arbeiterinnen ergeht eine besondere Verfügung.

Im Auftrage:

Link

*Dr. Franz  
Sommerfeld, 1. 10. Januar 1949  
H. 15*

Berlin, den 21. September 1948

An die Magistratsmitglieder  
die Bezirksämter - PV -

die Dienststellen der Hauptverwaltung,  
die Anstalten und Eigenbetriebe der Hauptverwaltung,  
die ober. Reichs- und Staatsbehörden, die stat. dem  
Registrierungsbereich zugeordnet sind.

Auswahl von Diagnosebüchern bei Kindstunzen:

1. Bezirkskassen haben vielfach, ohne n'here Weisung von der Magistratsverwaltung, Kündigungen von Dienstkräften in größeren Umfang vor-  
genommen und sich dabei zum Teil auf die Beschränkungen Org.Nr.27  
und 28/1948 berufen. In keiner der beiden Verfügungen sind Kündi-  
gungen in der Art, wie sie jetzt teilweise vorgenommen wurden, an-  
geordnet worden. In der Endverfügung Org.Nr.25/1948 ist vielmehr  
erklärt, daß freie Stellen, abgesehen von besonders gelagerten Aus-  
nahmefällen, bis auf weiteres nicht besetzt werden dürfen. Bei der  
Nichtwiederbesetzung freier Stellen sind Ergebnisse zu erwarten, ohne  
dass gleichzeitig soziale Rechte von vorhandenen Angestellten ver-  
letzt werden. Bei den vorgenommenen Kündigungen haben wir feststel-  
len müssen, daß in vielen Fällen die gesetzlichen und tarifrechtli-  
chen Bestimmungen, in vielen Fällen aber auch die Vereinbarung über  
die Zusammenarbeit der Gebietskörperschaft Groß-Berlin mit den Be-  
triebsräten vom 7./23.7.1948 nicht beachtet worden sind. Auch die  
soziale und wirtschaftliche Lage der Betroffenen ist nicht immer  
genügend berücksichtigt worden. Zum Teil sind aber auch die Belange  
der Verwaltung unbeachtet geblieben.

Wenn die Gebietskörperschaft vor finanziellen und sonstigen Nachteilen bewahrt bleiben soll, sind alle gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen genau zu beachten. Die Verwaltung der Gebietskörperschaft stellt eine Einheit dar, und sie tritt demgemäß ihren Arbeitnehmern gegenüber als einheitlicher Arbeitgeber auf. Vor dem Aussprechen von Kündigungen ist deswegen zu prüfen, ob die Weiterbeschäftigung des für die Kündigung in Aussicht genommenen Arbeitnehmers an anderen Stellen möglich ist. Für den Ausgleich innerhalb der gesamten Verwaltung ist das Hauptpersonalamt (Ausgleichsstelle) zuständig.

II. Um eventl. Regressansprüche zu vermeiden, halten wir es für notwendig, die nachfolgenden Grundsätze bei der Auswahl der zu Kandidierenden zu beachten:

[illegible]



- 2 -  
sichtspunkten, daß der Gebietskörperschaft die Fortsetzung eines Arbeitsverhältnisses nicht zuzumuten ist, kann zur Kündigung geschritten werden.

In allen übrigen Fällen ist nach der Randverfügung HPA II/VI vom 24.11.47 über die bevorzugte Unterbringung von Personen bei der Besetzung freier Planstellen zu verfahren. In diesen Fällen steht die Ausgleichsstelle des Magistrats HPA VI App. 551 u. 546 zur Verfügung. Bei der Personalausgleich mehrere Verwaltungsbezirke und treten bei dem Versuchen, den Personalausgleich vorzunehmen, Schwierigkeiten auf, wird die Ausgleichsstelle des Magistrats auch an den Rat der Bürgermeister wegen seiner Mitwirkung herangetreten.

2. Die Auswahl der zu kündigenden Dienstkräfte ist entsprechend der Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Gebietskörperschaft Groß-Berlin mit den Betriebsräten vom 7./23.7.48 durchzuführen. Auf die Bestimmungen des § 11 Ziff. 2c wird besonders hingewiesen.

3. Um eine fühlbare finanzielle Ersparnis unter möglicher Schonung der wirtschaftlichen Interessen unserer Dienstkräfte zu erzielen, ist das Dienstverhältnis der das 65. Lebensjahr vollendeten Dienstkräfte regelmäßig zu lösen. Hiervon können nur Angestellte und Arbeiter ausgenommen werden, die noch voll leistungsfähig und in der Verwaltung z. Zt. unentbehrlich sind. Wenn Dienstkräfte über die Vollendung des 65. Lebensjahres hinaus beschäftigt werden sollen, so ist in jedem Falle hierzu die Zustimmung des Magistrats (HPA) einzuholen. Um diesen älteren Angestellten und Arbeitern den Übertritt in den Ruhestand zu erleichtern, wird ihnen zu der von der VAB zu zahlenden Rente ein Zuschuß von 50,-- DM monatlich gewährt. Nähere Bestimmungen hierüber ergehen besonders (HPA IVb)

4. Darüber hinaus ist die Entlassung solcher Dienstkräfte in Betracht zu ziehen, deren wirtschaftliche Existenz anderweitig gesichert ist.

5. Von der Entlassung sind regelmäßig jedoch unter Beachtung der Grundsätze zu II 1 auszunehmen:

a) Schwerarbeitsbehinderte

b) Opfer des Faschismus einschl. der Personen, die 1933 und später aufgrund ihrer religiösen, weltanschaulichen oder aus politischen Gründen gemäßregelt wurden.

c) Personen, die dem Nazismus aktiven Widerstand leisteten,

d) Angestellte, die eine Verwaltungsprüfung mit Erfolg abgelegt haben, oder z. Zt. die Lehrgänge der Verwaltungsschule besuchen und ausreichende Leistungen aufweisen. Voraussetzung ist in jedem Falle, daß die Leistungen dieser Dienstkräfte den Anforderungen voll genügen.

e) Dienstanwärter, die sich auf vertragliche Rechte stützen können.

III. Für den Bereich der Justizverwaltung bitten wir den Herrn Kammergerichtspräsidenten und den Herrn Generalstaatsanwalt, für den Bereich der Polizeiverwaltung den Herrn Polizeipräsidenten, sinngemäße Anordnungen zu treffen und über Ausnahmen selbständig zu entscheiden.

Theuner

29  
Antrag auf Hörschulung von  
Dienststellenleiter Körper nach  
T.O.A. Gr. II u. Sekretariat  
Erweiterung nach Gr. II b  
V. 1. X. 48 - F.Nr. 138

Akademie d. Künste Berlin

Nr. 310 \* 24.07.1948

Ant.

1. Okt. 1948

1. Okt.

Friedr. 1. Okt. 1948

31

Abteilung für Volksbildung  
- Personalamt -  
Vbildg. P 3/We.

700  
Berlin W 8, den 17. Juli 1948  
Mauerstr. 53  
Tel.: 42 54 01, App. 269

An sämtliche Institute und Dienststellen  
der Abteilung für Volksbildung

*Akademie der Künste*

Akademie der Künste-Berlin

№ 225 \* 24. Juli 1948

Anl.

Betr.: Beschäftigung freier Mitarbeiter

Wie uns bekannt geworden, beschäftigen einige Institute und Dienststellen zeitweise freie Mitarbeiter, die aus Haushaltsstelle 028 bezahlt werden. Die abgeschlossenen Werkverträge sind der Abteilung für Volksbildung (Personalamt) bisher nicht immer zur Genehmigung vorgelegt bzw. solche Verträge nicht abgeschlossen worden. Wir bitten daher, künftig folgendes zu beachten:

Die Einstellung freier Mitarbeiter erfolgt weiterhin durch die Institute bzw. Dienststellen. In jedem Falle ist ein Werkvertrag nach den Bestimmungen der §§ 651 ff BGB abzuschließen, der insbesondere über Gegenstand des Werkvertrages, Dauer der Arbeit oder Dienstleistung und über die Höhe der vereinbarten Vergütung genaue Angaben enthalten muß. Jeder Werkvertrag ist der Abteilung für Volksbildung (Personalamt) mit Personalfragebogen und Lebenslauf zur Genehmigung vorzulegen. Dabei ist uns Mitteilung darüber zu geben, ob bei Haus-

haltsstelle

31



haltsstelle 025 Mittel zur Verfügung stehen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Verträge erst durch unsere Zustimmung Rechtsverbindlichkeit erlangen. Wir bitten, bei Einstellung freier Mitarbeiter hierauf ausdrücklich aufmerksam zu machen und folgenden Zusatz in die Werkverträge aufzunehmen:

"Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung für Volksbildung."

Bereits abgeschlossene Werkverträge sind uns umgehend zur Genehmigung vorzulegen.

Im Auftrage  
L i n k

Beglaubigt:

*Linke*  
*L. 4. Bzgr. 2. Bzgr.*  
*L. 4.*  
*B.*

Abschrift von Abschrift

Fernschreiben

Akademie d. Künste Berlin  
No 0207 \* 13. JUL. 1948  
Anl.

1.7.1948

15.15 Uhr

Magistrat von Gross-Berlin  
Abt. f. Personal u. Verwaltung  
- HPA II III

An die  
Magistratemitglieder  
Bezirksämter - PV -  
Dienststellen der Hauptverwaltung  
Dienststellen u. Eigenbetriebe der  
Hauptverwaltung  
Städt. u. überwiegend städt. Gesell-  
schaften, die ehem. Reichs- u.  
Staatsbehörden, soweit sie dem  
Magistrat angegliedert sind

Auszahlung der Bezüge an Angestellte und Arbeiter  
ab 1. Juli 1948

A  
Angestellte

Die bei der Gebietskörperschaft Gross-Berlin beschäftigten Angestellten erhalten ihre Dienstbezüge für den Monat Juli 1948 abweichend von den für sie geltenden Zahlungsterminen am 5. und 20. Juli 1948 in je zwei Teilbeträgen. Der am 5. Juli 1948 zur Auszahlung gelangende Teilbetrag wird auf 50 v.H. der Nettoeinzugs für Juni 1948, abgerundet auf volle RM 10.-- nach oben, festgesetzt. Am 20. Juli 1948 erhalten die Angestellten den sich hier-nach ergebenden Restbetrag ihrer Dienstbezüge für Juli 1948.

Für Arbeiter, deren Bezüge nach dem für die Angestellten geltenden Modus - ohne dazwischenliegende Lohnabschläge - gezahlt werden, gilt diese Regelung sinngemäss.

B  
Arbeiter

Alle nach dem 25.6.1948 fällig gewordenen und bis 2.7.1948 fällig werdenden Löhne sind am 2.7.1948 zu zahlen, so-  
weit nicht bereits Zahlungen durchgeführt worden sind. Für künf-  
tige Zahlungen bleiben die üblichen Zahlungsstermine massgebend.

P.d.R.:

Theuner

*1. Zahlung am 12. Juli 1948 ist erfolgt.*  
*2. H. 19. Juli 1948 nach 1. Rate*  
*3. H. 19. Juli 1948 nach 2. Rate*  
*4. H. 19. Juli 1948 nach 3. Rate*  
*5. H. 19. Juli 1948 nach 4. Rate*

10. Juni 1934  
 10. Juni 1934

10. Juni 1934  
 10. Juni 1934  
 10. Juni 1934

Dr. Lange H. 104  
 10. Juni 1934

Landgericht und Beamtenrechte. Der vom Verwaltungsgericht für den britischen Sektor aufgestellte Grundsatz, daß entgegen der Auffassung des Magistrats auch nach 1945 die vorher erworbenen Beamteneligenchaften und Beamtenrechte in Berlin noch in Kraft sind, wurde gestern von der 10. Zivilkammer des Landgerichts Berlin indirekt bestätigt. Der bisherige Amtsarzt von Spandau, Dr. Franzmeyer, hatte vor dem Verwaltungsgericht für den britischen Sektor das viel erörterte Beamtenurteil erzielt, wonach seine schon vor dem Zusammenbruch begründete Beamteneligenchaft mit allen Rechten und Pflichten auch heute noch rechtswirksam sei. Da nach dem Beamtenrecht Vermögensansprüche der Beamten vor den ordentlichen Gerichten geltend zu machen sind, hat Dr. Franzmeyer den Magistrat beim Landgericht Berlin auf Zahlung seines Beamtengehaltes verklagt. In der Verhandlung erklärten die Vertreter des Magistrats, daß es in Berlin kein Beamtentum mehr gäbe und daß daher auch nicht nach Beamtenrecht prozessiert werden könne. Infolgedessen sei das Landgericht Berlin für die Klage nicht zuständig. Vielmehr müsse vor dem Arbeitsgericht verhandelt werden. Das Landgericht erklärte sich jedoch für zuständig, womit indirekt das Weiterbestehen der Beamteneligenchaft des Klägers und damit des alten Beamtentums in Berlin bejaht wird. Die Verhandlung wurde vertagt.

10. Juni 1934  
 10. Juni 1934  
 10. Juni 1934

Obigen Betrag überweisen wir  
heute auf Ihr Postcheckkonto  
Berlin Nr. 112 04.

An die Hauptkasse der Preuß.  
Bau- und Finanzdirektion  
Berlin NW 40  
Jannalidenstr. 52

*Sturwirth*  
Der Kassenspieler

Berlin, den

Gesehen!

an die Hauptkasse der Preussischen Bau- und Finanzdirektion erstat-  
tet zu haben, beschneigt  
Summe wie oben:

Deutsche Akademie in Rom.....	167 K
Hochschule für Kunstszielehung.....	167 H
Hochschule für Musikszielehung.....	167 DII
Hochschule für Musik.....	167 DI
Hochschule für bildende Künste.....	167 C
Meisterateliers für die bildenden Künste.....	167 B
Preussische Akademie der Künste.....	167 A
Kapitel	RM

Betriebszuschuss aus allgemeinen Staatsmitteln für:

Verrechnungssstelle:

RM Rpt.

in Worten:

Betritt: Ablieferung  
Von Betriebszuschuss.

Rechnungsjahr:  
Buchungsjahr:

Letztgekauft

Abteilung für Volksbildung  
- Personalamt -  
Vbildg. P 4/11a.

Berlin Akademie der Künste - Berlin 1948  
Hausstr. 53  
Tel.: N 0150  
An

An alle Hauptämter, Ämter und Institute der Bev. f. Volksbildung

Vom Hauptpersonalamt kommen immer wieder Klagen, daß den Vorladungen der Gesundheitsämter zur vertrauensärztlichen Untersuchung nicht Folge geleistet wird und dadurch unnötige Arbeiten entstehen. Wir bitten, alle Angestellten darauf hinzuweisen, daß den Vorladungen zur vertrauensärztlichen Untersuchung unbedingt Folge zu leisten ist. Sollte in einzelnen Fällen jemand durch Krankheit usw. verhindert sein zur Untersuchung zu erscheinen, ist es unbedingt erforderlich, sich dann an einem der nächsten Tage - außer Sonnabend - in der Zeit von 9 bis 12 Uhr in dem betreffenden Gesundheitsamt zur Untersuchung zu melden.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir darum bitten, daß die von den Angestellten einzureichenden eidesstattlichen Erklärungen über im öffentlichen Dienst zurückgelegte Beschäftigungszeiten zwecks Dienstalterfestsetzung nach § 7 der ATO in doppelter Ausfertigung eingereicht werden.

Wir bitten, dieses allen Angestellten zur Kenntnis zu geben.

*Handwritten signature and date: 1. 10. 1948*

Im Auftrage  
L i n k

Beglaubigt:

B1

104 F. Nr. 200/48

Bek. Einhaltung der Kündigungsfrist  
bei Lösung des Dienstverhältnisses  
von Heutypistinnen.

Siehe Akten R 2

Mag. v. G. - B.  
Hl. F. Bildg.  
Bildg. G 1

Berlin 8. 6. 1948

Rundf. Bildg. Nr. 6/1948  
Nr. 2)



J. Nr. 164/48/Ew

Betr.: Ausgleichszahlung an Arbeiter und  
Arbeiterinnen - Sozialausgleich -  
Datbl. 1 / 1948 Nr. 87 und 93

Bezug: Ihr Schreiben vom 15. Mai 1948  
- Vbildg. P 3 An -

Unter Bezugnahme auf obiges Schreiben er-  
staten wir Fehlansetze.

Im Auftrage

An den  
Registrator von Gross-Berlin  
Abteilung für Volk-bildung  
Personalamt  
Berlin E 8  
Mauerstr. 53

105  
(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
2. Juni 1948

Abteilung für Volksbildung  
- Personalamt -  
Vbildg. P 3  
Kb.

706  
Berlin W 8, den 15. Mai 48  
Mauerstr. 53  
Fernr.: 42 00 18, App.: 1704

An alle  
Hauptämter, Ämter und Institute sowie  
an die der Abt. Volksbildung angeschlossenen Theater

Akademie d. Künste - Berlin  
Nr. 164 \* 26. Mai 1948  
Anl.

Betr.: Ausgleichzahlung an Arbeiter und Arbeiterinnen - Sozialausgleich - Dstbl. I / 1948 Nr. 87 und 93 -

Nachstehend geben wir Ihnen den Rundspruch der Abteilung Personal und Verwaltung - Hauptpersonalamt - vom 12.5.1948 bekannt:

- 1.) Der Sozialausgleich für die nach der TO.B entlohten Arbeiter und Arbeiterinnen gemäß Dbl.röm.1/48 Nr.87 S.79 unterliegt nicht der Lohnsteuer- und Sozialversicherungspflicht.
- 2.) Der Sozialausgleich ist auch - abgesehen von nachfolgender Ziff. 3 - bei unverschuldeter Arbeitsversäumnis, wie Beurlaubungen unter Lohnfortzahlung weiterzugewähren. Die Maximalbeschränkung auf 48 Wochenstunden (Ziff. 2 der Vfg.v. 3.4.48 - Dbl. I/48 Nr. 87 -) bleibt bestehen.
- 3.) Bei Berechnung des Sterbegeldes zu § 22 TO.B ist der Sozialausgleich ebenfalls zu berücksichtigen.
- 4.) Für die Dauer der Arbeitsversäumnis wegen Dienstunfähigkeit (Krankheit, Unfall) wird der Sozialausgleich nicht gezahlt. Bei der Berechnung von Krankenbezügen nach § 15 TO.B bleibt er daher ausser Ansatz.
- 5.) Nach Ziffer 5 der Regelung vom 3.4.1948 - Dbl.I/48 Nr.87 - worden vom Magistrat - Abteilung für Personal und Verwaltung - HPA III - genehmigte Leistungs- und Erschwerniszulagen ungekürzt weitergezahlt. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Lohnzulagen, die in Sonderfällen nach 1945 mit besonderer Berücksichtigung der Arbeitsmarktlage wider-ruflich, und zwar in der Mehrzahl der Fälle mit der Anweisung bewilligt sind, die Zahlung bei einer allgemeinen Erhöhung der Stundenlöhne oder der Gewährung eines sonstigen Lohnausgleichs einzustellen. Die Voraussetzung für die Beendigung dieser Leistung ist mit Dienstblattvfg. I/48 Nr. 87 gegeben. In besonderen Fällen ist die Entscheidung des Magistrats - HPA III - herbeizuführen.
- 6.) Bereits vor dem 3.4.1948 ausgeschiedene Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten den Sozialausgleich nicht.

T h e u n e r

Wir bitten, den bei Ihnen beschäftigten Lohnempfängern sowie der Betriebsvertretung sofort von dieser Lohnregelung Kenntnis zu geben.

Zu

31

Zu Ziffer 5, Satz 2, des Rundspruches wird um Mitteilung gebeten, ob Lohnzahlungen in Sonderfällen unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktlage widerruflich nach 1945 mit der Bedingung bewilligt worden sind, dass diese Lohnzulagen bei einer allgemeinen Lohnerrhöhung bzw. Gewährung eines Lohnausgleichs fortfallen. Fehlanzeige ist erforderlich.

Die uns angeschlossenen Theater werden gebeten, im Sinne des vorstehenden Rundspruchs gleichfalls zu verfahren.

Im Auftrage  
L i n k

107  
S. Nr. 151/43

Betr.: Mindeste der Angestellten  
Herrn Overlien

Unter Bezugnahme auf das Schreiben vom 3. Mai d.J. - Nr. 151/43 - teilen wir mit, dass die Sekretärin der Akademie, Fräulein Overlien, vom 13. Mai bis heute fest aus-schließlich mit dringenden Arbeiten für das Amt für Haus-schwestern (Herrn Schmidt) beschäftigt gewesen ist, so dass die Arbeiten der Akademie dadurch in erheblichem Mangelstand geraten sind. Wir bitten daher die Herrin Fräulein Overlien für den gleichen Zeitraum der Akademie zur Verfügung zu stel-len. Am Donnerstag, den 10. Juni, werde sie dann wieder zur Mitgenussnahme von Arbeiten in Kassekassen versprochen. Wir bitten, sich mit der Abfertigung eines Attestes zu befassen.

An den  
Magistrat von Groß-Berlin  
Abteilung für Volkshilfe  
amt für Hauswirtschaft  
Postfach 10  
Märzstr. 93

Im Auftrage  
/ Kasper /

Berlin-Charlottenburg?  
Hardenbergstr. 33  
27. Mai 1943

Abteilung für Volksbildung  
- Personalamt -  
Voildg. P 1  
Kn.

108  
Berlin W 8, den 3. Mai 1948  
Mauerstr. 53  
Fernr.: 42 00 13, App.: 1706

Akademie der Künste - Herrn Körber -

Betr.: Einsatz der Angestellten Else Ewerlien

Die Angestellte Ewerlien ist bis zum Beginn des Wiederaufbaues der Akademie der Künste an 3 Wochentagen für Arbeiten unseres Haushaltsamtes zur Verfügung zu stellen. Die Arbeiten selbst können in ihren Diensträumen ausgeführt werden.

1. Hl. für den Einsatz von a Im Auftrage  
2. Hl. für den Einsatz von b  
3. Hl. für den Einsatz von c  
1. J. Hl. für den Einsatz von d  
Berlin, 1. 5. Mai 1948  
Hl.  
Hl.



Berlin 5. Mai 1948

109

Herr B ü s e forderte mich auf, an einem der nächsten Tage mit Herrn L i n k , dem Chef des Personalamtes, Abteilung für Volksbildung, Rücksprache zu nehmen und wir nahmen dafür den Freitag Vormittag in Aussicht. Ich habe am 30. April Herrn Link aufgesucht und von ihm die Eröffnung erhalten, dass Fräulein Ewerlien bis zur Konstituierung der neuen Akademie, was voraussichtlich in diesem Sommer stattfinden werde, vom Amt für Volksbildung zu 50 % ihrer Arbeitskraft in Anspruch genommen werden müsse. Ich stellte ihm vor, dass 1/3 vielleicht auch ausreichen würde, aber er blieb bei 50 %, da die Damen im Amt für Volksbildung über Gebühr in Anspruch genommen würden und meist nicht vor 7<sup>0</sup> abends das Haus verlassen könnten. Ich musste mich daher notgedrungen mit der Anordnung des Personalamtes einverstanden erklären.

Ich fragte Herrn Link, wie es mit der Nachzahlung unserer Gehälter, da die Stellen bereits ab 1.4.47 für Fräulein Ewerlien nach Gruppe VI und für mich nach Gruppe IV höher gestuft wären, stünde. Herr H a r v a r d t habe im Januar entsprechenden Antrag vorgelegt. Herr Link war der Meinung, dass wir bereits im April 1947 hätten den Antrag stellen müssen, um in den Genuss der Bezüge zu kommen. Ich hielt ihm aber entgegen, dass nach meiner Auffassung und Kenntnis als alter Verwaltungspraktiker die Mittel in einem neuen Etat erst dann zur Verfügung stünden, wenn er festgestellt und von <sup>den</sup> Alliierten genehmigt sei. Da die Genehmigung seitens der Alliierten laut Pressemitteilung erst Ende November 1947 erfolgt ist, habe ich bei Herrn Harvardt, da die Zahlung nicht automatisch erfolgte, nachgefragt. Herr Link war nicht darüber orientiert, liess sich aber von seiner Sekretärin die Akten von Fräulein Ewerlien und mir geben und nun stellte sich heraus, dass die Anweisung auf Nachzahlung des rückständigen Teiles der Gehälter ab 1.4.47 unter dem 26.4. von ihm gezeichnet und bereits dem Dienststellenleiter Harvardt zugeleitet war. Wir würden daher bald in den Genuss der Bezüge der höheren Gruppe kommen.

Was die Höherstufung von Fräulein Ewerlien nach Grup-

B1

pe VI b und meiner Person nach Gruppe III angeht, so müssten bei Konstituierung der Deutschen Akademie der Künste diese erneut in Anregung gebracht werden. Es ist daher, sowie dies geschieht, eine Vorlage auf Höhergruppierung der beiden Angestellten der Akademie auszubringen.

Termin für die Höherstufung  
ist zu notieren auf den  
1.10.1948

*Termin not.  
1.10.48  
Gut.*

*7. Besprechung am 1. Oktob. 1948*

*1. Zsh.*

*Ende, 1. 11. 1948*

*Th.*

*15*

Aktennotiz  
J. Nr. 137/48/kö/Ew

Berlin, den 5. Mai 1948

Als ich am Mittwoch, dem 28. April um 9<sup>0</sup> ins Büro kam, fand ich Herrn B ö s e vom Personalamt der Abteilung für Volksbildung vor. Er wünschte vor allen Dingen über meine Tätigkeit und über die der Sekretärin Fräulein Ewerlien zu sprechen, um sich über unsere Arbeit ein Bild machen zu können. Ich setzte ihm, wie ich es dem Personalamt <sup>gegenüber</sup> auch schon schriftlich getan habe, auseinander, woraus die Arbeit, die wir hier leisten bestünde. Ich führte u.a. unsere Mitgliederpersonalbogen vor und zeigte ihm, in welcher Art und Weise die Presse zur Vervollständigung des Archivs ausgewertet wird. Ich zeigte ihm die alten Matrikelbücher und setzte ihn davon in Kenntnis, dass die neuen Matrikelbücher, die von 1874 an laufen, verloren gegangen sind und daher wieder neu aufgebaut werden müssen. Ich stellte ihm vor, dass dies eine zeitraubende Arbeit wäre, die sich natürlich nicht in Journalnummern statistisch erfassen liesse. Des weiteren erklärte ich ihm, dass die Anfragen über Künstler auch mit einer Menge Arbeit verbunden seien, die mich häufig ausser Hause führen, da ich in Galerien, Museen, wie Nationalgalerie, Bibliothek <sup>zu</sup> aufsuchen müsse, um mir entweder durch Kunsthistoriker Auskunft oder durch Einsichtnahme in die Kunsthandbücher Kenntnis über die künstlerische Tätigkeit der angefragten Personen <sup>zu</sup> holen müsse. Ausserdem hätte ich die Auftragskasse zu verwalten, wäre Wirtschaftler und glaube, dass meine Tätigkeit zeitausfüllend und nicht so ganz unwichtig für die Akademie und letzten Endes für den Magistrat wäre. Auch Fräulein Ewerlien hätte ausreichend zu tun, da sie neben der Erledigung der anfallenden Schreibarbeiten bei der Vervollständigung des Archivs mitwirke, die Karteien zu führen habe, Registratur und die Bücherei neu aufzubauen bzw. zu verwalten habe. Ich bedeutete ihm, dass ich mich nur im Notfall damit einverstanden erklären könne, dass Fräulein Ewerlien zu Arbeiten in der Abteilung für Volksbildung herangezogen werde.

+ Fräulein Ewerlien war zum Diktat bei Herrn G i e l s d o r f bestellt.

Ich kam noch darauf zu sprechen, dass die Akademie über einen Panzerschrank verfügt, der allerdings unter den Trümmern der früheren Dienststelle im Kronprinzenpalais begraben liege. Ich sagte Herrn Böse, dass wir erst vor kurzem dem Magistrat - Abteilung für Volksbildung von dem Vorhandensein des Geldschrankes Kenntnis gegeben haben und auch mitgeteilt haben, dass die Bergung erwünscht wäre, da in ihm - ausser den Hypothekenbriefen, die der Akademie gehören - zwei sehr wertvolle Urkunden und zwar die Original-Lebensläufe von Adolph M e n z e l und Richard W a g n e r aufbewahrt würden. Er wollte sich dafür interessieren, dass in der Geldschrankangelegenheit etwas geschehe.

g.  
Joh.  
Luthi, 1. u. Ma. 1948  
H.  
K.

Aktenvermerk  
J. Nr. 136/K8/Ew

5. Mai 1948

Am 26. 4. suchte ich auf seine Einladung hin Herrn G i e l s d ö r f auf, um mit ihm Haushaltsangelegenheiten zu besprechen.

Bei dieser Gelegenheit kam er auf die schwierige Lage, in der er sich infolge des Ausfalls einer Arbeitskraft befände, zu sprechen und meinte, dass bei der geringen Zahl an Journalnummern die Sekretärin der Akademie nicht voll ausgefüllt sei. Dem widersprach ich und führte an, dass Journalnummern kein Wertmesser für die Tätigkeit eines Angestellten sei, da sich diese Tätigkeit ja nicht nur allein auf die Anfertigung von Schreiben, sondern noch auf vieles andere, was man im einzelnen nicht so anführen könne, erstrecke. Der langen Rede kurzer Sinn war schließlich, dass Herr L i n k die Heranziehung von Fräulein E w e r l i e n zur Mitarbeit im Büro von Herrn G i e l s d o r f wünsche und ich Fräulein E. für Mittwoch früh zur Mauerstrasse zu bestellen habe. - Ich sollte mich gleich noch mit Herrn Link oder Herrn B ö s e ins Benehmen setzen, traf sie aber nicht an und in ihrem Büro wurde mir gesagt, dass die Herren heute nicht wieder zurückkämen.

B1

M.  
Joh.  
Berlin, 1. 11. Mai 1898  
H.  
K

112  
H. Lange. N. M.  
Amstut. 1. 11. Mai 1898

### Magistrat gegen „Beamtenurteil“

An die britische Militärregierung hat der Magistrat die Bitte gerichtet, das „Beamtenurteil“ zu überprüfen, jene Entscheidung des Verwaltungsgerichts für den britischen Sektor, wonach in Berlin noch immer die alten Beamtengesetze mit ihren Auswirkungen auf unkündbare Beamtenstellung, Beamtengehälter und Beamtenpensionen wirksam sind. Die Stadt Berlin glaubt, in keiner Weise die vermögensrechtlichen Ansprüche befriedigen zu können, die sich aus der Weitergeltung der alten Beamtengesetze ergeben müßten. Der Spandauer Amtsarzt, Dr. Franzmeyer, hat inzwischen beim Landgericht Klage gegen den Magistrat auf Zahlung seines Beamtengehalts erhoben.

B1



Winckelmann-Gesellschaft  
e. V.

Dr. H. / KK.

Stendal, den 29. Juli 1948  
Rathaus

AN

Die Akademie der Wissenschaften und Künste  
der Künste,

Berlin - U. S.

Unter den Linden 3.

Anliegende Quittung senden wir unterschrieben zurück.

Freiwillig lag nicht bei. Mitgliedskarte wurde bereits nach Ein-  
gang des Beitrags übersandt.

Heil Hitler!

Der Geschäftsführer:

*Heil*

Fernruf 980 - Bankkonto: Hauptsparkasse der Altmark, Stendal - Postscheckkonto: Magdeburg Nr. 8513

L/0640

J. Nr. 125/48

173  
(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
19. April 1948

*Abgelegt für  
Hardenbergstr. 33*

Auf das Schreiben vom 9. d. Mts. teilen wir mit,  
dass uns die Dienst- und Beschwerdeordnung für die städtischen  
Angestellten und Arbeiter mit Schreiben vom 25. Mers von dem  
Personalamt - Abteilung für Volkshbildung - Vbildg. P 3/St -  
zur Kenntnisnahme zugeleitet worden ist. Die Angestellten der  
Akademie haben die geforderten Bescheinigungen am 6. d. Mts.  
dem Personalamt überreicht.

Die für die örtliche Dienststelle gewünschten Bestä-  
tigungen geben wir nach unterschriftlicher Vollziehung durch  
die Angestellten der Akademie anliegend zurück.

Akademie der Künste zu Berlin

Im Auftrage

An den  
Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Volkshbildung  
Hauptamt Kunst und Freizeit-  
gestaltung  
Berlin NW 7  
Mittelstr. 51 - 52

/ Kürzer /

B1

Kunst I/Datl.

Ha./Qu.

MAGISTRAT VON GROSS-BERLIN

Abteilung für Volkserziehung  
Kunst- und Theaterwesen

Berlin, den 9. April 1948

An die  
Akademie der Künste

Wir geben Ihnen zur Kenntnis, dass die Dienst- und  
Beschwerdeordnung für die städtischen Angestellten und Arbeiter  
bei dem Unterzeichneten zur ~~Einreichung~~ Einsichtnahme ausliegt.  
Wir bitten um unterschriftliche Vollziehung der beiliegenden  
Bestätigungen und um Rückgabe dieser Bestätigungen.

Im Auftrage

*Kunze*  
Dienststellenleiter

Anlagen

Vorsitz: Dr. Richard Helm, Max Hansmann, Dr. Alfred König, sämtlich in Weimar  
Vorstand: Dr. Richard Helm, Max Hansmann, Dr. Alfred König, sämtlich in Weimar  
Dr. Sylvius von Forstheil und Gruppenberg in Berlin

Abteilung für Volksbildung  
-Personalamt-  
Vbildg P 3/St.

119  
Berlin W 8, den 8. April 1948  
Mauerstr. 53  
42 00 18, App. 1704

An  
sämtliche Hauptämter, Ämter und Institute d. Abt. f. Volksbildung

Betr.: Jubiläumsgaben  
Bezug: D. Bl. Vfg. I Nr. 83 vom 20.3.1948

Durch die obenangeführte Verfügung sind die bisherigen Bestimmungen über die Gewährung der Jubiläumsgaben wesentlich erweitert worden. Die Neuregelung sieht vor:

- bei 50jähriger Dienstzeit die Gewährung einer Jubiläumsgabe in Höhe von 2 Monatsvergütungen (8 2/3 Wochenbezüge),
- dass die Bestimmungen über die Jubiläumsgaben auch auf die Magistratsmitglieder und solche Arbeiter und Arbeiterinnen, deren tarifliche Bestimmungen eine geldliche Leistung bei Dienstjubiläen nicht vorsehen, anzuwenden sind.
- dass die Jubiläumsgabe den in Frage kommenden Berechtigten nachträglich zu gewähren ist, die das Dienstjubiläum in der Zeit vom 1.5.1945 bis 31.3.1947 begehren könnten und sich heute noch im Dienst der Gebietskörperschaft Berlins befinden.

Wir bitten, die D. Bl. Vfg. I Nr. 83 und diese Handverfügung sofort den in Frage kommenden Angestellten, Arbeitern und Arbeiterinnen bekanntzugeben. Die Anträge auf Gewährung der Jubiläumsgabe von Dienstkräften, die ihr Dienstjubiläum in der Zeit vom 1.5.1945 bis 31.3.1948 begehren konnten, bitten wir, uns unverzüglich, spätestens bis zum 20.4.1948, einzureichen, da die Zahlungen noch zu Lasten des Haushaltsjahres 1947 erfolgen sollen und die Mittel am 24.4.1948 verfallen. Anträge, die nach dem 20.4. eintreffen, können nicht mehr bearbeitet werden.

Gemäss Ziffer IV a O. werden die Institutsleiter, der Hauptdienststellenleiter des Generalreferats und die Dienststellenleiter gebeten, eine Liste über die bis zum 31.12.1948 zu erwartenden Dienstjubiläen aufzustellen und diese dem Personalamt zum Stellenzeichen P 7 alsbald einzureichen. Diese Jubiläumslisten sind dem Personalamt künftig bis zum 1.12. für das künftige Kalenderjahr zuzustellen. Die Anträge auf Gewährung der Jubiläumsgaben sind rechtzeitig dem Personalamt zu übersenden. Dabei bitten wir um Äusserung, ob etwa Tatsachen bekannt geworden sind, die die Würdigkeit des Jubilärs zweifelhaft erscheinen lassen. (Vergl. Ziffer IV a. V a O.)

Im Auftrage

L i n k

B1






197  
(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
6. April 1948

J. Nr. 107/48

Betr.: Kenntnisnahme der Angestellten  
und Arbeiter von der Dienst-  
und Beschwerdeordnung

Dienstbl.-Vfg. Teil I Nr. 69 v. 11.2.48

-----  
" Ich habe davon Kenntnis genommen, dass die Dienst-  
und Beschwerdeordnung für städtische Angestellte- und  
Arbeiter vom 1.4.1946 Bestandteil meiner Arbeitsbedingungen  
ist."

  
Dienststellenleiter  
Hauptsachbearbeiter

178  
(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
6. April 1948

J. Nr. 107/48

Betr.: Kenntnissnahme der Angestellten  
und Arbeiter von der Dienst-  
und Beschwerdeordnung

Dienstbl.-Vfg. Teil I Nr. 69 v. 11.2.48  
- - - - -

" Ich habe davon Kenntnis genommen, dass die Dienst-  
und Beschwerdeordnung für städtische Angestellte und Arbeiter  
von 1. 4. 1946 Bestandteil meiner Arbeitsbedingungen  
ist."

*Else Schwerin*

Stenosekretärin

177  
(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
6. April 1948

J. Nr. 107/48

Betr.: Kenntnissnahme der Angestellten  
und Arbeiter von der Dienst-  
und Beschwerdeordnung

Dienstbl.-Vfg. Teil I Nr. 69 v.11.2.48

-----  
" Ich habe davon Kenntnis genommen, dass die Dienst-  
und Beschwerdeordnung für städtische Angestellte und Arbeiter  
vom 1.4.1946 Bestandteil meiner Arbeitsbedingungen ist. "

*Otto Holmann.*  
Hausmeister

*Abkürzung der Wünsche 120*

# Dienst- und Beschwerdeordnung

für  
städtische Angestellte  
und Arbeiter



DAS NEUE BERLIN VERLAGSGESELLSCHAFT M. B. H., BERLIN N 4



127

Der Magistrat der Stadt Berlin, der Hauptbetriebsrat der städtischen Betriebe und Verwaltungen und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund haben nachstehende Dienst- und Beschwerdeordnung für städtische Angestellte und Arbeiter vereinbart:

#### § 1

Von allen städtischen Angestellten und Arbeitern wird der volle und freudige Einsatz der Arbeitskraft in vertrauensvollem Zusammenwirken mit ihren Vorgesetzten und Mitarbeitern zum Wohl der Bevölkerung Berlins und im Geiste wahrer Demokratie erwartet.

#### § 2

Die städtischen Angestellten sind für gewissenhafte und unparteiliche Erfüllung ihrer dienstlichen Verpflichtungen und für die Gesetzmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen verantwortlich.

Sie haben sich durch ihr Verhalten der Achtung und des Vertrauens, die ihr Dienstverhältnis erfordert, würdig zu erweisen.

Sie haben gegenüber der Bevölkerung ein höfliches Betragen und im Verkehr mit anderen Dienststellen und Behörden ein Verhalten zu beobachten, das geeignet ist, einen reibungslosen Dienst- und Geschäftsverkehr zu gewährleisten.

#### § 3

Die Angestellten und Arbeiter haben die Anordnungen ihrer Vorgesetzten zu befolgen, es sei denn, daß sie den Strafgesetzen zuwiderlaufen.

Im Rahmen der für sie geltenden Dienstvorschriften haben Angestellte und Arbeiter die Dienststunden pünktlich innezuhalten. In dringenden Fällen sind sie verpflichtet, auch über die normalen Dienststunden hinaus im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften tätig zu sein. Überzeitarbeit ist nur mit Zustimmung des Betriebsrats zulässig.

#### § 4

Die Angestellten und Arbeiter haben über die ihnen anlässlich ihres Dienstes bekanntgewordenen Angelegenheiten, deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich oder durch Gesetz oder dienstliche Anordnung vorgeschrieben ist, Verschwiegenheit zu bewahren, auch nachdem das Dienstverhältnis beendet ist.

Über solche Angelegenheiten dürfen sie nur mit Genehmigung des Magistrats bzw. des Bezirksamtes (Leiter der zuständigen Fach-

722

abteilung) vor Gericht oder außergerichtlich aussagen, Erklärungen abgeben oder Gutachten erstatten.

Angelegenheiten, über die Verschwiegenheit zu bewahren ist, sind u. a. Verfügungen und Berichte, die nur für den Dienstgebrauch bestimmt sind, Vorgänge, die nur den inneren Dienst betreffen, einschließlich aller Personalangelegenheiten sowie Pläne und Arbeiten der Verwaltung, deren Kenntnis einem engeren Personenkreis vorbehalten ist.

#### § 5

Angestellte dürfen ohne Genehmigung der Magistrats- bzw. Bezirksamtsabteilung, der sie unterstehen, solche dienstlichen Handlungen nicht vornehmen, durch die sie sich oder einer Person, zu deren Gunsten ihnen wegen familienrechtlicher Beziehungen im Strafverfahren das Zeugnisverweigerungsrecht zusteht, einen Vorteil oder eine Bevorzugung verschaffen würden. Soll eine solche Handlung durch ein Mitglied des Magistrats oder Bezirksamts vorgenommen werden, so ist die Genehmigung durch den Magistrat bzw. das Bezirksamt erforderlich.

#### § 6

Angestellte und Arbeiter dürfen für dienstliche Handlungen oder Unterlassungen Geschenke oder andere Vorteile irgendwelcher Art weder unmittelbar noch mittelbar fordern, sich versprechen lassen oder annehmen.

Angestellte und Arbeiter dürfen ohne Genehmigung durch den Leiter der zuständigen Fachabteilung des Magistrats bzw. Bezirksamts weder unmittelbar noch mittelbar als Vermittler, Verkäufer, Käufer oder Unternehmer an Lieferungen, Verkäufen oder Verdingungen sich beteiligen, die vom Magistrat vergeben werden oder zu bewirken sind. Die Genehmigung kann unter Einhaltung einer angemessenen Frist widerrufen werden.

#### § 7

Angestellte und Arbeiter, die dem Dienst fernbleiben wollen, bedürfen eines Urlaubs. Wer ohne Urlaub schuldhaft dem Dienst fernbleibt, verliert für die Dauer des Fernbleibens das Recht auf seine Bezüge.

Ist ein Angestellter oder Arbeiter durch Krankheit an der Wahrnehmung seines Dienstes verhindert, so hat er unverzüglich seinem unmittelbaren Vorgesetzten Anzeige zu erstatten. Wer länger als drei Kalendertage verhindert ist, hat am vierten Kalendertag über seinen Krankheitszustand und die voraussichtliche Dauer der Verhinderung einen Nachweis durch Vorlage des Krankenscheins oder eines ärztlichen Zeugnisses zu führen.

Wer dem Dienst wegen plötzlicher schwerer Erkrankung, Geburt oder Todes eines nahen Familienmitgliedes fernbleiben will, hat

seinem unmittelbaren Vorgesetzten unverzüglich Anzeige zu erstatten.

#### § 8

Gegen Angestellte und Arbeiter, die die Vorschriften der §§ 1 bis 7 verletzt haben, kann eine Warnung oder ein Verweis, in schweren Fällen Strafversetzung oder Dienstentlassung ausgesprochen werden. Für Mitglieder des Magistrats und der Bezirksämter gelten besondere Bestimmungen.

#### § 9

Die Maßnahmen des § 8 werden gegen Angestellte und Arbeiter der Hauptverwaltung durch den Magistrat (Abteilung für Personalfragen und Verwaltung im Benehmen mit der zuständigen Fachabteilung), gegen Angestellte und Arbeiter der Bezirksverwaltungen durch das Bezirksamt (Abteilung für Personalfragen und Verwaltung im Benehmen mit der zuständigen Fachabteilung) ausgesprochen.

Zu jeder dieser Maßnahmen ist die schriftliche Zustimmung des Betriebsrats erforderlich. Sie muß innerhalb sechs Tagen erteilt werden. Liegt am siebenten Tage, nachdem die schriftliche Aufforderung zur Stellungnahme dem Betriebsrat zugegangen ist, bei der auffordernden Stelle eine Äußerung des Betriebsrats noch nicht vor, so gilt die Zustimmung als erteilt, es sei denn, daß der Betriebsrat durch Vorenthaltung der Unterlagen an einer rechtzeitigen Stellungnahme verhindert worden ist.

Verweigert der Betriebsrat die Zustimmung, so kann der Magistrat bzw. das Bezirksamt beim Vorsitzenden des Beschwerdeausschusses (§ 12) ein Verfahren gemäß § 15 Abs. 2 beantragen.

Der Betriebsrat kann beim Vorsitzenden des Beschwerdeausschusses ein Verfahren gemäß § 15 Abs. 3 beantragen, wenn er mit einer Maßnahme, zu der er nicht rechtzeitig Stellung genommen hat, nicht einverstanden ist und geltend macht, daß die Aufforderung zur Stellungnahme ihm nicht oder verspätet zugegangen ist oder daß seine rechtzeitige Stellungnahme durch Vorenthaltung der Unterlagen unmöglich gemacht worden ist.

#### § 10

Die Maßnahmen des § 8 erfolgen unter Angabe der Gründe durch schriftliche Verfügung oder zu Protokoll. Vorher ist dem Angestellten Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben. Abschrift der Verfügung bzw. das Protokoll ist mit einer ausführlichen Niederschrift über die Gründe für die Maßnahme sowie über die Einwendungen des Angestellten zu den Personalakten des Angestellten oder Arbeiters zu nehmen. Die schriftliche Verfügung wird durch eingeschriebenen Brief zugestellt, sofern sie nicht persönlich gegen Empfangsbescheinigung ausgehändigt wird.

#### § 11

Gegen Strafversetzung oder Dienstentlassung kann der Angestellte oder Arbeiter innerhalb von sieben Tagen, nachdem die Maßnahme zu seiner Kenntnis gelangt ist, schriftliche Beschwerde beim Vorsitzenden des Beschwerdeausschusses einlegen.

#### § 12

Der Beschwerdeausschuß setzt sich zusammen aus einem Vorsitzenden und je zwei Vertretern des Magistrats und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorsitzende wird durch den Magistrat mit Zustimmung des FDGB jeweils für ein Haushaltsjahr ernannt.

Der Vorsitzende beruft für jeden Beschwerdefall unter Berücksichtigung der Dienststellung und des zuständigen Fachverbandes des Beschwerdeführers aus der ihm vom Magistrat für das betreffende Haushaltsjahr vorgelegten Vorschlagsliste zwei Vertreter des Magistrats und aus der ihm vom FDGB für das betreffende Haushaltsjahr vorgelegten Vorschlagsliste zwei Vertreter des FDGB als Beisitzer.

#### § 13

Der Vorsitzende des Beschwerdeausschusses hat in jedem Falle die Beschwerdeschrift der Stelle, gegen deren Maßnahme die Beschwerde sich richtet, mit der Aufforderung zuzuleiten, zu einem festgesetzten Termin gemeinsam mit dem zuständigen Betriebsrat zu der Beschwerde Stellung zu nehmen. Er kann die Vorlage der Personalpapiere des Beschwerdeführers verlangen.

#### § 14

Der Beschwerdeausschuß kann von der Stelle, die die Maßnahme ausgesprochen hat, die nochmalige Untersuchung von Tatsachen, die für die Verhängung der Maßnahme von Bedeutung waren, sowie die Untersuchung von Tatsachen, auf die die Beschwerde sich stützt, verlangen.

Er setzt eine öffentliche mündliche Verhandlung an und lädt den Beschwerdeführer, die Stelle, die die Maßnahme gegen die die Beschwerde sich richtet, ausgesprochen hat, und den beteiligten Betriebsrat zu dieser Verhandlung. Bei der mündlichen Verhandlung kann sich der Beschwerdeführer durch seine gewerkschaftliche Organisation oder, falls der Betriebsrat der Maßnahme nicht zugestimmt hatte, durch diesen vertreten lassen.

#### § 15

Der Beschwerdeausschuß beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit. Er kann die Beschwerde zurückweisen oder die Maßnahme, gegen die die Beschwerde geführt wird, aufheben, oder sie durch eine mildere Maßnahme ersetzen. Der Beschluß muß eine Bestim-

173  
mung über den Zeitpunkt enthalten, an dem die finanziellen Wirkungen des Beschlusses eintreten.

Im Falle § 9 Abs. 3 gilt der Magistrat bzw. das Bezirksamt als Beschwerdeführer. Der Ausschuß kann den Antrag zurückweisen oder die beantragte oder eine mildere Maßnahme beschließen. Im übrigen gelten die §§ 12 bis 15 sinngemäß.

Im Falle des § 9 Abs. 4 gilt der Betriebsrat als Beschwerdeführer. Der Ausschuß kann den Antrag zurückweisen oder die vom Magistrat bzw. Bezirksamt ausgesprochene Maßnahme wegen Mangels der Zustimmung des Betriebsrats für nichtig erklären. Im übrigen gelten die §§ 12 bis 15 sinngemäß.

Je eine Ausfertigung des mit Gründen versehenen Beschlusses ist dem Beschwerdeführer, der Stelle, die die Maßnahme, gegen die die Beschwerde geführt wird, ausgesprochen hat, und dem beteiligten Betriebsrat zuzustellen. Eine Ausfertigung ist zu den Personalakten des Beschwerdeführers zu nehmen.

#### § 16

Jeder Angestellte und Arbeiter, der sich durch Vorwürfe, Behauptungen oder Gerüchte über angebliche Dienstvergehen oder Verfehlungen beschwert fühlt, kann beim Vorsitzenden des Beschwerdeausschusses ein Verfahren gegen sich selbst beantragen. Die §§ 12 bis 15 finden sinngemäße Anwendung. Der Ausschuß kann den Antrag zurückweisen, wenn der Anlaß, durch den sich der Antragsteller beschwert fühlt, offenbar belanglos ist.

#### § 17

Solange ein Verfahren vor einem ordentlichen Gericht wegen des gleichen Sachverhalts anhängig ist, der dem Verfahren vor dem Beschwerdeausschuß zugrunde liegt, ruht das letztere.

#### § 18

Wenn gegen einen Angestellten so schwere Beschuldigungen vorliegen, daß seine Dienstentlassung zu erwarten ist, so kann der Leiter der zuständigen Fachabteilung des Magistrats bzw. des Bezirksamts mit Zustimmung des Betriebsrats die vorläufige Dienstenthebung aussprechen. Die vorläufige Dienstenthebung hat keine finanziellen Wirkungen.

Ist die vorläufige Dienstenthebung angeordnet, so ist die Untersuchung der vorliegenden Anschuldigungen so schnell wie möglich durchzuführen und die vorläufige Dienstenthebung ist sofort aufzuheben, wenn sich die Haltlosigkeit der Anschuldigungen ergeben hat. In diesem Fall kann der Angestellte die Aufnahme eines Vermerks über das Ergebnis der Untersuchung zu den Personalakten beantragen. Von dem Vermerk ist dem Angestellten Kenntnis zu geben.

§ 19

Wird die fristlose Entlassung eines Angestellten oder Arbeiters ausgesprochen, so erlischt sein Anspruch auf Bezüge mit dem gleichen Tage.

Der Magistrat bzw. das Bezirksamt kann, wenn Beschwerde gemäß § 11 oder § 15 Abs. 3 eingelegt worden ist, auf Vorschlag des Vorsitzenden des Beschwerdeausschusses aus sozialen Gründen die Weiterzahlung der Hälfte der Bezüge bis zum Tag der Beschlußfassung des Beschwerdeausschusses anordnen. Der Vorsitzende des Beschwerdeausschusses darf die Weiterzahlung nicht vorschlagen, wenn die in der Beschwerdeschrift aufgeführten Gründe offenbar nicht rechtserheblich oder die dort gemachten Tatsachenbehauptungen offenbar unwahr sind.

§ 20

Wenn sich der Angestellte oder Arbeiter während einer Bewährungsfrist von drei Jahren gut geführt hat, sind Verfügungen, Protokolle und Beschlüsse, die gemäß §§ 10 und 15, Abs. 4, zu den Personalakten des Angestellten oder Arbeiters genommen worden sind, sofern sie eine Warnung, einen Verweis oder eine Strafversetzung zum Gegenstand hatten, zu vernichten. Von diesem Zeitpunkt ab sind sie in keiner Hinsicht mehr zu berücksichtigen.

Drei Jahre nach erfolgter Strafversetzung kann der Betroffene, falls er sich gut geführt hat, auf seinen Antrag wieder in seine frühere Stellung oder in eine ihr entsprechende Stellung versetzt werden.

§ 21

Diese Dienst- und Beschwerdeordnung tritt am 1. April 1946 in Kraft. Alle anderen arbeitsrechtlichen Regelungen, die sich aus Tarifverträgen und aus Arbeitsordnungen der einzelnen Dienststellen ergeben, werden durch diese Vereinbarung nicht berührt.

§ 22

Der Hauptbetriebsrat der städtischen Betriebe und Verwaltungen wirkt an der Durchführung dieser Dienst- und Beschwerdeordnung mit.

Berlin, den 1. April 1946.

Der Oberbürgermeister  
Dr. Werner

Abteilung für Volksbildung  
-Personalamt-  
Vbildg P 3/St.

Berlin W 8, den 25. März 1946  
Fauerstr. 53  
Tel.: 42 00 13, App. 1704

An  
sämtliche Hauptämter, Ämter und Institute der Abt.f.Volksbildung

Betr.: Kenntnisnahme der Angestellten und Arbeiter von der  
Dienst- und Beschwerdeordnung  
Bezug: Dienstbl. -Vfg. Teil I Nr. 69 vom 11.2.1946.

Nach der angezogenen Verfügung ist den städtischen Angestellten und Arbeitern von der Dienst- und Beschwerdeordnung Kenntnis zu geben. Wir übersenden Ihnen daher beiliegend ein Druckstück der Dienst- und Beschwerdeordnung und bitten Sie, alsbald das Weitere zu veranlassen. Jeder Angestellte und Arbeiter hat eine Bescheinigung folgenden Inhalts zu unterschreiben:

" Ich habe davon Kenntnis genommen, dass die Dienst- und Beschwerdeordnung für städtische Angestellte und Arbeiter vom 1.4.1946 Bestandteil meiner Arbeitsbedingungen ist."

Die unterschriftlich vollzogenen Bescheinigungen bitten wir, dem Personalamt der Abteilung für Volksbildung umgehend zu übersenden.

Im Auftrage

L i n k

B1





#### § 19

Wird die fristlose Entlassung eines Angestellten oder Arbeiters ausgesprochen, so erlischt sein Anspruch auf Bezüge mit dem gleichen Tage.

Der Magistrat bzw. das Bezirksamt kann, wenn Beschwerde gemäß § 11 oder § 15 Abs. 3 eingelegt worden ist, auf Vorschlag des Vorsitzenden des Beschwerdeausschusses aus sozialen Gründen die Weiterzahlung der Hälfte der Bezüge bis zum Tag der Beschlußfassung des Beschwerdeausschusses anordnen. Der Vorsitzende des Beschwerdeausschusses darf die Weiterzahlung nicht vorschlagen, wenn die in der Beschwerdeschrift aufgeführten Gründe offenbar nicht rechtserheblich oder die dort gemachten Tatsachenbehauptungen offenbar unwahr sind.

#### § 20

Wenn sich der Angestellte oder Arbeiter während einer Bewährungsfrist von drei Jahren gut geführt hat, sind Verfügungen, Protokolle und Beschlüsse, die gemäß §§ 10 und 15, Abs. 4, zu den Personalakten des Angestellten oder Arbeiters genommen worden sind, sofern sie eine Warnung, einen Verweis oder eine Strafversetzung zum Gegenstand hatten, zu vernichten. Von diesem Zeitpunkt ab sind sie in keiner Hinsicht mehr zu berücksichtigen.

Drei Jahre nach erfolgter Strafversetzung kann der Betroffene, falls er sich gut geführt hat, auf seinen Antrag wieder in seine frühere Stellung oder in eine ihr entsprechende Stellung versetzt werden.

#### § 21

Diese Dienst- und Beschwerdeordnung tritt am 1. April 1946 in Kraft. Alle anderen arbeitsrechtlichen Regelungen, die sich aus Tarifverträgen und aus Arbeitsordnungen der einzelnen Dienststellen ergeben, werden durch diese Vereinbarung nicht berührt.

#### § 22

Der Hauptbetriebsrat der städtischen Betriebe und Verwaltungen wirkt an der Durchführung dieser Dienst- und Beschwerdeordnung mit.

Berlin, den 1. April 1946.

Der Oberbürgermeister

Dr. Werner

Aug 7. 48 from  
Harvard + ibarra  
Aw. 8/10. 48

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
6. April 1948

J. Nr. 110/48/EW

Betr.: 40-jähriges Dienstjubiläum  
des Dienststellenleiters  
Alfred K u r b e r

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
6. April 1948

Der Dienststellenleiter der Akademie der Künste Herr Alfred Kürber sieht am 25. d. Mts. auf eine 40-jährige ununterbrochene Dienstzeit im preussischen Staatsdienst bzw. seit Mai 1945 im Dienste des Magistrats von Gross-Berlin zurück. Er ist am 25. April 1908 als Zivilsupernumerar bei dem Provinzialschulkollegium in Breslau eingetreten und von 1. Dezember 1912 bis 28. Februar 1914 bei dem Provinzialschulkollegium in Magdeburg tätig gewesen. Am 1. März 1914 erfolgte seine Berufung in den Bürodienst der Akademie der Künste in Berlin, bei der er seit 1. April 1937 die Stelle des Akademie-Oberinspektors und Bürovorstehers innehatte. Seit der Unterstellung der ehemaligen Reichs- und Staatsbehörden unter die Dienstaufsicht des Magistrats von Gross-Berlin gehört Herr Kürber der Akademie als Sachbearbeiter bzw. seit 1. April 1947 als Dienststellenleiter und Hauptsachbearbeiter an.

Mit Bezug auf die Verfügung vom 20. 3. 1948 I/83 betr. Jubiläumsgaben zum 25-, 40- und 50-jährigen Dienstjubiläum - abgedruckt im Dienstblatt des Magistrats von Gross-Berlin Teil I Seite 74/75 - bitte ich den Dienststellenleiter Herrn Alfred Körber zu seinem 40-jährigen Dienstjubiläum die Jubiläumsgabe in Höhe eines vollen Monatsgehaltes zu gewähren. Herr Körber wird nach Gruppe IV der 20. A besoldet; sein monatliches Bruttogehalt beträgt 546,27 RM, mithin würde die Jubiläumsgabe 550 RM betragen.

Der Auftrag wird zugewiesen  
über das Personalamt des Abt. Witzg. Akad.  
i. d. Kärntnerstr. an das Hauptpersonalamt  
in den ...

Akademie der Künste zu Berlin

Incontro

*ew*

Stenosekreturin

An den  
Magistrat von Gross-Berlin  
Findabteilung  
Kammersci II 2 b  
Berlin- C 2  
Parochialstr. 1 - 3

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
2. April 1948

J. Nr. 105/48/Ew

Betr.: Arbeitsschutzkleidung

- - - - -

Unter Bezugnahme auf die Notiz im "Tagespiegel" am Mittwoch, dem 24. März 1948 - 4. Jahrgang Nr. 70 ( 740 ) - betr. Vergebung von Arbeitsschutzkleidung aus amerikanischen Heeresbeständen - bitten wir die drei Angestellten der Akademie der Künste zu berücksichtigen. Das gesamte Akten- und Archivmaterial der Akademie ist infolge schweren Brandschadens im März 1945 und unzulänglicher Unterbringung in Bergangeräumen sowie im derzeitigen sehr behelfsmässig hergerichteten Büro stark verschmutzt, so dass es sich bei der Sichtung und Bearbeitung des Materials um eine äusserst schmutzige Arbeit handelt, die die Zuweisung von Arbeitsschutzkleidung voll und ganz rechtfertigt.

Als Arbeitsschutzkleidung können sowohl Kittel als auch Combinationen in Frage. Bevorzugt werden gedeckte Farben ( grau, braun usw. ). Benötigt werden die Kleidungsstücke in folgenden Grössen:

1. für einen Angestellten 1,67 m gross untersetzt
2. für einen Angestellten 1,77 m gross schlank
3. für eine Angestellte Grösse 42 ( ev. 44 ).

Akademie der Künste zu Berlin  
Im Auftrage

/ Körber /

An den

Magistrat von Gross-Berlin  
Bezirksamt Charlottenburg  
Abteilung für Wirtschaft  
(1) Berlin-Charlottenburg 5  
Witzlebenstr. 3

10. V. 1. VI. 48 Ew.







Der Morgen  
19. 7. 1934  
Morgen, 1. 7. 1934

15 PFENNIG AUSWÄRTS  
20 PFENNIG



DEUTSCHLANDS

Verlagsanstalt in den Berliner „Morgen“-Erläuterungen und dem Verlag, Berlin W. 9, Tauentzienstr. 40/41  
1. Zeitungspreis für Westzonen 25 Pf. P.  
die Manuskripte wird keine Gewähr übernommen

## Die Frage der Beamten

Von Präsident Delius (Halle/S.), M. d. L.  
Ehemaliges Mitglied des Abgeordnetenhauses  
der Nationalversammlung und des Reichstages

Mit dem Zusammenbruch der Naziherrschaft war zunächst die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltungen unterbunden. Unter Abschiebung der Beamten, die aktiv für die Nazis eingetreten waren, mußten Ersatzkräfte herangezogen werden, die naturgemäß mangels genügender Ausbildung nur einen unzureichenden Ersatz boten. Mit ihnen, aber nur unter vollem Einsatz der verbliebenen Beamten, war die Aufrechterhaltung eines behelfsmäßigen Betriebes möglich. Unter den neuen Kräften war neben solchen, die sich in ihre neue Tätigkeit gut einarbeiteten, ein sehr erheblicher Prozentsatz, der als ungeeignet zum größten Teil wieder ausgeschieden werden mußte. Aber trotzdem ist ein Rest verblieben, der selbst nach zweijähriger Beschäftigung nicht als volle Arbeitskraft geachtet werden kann. Es zeigt sich eben, daß ohne genügende fachliche Ausbildung wie in jedem anderen Beruf, auch in der Beamtenenschaft kein Hochmaß an Arbeitsleistung zu erreichen ist. Die jetzt in den Verwaltungen veranstalteten Unterrichtskurse, aus der Not der Zeit geboren, können nicht ersetzen, was bei den früheren Berufsbeamten eine dreibis vierjährige Anwärterdienstzeit mit abschließendem mehrjährigem Diätariat bei entsprechender Vorbildung bringen sollte. Gewiß gibt es auch im Beamtenberuf Tätigkeiten, die einfacher Art sind und nur kurzer Unterweisung bedürfen, aber in den mittleren und besonders in den gehobenen Stellen muß Qualitätsarbeit geleistet werden. Deshalb ist es nötig, für alle Verwaltungen wieder nach besonderen Ausbildungsrichtlinien Anwärter einzustellen, die eine gewisse Vorbildung durch Schulzeugnisse oder durch Ablegung einer Aufnahmeprüfung nachweisen müssen. Das letztere soll ermöglichen, daß auch bezahlte junge Leute, die mit Erfolg die Grundschule durchlaufen haben, bei entsprechender Begabung in die künftige Beamtenlaufbahn eintreten können. Die fachliche Ausbildung muß der besonderen Eigenart der einzelnen Verwaltungen angepaßt sein und durch Ablegung der nötigen Nachprüfungen abgeschlossen werden. Die Vor- und Ausbildung der neuen Beamtenanwärter muß nach einheitlichem Plan festgesetzt werden. Für die unteren Beamten wird bei den einfacheren Tätigkeiten im allgemeinen eine einjährige Ausbildung genügen, während für die gehobenen Laufbahnen drei Jahre erforderlich sein dürften. Die Unteranstellung durch Unterrichtskurse und Prüfungen für die mittlere Laufbahn ablegen können. Jedem Beamten müssen, wenn er den Nachweis der Eignung für höhere Stellen erbringt, die höchsten Ämter erreichbar sein. Denn es liegt im Staatsinteresse, wertvolle Kräfte zu nutzen und allen Strebsamen einen Ansporn zu geben. Darin wird auch ein Stück Demokratie verkörpert.

Die materielle Seite ist für den Staatsdiener nicht nebensächlich. Die Bezahlung muß den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt werden. Dabei sind die Verantwortung und die besonderen Schwierigkeiten der einzelnen Dienstzweige zu berücksichtigen. Ein gesetzlich festgelegter Bezahlungplan ist erforderlich, wobei die Bezahlung für die Beamten in den mittleren Jahren, in denen die Ausgaben naturgemäß im allgemeinen größer sind als im vorgehenden Lebensalter, eine Verbesserung gegenüber den früheren Besoldungsstufen erfahren muß. Daß wieder Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder eingeführt werden, versteht sich ganz von selbst, weil sich sonst kaum genügend Bewerber finden werden und die Abwanderung in die Privatwirtschaft oder nach dem Westen, wo man die Pensionen zwar gekürzt, aber nicht beseitigt hat, noch verstärkt wird. Die hinter der Bezahlung in den freien Berufen stark zurückgebliebenen Beamtengehälter wurden nur hingegenommen, weil die Altersversorgung gesichert war. Auch für die bereits im Ruhestand befindlichen ehemaligen Beamten darf, unabhängig von der Sozialrente, eine nachträgliche Regelung nicht länger aufgeschoben werden.

Rechte und Pflichten der Beamten bedürfen genauer Regelung. Die Staatsbürgerrechte sind einwandfrei sicherzustellen und Garantien für absolute Gleichheit in der dienstlichen Beurteilung zu schaffen, wobei auch nur der Anschein irgendwelcher parteipolitischen Bevorzugung sorgfältig zu vermeiden ist. Für die öffentlichen Verwaltungen hat als Grundsatz zu gelten, daß sie streng demokratisch eingestellt sein müssen, aber in ihrem Betriebe partiellische Ausnahmestellungen auf alle Fälle zu unterbleiben haben, wobei es die Regel sein muß, daß jeder der Beschäftigten sich einer der zugelassenen

Der Arbeiter  
Nr. 27, 1. 7. 4.  
Blatt-Nr. 1. 7. 4.

demokratischen Parteien nicht nur anschießend, sondern in ihr auch außerhalb seines Dienstes tätig ist. Wie der Staatsangehörige durch sein dienstliches und außerdienstliches Verhalten vorbildlich für die Bevölkerung zu sein hat, so auch in seinem Eintreten für den demokratischen Staat und seine Einrichtungen. In sozialer Beziehung muß der Staat ein vorbildlicher Arbeitgeber sein. Ausführungen hierüber im einzelnen zu machen überschreitet den hier gesteckten Rahmen. Die Betriebsvertretungen haben die Aufgabe, neben dem Leiter einer Behörde mitbestimmend zu wirken. Das setzt voraus, daß sie aus den zuverlässigsten und erfahrensten Betriebsangehörigen gebildet werden, die wirklich Gewähr bieten, daß sie ihre Tätigkeit nur unter dem Gesichtswinkel ausüben, neben der Vertretung der Interessen des Personals vor allem auch für die ordnungsmäßige Arbeit in Verwaltung und Betrieb zu sorgen haben. Eine verständnisvolle Zusammenarbeit von Betriebsvertretung und Behördenleitung liegt im allgemeinen Interesse. Sie muß im Rahmen eines Beamtengesetzes genau festgelegt werden. Dieses wird freilich erst dann die Beamtenfrage befriedigend lösen können, wenn es möglich ist, das Gesetz auf ganz Deutschland auszudehnen. Nach Lage der Verhältnisse kann leider zunächst auf die politische Einheit Deutschlands nicht gerechnet werden. Deshalb muß vorerst in der Ostzone an das Problem herangegangen werden. Bei verständnisvollem Zusammenarbeiten der Parteien wird sich die in den verschiedenen Landesverfassungen festgelegte Forderung nach Regelung der Verhältnisse der Staatsbediensteten in materieller und rechtlicher Beziehung verwirklichen lassen. Die kurzlichen Erklärungen des Marschalls Sokolowski über das Beamtentum geben die Zuversicht, daß wir wieder ein Beamtentum bekommen werden, das auf demokratischer Grundlage eine starke Stütze für den Volkstaat sein wird, dem es durch treue pflichterfüllung helfen kann, eine öffentliche musterhafte Verwaltung zu schaffen, die, frei von jedem Bürokratismus, der Bevölkerung Diener und Helfer ist.

### McCreery verläßt Deutschland

Bad Oeynhausen (DPD). Der bisherige Be-fehlshaber der britischen Rhein-Armee, Sir Richard L. McCreery, wird nach einer amtlichen britischen Mitteilung den Befehl über die britische Rhein-Armee aufgeben und am 1. April von Bückeburg nach Großbritannien zurückkehren. Sein Nachfolger ist General-leutnant Sir Brian G. Horrocks, der am 2. April in Bad Oeynhausen eintreffen wird.

### Kurze Umschau

— Das Todesurteil gegen den früheren Gau-leiter von Mecklenburg, Friedrich Hildebrandt, das ein amerikanisches Kriegsverbrechengericht in Dachau ausgesprochen hatte, ist von General Clay bestätigt worden.

— Rechtsanwalt Dr. Seidel, der Verteidiger des im Nürnberger Aerzte-Prozess zum Tode verurteilten Chefarztes Prof. Karl Gebhardt-Hohenlychen, hat bei General Clay beantragt, die Urteile noch einmal zu überprüfen und die Todesurteile aufzuheben.

— Feldmarschall Lord Montgomery, der Chef des britischen Empire-Generalstabes, traf zu einem mehrtägigen Besuch in Brüssel ein. Anschließend wird Montgomery nach Deutschland weiterreisen.

— Der britische Luftfahrtminister Henderson ist am Mittwochmorgen nach Bückeburg abgeflogen. Er wird Hamburg und Berlin besuchen, um dort Einheiten der RAF zu be-sichtigen. (DPD)

— Nach einem amtlichen Communiqué des polnischen Ministerrates werden ab heute Zucker, Hafer, Kartoffeln und Wirkwaren von der Rationierung ausgenommen.

— In der französischen Kolonie Chander-nagor (Vordondindien) wurde die Kommunistische Partei als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt. Die Mitglieder der Partei wurden ver-haftet.

— Die Regierung de Gasperi hat das Tren-gen von Uniformen jeglicher Art für nicht-

### Humor um den 1. April

Von Albert Schweitzer

"Acteil April". Das ist der Ruf, der durch die Jahrhunderte klingt. Millionen Menschen haben ihn ausgestoßen, Millionen haben ihn verstanden. Bitte sind — darauf rangefallen. Woher diese? Wie stammte, wissen wir heute nicht mehr genau. Sie rührt dem auch sei, von alterher — da mag es wieder- und Narrentag herzu der Vergangenheit. Witzbold sein, einlaß sein, ein paar in denen sich die Witzbolden, zuerst als Prophet erwies. So brachte die zugleich aus der Zeitungs vom Jahre 1883 einen Bericht vom bevorstehenden Bau einer elektrischen Bahn auf die "Jungfrau". Für die das aber sehr bald zur Wirklichkeit wurde. Denn bereits 1888 wurde mit dem Bau begonnen und schon zwei Jahre später die Station Eigerthaler Zeitungs Am 1. April über die Verfüssung von Holz und einen für den Motorantrieb. Daraus haben wir Kohle für den Motorantrieb. Daraus haben wir, allgemein darüber gelacht, aber heute wissen wir, daß die meisten Autos während des Krieges durch Vergasung von Holz ihren Betriebsstoff entnahmen und daß auch heute noch manche aus dieser Quelle schöpfen. Und noch einmal, am 1. April 1927, wurde ein technischer Scherz im "Hilde Vorgeführt", über die Verfüssung der Kohle, die den Chemiker heute längst kein Problem mehr ist. Geradoza kern heute lautet es an, daß man im zur Signal- merkwürdig muß es an, daß man im zur Signal- die Verfüssung von Lautsprechern. Ebenso verhält die Verfüssung unmöglich nicht und diese heute in selbstverständliche Einrichtung als Epochenverhalt einem illustrierten Blatte brachten. Epochenverhalt es sich mit jenem Aprilscherz 1888, der die Rund-funktion aus der Anlage im fahrenden Auto prophe- teilte und die heute fast jeder Autobesitzer hat. Und nun einige richtige: Der erste April 1889, seiner Theodor Hook spülte am 1. April 1889, vorher Wirtin einen bösen Streich. Wochenlang vorher hatte er mit verstellter Handschrift an Tausende von Personen geschrieben, die aufgerufen wurden, sich zu einem Mittagessen einzufinden. Der Zusammen- stimmung um ein Uhr mittags 11 Uhr vormittags wirtin einzutreten. Bereits um 11 Uhr vormittags, auch das Stadtwirtin, in der die Wirtin wohnte,

Veröffentlichungen in: Zeitschrift für Sozialforschung (1938)



*W. mit W. Ant.  
L. B. B.*

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
16. März 1948

J. Nr. 71/48/ew

Betr.: Personalfragebogen

*W. Ant.*

Auf das Schreiben vom 3. d. Mts. überreichen wir  
in der Anlage die uns zugesetzten drei Personalfragebogen  
ausgefüllt mit Anlagen und Lebensläufen. (Zu Vbildg P 5/St)

Akademie der Künste zu Berlin  
Im Auftrage

An den  
Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
Personalamt  
Berlin W 8  
Mauerstr. 53

*Ein Persönlichkeits-  
bew.-Abschnitt der Personal-  
fragebogen selbst befüllen  
beachten sich bei den Per-  
sonalaktiven!  
Ew. 31/III. 48*

B1



# Zentral-Handelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.

Ostgesellschaft gem. Erl. d. Herrn Reichsausschusses des Großdeutschen Reiches  
Beauftragter für den Vierjahresplan vom 27. Juli 1941 — V. P. 120 28 —  
Reichsbetriebs-Nr. 9 / 0250 / 5 / 30

An:

Geschäftsstelle:

Fernsprecher:

Drahtwort:

Bank: Deutsche Rentenbank Kreditanstalt, Berlin W 8.

Postcheck-Konto:

Gerichtsstand: Berlin

Kennzeichnung für Schriftwechsel, Auftrag, Versand-Avise, Zahlungen usw.

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

Unser Zeichen

Lieferart

Rechnungsdatum

Für Abteilung

Wz. Lieferart ab

Durch

Nach

Rechnung Nr.

Wagen Nr. Helm- anzahl	Abgangs Dkt. Datum	Fahrt Nr.	Mengen	Warenbezeichnung	Einzelpreis	Betrag

(je nach Bedarf ausfüllen)

Zi F.Nr. 71/48/ew.

139-1  
PHOTO

Magistrat von Gross-Berlin Vertraulich  
Abteilung für Personalfragen und Verwaltung

## Personalfragebogen

- K ö r b e r
- Alfred Emil Karl
26. Juni 1886 Görlitz
- verheiratet
- Staatsangehörigkeit Deutschland
- Religion evangelisch
- Jetzige Wohnung Berlin-Charlottenburg 9, Fredericiastr. 44
- Wohnadresse 1933 Berlin-Charlottenburg 9, Fredericiastr. 14
- Schulbildung Volksschule Militsch 1891  
(welche, wann wo) " Liebau/Schlesien 1891 - 1895  
Höhere Knabenschule Liebau/Schles. und  
Obernigk bei Breslau 1895 - 1901
- Besondere Kenntnisse (Fremdsprachen, Stenographie, Schreibmaschine usw.) Evang. Realschule II, Oberrealschule  
Breslau 1901 - 1905 / zu 10: keine
- Beruf, Verdienst und jetzt Dienststellenleiter, Hauptsachbearbeiter  
Eigentumsverhältnisse 1933 Dienstbezüge monatlich 546 RM
- Akademie-Inspektor Keine Vermögensgegenstände  
Dienstbezüge monatlich 525 RM
- Brühere Arbeitgeber Art der Tätigkeit von bis Grund des Ausscheidens  
Provinzialschulkollegium Volontär, Büro- Versetzung  
Breslau hilfsarbeiter  
Zivilsupernumerar  
Bürodiätar 1.5.05 30.11.12  
Provinzialschulkollegium Bürodiätar 1.12.12 28.2.14 Berufung  
Magdeburg  
Akademie der Künste Akademie-In-  
Berlin spektor 2.3.14 31.3.37  
Akademie-Ober- 1.4.37 30.4.45  
insp.
- nein  
Standen Sie vor dem 1. Mai 1945 schon in einem Beschäftigungsverhältnis zur Stadt Berlin

Stück Vorbestellung

Rechnung Nr.	Warenbezeichnung	Einzelpreis	Menge	Abgabe Ort	Abgabe Datum	Rechnungsdatum	Rechnungsnummer	Rechnungsdatum	Rechnungsnummer
--------------	------------------	-------------	-------	------------	--------------	----------------	-----------------	----------------	-----------------

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

Kennzeichnung für Schriftwechsel, Auftrag, Versand-Artikel, Zahlungen usw.

Postfach-Karte:

Bank: Deutsche Reichsbank Kreditkassette, Berlin W 9

Druckwerk:

Fernsprecher:

Zentral-Handelsgesellschaft Ost

Geschäftsstelle:

(je nach Bedarf ausfüllen)

15 Name des Ehegatten

Beruf sowie Arbeitsstelle des Ehegatten

16 Name der Kinder

keine

17 Name der Eltern

August Körber

Anna Körber

18 Name der Geschwister

Otto Körber

Elfriede Körber geb. Torbohm Hausfrau

16. Juni 1900 Lückow Prov. Hannover

6.7.1853 Oberzollinspektor gest. 26.12.26  
12.3.54 Hausfrau gest. 28. 7.10

2.2.1884 Oberingenieur gest. 13.7.41

19 Waren Sie im Ausland tätig

nein

20 Waren Sie Polizeioffizier usw.

nein

21 Waren Sie Soldat

usw.

1.4.06 31.3.07 Vizefeldwebel d.L.

nein

22 Militärische Übungen 1909, 11, 13 achtwöchentliche Übungen

23 Waren Sie im Volksturn nein

24 Welche Orden und Auszeichnungen, wann erhalten Ehrenkreuz für Kriegsteilnehmer 1. Weltkrieg 1935

25 Haben Sie das SA-Sportabzeichen erworben nein

26 Waren Sie in Kriegergese- nein fangenschaft

27 Sind Sie schwerarbeits- nein behindert

**Book Review**

Rechnung Nr.

DOI: 10.1002/for

www.elsevier.com/locate/jmb

## Deployer

Suppose

**Journal of Management Inquiry** 18(1)

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann eine Bewertung nicht vorgenommen werden.

\_\_\_\_\_

Copyright © 2010 by John Wiley & Sons, Inc.

11/04/2014 11:13:29 AM

**Zentral-Handelsgesellschaft Ost**  
für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.  
Ostgesellschaft gen. Ges. d. Herrn Reichmann vom 27. Juli 1941 —  
Beauftragter für den Wirtschaftskreis des Großdeutschen Reiches  
Mittelstraße Nr. 5/1030/5/30

Geschäftsstelle:

Journal of Management Inquiry 22(1)

27 Mitgliedschaft bzw.  
Zugehörigkeit

Sie selbst

Ihre Angehörigen

1a. kein von bis Höchster wer von bis Höchster  
Rang Rang

nein  
nein  
nein  
nein  
nein  
nein  
nein  
nein  
nein  
nein  
nein

Reichsbund der Dt. Beam-	ja 33	45 keine
ten	nein	

NSV	ja	35	45	keine
-----	----	----	----	-------

NS-Reichsbund f. Leibes- übungen	ja 33 nein nein	45 keine	Seglerversammlung Unterhavel 1927 - 1945 Berliner Ski-Klub 1923 - 1945
-------------------------------------	-----------------------	----------	--

Reichsluftschutzbund	ja	44	45	keine
----------------------	----	----	----	-------

nein  
nein  
nein

133 31



210 7050 000 000 1.44 (Lichtdruck C/00257)

Rechnung Nr.	Wagen Nr.	Abgabe Nr.	Abgabe Datum	Fahrt Nr.	Mengen	Warenbeschreibung	Einzelpreise	Netto

Stück Vorzahl: 0100k 550k

Rechnung Nr.

Wir bitten Sie, die Lieferungen zu bestätigen. Nach

Größe Angabe dieser Kennzeichnung kann Beschreibung und Buchung nicht erfolgen

--

Kennzeichnung für Schriftverkehr, Auftrag, Versand, Anweisung, Zahlungen usw.

Postfach: 10000 Berlin

Bank: Deutsche Reichsbank, Berlin

Grafik: 10000 Berlin

Firmenbuch: 10000 Berlin

Zentral-Handels-Gesellschaft Ost  
für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.  
Ostpreußen, Ost- und Westpreußen  
Reichsbank-Nr. 9/0000/5/30  
Bauvertrag für den Vierjahresplan vom 27. Juli 1941 - V. P. 12008 -

Geschäftsstelle:

(je nach Bedarf ausfüllen)

28 Mitgliedschaft bei politischen Parteien, Gewerkschaften, Organisationen vor 1933  
keine

29 Teilnahme an antifaschistischer illegaler Arbeit von 1933 - 1945  
nein

30 Sind Sie oder Ihre Familienangehörigen von der Hitlerregierung wegen ihrer politischen Einstellung verfolgt, gemässregelt oder bestraft worden.  
nein

31 Sind Sie anerkanntes Opfer des Faschismus?  
nein

32 Gerichtliche Verurteilung des Bewerbers.  
keine

33 Schwebt ein Verfahren gegen Sie?  
nein

34 Bemerkungen allgemeiner Art  
keine

35 Welchen Posten bekleiden Sie im städtischen Dienst?  
Dienststellenleiter, Hauptsachbearbeiter Akademie der Künste

36 Um welche Beschäftigung bewerben Sie sich?  
nicht betreffend  
Name Beruf Genaue Anschrift

37 Wer kann Sie empfehlen?  
Dr. h. c. Georg Schumann Professor Komponist Berlin-Lichterfelde Bismarckstr. 8  
siehe +

Schreiben Sie auf einem besonderen Blatt ausführlich Ihren Lebenslauf sowie etwa notwendige Ergänzungen zu Ihren Antworten auf einzelne Fragen. Soweit möglich, sind Abschriften Ihrer Prüfungs- und Beschäftigungszertifikate beizufügen.

Ich versichere an Eides Statt, vorstehende Angaben wahrheitsgemäß gemacht zu haben. Es ist mir bekannt, dass falsche Angaben strafrechtliche Folgen und bei etwa erfolgter Einstellung fristlose Entlassung nach sich ziehen.

12. März 1943

NTM



Zu F Nr. 74/48/ew.

135

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 33 Tel.: nicht vorhanden

I s r b e r

Alfred Emil Karl

26. Juni 1886

Geburtsort Görlitz

Staatsangehörigkeit Deutsch

In der neuen im Mai 1945 gebildeten Stadtverwaltung tätig seit 1. Juli

Art der Tätigkeit Bearbeitung des Schriftwechsels, Haushaltsangelegenheiten, Auftragskasse, Durchsicht und Auswertung der Tagespresse. Künstlerkartei, Auskunftserteilung an Gelehrte, Kunststudierende, wissenschaftliche Institute über Mitglieder der Akademie. Neuaufstellung der Mitgliedermatrikel. Neuordnung der Registratur, Bücherei, Archiv.

Dienstbezeichnung Akademie-Oberinspektor  
nung (s. Abs. V d. Vfg. v. 5. 10. 1945)

Eingereiht in III der Gehaltsordnung A

(Nur auszufüllen, falls d. Angestellte seit 1.5.1945 in verschiedenen Dienststellungen tätig war.)

2. a) Sind Sie anerkanntes Opfer

des Faschismus? nein

*[Handwritten signature]*

ZO 1070 310 000 L 44 Gedruckt Druck C/0017

Stück Vorankündigung  
Stück Beilage

Warenbezeichnung	Einheitspreis	Menge	Rechnung Nr.
------------------	---------------	-------	--------------

Rechnung Nr.

Warenbezeichnung	Einheitspreis	Menge	Rechnung Nr.
------------------	---------------	-------	--------------

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

*[Empty box for address or details]*

Kennzeichnung für Schriftwechsel, Auftrag, Versand-Artikel, Zahlungen usw.

Postfach-Konten: Berlin

Bank: Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Berlin W 18

Geschäft: Berlin

Fachgeschäft: Berlin

Zentral-Handels-Gesellschaft Ost  
für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. B. H.  
Gesellschaftsgesellschaft  
Geschäftsstelle:

(je nach Bedarf ausfüllen)

3. a) Sind Sie auf Grund des Berufsbeamtengesetzes von 1933 oder der 2. DV hierzu aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden?

nein

4. a) Standen Sie bis zum 30. 4. 1945 im öffentlichen Dienst?

Falls ja, seit wann unterbrochen? 1. April 1905

b) Zuletzt in welcher Eigenschaft? Oberschulinspektor und Bürovorsteher

c) Bes.-Gr.

d) Verg.-Gr.

Bruttolohn im April 1945

550,31 Mark

Seit welchem Zeitpunkt waren Sie in die unter c) oder d) genannte Gruppe eingestuft?

1. April 1905

Ich versichere an Eides Statt, dass die obigen Angaben der Wahrheit entsprechen.

12. März

Zentral-Handelsgesellschaft Ost

Geschäftsstelle:

Abschrift!

Berlin, den 12. März

## Lebenslauf

Ich, Alfred K 8 r b e r, bin am 26. Juni 1886 als Sohn des damaligen Feldwebels August K 8 r b e r in Gürlitz geboren. Meine Mutter war eine geborene Anders und ist am 28. Juli 1910 in Breslau verstorben. Mein Vater ist 1914 als Zollsekretär in den Ruhestand getreten und am 26. Dezember 1926 in Frankenstein i./Schlesien gestorben. Vom 6. bis 12. Lebensjahre besuchte ich die Volksschulen in Militsch und Liebau i./Schlesien und eine höhere Knabenschule in Liebau i./Schlesien bis Quarta. Von Juli 1898 bis April 1901 erhielt ich Privatunterricht in Obernigk bei Breslau und in Breslau. Am 1. April 1901 trat ich in die Tertie der Evang. Realschule 2 in Breslau ein und legte an dieser Schule Ostern 1904 die Abschlussprüfung (Reife für Obersekunda) ab. Nach fast einjährigem Besuch der Oberrealschule in Breslau verließ ich diese Anstalt, um mich der mittleren Beamtenlaufbahn zu widmen. Am 1. April 1905 trat ich als Volontär bei dem Provinzialschulkollegium in Breslau ein. Vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 genügte ich meiner Militärpflicht als Einjährig-Freiwilliger bei dem 4. Niederschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 51 in Breslau. Vom 1. April 1907 ab war ich wieder als Volontär und vom 16. Juli 1907 ab als Bürohilfsarbeiter bis zu meiner am 25. April 1908 erfolgten Einberufung als Zivilsupplener bei dem Provinzialschulkollegium in Breslau beschäftigt. Nach Ablauf der dreijährigen Vorbereitungszeit bestand ich am 30. Dezember 1911 die für die Bürobeamten bei den Provinzialschulkollegien vorgeschriebene Prüfung. Am 1. Dezember 1912 wurde ich an das Provinzialschulkollegium in Magdeburg versetzt und folgte am 1. März 1914 einer Berufung als Bürobeamter an die Akademie der Künste in Berlin. Am 1. Juli 1914 wurde ich als Registrator und Kalkulator endgültig angestellt. Die Amtsbezeichnung wurde nach 1918 in Oberschulinspektor und 1926 in Akademie-Inspektor geändert. Vom 1. April 1937 bis 30. April 1945 war ich Akademieoberinspektor und Bürovorsteher bei der Akademie der Künste. Vom 1. Juli 1945 bis 31. März 1947 war ich Sachbearbeiter und vom

1. April 1947 ab bin ich Dienststellenleiter und Haupt-  
sachbearbeiter bei der Akademie der Künste zu Berlin.

Im 1. Weltkrieg ( 1914 - 1918 ) habe ich vom  
6. August <sup>1914</sup> bis 30. November 1915 als Vizefeldwebel verschiedener  
Landsturmformationen und vom 1. Dezember 1915 bis 31. Dezem-  
ber 1918 als Beamtstellvertreter der stellv. Intendantur  
des III. Armeekorps in Berlin angehört.

Verheiratet bin ich in 2. Ehe mit Elfriede Torbohm  
seit dem 13. August 1929.

gez. Alfred Kamber

Zu F.Nr. 71/48/cw.

Vertraulich!

137 Seite 1

PHOTO

Magistrat von Gross-Berlin

Abteilung für Personalfragen und Verwaltung

Lichtbild

# Personalfragebogen

- 1  
E w e r l i e n
- 2  
Mathilde Else Emmi
- 3  
23. I. 1898 Berlin
- 4  
ledig
- 5 Staatsangehörigkeit  
Deutsch
- 6 Religion  
evangelisch
- 7 Jetzige Wohnung  
Berlin-Steglitz, Horst Kohlstr. 8 II
- 8 Wohnadresse 1933  
Berlin-Steglitz, Kissinger Str. 4 I
- 9 Schulbildung  
( welche, wann wo )  
Off.höh.Mädchenschule Steglitz 1904-1911  
Privatschule Marsch 1911 - 1914 Steglitz  
Dörstling'sches Lyzeum 1914 - 15 Berlin  
Augusta-Frauenschule 1915-18 Berlin  
Staatl.Kunstschule 1918 -1919 Berlin
- 10 Besondere Kenntnisse  
(Fremdsprachen, Stenogra-  
phie, Schreibmaschine usw.)  
Englisch, Französisch ( Schulkenntnisse )  
Stenographie, Schreibmaschine
- 11 Beruf, Verdienst und jetzt  
Eigentumsverhältnisse  
Stenosekretärin Monatsgehalt: 311.74 RM  
1933 kein Vermögen  
Verlagsgehilfin, Zeichnerin, Kassiererin, Aus-  
hilfe - Jahresverdienst 2000 RM Kein Vermö-
- 13 Frühere Arbeitgeber Art der Tätigkeit von bis Grund des Aus-geh  
Walter de Gruyter & Co. Redaktionsse- 11.4.21-17.8.21 kretärin scheidens  
+ Deutsch.Kunstvlg.GmbH. Verlagsgehil-17.8.21 1.12.30 Personalabbau  
fin, Zeichnerin  
Deutsch.Kunstvlg.GmbH, } Aushilfe }  
Akademie der Künste } Kassiererin } 1931 1935 vorübergehende  
Akademie der Künste Stenosekretä-1.4.36 heute Beschäftigungen  
zu Berlin rin  
nein
- 14 Standen Sie vor dem 1.Mai  
1945 schon in einem Beschäf-  
tigungsverhältnis zur Stadt  
Berlin



Region Nr. Heimat- bezeichnung	Abgangs Ort = Datum	Fahrt Nr.	Mengen	Warenbezeichnung	Einheitspreis	Netto
<div style="text-align: right;"> <b>Stich Vorarbeiter</b>  <b>Stich 2. St.</b> </div>						

Rechnung Nr.

110-100104001-2120

**Abstract**

**(b) Confidentiality**

## MANUSCRIPT

**000000**

© 2004 Blackwell Publishing Ltd *Journal of Internal Medicine* 255: 105–112

© 2004 Blackwell Publishing Ltd *Journal of Internal Medicine* 255: 103–110

Konstanz für Schönbühl, Auring, Vilsbib - (Vier), Konstanzer

Copyright © 2016 Pearson Education, Inc. All rights reserved.

DATA: CRUISE INFORMATION, OBSERVATIONS, DATA USE

### TRAINING

**1. Introduction**

0010-0001/96/0005-0000\$05.00/0

für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H. Oligosaccharide gem. Ent. d. Herrn Reichsanwalt d. Größtenteils. Beauftragte für den Wirtschaftsbereich vom 27. Juni 1941 - A. P. 12028 -

**Zentral-Handelsgesellschaft Ost**  
Geschäftsstelle:

(மேலிருந்து பக்கம் முடிவு)

nicht betreffend

nicht betreffend

nicht betreffend

gest. 4.3.1929

gest. 2.11.1947

6686.2.11.1341

nicht betreffend

nicht betreffend

nein

nicht betreffend

nicht betreffend

nicht betreffend

nicht betreffend

nicht betreffend

nicht betreffend



Stück Vorname/Nachname  
Stück SS-Nr.

Wegon Nr. Abgangs Ort, Datum, Rang Nr., Menge, Warenbezeichnung, Einzelpreis, Betrag

Rechnung Nr.

Unser Zeichen, Lieferant, Rechnungsdatum, für Abteilung, durch, nach

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

Kennzeichnung für Schriftverkehr, Auftrag, Versand-Artikel, Zahlungen usw.

Postfach-Konto: Bank: Deutsche Reichsbank, Berlin W 8

Druckort: Fernsprecher:

Zentral-Handelsgesellschaft Ost  
für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.  
Geschäftsstelle:  
Beauftragter für den Vertriebsplan vom 27. Juli 1941 — V. P. 1933 —  
Reichsbahn-Nr. 9/0250/5/30

(je nach Bedarf ausfüllen)

739

Anlage zu Nr. 27

Reichsschrifttumskammer

Gesellschaft der Ange-  
stellten im Bund  
reichsdeutscher Buch-  
händler - Fachverband  
der Reichsschrifttums-  
kammer

ja nein	Sie selbst		Höchster Rang	Ihre Angehörigen			Höch- ster Rang
	von	bis		wer	von	bis	
ja	1.X.34	30.4.36	nein	nicht	betreffend		

27 Mitgliedschaft bzw.  
Zugehörigkeit

Sie selbst

Ihre Angehörigen

	von	bis Höchster wer von bis Höchster Rang Rang
--	-----	--

nein  
nein  
nein  
nein  
nein  
nein  
nein  
nein  
nein  
nein  
nein  
nein  
nein  
nein

DAF

ja 1.5.36-IV.45 nein

~~nein~~

siehe Anlage

[illegible]

4 Jaca-Ju-IV. <sup>ni</sup> 43 45. nein

nein  
nein  
nein

Reichslichts Lützowin

**Zentral-Handelsgesellschaft Ost**  
für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.

**Geschäftsstelle:**

(je nach Bedarf ausfüllen)

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

Kontrollierung für Schiffsverkehr, Auffang, Versand - Aalen, Zehnberger, www.

\*Gastgeber: Herrmann, H. (2010)

[illegible]

Geschäftsstelle:

(je nach Bedarf ausfüllen)

\_\_\_\_\_

Gesellschaft gem. Erl. d. Herrn Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches  
Beauftragter für den Vierjahresplan vom 27. Juli 1941 — V. P. 12025 —  
Reichsdruck-Nr. 6 / 9250 / 5 / 50

(je nach Bedarf ausfüllen)

## Farmers' perception

**Draftwort:**

Bank: Deutsche Rentenbank Kreditanstalt, Berlin W 8

**Feedback-Unterstützung**

**Gerichtstand:** Berlin

Kennzeichnung für Schriftwechsel, Auftrag, Versand-Avise, Zahlungen usw.

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

Ungeat Zefilian

Lefort, G.

Rechnungsdatum

**Vorstellung**

Wie haben wir es

**Direct**

## Health

[illegible]

**Dr. G. V. Varghese**

Series Editor

201908 201908 1 44 Cerebral Death 029032

747 See the 4

- keine

- nein

- 30 Sind Sie oder Ihre Familienangehörigen von der nein Hitlerregierung wegen Ihrer politischen Einstellung verfolgt, gemässregelt oder bestraft worden.

- 31 Sind Sie anerkanntes Opfer des Faschismus? nein

- 32 <sup>aus</sup> Gerichtliche Vor-  
strafen des Bewerberkeine  
bers.

- 33 Schwebt ein Ver-      nein  
fahren gegen Sie //

- ### 34 Bemerkungen allgemeiner Art

keine

- 35 Welchen Posten bekleiden Sie  
im städtischen  
Dienst Stenosekretärin bei der Akademie der Künste zu

- 36 Um welche Beschäftigung bewerben Sie sich <sup>Berlin</sup> nicht betreffend

Name \_\_\_\_\_

Beruf

Genaue Anschrift

- 37 Wer kann Dr. h. c. Georg Professor Berlin-Lichterfelde  
Sie em- Schumann Komponist Bismarckstr. 8  
Pfehlen 2 Dr. Alfred Wer- Professor Berlin-Zehlendorf,

Schreiben Sie auf einem besonderen Blatt ausführlich Ihren Lebenslauf sowie etwa notwendige Ergänzungen zu Ihren Antworten auf einzelne Fragen. Soweit möglich, sind Abschriften Ihrer Prüfungs- und Bescheinigungszeugnisse beizufügen.

Ich versichere an Eides Statt, vorstehende Angaben wahrheitsgemäss gemacht zu haben. Es ist mir bekannt, dass falsche Angaben strafrechtliche Folgen und bei etwa erfolgter Einstellung fristlose Entlassung nach sich ziehen.

13. März

48

zie  
A. L. v.

742

des Faschismus ?                   nein

([e non bedot outiffen])



3. a) Sind Sie auf Grund des Berufsbeamtengesetzes von 1953 oder der 2. UV hierzu aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden?

nein

4. a) Standen Sie bis zum 30. 4. 1945 im öffentlichen Dienst? ja  
 Falls ja, seit wann war- 1. April 1936  
 unterbrochen?  
 b) Zuletzt in welcher Eigen- Stenotypistin  
 schaft?  
 c) Ben.-Gr.

Noten	Einzelnote	Warenbezeichnung	Mengen	Preis Nr.	Abgabe Nr.	Abgabe Datum	Abgabe Ort	Abgabe Art
-------	------------	------------------	--------	-----------	------------	--------------	------------	------------

d) Verg.-Gr. VII Bruttobezüge im April 1945 Rechnung/Büro

Seit welchem Zeitpunkt sind Sie in die unter c) oder d) genannte Gruppe eingestuft? 1. September 1943

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

Ich versichere an Diese Statt, dass die obigen Angaben der Wahrheit entsprechen.

Kennzeichnung für: Schriftverkehr, Aufträge, Versand-Akten, Zahlungen usw.

Postfach-Nr. 1000

Bank: Deutsche Reichsbank, Kassenstelle, Berlin 10

Druckort:

13. März 1948

Bestätigung für den Vermerk vom 27. Juli 1943 - V. P. 10000

Originalzustand gem. Ert. d. Herrn Reichsminister des Reichswirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.

Zentral-Handelsgesellschaft Ost Geschäftsstelle:

(je nach Bedarf ausfüllen)

Abschrift!

Berlin, den 10. März 1948

# Lebenslauf

Ich - Else Ewerlien - bin am 23. I. 1898 in Berlin geboren. Mein Vater war der 1929 verstorbene ehemalige Ministerialverwaltungsleiter des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Oberregierungsrat Ewerlien.

Nachdem ich das Lyzeum absolviert hatte, habe ich die Frauenschule der Staatlichen Augusta-Schule besucht und die Prüfung der Lehrerinnen der Hauswirtschaftskunde bestanden. - Als-dann besuchte ich ein Jahr die Missige Staatliche Kunstschule.

Am 11. April 1921 trat ich bei dem wissenschaftlichen Ver-lage Walter de Gruyter & Co ein, wo ich bei der Redaktion des Deutschen Literatur-Kalenders tätig war und mir die Bearbeitung des Verlegerkataloges oblag. Am 17. August 1921 ging ich auf Grund einer bereits vor meinem Eintritt in die Fa. de Gruyter getroffe-nen Vereinbarung zu dem neugegründeten Deutschen Kunstverlag GmbH, wo mir neben den Verlagsarbeiten auch Gelegenheit geboten wurde, meine zeichnerischen Fähigkeiten zu verwerten.

Am 1. Dezember 1930 musste ich aus dem Deutschen Kunst-verlag infolge ungünstiger Wirtschaftslage ausscheiden, war je-doch auch in der Folge noch häufig bei dieser Firma aushilfs-weise tätig und erhielt von ihr laufend Aufträge auf Zeichnun-gen.

Im Jahre 1932 war ich mit der Anfertigung von Strichzeich-nungen für den Deutschen Kulturatlas, der bei der Fa. Walter de Gruyter & Co. erschien, beauftragt.

Bis zum 1. IV. 1936 wurde ich teilweise von der Akademie der Künste auf ihren Ausstellungen - gelegentlich auch als Aus-hilfe mit Büroarbeiten beschäftigt, teils vom Deutschen Kunst-verlag als Verlagsgehilfin mit Vertretungen. Sonder- und Aushilfe-arbeiten betraut. Während dieser Zeit bis etwa 1943 fertigte ich für die Kunstbücher des Deutschen Kunstverlages " Deutsche Lande/ Deutsche Kunst ", die grossen Werke über die Deutschen Doms, so-wie ausländische Prachtbauten wie die Akropolis bei Athen Landkar-ten, Pläne, Grundrisse u.ä. an.

Am 1. April 1936 wurde ich von der Akademie der Künste fest angestellt, wo ich auch noch heute als Stenosekretärin tä-tig bin, nachdem der Magistrat von Gross-Berlin im Juli 1945 die ehemaligen Reichs- und Staatsbehörden in seine Betreuung genom-

men hat. Während der Kriegsjahre 1941 bis 1945 wurde mir das Pensum des anfangs im Felde stehenden und später gefallenen Akademie-Inspektors übertragen, das ich mit Interesse wahrgenommen habe. Auch bei der Akademie bietet sich mir Gelegenheit, Arbeiten in Kunschtschrift wie Ausstellungsplakate, Ausstellungsbeschriftungen, Glückwunschschriften, Widmungen usw. zu besonderen Anlässen für die Mitglieder der Akademie und andere Persönlichkeiten auszuführen.

gez. Else Ewerlien

Zu F.Nr. 71/48/cw

Vertraulich

144 1  
PHOTO

Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Personalfragen und Verwaltung

- 1 Stolzmann
  - 2 Otto Erwin Hugo
  - 3 6.III.1894 Berlin-Pankow
  - 4 verh.
  - 5 Staatsangehörigkeit Deutsch
  - 6 Religion evang.
  - 7 Jetzige Wohnung Berlin N 58, Gaudystr. 4
  - 8 Wohnadresse 1933 Berlin N 58, Gaudystr. 4
  - 9 Schulbildung Volksschule Pappelallee 1900 - 1902  
( welche, wann wo ) " Dunckerstrasse 1902 - 1908
  - 10 Besondere Kenntnisse (Fremdsprachen, Stenographie, Schreibmaschine usw.) nein
  - 11 Beruf, Verdienst und jetzige Hausmeister Monatsgehalt 268 RM
  - 12 Eigentumsverhältnisse 1933 arbeitslos kein Verdienst kein Vermögen
  - 13 Frühere Arbeitgeber Art d. Tätigkeit von bis Grund des Ausscheidens
  - 14 Ständen Sie vor dem 1. Mai 1945 schon in einem Beschäftigungsverhältnis zur Stadt Berlin nein
- | Frühere Arbeitgeber          | Art d. Tätigkeit | von  | bis     | Grund des Ausscheidens |
|------------------------------|------------------|------|---------|------------------------|
| Schuhfabr. Wilh. Christ      | Zuschneider      | 1908 | 1914    | Betriebsverlegung      |
| Schuhfabrik Albert A. Hirsch | Stanzer          | 1914 | 1915    | Arbeitsmangel          |
| Schuhfabr. Adolf Schendel    | Stanzer          | 1919 | 1920    | eigener Wunsch         |
| Schuhfabr. Gebr. Just        | Stanzer          | 1921 | 1925    | Arbeitsmangel          |
| Schuhfabr. Gebr. Altmann     | Schuhmacher      | 1926 | 1928    | eigener Wunsch         |
| Schmalisch & Below           | Herdbauer        | 1928 | 1931    | Arbeitsmangel          |
| Akademie der Künste          | Hilfsdiener      | 1934 | 30.4.45 |                        |
- Stellv. Hausmeister

(The user should not be able to see the password)

26 Sind Sie schwerarbeits-nein  
behindert







Wagon Nr.	Abzug d. Lohn	Fahrt Nr.	Stegen	Wohnszutunung	Einlage	Steg
-----------	---------------	-----------	--------	---------------	---------	------

## Rechnung Nr.

NEW YORK, N.Y. (AP) —

443-444

WCMU

June 26, 2007

**စာအုပ်အမျိုးအမည်**

**References**

**For Advertising**

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

Kontaktierung für: Robert Schuster, Artling, Versand-Artist, Zeichnungen von:

1. 2010年10月1日起，凡在中华人民共和国境内销售货物或者提供加工、修理修配劳务以及进口货物的单位和个人，均应按照《中华人民共和国增值税暂行条例》及实施细则缴纳增值税。

Bank: Deutsche Bank AG, Köln, Germany

0976148

[illegible]

**Zentral-Handelsgesellschaft Ost**  
für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.  
Osteinkaufsges. g.m. b. H. Reichmannsdorfer Str. 27, 401194  
Bielefeld für den Handel mit den Erzeugnissen der  
Landwirtschaft Nr. 9 / 0250 / 9 30

Geschäftsstelle:

Die nach Bedarf austauschen

147 4

28 Mitgliedschaft bei politischen Parteien, Gewerkschaften, Organisationen vor 1933  
nein

29 Teilnahme an antifaschistischer  
illegaler Arbeit von 1933 - 1945  
nein

30 Sind Sie oder Ihre Familienangehörigen von der Hitlerregierung wegen Ihrer politischen Einstellung verfolgt, gemässregelt oder bestraft worden.

31 Sind Sie anerkannt ~~///~~ nein  
tes Opfer des Faschis-

32 mus Gerichtliche Vor- keine  
strafen des Bewer-  
bers.

33. Schwebt ein Ver-/// nein  
fahren gegen Sie

34 Bemerkungen allgemeiner Art  
keine

35 Welchen Posten bekleiden Sie  
im städtischen Dienst Hausmeister bei der Akademie der Künste zu  
Berlin

36. Um welche Beschäftigung bewerben Sie sich nicht betreffend

[illegible]

37	Wer kann Sie empfehlen?	Walter Laube Carl Auris	Buchbinder Berlin N113, Czarnikauer Str. 20 Maschinist Berlin-Niederschönhausen, Umlandstr. 11
----	-------------------------	----------------------------	---

Schreiben Sie auf einem besonderen Blatt ausführlich Ihren Lebenslauf sowie etwa notwendige Ergänzungen zu Ihren Antworten auf einzelne Fragen. Soweit möglich, sind Abschriften Ihrer Prüfungs- und Beschäftigungszeugnisse beizufügen.

Ich versichere an Eides Statt, vorstehende Angaben wahrheitsgemäss gemacht zu haben. Es ist mir bekannt, dass falsche Angaben strafrechtliche Folgen und bei etwa erfolgter Einstellung fristlose Entlassung nach sich ziehen.

Otto Holmann

Zu F.Nr. 71/48/Ew.

748

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 33 Tel: nicht vorhanden

Stolzmann

Otto Erwin Hugo

6. III. 1934

Geburtsort Berlin-Pankow

Staatsangehörigkeit Deutsch

In der neuen im Mai 1945 gebildeten Stadtverwaltung tätig seit 1. Juli

Art der Tätigkeit (kurze Schilderung) Verwaltung der Portokasse, Aufsicht, Reinigung der Büroräume, Botengänge, Heizung

Dienstbereich Hausmeister  
nung (s. Abs. V d. Vfg. v. 5. 10. 1945)

Eingereicht in II  
Gruppe der Gehaltsordnung A

(Nur auszufüllen, falls d. Angestellte seit 1.5.1945  
in verschiedenen Dienststellungen tätig war.)

2. a) Sind Sie anerkanntes Opfer

des Faschismus? nein

ZO 1000 500 000 1.44 Großdruck C/1007

Stück Vorbestellung

Warenbezeichnung	Mengen	Abgabe Nr.	Fahrt Nr.	Rechnungsdatum	Rechnungsnummer	Rechnungsdatum	Rechnungsnummer
------------------	--------	------------	-----------	----------------	-----------------	----------------	-----------------

Rechnung Nr.

Rechnungsdatum	Rechnungsnummer	Rechnungsdatum	Rechnungsnummer
----------------	-----------------	----------------	-----------------

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bestellung und Buchung nicht erfolgen

Kennzeichnung für Bestellwunsch, Auftrag, Versand, Abrechnung, Zahlungen usw.

Postfach-Konto:

Bank: Deutsche Reichsbank, Berlin W 8

Druckort:

Verpackung:

Rechnungs-Nr. 9/0500/5/30

Bestellung für das Verzeichnis vom 27. Juli 1941 - V. P. 10029 -

Gesellschaft gem. Ent. d. Herrn Reichsausschusses des Großdeutschen Reiches

für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.

Zentral-Handelsgesellschaft Ost

Geschäftsstelle:

(je nach Bedarf ausfüllen)

3. a) Sind Sie auf Grund des Berufsbeamtengesetzes von 1933 oder der  
2. Dienstverordnung des öffentlichen Dienstes entlassen worden?

nein

4. a) Ab wann sind Sie zum 30. 4. 1945 in  
öffentlichen Dienst?  
Seit 24. 10. 1934

b) In welcher Stellung?  
Hilfsdiener - stellv. Hausmeister

Wegzugs Nr.	Abgangs-Post- Datum	Fahrt Nr.	Mengen	Werkzeugaufnahme	Einzelgröße	Reisung

Rechnung Nr. 891

Sie sind am 24. Oktober 1941  
eingestellt.  
1941

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

Ich versichere an Eides Statt, dass die obigen Angaben der  
Wahrheit entsprechen.

Kontostelle für Schriftverkehr, Auftrag, Versand-Akten, Zahlungen usw.  
Otto Holmann  
Postfach-Konto:  
Bank: Deutsche Reichsbank-Kreditanstalt, Berlin W 8  
Druckwerk:  
Fremdverkehr:

13. März 48

Zentral-Handelsgesellschaft Ost  
für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.  
Gesellschaftsstelle:  
Beauftragter für den Vierjahresplan vom 27. Juli 1941 - V. P. 10328 -  
Meldeverfahren Nr. 0/10550/5/30

(je nach Bedarf ausfüllen)

Abteilung für Volksbildung  
-Personalamt-  
Vbildg P 5/St.

Berlin W 8, den 3.3.1948  
Mauerstr. 53  
Tel.: 42 00 18, App. 1704

An die  
Akademie der Künste  
über Herrn Dstl. Wunsch  
Betr.: Personalfragebogen

Die in der Amlage beigefügten Personalfragebogen  
bitten wir, uns ausgefüllt unter Beifügung eines Le-  
benslaufes zurückzureichen.

Im Auftrage

*[Handwritten signature]*

Der Morgen  
Nr. 57/4. Fg. Berlin  
So, 29. II. 1948

Städtische Höchstpension netto 420 Mark. Ueber die vom Berliner Magistrat beabsichtigte zusätzliche Ruhestandsversorgung der städtischen Angestellten und Arbeiter werden jetzt Einzelheiten bekannt. Durch Erhöhung der Altersrente der VAB durch Magistratzuschläge soll für Ledige ein Mindestbetrag von 142 und ein Höchstbetrag von 420 Mark netto, für Verheiratete ein Mindestbetrag von 180 und ein Höchstbetrag von 450 Mark netto monatlich erreicht werden. Für die Berechnung im Einzelfall sind die Vergütungsgruppe und die abgeleisteten Dienstjahre maßgebend.

Neues Deutschland  
3. Fg./Nr. 57. Berlin  
So, 29. II. 1948

Städtische Höchstpension 450 Mark. Über die vom Berliner Magistrat in Aussicht genommene zusätzliche Ruhestandsversorgung der städtischen Angestellten und Arbeiter werden jetzt Einzelheiten bekannt. Während nach den zur Zeit geltenden Bestimmungen auch die städtischen Bediensteten beim Uebertritt in den Ruhestand lediglich auf die Altersrente der Versicherungsanstalt Berlin mit einem Höchstbetrag von 170 Mark monatlich Anspruch haben, will der Magistrat durch Zuschläge höhere Pensionen bewilligen. Dadurch soll für Ledige ein Mindestbetrag von 142 und ein Höchstbetrag von 420 Mark netto, für Verheiratete ein Mindestbetrag von 180 und ein Höchstbetrag von 450 Mark netto monatlich erreicht werden.

Der Kurier  
Nr. 57/4. Fg. Berlin  
Montag, 1. III. 1948

**Die städtischen Pensionen**

Ueber die vom Berliner Magistrat in Aussicht genommene zusätzliche Ruhestandsversorgung der städtischen Angestellten und Arbeiter werden jetzt Einzelheiten bekannt. Während nach den zur Zeit geltenden Bestimmungen auch die in städtischen Diensten Stehenden beim Uebertritt in den Ruhestand lediglich auf die Altersrente der Versicherungsanstalt Berlin mit einem Höchstbetrag von 170 Mark monatlich Anspruch haben, sollen durch Zuschläge künftig höhere Pensionen gewährt werden. Für Ledige ist ein Mindestbetrag von 142 Mark monatlich und ein Höchstbetrag von 420 Mark vorgesehen; Verheiratete sollen mindestens 180 Mark und im Höchstfalle 450 Mark Pension monatlich erhalten. Die sogenannten Altpensionäre, die seit oder vor 1945 im Ruhestand sind, erhalten das bisher gewährte Ruhegeld, das unter den vorgesehenen neuen Sätzen liegt. Für die Zusatzversorgung neu in den Ruhestand tretender städtischer Angestellter und Arbeiter sind im Etat für 1948/49 zehn Millionen Mark vorgesehen. Der Betrag wird sich mit zunehmender Zahl der Neupensionäre erhöhen.



*Beschäftigte*

**PrAdK**

Akademie der Künste, Archiv  
Preußische Akademie der Künste

*I/184*

*BA 151 - 333*

W F (1)  
Tg

Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
21. Februar 1948

J. Nr. 47/48/Bw.

Betr.: 12. Fortbildungslehrgang für Angestellte  
im März/April in der Verwaltungs-  
schule Berlin-Köpenick

- - - - -

Zum Schreiben vom 16. d. Mts. - Vbildg AV 1 - er-  
staten wir M e h l a n z e i g e.

Akademie der Künste zu Berlin

Im Auftrage

An den  
Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Volkshildung  
Berlin W 8  
Mauerstr. 33

F  
/ Körber /

B

Abteilung für Volksbildung  
- Vbildg AV 1 -

Berlin 8, den 16. Februar 1948  
Mauerstr. 53  
Anruf: 42 00 18 App. 1735

47 19.FEB

An die  
Hauptämter, Ämter und Institute der Abt. für Volksbildung

In der Anlage übersenden wir Ihnen die Rundverfügung Aush.-Nr. 48 der Abt. für Personalfragen und Verwaltung vom 6.2.1948. Entsprechend diesem Rundschreiben beginnt am 1.3.1948 der 12. Fortbildungslehrgang für Angestellte in der Verwaltungsschule Berlin-Köpenick. Auch wir mussten bisher feststellen, dass durch die Dienststellen die Lehrgänge der Verwaltungsschule nicht in genügender Weise beachtet wurden obwohl viele Angestellte der verwaltungsmässigen Schulung dringend bedürfen. Wir bitten um Meldung von nur für die Schulung geeigneten Kräften bis spätestens zum 25.2.1948 an Vbildg AV 1. Die in dem Rundschreiben geforderten Angaben über den Lehrgangsbewerber sind der Meldung beizufügen. Falls bis zu dem genannten Termin nicht die genügende Anzahl geeigneter Meldungen bei uns eingeht, sind wir genötigt, unter den in der Abteilung tätigen Angestellten geeignete Kräfte selbst auszuwählen und zur Teilnahme am Lehrgang zu melden. Falls von dort keine Meldungen berücksichtigt sind, ist Fehlanzeige erforderlich.

Im Auftrage:  
gez: Rühnelt

Beglaubigt:

*Heide*

Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Personalfragen u. Verwaltung  
- Hauptpersonalamt -  
-HPA I/Ausb.-  
249

153  
Berlin C 2, den 6. Febr. 1948

An die Bezirksämter und die Abteilungen der Haupt-  
verwaltung des Magistrats.  
-----

Rundverfügung - Ausb. - Nr. 48

Betr.: 12. Fortbildungslehrgang für Angestellte im März/April  
in der Verwaltungsschule Berlin-Köpenick.

Am Montag, dem 1. März 1948, beginnt der 12. Fortbildungslehrgang für Angestellte in der Verwaltungsschule Gross-Berlin, Berlin-Köpenick, Seelenbinderstr. 99, zu dem die Bezirksämter und die Abteilungen der Hauptverwaltung des Magistrats je 5 bis 6 Angestellte entsenden, die den höheren Vergütungsgruppen angehören oder aus anderen Gründen nicht am Aufbaulehrgang (II) der Verwaltungsschule Gross-Berlin - Seminar - teilnehmen. Die Erfahrung der letzten Lehrgänge in Köpenick hat gezeigt, dass bei der Auswahl der Lehrgangsteilnehmer nicht sorgfältig genug verfahren wurde. Wir bitten daher ausdrücklich dahin zu wirken, dass die Angestellten aus verwaltungsfremden Berufen, oder diejenigen, deren Teilnahme am Lehrgang aus anderen Gründen zweckmässig erscheint, unbedingt zum Lehrgang freizustellen sind. In Zweifelsfällen, ob der Teilnehmer den Anforderungen des Lehrganges gewachsen ist, ist durch eine vorherige Prüfung  
./.



# Erfreuliche Klärung für Berufsbeamte

Zur Unterredung Marshall Sokolowski mit den LDP-Führern

Der stellv. Vorsitzende des Landesverbandes der LDP Sachsen-Anhalt, Fiering, schreibt uns:

Die Unterredung Marshall Sokolowski mit Dr. Külz ist von historischer Bedeutung. Besonders gefreut hat es uns, daraus zu entnehmen, daß künftig eine Besserung unserer politischen Arbeit erwartet werden kann und die wirtschaftspolitischen Ideen der LDP berücksichtigt werden sollen.

Wir haben erklärt, daß wir gegen jede kapitalistische Wirtschaftsauffassung sind. Die wirtschaftspolitische Einstellung der LDP, die eine Privatinitiative vorsieht, ist nicht kapitalistisch und es ist begrüßenswert, daß Marshall Sokolowski dies erkannt hat. Von großer Bedeutung ist die Antwort auf die Frage nach seiner Einstellung zur Bizonie und dem damit verbundenen Weststaat. Die Sowjetmacht denkt nicht daran, ähnliche Einrichtungen für die Ostzone und damit eine isolierte Zone zu schaffen, sondern hat sich wiederum kompromißlos zur Einheit Deutschlands bekannt. Mit der Erklärung, eine Verfügung erlassen zu wollen, daß nach Möglichkeit alle Sequestrierungen eingestellt und Fragen in dieser Angelegenheit ordnungsgemäß geregelt werden sollen, ist der Marshall einem Wunsche unserer Partei sehr entgegengekommen.

Die früheren nicht belasteten Beamten können

die Einstellung des Marshalls zum Beamtentum aufrichtig begrüßen. Jetzt wird eine Frage ihre Regelung finden, die die Gemüter der Beamtenschaft auf das stärkste bewegt.

Sehr bedeutungsvoll ist die Haltung Sokolowski zum Befehl 201, worin er die nicht belasteten aktiven Mitglieder der Nazipartei zu gleichberechtigten Bürgern der Gesellschaft erklärt und zur Klärung dieser Frage konkrete Vorschläge unserer Parteileitung erwartet.

Tiefe Befriedigung über das Entgegenkommen des Marshalls Sokolowski im Verlauf seiner letzten Unterredung mit den Vorsitzenden der LDP, Dr. Külz und A. Lieutnant, in der Frage der beabsichtigten Mitarbeit auf demokratischer Grundlage und der Altersversorgung ehemaliger Beamter spricht aus einer Zuschrift des Vorsitzenden des Beamten-Ausschusses der LDP Gahren. Er versichert, daß die Mehrzahl aller Beamten, die sich stets ihrer Aufgaben als Diener des Volkes bewußt gewesen seien, sich bemühen wird, bei der Erfüllung ihrer Dienstobliegenheiten ehrlich und loyal zu handeln. Bei Durchführung der Stellungnahme des Marshalls sei der Punkt 14. des vorläufigen Parteiprogrammes erfüllt. Die Zuschrift schließt mit einem Aufruf an alle noch außenstehenden Kollegen, im Rahmen der LDP an der Wiedererrichtung eines tüchtigen und zuverlässigen Berufsbeamtentums mitzuwirken.

Klarheit hierüber zu schaffen. Die Teilnehmerquote von 5 Angestellten ist mit Rücksicht auf die laufenden Unkosten, die die Lehrgänge erfordern, einzuhalten. Der Lehrgang, für den der Stundenplan erst zu Beginn des Kursus vorgelegt werden kann, läuft voraussichtlich bis Anfang April. Teilnehmermeldungen erbitten wir bis zum 24. Februar unter Angabe des Geburtsdatums, der Berufsausbildung und bisherigen Tätigkeit in der Verwaltung Gross-Berlins sowie der jetzigen Vergütungsgruppe der TOA. Sofern von uns kein gegenteiliger Bescheid ergeht, gelten die gemeldeten Lehrgangsteilnehmer als zugelassen. Die Lehrgangsteilnehmer erhalten auf Grund der Teilnahmebescheinigung am Fortbildungslehrgang, die von der zuständigen Personalverwaltung auszustellen ist, von ihrer Kartenstelle im Wohnbezirk ihre Lebensmittelkarte in eine solche der Gruppe II (Arbeiterkarte) umgetauscht. Eine Abmeldung bei den Kartenstellen für die Dauer des Lehrgangs ist nicht vorzunehmen. Die Hörer erhalten in der Verwaltungsschule eine Gemeinschaftsverpflegung und geben zu diesem Zweck bei Lehrgangsbeginn im Büro der Verwaltungsschule die Lebensmittelmarken einschl. der Kartoffelmarken oder Kartoffeln in natura ab. Sonntags ist die Schule und der Küchenbetrieb geschlossen. Die Hörer erhalten hierfür die Lebensmittelmarken zurück. Für alle verkehrsmässig ungünstig wohnenden Hörer besteht die Möglichkeit, in der Schule zu wohnen. Zu diesem Zweck sind Schlafdecken, Bettzeug sowie die persönlichen Bedarfsartikel (Handtuch, Seife, Essbestecke usw.) mitzubringen. Essgeschirr ist in der Schule vorhanden. Fahrverbindung: S-Bahn, halbstündlich, 29 und 59 ab Schlesischer Bahnhof, ferner S-Bahn, Zominütlich, ab Stadtbahn bis Baumschulenweg - umsteigen in Strassenbahnlinie 87 - oder bis Berlin-Adlershof - umsteigen in Linie 84.

I.A.  
K o c k r o w

Stb. Nr.	Name und Wohnung	Gesamtbetrag der monatlichen Dienstbezüge	Arbeitsgeberbeitrag zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung	Zusammen	a) Angestelltenversicherung b) Krank. Zul. Berl.	Arbeitslosenversicherung	Zusammen	a) Angestelltenversicherung b) Krank. Zul. Berl.
Stb. Nr.	Name und Wohnung	Gesamtbetrag der monatlichen Dienstbezüge	Arbeitsgeberbeitrag zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung	Zusammen	a) Angestelltenversicherung b) Krank. Zul. Berl.	Arbeitslosenversicherung	Zusammen	a) Angestelltenversicherung b) Krank. Zul. Berl.
Stb. Nr.	Name und Wohnung	Gesamtbetrag der monatlichen Dienstbezüge	Arbeitsgeberbeitrag zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung	Zusammen	a) Angestelltenversicherung b) Krank. Zul. Berl.	Arbeitslosenversicherung	Zusammen	a) Angestelltenversicherung b) Krank. Zul. Berl.
Stb. Nr.	Name und Wohnung	Gesamtbetrag der monatlichen Dienstbezüge	Arbeitsgeberbeitrag zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung	Zusammen	a) Angestelltenversicherung b) Krank. Zul. Berl.	Arbeitslosenversicherung	Zusammen	a) Angestelltenversicherung b) Krank. Zul. Berl.
Stb. Nr.	Name und Wohnung	Gesamtbetrag der monatlichen Dienstbezüge	Arbeitsgeberbeitrag zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung	Zusammen	a) Angestelltenversicherung b) Krank. Zul. Berl.	Arbeitslosenversicherung	Zusammen	a) Angestelltenversicherung b) Krank. Zul. Berl.
Stb. Nr.	Name und Wohnung	Gesamtbetrag der monatlichen Dienstbezüge	Arbeitsgeberbeitrag zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung	Zusammen	a) Angestelltenversicherung b) Krank. Zul. Berl.	Arbeitslosenversicherung	Zusammen	a) Angestelltenversicherung b) Krank. Zul. Berl.
Stb. Nr.	Name und Wohnung	Gesamtbetrag der monatlichen Dienstbezüge	Arbeitsgeberbeitrag zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung	Zusammen	a) Angestelltenversicherung b) Krank. Zul. Berl.	Arbeitslosenversicherung	Zusammen	a) Angestelltenversicherung b) Krank. Zul. Berl.

# Kein separater Oststaat geplant

Der Empfang der LDP-Vorsitzenden Dr. Külz und Lieutenant durch Marshall Sokolowski

(Fortsetzung von Seite 1)

Antwort: „Die Frage der Sequestrierung wird geprüft, und in der nächsten Zeit wird eine entsprechende Anordnung ergehen. In der wir uns bemühen werden, sowohl die Meinung der Leitung der Liberal-Demokratischen Partei als auch die anderer Parteien sowie Gewerkschaften der sowjetischen Zone zu berücksichtigen.“

3. Frage: „Die LDP bringt die Forderung nach Privatinitiative aller am Wirtschaftsleben teilnehmenden Personen zum Ausdruck. Sie hat die Absicht, diese Initiative der oben erwähnten Bevölkerungsschichten zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft zu mobilisieren. Könnte Marshall Sokolowski nicht eine Delegation von Unternehmern empfangen, um deren Vorschläge anzuhören, wie sie sich die Verwirklichung ihrer Initiative auf allen Gebieten der Wirtschaft gedacht haben?“

## Produktionssteigerung 7-10 Proz.

Antwort: „Die sowjetische Militärverwaltung in Deutschland hat die Absicht, Maßnahmen zu ergreifen, um die Friedenswirtschaft in der Zone, vor allem auf Initiative und Aktivität der deutschen Bevölkerung gestützt, auch weiter zu entwickeln. Dabei ist die ernste Bedeutung derjenigen Industriebetriebe für die Wirtschaft der Zone zu berücksichtigen, die sich im Besitz des Volkes befinden.“

Der Plan der Entwicklung der Wirtschaft für das Jahr 1948 sieht eine Produktionssteigerung um 7 bis 10 Prozent vor. Der Reparationsplan bleibt unverändert, während die Besatzungskosten zurückgehen. Daraus ergibt sich klar, daß es bei Erfüllung des Wirtschaftsplanes möglich sein wird, eine gewisse Verbesserung im Leben der Bevölkerung zu erreichen. Dabei wird alles, was in der Zone über diesen Plan hinaus erzeugt wird, ebenfalls für den Bedarf der Bevölkerung der Zone sowie für die Entwicklung der Wirtschaft in der Zone verwendet werden. Indem sie diesen Plan erfüllt, gerät die Sowjetzone in keinerlei Abhängigkeit von Auslandsgläubigern.

Die sowjetische Militärverwaltung in Deutschland rechnet damit, daß eine solche Politik für die Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft in der Zone die Unterstützung nicht nur der Organisationen der Arbeiterklasse, sondern auch anderer Bevölkerungsschichten finden wird und u. a. auch die der Be-

amten und des Mittelstandes, die an der Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft ihres Landes ebenfalls interessiert sein müßten. Die sowjetische Militärverwaltung in Deutschland rechnet ferner damit, daß im Zusammenhang mit der genaueren Umreißung von Funktionen der deutschen leitenden Wirtschaftsorgane der Zonen sowie mit der weiteren Heranziehung deutscher demokratischer Verwaltungsorgane zur aktiveren Teilnahme an der Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft der Zone auch eine volle und offene Unterstützung durch die Liberal-Demokratische Partei und insbesondere durch Dr. Külz als ihren Leiter gewährleistet sein wird.

Die sowjetische Militärverwaltung in Deutschland wird fernerseits mit allen Mitteln jede Initiative unterstützen, die auf die Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gerichtet ist. Sie wird selbstverständlich auch die Initiative der Privatunternehmer unterstützen, die das gleiche Ziel verfolgt. Dabei wird angenommen, daß alle demokratischen Parteien der Sowjetzone den Kampf gegen die Spekulation sowie gegen die Kompensations- und andere ungesetzbliche Geschäfte aufnehmen werden, die eine Entwicklung der Wirtschaft und die Lage der Bevölkerungsmassen beeinträchtigen könnten.“

Abschließend brachte Marshall Sokolowski seine Bereitschaft zum Ausdruck, Vertreter von Privatunternehmern zu empfangen.

4. Frage: „Die LDP ist für das Berufsbeamtentum. Sie ist der Meinung, daß anständige und demokratisch gesinnte Beamte von der Mitarbeit in öffentlichen Ämtern nicht ausgeschlossen werden sollten. Sind die sowjetischen Besatzungsbehörden bereit, einen Beamtenstand zu schaffen, in den zuverlässige Vertreter der alten Beamtenschaft neu aufgenommen werden könnten? Sind die sowjetischen Besatzungsbehörden ferner bereit, die Unabhängigkeit des Verwaltungsapparates durch eine positive Lösung der wirtschaftlichen Fragen und des Problems der Altersversorgung, das die Beamten interessiert, zu gewährleisten?“

## Beamten sind Diener des Volkes

Antwort: „Es ist selbstverständlich, daß man ohne die Berufsbeamten den Staat nicht leiten kann. Anständige und demokratisch gesinnte Beamten verdienen die

Achtung der demokratischen Gesellschaft in jeder Hinsicht. Die Berufsbeamten sollen sich jedoch nicht in eine abgeschlossene Kaste verwandeln, die sich vor dem Volk abschließt. Das würde der Aufgabe der Demokratisierung des öffentlichen Lebens nicht entsprechen. Die Beamten sind Diener des Volkes. Sie können und müssen sich aus dem Volke rekrutieren und mit diesem ehrlich und offen zusammenarbeiten, wobei sie sich gegenseitig helfen und auf diese Weise der Gesellschaft dienen.“

Ohne einen Verwaltungsapparat kann man keinen Staat leiten. Aber in der demokratischen Gesellschaft muß dieser Apparat dem Volke, den Interessen der Gesellschaft dienen, während das Volk das Recht und die Möglichkeit haben muß, die Arbeit dieses Apparates durch die Landtage, durch eine gewählte Regierung sowie durch entsprechende Kontrollorgane und Ausschüsse zu überwachen.

Wir sind der Meinung, daß es notwendig ist, die Arbeit ebenso zu schätzen wie die alten Beamten und besonders die Fachleute, die bei der Erfüllung ihrer Dienstobliegenheiten ehrlich und loyal arbeiten.

Die Aufgabe der demokratischen Par-

teien besteht darin, daß die demokratischen Überzeugungen unter dem Volk weiterverbreitet werden, aber man kann noch nicht von jedem Beamten fordern, daß er bereits jetzt ein überzeugter Demokrat ist. Ehrliche und loyale Arbeit, das ist es, was vor allem von jedem Beamten gefordert wird.

Gleichzeitig ist eine Pflicht der demokratischen Öffentlichkeit, den Kampf gegen die Saboteure, Schieber, Gauner und Agenten des ausländischen Imperialismus aufzunehmen, unter welcher Maske sich diese Herrschaften auch verbergen mögen. Bekanntlich spielen sich einige demokratiefeindliche Menschen nach außen hin als „aktive Demokraten“ auf. In Berlin entwickelte z. B. ein gewisser Schwennicke eine große Aktivität, der sich als einen eifrigen Demokraten westlicher Richtung bezeichnete, während es sich bei einer Nachprüfung ergab, daß es sich nur um einen Gestapoagenten handelte, der sich an die ausländischen Imperialisten verkauft hat und der genau so verachtungswürdige Gestapoagenten um sich sammelte.

Was die Frage der materiellen Lage der Beamten und das Problem ihrer Altersversorgung anbetrifft, so ist die sowjetische Militärverwaltung über die bereits ergriffenen Maßnahmen hinaus bereit, den Beamten auch weiterhin entgegenzukommen, sofern das die gegenwärtigen schwierigen Bedingungen und die Wiederherstellung der Wirtschaft in der Zukunft zulassen.“

Der Morgen  
Nr. 35/4. Fg. Berlin, Mittwoch 11. II. 48

## Für das Berufsbeamtentum

Eine stark besuchte Versammlung liberal-demokratischer Beamter und Lehrer hat zu der Frage Stellung genommen, die in dem Berliner Stadtparlament jetzt entschieden werden soll: Erhaltung des Berufsbeamtentums in der Reichshauptstadt oder Einführung des Angestelltensystems? Von drei Seiten aus wurde das Problem beleuchtet: Der Stadtverordnete Wolf zeigte die bisherige geschichtliche Entwicklung, die ein eindeutiges Bekenntnis des deutschen Volkes zu der Institution des Beamtentums darstellt; gerade der Volksstaat, bei dem die Verwaltung in den Händen der vom Parlament gewählten politischen Männer und Frauen liegt, verlangt ein im Volke verwurzeltes Berufsbeamtentum zur sachlichen Durchführung der Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen. William Börm legte die Gründe dar, aus denen die Wirtschaft sich für die Erhaltung eines soliden, unbestechbaren und sachkundigen Berufsbeamtentums ausspricht und einsetzt. Otto Höbner zeichnete die neuen Aufgaben des Berufsbeamtentums im demokratischen Staat. Die Versammlung gab einmütig ihrem Willen Ausdruck, daß die Hauptstadt, der großen Mehrheit der anderen deutschen Länder folgend, an der Tradition festhalten und im Interesse der Einheit Deutschlands wie der Verwaltung Berlins in ihrer Verfassung das Berufsbeamtentum verankern möge. Die Versammlung bekannte sich zum Dienst am Volke und zur freudigen Mitarbeit am Neuaufbau des Staates. Sie dankte der liberal-demokratischen Fraktion des Stadtparlamentes für die bisher in dieser Richtung geleistete Arbeit und bat sie, alles zu tun, daß auch der Stadt Berlin das seit Jahrhunderten bewährte Berufsbeamtentum erhalten bleibt.



31

## Öftränd

J. Nr. 23/48/KB/Bw

Academie der Künste zu Berlin

Berlin-Charlottenburg 2.  
Hardenbergstr. 33

Geschäftsverteilungsplan

1948



Lfd. Nr. Inhalt des Arbeitsgebietes in Stichworten

Name des Bearbeiters

1. Bearbeitung des eingehenden Schriftwechsels, Haushaltswangeligkeiten, Zahlstelle, Durchsicht und Auswertung der Tagespresse betreffend die Mitglieder der Akademie, Sammeln von Kunstkritiken zwecks Aufstellung einer neuen Kunstpartei, Anspruchserteilung an Gelehrte, Künstler, Kunststudierende, wissenschaftliche Institute über Mitglieder der Akademie, Neuauflage der Mitgliederliste von 1874 u. u. Neuordnung der Registratur, der Bücherei und des Archivs. Körber, Alfred
2. Aufnahme von Stenogrammen, selbständige Erledigung von schriftlichen Arbeiten, Verwaltung der Registratur, Führung von Tagebuch, Listen Kartieren, Terminkalendern usw., Prüfung der Bücher der Zahlstelle, Feststellung von Kasseneinweisungen und Rechnungsbilagen. - Ausführung von Arbeiten in Kurrentschrift. Kerllien, Elise
3. Verwaltung der Kasse, Aufsicht über die Buchführung und die übrigen Teile des Hochschulgeldwesens, die nicht dem Hausmeister Schmidt unterstellt sind. Reinigung der Büroeinrichtung, Botengänge, im Winter Wartung der Heizung. Wollmann, Otto

Arbeitsbezeichnung

Verg.-Gr.

Haushaltsunterabschnitt

Bemerkungen

Dienststellenleiter  
Hauptsachbearbeiter

IV

B 3265

Stenosekretärin

VII

B 3265

Hausmeister

IX

B 3265

L. Nr. 23/48/13/24

Academie der Künste zu Berlin

Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 35

Gesellschaftsverteilungsplan

1948

167

Nr.	Inhalt des Arbeitsgebietes in Stichworten	Name des Bearbeiters
-----	---	----------------------

- |   |  |                |
|---|--|----------------|
| 1 | Bearbeitung des eingehenden Schriftwechsels, Haushaltsangelegenheiten, Zahlstelle, Durchsicht und Auswertung der Tagespresse betreffend die Mitglieder der Akademie, Sammeln von Kunstkritiken zwecks Aufstellung einer neuen Künstlerkartei, Auskunftserteilung an Gelehrte, Künstler, Kunststudierende, wissenschaftliche Institute über Mitglieder der Akademie, Neuauflage der Mitgliedermatrikel von 1874 an. Neuordnung der Registratur, der Bücherei und des Archivs. | Körber, Alfred |
| 2 | Aufnahme von Stenogrammen, selbständige Bearbeitung von schriftlichen Arbeiten, Verwaltung der Registratur, Führung von Tagebuch, Listen, Karten, Terminkalendern usw., Prüfung der Bücher der Zahlstelle, Feststellung von Kassenanweisungen und Rechnungsheften. - Ausführung von Arbeiten in Kurrentschrift.  | Eberlin, Elise |
| 3 | Verwaltung der Portokasse, Aufsicht über die Boten und diejenigen Teile des Hochschengebäudes, die nicht dem Hausmeister selbst unterstellt sind. Reinigung der Bürodame, Botengänge, in Winter Wahrnehmung der Heizung.   | Stolmann, Otto |

Anteilsverteilung

Verg.-Gr.

Haushaltsunterabschnitt

Bemerkungen

Dienststellenleiter  
Hauptfachbearbeiter

IV

B 3265

Stenosekretärin

VII

B 3265

Hausmeister

IX

B 3265

Stellenplan

Reihe Nr.	Stellenbezeichnung	Verg.-Gr.	Zahl der Stellen
1	Dienststellenleiter Hauptsachbearbeiter	IV	1
2	Stenosekretärin	VII	1
3	Hausmeister	IX	1
			<hr/> 3



Stellenplan

Ordn. Nr.	Stellenbezeichnung	Verg.-Gr.	Zahl der Stellen
1	Dienststellenleiter Hauptsachbearbeiter	IV	1
2	Stenosekretärin	VII	1
3	Hausmeister	IX	1
			<hr/> 3

Muster!

Abteilung für Volksbildung  
Bezirksamt .....  
(Institut)

Geschäftsverteilungsplan  
1948

in 11 Gruppen  
für Howard an  
M. i. d. h. k.

B1



165

Lfd. Nr.	Inhalt des Arbeitsgebietes in Stichworten	Name des Bearbeiters



766

Amtsbezeichnung	Vergr. Gr.	Haushalts- unterabschnitt	Bemerkungen



# Stollenplan

767

Lfd.Nr.	Stellenbezeichnung	Verg. Gr.	Zahl d.Stellen

768

Das Urteil des Verwaltungsgerichts für den britischen Sektor, wonach in Berlin noch das ehemalige Beamtenrecht gilt, könne unmöglich ausgeführt werden, wird in Magistratskreisen erklärt. Berlin habe heute nicht nur städtische, sondern auch Beamte des ehemaligen Reichs und der Länder im Dienst oder zu versorgen. Es handle sich dabei um mehr als 30.000 Fälle. Wollte man ihnen allen ihre einstigen Beamtenbezüge und Rührgehälter zugestehen, dann müßte die Stadt geradezu den finanziellen Konkurs anmelden. Sollten tatsächlich solche Ansprüche gegen die Stadt erhoben werden, dann würde man die Alliierte Kommandantur um Entscheidung bitten. An sich würde das Beamten-Urteil nur den Kläger selbst, den bisherigen Amtsarzt von Spandau, Dr. Franzmeyer, berechtigen, vor dem Landgericht seine Vermögensansprüche gegen Berlin geltend zu machen, wird in Kreisen des Verwaltungsgerichts für den britischen Sektor gesagt. Da das Urteil aber einen allgemeinen Grundsatz aufstelle, würde in jedem weiteren Falle einer entsprechenden Klage voraussichtlich die gleiche Entscheidung zu erwarten sein.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts für den baltischen Bezirk, über das wir bereits berichteten, wonach in Berlin auch das ehemalige Beamtenrecht gilt, könne unumwunden ausgenutzt werden, wird in Magistratskreisen erklärt. Berlin habe heute nicht nur städtische, sondern auch Beamte des ehemaligen Reichs und der Länder im Dienste oder vor Versorgen. Es handele sich dabei um mehr als 50.000 Fälle. Wollte man ihnen allen ihre einstigen Beamtenbezüge und Ruhegehälter zugestehen, dann müßte die Stadt geradezu den finanziellen Konkurs anmelden. Sollten tatsächlich solche Ansprüche gegen die Stadt erhoben werden, dann würde man die unjüngste Alliierte Kommandantur um Entscheidung bitten.

<p><b>Beamten-Urteil bedroht Berlins Finanzen</b></p> <p>Das Urteil des Verwaltungsgerichts für den britischen Sektor, wonach in Berlin noch das ehemalige Beamtenrecht gilt, könne unmöglich ausgeführt werden, wird in Magistratskreisen erklärt. Berlin habe heute nicht nur städtische, sondern auch Beamte des ehemaligen Reichs und der Länder im Dienst oder zu versorgen. Es handle sich dabei um mehr als 30 000 Fälle. Wollte man ihnen allen ihre einstigen Beamtenbezüge und Ruhegehälter zugestehen, dann müßte die Stadt geradzuh den finanziellen Konkurs anmelden. Sollten tatsächlich solche Ansprüche gegen die Stadt erhoben werden,</p>		<p>dann würde man die Alliierte Kommandantur um Entscheidung bitten.</p> <p>An sich würde das Beamten-Urteil nur den Kläger selbst, den bisherigen Amtsarzt von Spandau, Dr. Franzmeyer, berechtigen, vor dem Landgericht seine Vermögensansprüche gegen Berlin geltend zu machen, wird in Kreisen des Verwaltungsgerichts für den britischen Sektor gesagt. Da das Urteil aber einen allgemeinen Grundsatz aufstelle, würde in jedem weiteren Falle einer entsprechenden Klage voraussichtlich die gleiche Entscheidung zu erwarten sein.</p>	<p>12. 12. 45</p> <p>12. 12. 45</p>	<p>12. 12. 45</p> <p>12. 12. 45</p>
<p><b>Schwierigkeiten durch Beamten-Urteil</b></p> <p>Das Urteil des Verwaltungsgerichts für den britischen Sektor, über das wir bereits berichteten, wonach in Berlin noch das ehemalige Beamtenrecht gilt, könne unmöglich ausgeführt werden, wird in Magistratskreisen erklärt. Berlin habe heute nicht nur städtische, sondern auch Beamte des ehemaligen Reichs und der Länder im Dienst oder zu versorgen. Es handle sich dabei um mehr als 30 000 Fälle. Wollte man ihnen allen ihre einstigen Beamtenbezüge und Ruhegehälter zugestehen, dann müßte die Stadt geradzuh den finanziellen Konkurs anmelden. Sollten tatsächlich solche Ansprüche gegen die Stadt erhoben werden, dann würde man die Alliierte Kommandantur um Entscheidung bitten.</p>		<p>12. 12. 45</p> <p>12. 12. 45</p>	<p>12. 12. 45</p> <p>12. 12. 45</p>	<p>12. 12. 45</p> <p>12. 12. 45</p>

Ein Urteil des Verwaltungsgerichts im britischen Sektor

Der Entscheid des Gerichts über die Klage des Arztes Dr. F. gegen den Magistrat, über die wir bereits berichteten, wird jetzt bekannt. Unter Hinweis auf das Kontrollgesetz und Kommandant-Hilfsbefehl stellt das Verwaltungsgericht im brüchigen Sektor fest, daß die bis Kriegsende in Deutschland gültigen Beamtengesetze nicht aufgehoben seien, sondern sie im wesentlichen nur eine Kodifikation schon früher bestanden Beamtenrechts darstellten. Lediglich jene Bestimmungen des deutschen Beamtengesetzes vom 21. Januar 1937, die nationalsozialistisches Gedankengut enthalten, zum Beispiel die Bindung der Beamten an den „Führer“, seien nicht mehr anwendbar. Daß aus dieser Lage sich erhebende Rechte, denen die unverändert fortbestehenden beamtenspezifischen gegenüberstünden, gehörten zu den vorher erwähnten Rechten der Beamten, die nach Artikel 129 der Weimarer Verfassung unverletzlich seien.

Verwaltungsgericht Hardenbergstraße - Alle Beamten des Sektors können Rechte einklagen

Durch die ausschließliche Bezeichnung „Angestellte“ in der vorläufigen Verfassung Berlins für die in der Verwaltung Tätigen habe die Allverleumdungsmaschine klar herausgestellt, daß ein „Angestellter“ in Groß-Berlin nicht mehr gibt, sondern der Stadtrat Theuner (DDP), der Leiter der Abteilung für Personalsachen, wegen des am Dienstag von uns veröffentlichten Urteils des Verwaltungsrichters im britischen „Schoke“ Recht ist. Wie der Stadtrat weiter erklärt, werden in der Entscheidung die Bestimmungen der Berliner Verfassung „mit sehr schwachen Argumenten“ aus dem Wege geräumt. In der Verfassung der Weimarer Republik sind die verschiedenen Bestimmungen der Weimarer Verfassung herauszuheben. Auch ist jedem Richter klar, daß die Weimarer Verfassung heute nicht mehr anzuwenden ist, weil die oberste Regierung und die Gesetzgebenden übergegangen sind und andere Verfassungen mit zwingender Wirkung gelten würden.

handelt. Das Urteil habe dargelegt, daß die Ausführungen des Magistrats „voller Rechtsirrtümer“ seien. Daran änderten auch die Ausführungen des Stadtrats Theuner nichts.

Wenn Stadtrat Treutner unter anderem behauptet, daß das viergesichtige Bezzetiermännchen dem Magister nicht ausreichte, werden sich so einleitend Verwalter des Tauschen, wonach das dem Magister tagesperrig erklärt. Das ist die Presse kam. Zur Sache sei zu sagen, daß in der Tat die alten Bezzetiermännchen weiterhin gelten, was uns ein Teil aufzuführen ist. Die Verwalter des Tauschen, wonach das dem Magister tagesperrig erklärt. Das ist die Presse kam. Zur Sache sei zu sagen, daß in der Tat die alten Bezzetiermännchen weiterhin gelten, was uns ein Teil aufzuführen ist.

Reine zugehörlichen Stände: hielten alle Re-  
gionen im öffentlichen Sektor, für den die Beamten-  
stellen wurden sei. Ihre verschiedenen An-  
forderungen an die Beamtenverwaltung, insbesondere  
des Lehrplans, zunächst nur den öffentlichen Ge-  
schäften einbezogen.

Die Gesichtspunkte, die der Magistrat gegen das Urteil anführte, seien im Urteil selbst bereits be-

Abteilung für Volksbildung  
-Personalamt-  
Vbildg P 3/St.

An alle

Hauptämter, Ämter und Institute d. Abtlg. f. Volksbildung

Umseitige Rundverfügung übersenden wir Ihnen zur gefl. Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung. Die Meldungen sind dem Personalamt der Abt. für Volksbildung bis zum 25.1.1948 herzureichen.

Im Auftrag:

Verteiler  $\mathcal{D}$ 

1. Fullpage with Link

2. Feb. Lathi, 1. 4. January 1888

15.

Magistrat von Gross-Berlin  
Abt. f. Personalfragen u. Verwaltung  
Hauptpersonalamt

HPA IV 2

-545-

Berlin, den 5. Januar 1948

An Verteiler I  
-----

Ehrenamtlich im Dienste der Gebietskörperschaft  
Gross-Berlin tätige Personen.

Wir bitten, uns bis zum 1.2.1948 mitzuteilen, wieviele Personen ehrenamtlich bei Ihnen dauernd tätig sind. Falls die Zahl bis zu dem genannten Termin nicht ermittelt werden kann, können möglichst genaue Schätzungen der Meldung zugrundegelegt werden. Fehlanzeige ist nicht erforderlich; wir bitten aber die Verwaltungen, Dienststellen usw., in deren Geschäftsbereich Personen ehrenamtlich tätig sind, den Termin unbedingt einzuhalten.

I.A.

K o c k r o w



170

3 6

1-6

Akademie der Künste, Hardenbergstr. am Steinplatz  
 Frl. Everlin, Sekretärin, möchte sich bitte sofort in der Mittelstr.  
 bei Herrn Dr. Jannasch telefonisch oder persönlich melden zwecks  
 Aushilfe für ein paar Tage.  
 Wenn Frl. Everlin nicht ansprechend ist, bitte beim Portier Bescheid  
 hinterlassen.

1. H. Frank heute wegen eigener Erkrankung in der  
 nicht in der Lage. Die Mitteilung an das Büro ist nun noch gegeben, erfolgt.  
 2. J. J. J.  
 Ende, d. H. J. J. J. J.

B1

Magistrat von Gross-Berlin

F.Nr. 19/179

Begleitbericht zur  
Personalstandserhebung am 20.1.48

3

3

-

- - -  
- - -

3

-

Chlb. 2 24.  
Akademie der Künste  
zu Berlin

Abt.f.Volkebildung  
Personalamt

F

Stat B1 Din A 6 6000 1.48  
(37) Druckerei Berlin N 4, Linienstr.139/140 4173

I.P.J. Mi V.24/48

Akademie-Oberinspektor

//////////  
Preussische Akademie der Künste  
Berlin C 2, Unter den Linden 3

- -

1.3.1914	30.6.45	33	11
1.7.1945		33	11
		8	10
		42	9

Hauptsachbearbeiter Dienststellenleiter

//////////  
Akademie der Künste

//////////  
TO. A IV

546

/// 3265

Personalstandserhebung am 20. 1. 1948

durchgeführt vom Hauptpersonalamt und  
dem Hauptamt für Statistik

- dient nur statistischen Zwecken -

Betrieb

Akademie der Künste zu Berlin  
Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 33 -

1

Körber

Alfred

26. Juni 1886

61

///

////////////////////

Berlin-Charlottenburg

9, Fredericiastr. 14

Charlottenburg

//////

////////////////////

*Weg von Harvard*

*gepöbelte Schrift*

*hry*

1911

Stat. So 125 000 Din A 4 1.48  
(37) Magistratsdruckerei, Berlin W 4, Linienstr. 139/40 4172

I. P. J. Mi  
V. 4/48

Sekretärin

//////////  
Preuss. Akademie der Künste  
Berlin C 2, Unter den Linden 3

1.4.1936  
1.7.1945

30.6.45

11

10

11

10

1

9

13

7

Stenosekretärin

//////////  
Akademie der Künste

//////

TO. A VII

310

//

3265



Magistrat von Gross-Berlin

Personalstandserhebung am 20. 1. 1948

durchgeführt vom Hauptpersonalamt und  
dem Hauptamt für Statistik

- dient nur statistischen Zwecken -

Betrieb

Akademie der Künste zu Berlin  
Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 33 -

2

E w e r l i e n  
23. Januar 1898  
50

Else

////

////////////////////////////////////

Berlin-Steglitz

Horst Kohlstr. 8

Steglitz

-

-

////

////////////////////////////////////

Frauenschule, Kunstschule

-

-

-

-

-

-

Stat. So 125 000 Din A 4 1.48  
(37) Magistratsdruckerei, Berlin H 4, Linienstr. 139/40 4172

I. P. J. M  
V. 4/48

Hilfedianer

////////////////////////////////////  
Preuss. Akademie der Künste  
Berlin C 2, Unter den Linden 3

-

-

24.10.34  
1.7.45

30.6.45

13

3

13

3

-

-

13

3

Hausmeister

////////////////////////////////////

Akademie der Künste

////

TO. A

IX

268.-

////

3265

Magistrat von Gross-Berlin

Personalstandsbeschreibung am 26. 1. 1948

Durchgeführt von Hauptpersonalrat und  
dem Hauptamt für Statistik

- dient nur statistischen Zwecken -

Betrieb

Akademie der Künste zu Berlin  
Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 55

3

Stollmann

Otto

////

6. März 1894

53

///

////////////////////

Berlin N 58, Gaudy-

str. 4

Frenzlauer Berg

////////////////////

ab 6. 125 000 Din 4 1.48  
(27) Buchdruckerei, Berlin N 4, Linienstr. 139/40 4170

V: 2/48

175

10010/12

• *U. Akademie der Künste*  
*Justizrat Dr. Kober*  
*M. I. D. um Aufhebung der*  
*bit. Vormerkung mit Aufgeht. Pfändung*

<i>früher</i>		<i>am 21.1.48</i>	
		MAGISTRAT VON GROSS-BERLIN	
		Abteilung für Verwaltung	
<i>Weyl</i>		Hauptamt für Statistik	
		Berlin NW 7, M. I. D. 51-52	

Abteilung für Volksbildung  
- Personalamt -  
Vbildg. P 3  
Fu.

176  
Berlin W 8, den 19. Januar 1948  
Mauerstr. 53  
Tel. 42-00-18, App.1704

Betr.: Personalstendserhebung der Angestellten und Arbeiter  
am 20.1.1948.

In der Anlage übersenden wir Ihnen die Erhebungsvordrucke mit der Bitte um weitere Veranlassung. Alle Einzelheiten ergeben sich aus dem beiliegenden Rundschreiben des Hauptamtes für Statistik vom 5.1.1948. Auf die in diesem Schreiben angegebenen Fristen machen wir besonders aufmerksam. Wir bitten um Rückgabe des Materials am 31.1.1948.

Im Auftrage  
gez. L i n k

Beglaubigt durch:

*M. M.*

## Personalstandserhebung am 20. 1. 1948

I. Um einen Überblick über das im Dienste der Gebietskörperschaft Groß-Berlin stehende Personal und seine Zusammensetzung zu erhalten, soll nach dem Stande vom 20. Januar 1948 eine **allgemeine Personalstandserhebung** sämtlicher Angestellten und Arbeiter vom Hauptpersonalamt und dem Hauptamt für Statistik durchgeführt werden.

Die Zählung der Angestellten erfolgt mittels Einzelzählbogen, die von jedem Angestellten auszufüllen und zu unterzeichnen sind. Über die Zahl der Arbeiter sind von den Dienst- oder Beschäftigungsstellen besondere Zählbogen aufzustellen.

### II. Zählung der Angestellten.

Die Dienststellen werden gebeten,

#### a) vor der Verteilung der Zählbogen

1. sie zur Sicherung der Vollständigkeit an Hand einer Beschäftigtenliste innerhalb der Dienststelle fortlaufend zu numerieren,
2. ihre genaue Bezeichnung und Anschrift an der dafür im Kopf der Zählbogen vorgesehenen Stelle einzusetzen, zweckmäßig durch Stempelaufdruck. Bei Angestellten der Polizei ist insbesondere anzugeben, um welchen Zweig der Polizei (Schutz-, Verwaltungs- oder Kriminalpolizei) es sich handelt.

#### b) nach dem Wiedereingang der von den Angestellten ausgefüllten Zählbogen

1. ihre Vollständigkeit sowie die vollständige und ordnungsmäßige Ausfüllung zu überprüfen,
2. für erkrankte oder beurlaubte Angestellte die Angaben aus vorhandenen Unterlagen oder durch Rückfrage zu ermitteln,
3. die Angaben unter 14—20 einzutragen,
4. die Zählbogen mit dem Sichtvermerk des Dienststellenleiters zu versehen, der damit die vollständige und ordnungsmäßige Ausfüllung der Zählbogen bestätigt,
5. nach Eingang sämtlicher Zählbogen den Begleitbericht (Vordruck) auszufertigen und sodann die Zählbogen nebst dem Begleitbericht der Sammelstelle für den betreffenden Dienstbereich zuzuleiten.

An

- a) die Magistratsmitglieder,
- b) die Bezirksämter,
- c) die Dienststellen der Hauptverwaltung,
- d) die Anstalten und Eigenbetriebe der Hauptverwaltung,
- e) die städtischen und überwiegend städtischen Gesellschaften (durch das Finanzsyndikat),
- f) den Herrn Kammergerichtspräsidenten von Berlin,
- g) das Polizeipräsidium Berlin.







von vier Wochen während  
der Stunden 'er  
Bekanntung <sup>woll</sup>  
zum Dienst kommen

Ueber

An den Herrn ...  
am ...  
Sachverhalt ...

Magistrat von Gross-Berlin  
Abt.f. Personalfragen und Verwaltung  
HPA III  
App. 512

Berlin, den 3. Dezember 1947

346

An den Verteiler I  
den Hauptbetriebsrat und  
die Herren Verbindungsoffiziere  
-----

g. ...  
L. ...

Betr.: Zahlung eines Lohnvorschusses an Arbeiter und Arbeiterinnen  
die der T.O.B. unterfallen.

Im Hinblick auf die besondere Notlage der städtischen Arbeiter  
und Arbeiterinnen, die der T.O.B. unterfallen, und nach dieser T.O.  
und den genehmigten einschlägigen Dienstordnungen entlohnt werden,  
erklären wir uns damit einverstanden, dass ihnen, soweit sie vollbe-  
schäftigt sind, noch vor Weihnachten ein Lohnvorschuss von einheit-  
lich 100.--RM gezahlt wird. Eines Antrages der beteiligten Arbeiter  
und Arbeiterinnen bedarf es nicht.

b.w.

Wegen der Rückzahlung ergeht noch besondere Weisung.

Nicht vollbeschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten einen anteiligen Vorschuss, der dem Verhältnis ihrer Arbeitszeitdauer zur Vollbeschäftigung entspricht.

Vorübergehend Beschäftigte sind an dieser Lohnmassnahme nicht beteiligt.

In Bereiche der Kammerverwaltungen und Betriebe sind die für die Vorschusszahlung notwendig werdenden Beträge aus den Lohnansätzen der einzelnen Haushaltseinkünfte zu zahlen. Eigenbetriebe und städt. Gesellschaften leisten die Vorschüsse zu Lasten ihres Wirtschaftsplanes.

Abteilung für Volksbildung  
-Personalamt-  
Vbildg P 3/St.

Th e u n g e r  
Berlin W 8, den 10. Dezember 1947  
Mauerstr. 53  
Tel.: 42 00 18, App. 1704

An  
alle Hauptämter, Ämter und Institute d. Abt. f. Volksbildung.

Verstehende Rundverfügung des HPA III vom 3.12.1947 übersenden wir Ihnen zur Kenntnis und mit der Bitte um Bekanntgabe an die Beteiligten.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, dass vorübergehend beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen (z.B. Einsatzarbeiter) den Lohnvorschuss nicht erhalten.

Im Auftrage  
ges. L i n k

J. Nr. 314/47

Betr.: Verteidigung der Angestellten  
der Akademie der Künste

787  
(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
18. Dezember 1947

Auf das Schreiben vom 25. November d. J. - Vbildg A V 1 - teile ich mit, dass ich heute die Verteidigung der Angestellten der Akademie - der Stenosekretärin Else Ewerlien und des Hausmeisters Otto Stolzmann - vorgenommen habe. Die Verteidigungsnachweise füge ich anliegend bei.

Im Auftrage

An die  
Abteilung für Volksbildung  
Personalamt  
Berlin W 8  
Mauerstr. 53



Abteilung für Volksbildung  
- Vbilde AV 1 -

Berlin W 8, den 25. November 1947  
Mauerstr. 53  
Anruf: 42 00 18 App. 1735

An die  
Akademie der Künste, z.Hd. von Herrn Körber  
Berlin-Charlottenburg

Betr.: Vereidigung der Angestellten der Institute  
Bezug: Rundschreiben der Abt. für Personalfragen und Verwaltung vom  
9.1.1947 und unser Schreiben Vbilde AV 1 vom 17.11.1947

Nachdem nunmehr am 22.11.1947 Ihre Vereidigung durch den Leiter der Ab-  
teilung für Volksbildung, Herrn Stadtrat May, vorgenommen wurde, bitten  
wir Sie, umgehend die Vereidigung der mit Verwaltungsarbeiten betrauten  
Angestellten Ihres Instituts vorzunehmen. Die Vereidigung ist jeweils  
vom Leiter des Instituts nach den im beiliegenden Rundschreiben der Abtei-  
lung für Personalfragen und Verwaltung angeordneten Richtlinien durchzu-  
führen.

Zu vereidigen sind sämtliche Verwaltungsangestellte sowie bei Lehrinsti-  
tuten alle Lehrkräfte. Bei den städtischen Bühnen sind lediglich alle Ver-  
waltungsangestellte zu vereidigen. Von der Vereidigung des künstlerischen  
Personals ist abzusehen.

Wir übersenden in der Anlage die für Ihr Institut erforderlichen ...2...  
Expl. des Formulars HPA 11 - Vereidigungsnachweis - zur entsprechenden  
Verwendung.

Wir bitten, die Vereidigung innerhalb von 4 Wochen vorzunehmen und die  
vollständig ausgefüllten und unterschriebenen Vereidigungsnachweise bis  
spätestens zum 31.12.1947 an die Abteilung für Volksbildung, Personalamt,  
Vbilde P 1, Berlin W 8, Mauerstr. 53 möglichst per Bote zu übersenden  
Beglaubigt:

Anlagen

In Auftrage:  
Bez. Tamm

*M. Schmidt*

An den Verteiler I und den Hauptbetriebsrat

Vereidigung der Angestellten

1. Auf Grund des Artikels 32 der vorläufigen Verfassung von Gross-Berlin (s.Seite 300 des Verordnungsblattes der Stadt Berlin) sind alle Personen, die im Dienst von Gross-Berlin obrigkeitliche Aufgaben wahrnehmen und dafür feste Dienstbezüge erhalten, bei der Übernahme des Amtes zu vereidigen.
  2. Als Personen im Sinne dieser Bestimmungen (s.vorstehend unter Ziffer 1.) gelten sämtliche gegen Vergütung vollbeschäftigte Angestellte (auch Aushilfsangestellte) im öffentlichen Dienst mit Ausnahme der in den Versorgungsbetrieben (z.B. Gas-, Wasserwerke, BVG usw.) beschäftigten Angestellten. Sofern bei den Versorgungsbetrieben, zu denen die Betriebe der städt. Kämmererverwaltung (Stadtgüter, Vieh- und Schlachthöfe, Forsten usw.) nicht zählen, dennoch einige Angestellte obrigkeitliche Aufgaben wahrnehmen sollten, bitten wir auch diese Angestellten zu vereidigen und uns ein Verzeichnis über die Zahl der Angestellten und die Art der von ihnen auszuübenden obrigkeitlichen Aufgaben zu übersenden. Namentliche Verzeichnisse benötigen wir nicht.
  3. Nicht zu vereidigen sind die lediglich zu ihrer Aus- oder Fortbildung beschäftigten Personen, denen keine tariflichen Bezüge oder kein Gehalt gewährt wird. Z.B. Dienstanwärter, Lehrlinge, Famili-, Volontäre, Praktikanten (Schul- und Berufspraktikanten) usw. Unterhaltszuschüsse oder ähnliche Zuwendungen an diese Kräfte, wie beispielsweise die Sach- und Geldbezüge der Famili-, stellen keine tariflichen Bezüge oder Gehalt dar.
  4. Nichtvollbeschäftigte Ärzte sind nur zu vereidigen, wenn sie obrigkeitliche Funktionen ausüben. In Betracht werden nur die in der Geschlechtskrankenfürsorge tätigen Ärzte kommen, die berechtigt sind, Kranke in Anstaltspflege einzuweisen usw.
- a) Der Angestellte hat den Eid bei der Übernahme des Amtes (s.vorstehend Ziffer 1), also am Tage seiner Einstellung zu leisten. Von dieser Verpflichtung kann er nicht entbunden werden. Angestellte, die sich weigern, den Eid zu leisten, sind fristlos zu entlassen oder nicht einzustellen.
- Zur Benutzung einer religiösen Eidesform darf niemand gezwungen werden. Es bleibt dem Angestellten aber unbenommen, dem vorgeschriebenen Diensteid eine religiöse Bekräftigungsformel hinzuzufügen.
- Zur Abnahme des Eides ist nur ein Referent oder ein in eine höhere Vergütungsgruppe als Vergütungsgruppe II eingestufte Angestellter der Personalstelle - d.h. die Personalakten führende Stelle - berechtigt.
- b) Die bereits beschäftigten, aber noch nicht vereidigten Angestellten sind innerhalb der Hauptverwaltung des Magistrats durch den zuständigen Stadtrat und bei den Bezirksämtern durch den Bezirksrat zu vereidigen. Hinsichtlich der in den Anstalten beschäftigten Angestellten kann der Stadtrat oder Bezirksrat diese Befugnis dem

Leiter

Leiter der Anstalt übertragen. In Krankenanstalten wird der Ärztliche Direktor das Ärztliche Personal und der leitende Verwaltungsangestellte das sonstige Anstaltspersonal, das bereits beschäftigt wird, zu vereidigen haben.

In den sonstigen öffentlichen Verwaltungen usw. bitten wir eine sinngemässe Regelung wie vorstehend unter 5a) und 5b) zu treffen.

- c) Über die Vereidigung sämtlicher Angestellten ist eine Niederschrift nach Vordruck HPA. II - Vereidigungsnachweis - aufzunehmen, die von dem zu vereidigenden und dem den Eid abnehmenden leitenden Angestellten zu vollziehen ist.

- 6) Die Eidesformel lautet:

Ich schwöre, daß ich meine dienstlichen Aufgaben unparteiisch zum Wohl der Gesamtheit und getreu den Gesetzen führen werden.

- 7) Vor der Vereidigung ist der Angestellte auf die Bedeutung des Eides, dessen Wortlaut ihm im Zusammenhange mitzuteilen ist, hinzuweisen.

- 8) Der Angestellte hat beim Schwur die rechte Hand zu erheben und die ihm vorgesagte Eidesformel nachzusprechen.

- 9) Sobald der Vordruck HPA II - Vereidigungsnachweis - (s. vorstehend unter Ziff. 5c) in der erforderlichen Anzahl hergestellt ist, werden wir Ihnen Nachricht geben, damit Sie die benötigte Anzahl von dem Vordrucklager des Beschaffungsamtes, Berlin C 2, Stralauer Str. 42/43, 1. Hof, Erdgeschoss links, gegen Empfangsbescheinigung abholen lassen können. Wir bitten Sie, zunächst nur wenig mehr Stücke zu bestellen, als für die Vereidigung der bereits beschäftigten Angestellten erforderlich sind. Den Bezirksämtern wird es zur Pflicht gemacht, zunächst nur 100 Vordrucke mehr anzufordern, als Angestellte vorhanden sind, die für die Vereidigung in Betracht kommen. Die übrigen Dienststellen bitten wir, im Hinblick auf den Papiermangel ebenfalls sparsam zu verfahren.

Theuner



Abteilung für Volkshildung  
Personalamt-  
Vbildg R 3/St.

Berlin W 8, den 9. Dezember 1947  
Mauerstr. 53  
Tel.: 48 00 10, App. 1704

An Hauptämter, Ämter. und Institute der Abteilung für  
Volksbildung

341

Petr.: Ausfertigung der Lohnnachweise.

Nach unserem Rundschreiben vom 2.5.1947 zu d) hatten wir die Ausfertigung der Lohnnachweise bei Einstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen den Dienststellen und Instituten überlassen. Dieses Verfahren hat sich nicht als zweckmässig erwiesen. Wir mussten feststellen, dass Einstellungen ohne unsere Genehmigung vorgenommen worden sind. Ausserdem sind unzutreffende Lohngruppen und unrichtige Lohndienstalter in die Lohnnachweise eingetragen worden.

Wir bitten daher, ab sofort folgendes Verfahren zu beachten:

Die Dienststellen und Institute fertigen, nachdem das Personalamt der Abteilung für Volksbildung die Einstellungsgenehmigung erteilt hat, den Lohnnachweis aus und legen diesen zusammen mit der Steuer- und Versicherungskarte dem Personalamt zur Prüfung und unterschriftlichen Vollziehung vor. Die Dienststellen und Institute geben am oberen Rande des Lohnnachweises den Haushaltsabschnitt an, aus dem die Lohnzahlung zu erfolgen hat.

Wir bitten, uns diese Unterlagen möglichst durch Boten zu übersenden und im Zimmer 59 des Personalamtes abzugeben, das nach Prüfung und Vollziehung des Lohnnachweises diesen unverzüglich an die Hauptgehalts- und Lohnstelle weitergibt.

Künftig werden auf andere als die vom Personalamt der Abteilung für Volksbildung bescheinigten Lohnnachweise keine Löhne mehr von der Hauptgehalts- und Lohnstelle angewiesen werden.

Bei dieser Gelegenheit bringen wir in Erinnerung, dass bei Anträgen auf Einstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen stets anzugeben ist, ob entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Im Auftrage  
gez. L i n k

Verteiler IV

1. Kithen<sup>9</sup>, also new from him Robert Lafferty  
L. J. G. L. H. G. G. G. G.



Abteilung für Volksbildung  
Personalamt-  
Vbildg 3/St.

185  
Berlin W 8, den 9. Dezember 1947  
Mauerstr. 53  
Tel.: 48 00 13, App. 1704

An  
Hauptämter, Ämter. und Institute der Abteilung für  
Volksbildung

Betr.: Ausfertigung der Lohnnachweise.

Nach unserem Rundschreiben vom 2.5.1947 zu d) hatten wir die Ausfertigung der Lohnnachweise bei Einstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen den Dienststellen und Instituten überlassen. Dieses Verfahren hat sich nicht als zweckmässig erwiesen. Wir mussten feststellen, dass Einstellungen ohne unsere Genehmigung vorgenommen worden sind. Ausserdem sind unzutreffende Lohngruppen und unrichtige Lohndienstalter in die Lohnnachweise eingetragen worden.

Wir bitten daher, ab sofort folgendes Verfahren zu beachten:

Die Dienststellen und Institute fertigen, nachdem das Personalamt der Abteilung für Volksbildung die Einstellungsgenehmigung erteilt hat, den Lohnnachweis aus und legen diesen zusammen mit der Steuer- und Versicherungskarte dem Personalamt zur Prüfung und unterschriftlichen Vollziehung vor. Die Dienststellen und Institute geben am oberen Rande des Lohnnachweises den Haushaltsabschnitt an, aus dem die Lohnzahlung zu erfolgen hat.

Wir bitten, uns diese Unterlagen möglichst durch Boten zu übersenden und im Zimmer 59 des Personalamtes abzugeben, das nach Prüfung und Vollziehung des Lohnnachweises diesen unverzüglich an die Hauptgehalts- und Lohnstelle weitergibt.

Künftig werden auf andere als die vom Personalamt der Abteilung für Volksbildung bescheinigten Lohnnachweise keine Löhne mehr von der Hauptgehalts- und Lohnstelle angewiesen werden.

Bei dieser Gelegenheit bringen wir in Erinnerung, dass bei Anträgen auf Einstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen stets anzugeben ist, ob entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

V e r t e i l e r IV

Im Auftrage  
gez. L i n k

Abteilung für Volksbildung  
Personalamt-  
Vobildg 3/St.

186  
Berlin W 8, den 9. Dezember 1947  
Mauerstr. 53  
Tel.: 42 00 18, App. 1704

An  
Hauptämter, Ämter. und Institute der Abteilung für  
Volksbildung

Betr.: Ausfertigung der Lohnnachweise.

Nach unserem Rundschreiben vom 2.5.1947 zu d) hatten wir die Ausfertigung der Lohnnachweise bei Einstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen den Dienststellen und Instituten überlassen. Dieses Verfahren hat sich nicht als zweckmässig erwiesen. Wir mussten feststellen, dass Einstellungen ohne unsere Genehmigung vorgenommen worden sind. Ausserdem sind unzutreffende Lohngruppen und unrichtige Lohndienstalter in die Lohnnachweise eingetragen worden.

Wir bitten daher, ab sofort folgendes Verfahren zu beachten:

Die Dienststellen und Institute fertigen, nachdem das Personalamt der Abteilung für Volksbildung die Einstellungsgenehmigung erteilt hat, den Lohnnachweis aus und legen diesen zusammen mit der Steuer- und Versicherungskarte dem Personalamt zur Prüfung und unterschriftlichen Vollziehung vor. Die Dienststellen und Institute geben am oberen Rande des Lohnnachweises den Haushaltsabschnitt an, aus dem die Lohnzahlung zu erfolgen hat.

Wir bitten, uns diese Unterlagen möglichst durch Boten zu übersenden und im Zimmer 59 des Personalamtes abzugeben, das nach Prüfung und Vollziehung des Lohnnachweises diesen unverzüglich an die Hauptgehalts- und Lohnstelle weitergibt.

Künftig werden auf andere als die vom Personalamt der Abteilung für Volksbildung bescheinigten Lohnnachweise keine Löhne mehr von der Hauptgehalts- und Lohnstelle angewiesen werden.

Bei dieser Gelegenheit bringen wir in Erinnerung, dass bei Anträgen auf Einstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen stets anzugeben ist, ob entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

V e r t e i l e r I V

Im Auftrage  
gez. L i n k

Abteilung für Volksbildung  
Personalamt-  
Vbildg. 3/St.

787  
Berlin W 8, den 9. Dezember 1947  
Mauerstr. 53  
Tel.: 48 00 13, App. 1704

An  
Hauptämter, Ämter und Institute der Abteilung für  
Volksbildung

Betr.: Ausfertigung der Lohnnachweise.

Nach unserem Rundschreiben vom 2.5.1947 zu d) hatten wir die Ausfertigung der Lohnnachweise bei Einstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen den Dienststellen und Instituten überlassen. Dieses Verfahren hat sich nicht als zweckmässig erwiesen. Wir mussten feststellen, dass Einstellungen ohne unsere Genehmigung vorgenommen worden sind. Ausserdem sind unzutreffende Lohngruppen und unrichtige Lohndienstalter in die Lohnnachweise eingetragen worden.

Wir bitten daher, ab sofort folgendes Verfahren zu beachten:

Die Dienststellen und Institute fertigen, nachdem das Personalamt der Abteilung für Volksbildung die Einstellungsgenehmigung erteilt hat, den Lohnnachweis aus und legen diesen zusammen mit der Steuer- und Versicherungskarte dem Personalamt zur Prüfung und unterschriftlichen Vollziehung vor. Die Dienststellen und Institute geben am oberen Rande des Lohnnachweises den Haushaltsabschnitt an, aus dem die Lohnzahlung zu erfolgen hat.

Wir bitten, uns diese Unterlagen möglichst durch Boten zu übersenden und im Zimmer 59 des Personalamtes abzugeben, das nach Prüfung und Vollziehung des Lohnnachweises diesen unverzüglich an die Hauptgehalts- und Lohnstelle weitergibt.

Künftig werden auf andere als die vom Personalamt der Abteilung für Volksbildung bescheinigten Lohnnachweise keine Löhne mehr von der Hauptgehalts- und Lohnstelle angewiesen werden.

Bei dieser Gelegenheit bringen wir in Erinnerung, dass bei Anträgen auf Einstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen stets anzugeben ist, ob entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Verteiler IV

Im Auftrage  
gez. D i n k

Abteilung für Volksbildung  
Personalamt-  
Vbildg. 13/St.

788  
Berlin W 8, den 9. Dezember 1947  
Mauerstr. 53  
Tel.: 48 00 18, App. 1704

An

Hauptämter, Ämter. und Institute der Abteilung für  
Volksbildung

Betr.: Ausfertigung der Lohnnachweise.

Nach unserem Rundschreiben vom 2.5.1947 zu d) hatten wir die Ausfertigung der Lohnnachweise bei Einstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen den Dienststellen und Instituten überlassen. Dieses Verfahren hat sich nicht als zweckmässig erwiesen. Wir mussten feststellen, dass Einstellungen ohne unsere Genehmigung vorgenommen worden sind. Ausserdem sind unzutreffende Lohngruppen und unrichtige Lohndienstalter in die Lohnnachweise eingetragen worden.

Wir bitten daher, ab sofort folgendes Verfahren zu be-  
achten:

Die Dienststellen und Institute fertigen, nachdem das Personalamt der Abteilung für Volksbildung die Einstellungs-  
genehmigung erteilt hat, den Lohnnachweis aus und legen die-  
sen zusammen mit der Steuer- und Versicherungskarte dem Per-  
sonalamt zur Prüfung und unterschriftlichen Vollziehung vor.  
Die Dienststellen und Institute geben am oberen Rande des  
Lohnnachweises den Haushaltschnitt an, aus dem die Lohn-  
zahlung zu erfolgen hat.

Wir bitten, uns diese Unterlagen möglichst durch Boten  
zu übersenden und im Zimmer 59 des Personalamtes abzugeben,  
das nach Prüfung und Vollziehung des Lohnnachweises diesen  
unverzüglich an die Hauptgehalts- und Lohnstelle weitergibt.

Künftig werden auf andere als die vom Personalamt der  
Abteilung für Volksbildung bescheinigten Lohnnachweise keine  
Löhne mehr von der Hauptgehalts- und Lohnstelle angewiesen.  
werden.

Bei dieser Gelegenheit bringen wir in Erinnerung, dass  
bei Anträgen auf Einstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen  
stets anzugehen ist, ob entsprechende Haushaltsmittel zur  
Verfügung stehen.

Verteiler IV

Im Auftrage  
gez. L i n k



## Berufsbeamte

Berufsbeamte oder Angestellte des öffentlichen Dienstes? Das ist eine der Kernfragen, die jetzt bei den Berliner Verfassungsberatungen entschieden werden. Parlamentarisch stehen leider auch hier die Fronten schroff einander gegenüber. Die Lösung ist für die künftige Entwicklung Berlins von besonderer Bedeutung. Das Problem verlangt deshalb Aufmerksamkeit und Nachdenken der gesamten Bürgerschaft. Prüfung und Entscheidung dürfen allein vom Gesamtwohl aus erfolgen.

Es ist schmerzlich, daß wir auch auf diesem

Gebiete in den verschiedenen Ländern ohne gegenseitige Verständigung vorzeitig ungleiche Wege gehen. Durch solche widerstreitenden Lösungen befestigen und verschärfen wir selbst die unser Vaterland zerschneidenden Grenzen und leben uns immer weiter politisch, wirtschaftlich und geistig auseinander. Wir erschweren dadurch das Werden der von uns allen erstrebten Einheit. Deshalb sollte die Entscheidung über einen Systemwechsel in der Beamtenfrage der gesamtdeutschen Verfassung und der einheitlichen Regierung vorbehalten bleiben, mindestens aber müßte eine Verständigung mit den anderen Ländern erfolgen. Es sei daran erinnert, daß z. B. die Verfassung von Hessen, Nordrhein - Westfalen, Württemberg - Baden, Bremen, Hamburg, Bayern sich zu dem Grundsatz des Beamtentums bekannt haben. Gerade die Hauptstadt trägt hier eine besondere, schwere Verantwortung und hohe Verpflichtungen gegenüber der deutschen Einheit.

Entstehen vielen einseitigen Darstellungen über Entstehung und Wesen des deutschen Beamtentums muß eine Erkenntnis aus der historischen Entwicklung klar und scharf herausgearbeitet werden. Auf unserer Gesellschaft lastet das Leid, daß sich Volk und Staat nicht finden konnten. Wir sind andererseits seit Jahrhunderten umgeben von geschlossenen Nationalstaaten in eine Unzahl sich nur allmählich vermindender Einzelstaaten. Untertanenschaften, Bruchstücke zerfielen. Das Zusammenwachsen dieser selbstherrlichen Teile geschah nicht von einem starken Volkswillen von unten nach oben herauf, sondern in umgekehrter Richtung durch Regierung, Heer und Beamtentum. Man mag diese Entwicklung und Beamtentum beklagen, die bedeutsame, nachträglich der Verwaltung als eines einheitlichen Elements beim Zustandekommen der Einheit steht außer allem Zweifel: sie hat der äußeren Gestalt wie dem inneren Zusammenschalt gedient und, z. B. durch den Preussischen Zollverein, wertvolle Vorarbeit geleistet. Auch die schwer schädigenden Gegensätze von Reich und Ländern, insbesondere Preußen, hätten in der Weimarer Republik sicher eine Milderung erfahren, wenn sich die Reichsregierung auf einen eigenen Beamtenkörper hätte stützen können; — die Parlamente haben die zur Ausschöpfung nicht günstige Bevölkerung führende Entwicklung nicht günstig beeinflusst. Darum ist es geschichtlich gesehen völlig unrichtig, dem Berufsbeamtentum vorzuwerfen, daß es nur im Dienste obrigkeitlicher Gewalt gestanden habe; es hat in dem ihm zur Verfügung stehenden Wirkungsraum der Einigung bedeutsame Hilfe geleistet. Gerade dadurch ist diese staatliche Einrichtung zu einer festen Grundlage des Staates geworden. Die anerkennenden Dankesausprüche der Historiker und Politiker bis hin zu Ebert, Preuß. Braun, Severing, Marx würden ein Buch füllen.

Das Dienstverhältnis des Beamten ist das des öffentlichen Rechtes; das Arbeitsverhältnis anderer Arbeitnehmer ist das des Privatrechts. Der Beamte nimmt das Sozialinteresse des staatlich organisierten Volkes unmittelbar und direkt wahr; der Angestellte vertritt die Sonderinteressen seines Arbeitgebers. Der Beamte kann nicht als Arbeitsverkäufer eine Stellung in Konjunktionsausnutzung beliebig wechseln; er ist dem Staate mit seiner Persönlichkeit auch über die Dienststunden hinaus bis zu seinem Tode verpflichtet und steht in einem besonderen Treueverhältnis zu seinem staatlichen Arbeitgeber.

In Zeiten des Niederganges und der Not sucht man nach Schuldigen. Nur dadurch mag es erklärlich sein, daß jetzt einzelne Stellen dem Beamten ein langes Sündenregister vorhalten. Demgegenüber seien sachlich die unbestreitbaren Vorzüge des Systems des Beamtentums angegeben. Der Berufsbeamte erwirbt eine gründliche fachliche Vorbereitung und Ausbildung, die dann dem Staate dauernd in Qualitätsleistung zugute kommt. Dadurch wird die Kontinuität der Dienstleistung und Führung gewährleistet; Berlin mache einmal eine Aufstellung über die Fluktuation in seinen Angestelltentruppen und über die Ausbilder, die ihm durch diesen Wechsel verlorengegangen sind. Die notwendigen Dienst- und Amtsgeheimnisse sind zweifellos beim Beamten besser gewahrt. Die Sicherung der äußeren Lebensverhältnisse garantiert

d umgewandelt Außenminister- te". Durch die Ministerien für egenheiten und Ansicht Adcocks g vervollständigt n Montag bekannt vertretende baye- 2 Josef Müller, fenhaltes General finsterpräsidenten ur Londoner Kon- t folgenden Wort- enz wird in Kürze über Deutschlands r wissen uns mit in wir die Kon- det die Zerreißung Kriegegefangenen

etiong in London rrespondenten der sowjetischen Be- im Flugzeug eben, um von dort eßenminister zu be- reter der deutschen 2 sind Max Kahane- schen Nachrichten- olf Feistmann vom Neues Deutschland", arreisevisen für vier

der Pflichterfüllung- lichkeit, Zuverlässig- chen des Berufsbeam- Gegner des Beamten-

Wo immer man den bei der Besetzung von ist, hat man die Schä- id ist von ihm wieder inwend, daß auch die des Privatbeamten, in Berlin der Einrich- len zutreibt.

langt der Volksstaat Beamtentums — dar- ndsätzlichen Betrach- en zu werden. Wir en, nicht aber eine zollen den seinem und lebensoffenen emokratie liegt die Kontrolle selbstver- .. werde aber die

„Na

Ethik

Hamburg. De Kartoffeln, Fett tätigen Bevölkerer loses Elend geze des Zonenbeirats sitzende Henßen wies er darauf h Doppelzone nicht nur die Haushalt mit Brennstoff z Halden fast zw lagern.

Der starke Ein auf die Mitglieder noch durch die ministers von Nor

zu Beginn d. 1941 u. a. b. 1941



aussetzung für die Durchführung der Umbaupläne.

mitteln.

## Für und wider die Berufsbeamten-Rechte

Richterliche Entscheidung schriftlich — Blick in die Gerichtssäle

Die grundsätzliche Frage, ob in Berlin mit dem Kriegaende auch das ehemalige Berufsbeamtentum einschl. seiner wohlverworbenen Rechte verschwunden ist, war Gegenstand eines Rechtsstreits vor dem Verwaltungsgericht für den britischen Sektor. Angesichts der staatsrechtlichen Schwierigkeit der Materie beschloß das Gericht, seine Entscheidung — die für etwa 60.000 in Berlin lebende einstige Beamte des ehemaligen Reichs, Preußens und der Stadtverwaltung unmittelbar praktisches Interesse hat — den Beteiligten schriftlich zuzustellen.

Kläger ist der wegen Ueberschreitung der Altersgrenze vom Magistrat gekündigte 61jährige Spandauer Amtsarzt Dr. F., der schon vor 1933 Beamter war. Das Kündigungsschreiben verweist ihn auf die Angestelltenrente. Die Anerkennung der alten Beamtenrechte lehnte der Magistrat ab, sagte sein Rechtsanwalt. Unter dem vom Alliierten Kontrollrat aufgehobenen Nazigesetzen befindet sich jedoch nicht das Deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937. Die Alliierten hätten ferner allgemein erklärt, das deutsche Recht sei unter Berücksichtigung des Zustandes vom 30. Januar 1933 wiederherzustellen. Dazu gehöre aber auch Artikel 129 der Weimarer Verfassung, der die Rechte der Beamten garantiere. Die Rechtsgültigkeit der Verfügung des damaligen Stadtrats für Personalfragen, Pieck Jr., vom 8. Juni 1945 über die Abschaffung von Titeln und Orden sowie die des Berufsbeamtentums bestritt der Kläger, da der Magistrat nicht gesamtdeutsche Gesetze aufheben könne.

Der Magistratsvertreter meinte, die genannte Verordnung gehe auf einen mündlichen Befehl des ersten sowjetischen Kommandanten von Berlin, Generalmajor Bernarin, zurück und sei später durch die Alliierte Kommandantur bestätigt worden. Das Deutsche Beamtengesetz von 1937 enthalte typisches Nazi-Gedankengut mit seiner Verpflichtung der Beamten auf die nationalsozialistische Weltanschauung und auf Adolf Hitler. Artikel 129 der Weimarer Verfassung stelle ausdrücklich fest, daß vermögensrechtliche Ansprüche der Beamten nur vor den ordentlichen Gerichten, nicht aber vor einem Verwaltungsgericht geltend gemacht werden könnten. Die Stadt verkenne nicht, daß alte Beamte in jahrzehntelanger Arbeit ihre Pflicht getan haben. Sie

wolle auch nicht deren Rechte schmälern. Vielleicht komme später einmal eine reichseinheitliche Regelung dieser Rechte. Es sei aber Berlin durch ausdrücklichen Befehl untersagt, heute Beamte zu beschäftigen.

*Path.*  
Eosinophile polymorphkernige

Jugendformen:

stabkernige:

Neutrophile polymorphkernige:

Normoblasten:

Polychromatische:

Anisocytose:

Poikilocytose:

Mikroskopische

Erythrocyten (Millionen im cmm):

Farbstoffgehalt nach Fauterfeld:

Prozent

mg Proz.

Farbindex:

Leucocyten im cmm:

Blutstatus

TAUENTZENSTRASSE 2  
BERLIN W 50, DEN

POSTSCHECK PROF. MEIER BERLIN 40753

ERNSTRECHER 84 BAYARIA 6616

DR. Georg Bernhardt  
HEM. VORSTAND DER  
KART.-SEROLOG. ABT. DES  
KRANKENHAUSES AM  
FRIEDRICHSHAIN

Stadt. konz.  
Laboratorium für Blut  
untersuchungen

Prof. Franz Müller  
DR. MED. NAT. ET MED.  
UNIVERSITÄT  
BERLIN

LABORATORIUM FÜR MEDIZINISCH DIAGNOSTISCHE UNTERSUCHUNGEN

Laboratorium am Wittenbergplatz

## Magistrat der Stadt Berlin

Abteilung für Volksbildung

Anschrift: Magistrat der Stadt Berlin • Abteilung für Volksbildung  
Berlin W 8, Mauerstraße 53 (Kleisthaus)

Fernruf: 42 00 18  
Apparat: 1735

An die Akademie der Künste  
z.Hd. von Herrn Alfred Körber  
Berlin-Charlottenburg  
Hardenbergstr. 33

Durch Boten!

Ihr Zeichen: Ihre Nachricht vom: Unser Zeichen: Tag: 17.11.47

Vbllg. IV 1

Betrifft: Vereidigung der Angestellten

Aufgrund des Artikels 32 der vorläufigen Verfassung von Gross-Berlin sind alle Personen, die im Dienste von Gross-Berlin obrigkeitliche Aufgaben wahrnehmen und dafür feste Dienstbezüge erhalten, zu vereidigen.

Am Sonnabend, den 22. November 1947, 12 Uhr, findet in der Sitzungssaal des Stadthauses Mittelstr. 51/52 die Vereidigung der bisher noch nicht vereidigten Leiter der der Abt. für Volksbildung unterstellten Institute durch Herrn Stadtrat May statt. Wir bitten Sie, zu diesem Termin anwesend zu sein. Als Grund für eine etwaige Verhinderung können nur Krankheit, Urlaub oder ganz unaufschiebbare dienstliche Verpflichtungen angegeben werden.

Hinsichtlich der Angestellten Ihres Instituts ist beabsichtigt, die Vereidigung Ihnen zu übertragen. Nähere Angaben über die Durchführung der Vereidigung werden Ihnen noch zugestellt. Wir bitten Sie, den Empfang dieses Schreibens fernmündlich unter Anschluss 42 00 18 am 18. 11. 47 zu bestätigen.

In Auftrag:

Anlagen

Bei Antwort wird um Angabe unseres Geschäftszeichens gebeten.



## Kurze Umschau

- 4.
1. Offspring to be reared with its  
mother for the first year.
  2. The young to be reared with  
its mother for the first year.
  3. 2d.
- Later, to be reared with  
its

224 / 3-221

§ 7 ATO

A.

a) Besonders begründeter Ausnahmefall  
und

b) gleichartige Tätigkeiten im Vergleich zu den im öffentlichen Dienst auszuführenden Arbeiten.

Die Entscheidung der Einzelfälle war bisher ausschliesslich dem Magistrat - Abteilung für Personalfragen und Verwaltung - vorbehalten.

B.

Im Interesse einer erleichterten Anwendung der Gemeinsamen Dienstordnung zu § 7 ATO haben wir folgendes beschlossen:

I. Die Entscheidungsbefugnis über die Anrechnung gleichartiger, in Privatbetrieben zurückgelegter Beschäftigungszeiten auf das Lohndienstalter der Arbeiter wird bis auf weiteres den Beschäftigungsstellen, und zwar den Abteilungen des Magistrats und den Bezirksämtern übertragen.

II. Der besonders begründete Ausnahmefall im Sinne der GDO zu § 7 ATO ist in Fragen des Lohndienstalters bis auf weiteres als gegeben anzuerkennen.

III. Die Entscheidung bezüglich der Anrechnung von Dienstzeiten im Sinne der Ziff. I auf sonstige nicht den Lohn betreffende Leistungen der TO.B (Krankenbezüge, Urlaub, Trauergeld) obliegt wie bisher dem Magistrat, Abt. für Personalfragen und Verwaltung.



- IV. Die Mehrkosten sind aus den Ansätzen der Haushaltstellen für Löhne zu zahlen. Soweit infolge der Mehrausgaben Haushaltsüberschreitungen entstehen, wird die Kämmerei die erforderlichen Beträge aus Verstärkungsmitteln der Hauptverwaltung bereitstellen. Die sich selbst erhaltenden öffentlichen Einrichtungen, Eigenbetriebe, städtischen und überwiegend städtischen Gesellschaften decken die Mehrkosten aus eigenen Mitteln.

Zur Durchführung:

Die Maßnahme des Magistrats bezweckt durch erleichterte Anwendung der GDO zu § 7 ATO in der Frage der Berücksichtigung von privaten Beschäftigungszeiten für geeignete Fälle eine Verbesserung der Lohndienstalter. Da der besonders begründete Ausnahmefall im Sinne der GDO zu § 7 ATO durch den Magistrat allgemein als gegeben anerkannt ist, verbleibt den Beschäftigungsstellen für die Entscheidung der Anträge lediglich die Nachprüfung unter dem Gesichtspunkt der gleichartigen Tätigkeiten. Bei der Entscheidung ist nicht engherzig zu verfahren. Gegenstand dieser Entscheidung ist eine Anrechnung bis zu 7 Jahren, da nach siebenjähriger Dienstzeit die Höchstlohnstufe erreicht ist.

In der Frage der Anrechnung von Beschäftigungsverhältnissen in privaten Unternehmungen auf Erholungsurlaub, Treugeld, Krankenbezüge und Kündigungsfrist verbleibt es bei dem bisherigen Verfahren und der Zuständigkeit des Magistrats (Abt. f. Personalfragen und Verwaltung).

Theuner

224

Abteilung für Volksbildung,  
Personalamt  
- v. bildg 23 -

Berlin W 3, den 26. August 1947  
Hauer Str. 55  
Anruf: 42 00 18 App. 17-4

An die

Hauptämter und Institute (ohne Inter) der Abt. f. Volksbildung

Vorstehende Verfügung erhalten Sie zur gefl. Kenntnisnahme und mit der Bitte um Bekanntgabe an die bei Ihnen beschäftigten Lohnempfänger. Entsprechende Anträge sind an das Personalamt der Abt. f. Volksbildung - (Bildg 23) - zu richten.

Verteiler IVa

Im Auftrage:  
gez: Link

Beglaubigt:

*Link*  
Berlin, 1. 2. September 1947  
*Link*

*Schröder*

# Zentral-Handelsgesellschaft Ost

## für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.

Ostgesellschaft gem. Erl. d. Herrn Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches  
Beauftragter für den Vierjahresplan vom 27. Juli 1941 — V. P. 12028 —  
Reichsbetriebs-Nr. 9/0250/5/30

Geschäftsstelle:

Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
6. August 1947

An

J. Nr. 186/47

Fernsprecher:

Drachwort:

Bank: Deutsche Rentenbank Kreditanstalt, Berlin WB

Postcheck-Konto:

Gerichtstand: Berlin

### Personalliste

Kennzeichnung für Schriftwechsel, Auftrag, Versand-Avise, Zahlungen usw.

Alfred K ü r b e r

Geburtstag: 26. Juni 1886 Geburtsort: G8rlitz

Anschrift: Berlin-Charlottenburg 9, Fredericiestr. 14

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

Familienstand: verheiratet

Unser Zielobjekt

Kinder: nein

Wir liefern ab

Verg.-Gr. V b Verg.-Nr. 29002

Dienstbezeichnung: Sachbearbeiter

Rechnung Nr.

tätig seit: 1.4.1905

Waggon Nr. Heimat- bezeichnung	Abgangs Bfz. Datum	Fahrt Nr.	Mengen	Warenbezeichnung	Einzelpreise	Betrag
Elise E w e r l i e n						
Geburtstag: 23. Januar 1898 Geburtsort: Berlin						
Anschrift: Berlin-Steglitz, Horst Kohlstr. 8						
Familienstand: ledig						
Kinder: nein						
Verg.-Gr. VIII Verg.-Nr. 29001						
Dienstbezeichnung: Sekretärin						
tätig seit 11.4.1921						
Otto S t o l z m a n n						
Geburtstag: 6. März 1894 Geburtsort: Berlin						
Anschrift: Berlin W 58, Gaudystr. 4						
Familienstand: verheiratet						
Kinder: nein						
Verg.-Gr. IX Verg.-Nr. 29003						
Dienstbezeichnung: Hausmeister						
tätig seit: 24.10.1934						
Stück Versatthreiter						
Stück 58cke						

Abschrift!

Abteilung für Volksbildung  
Personalamt  
- Vbildg. P 1 -  
Kn.

193  
Berlin W 8, den 11. Juli 1947  
Mauerstr. 53  
Fernr.: 42 00 18 App. 1706

An das

Hauptamt Kunst und Freizeitgestaltung  
z. Hd. Herrn Dienststellenleiter H a r v a r d t

Wir bitten Sie zu veranlassen, dass dem Personalamt der Abteilung für Volksbildung nunmehr von den Ihnen unterstellten Instituten Personallisten der dort beschäftigten Angestellten und Lohnempfänger zugeleitet werden. Die Listen müssen enthalten Angaben über:  
Vor- und Zunamen, Geburtstag und -ort, Wohnadresse, Vgr. und Vgr.-Nr. der Gehaltsliste, Familienstand und seit wann tätig.

Alle sonstigen Personalunterlagen bitten wir, uns gleichzeitig einzureichen.

Im Auftrage  
gez. Link

Vorstehendes Schreiben wurde ~~Bräulein Ewerlian~~ durch Herrn Harvardt am 5. August ausgehändigt mit der Bitte ihm die gewünschten Angaben zukommen zu lassen.

Berlin, den 6. August 1947  
*Ewerlian*

J. Nr. 175/47 ✓

Wo mit Hand  
f. 24

194  
(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
25. Juli 1947

Auf das Schreiben vom 18. d. Mts, - Vbildg P 1  
Kn. - Überreiche ich in der Anlage die gewünschte Per-  
sonalliste.

Akademie der Künste  
zu Berlin

*V. J. J.*

An die  
Abteilung für Vollenbildung  
Personalamt  
Berlin W 8  
Mauerstr. 53

B 1



(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
25. Juli 1947

J. Nr. 175/47

Personaliste

Alfred K ö r b e r

✓Geburtstag: 26. Juni 1886 Geburtsort: Görlitz  
✓Anschrift: Berlin-Charlottenburg 9, Fredericiastr. 14  
✓Familienstand: verheiratet  
Kinder: -  
✓Verg.-Gr. V b Verg.-Nr. 29002  
Dienstbezeichnung: Sachbearbeiter  
✓tätig seit: 1. 4. 1905

Else E w e r l i e n

Geburtstag: 23. Januar 1898 Geburtsort: Berlin  
Anschrift: Berlin-Steglitz, Horst Kohlstr. 8  
Familienstand: ledig  
Kinder: -  
Verg.-Gr. VIII Verg.-Nr. 29001  
Dienstbezeichnung: Sekretärin  
tätig seit: 11. 4. 1921

Otto S t o l z m a n n

Geburtstag: 6. März 1894 Geburtsort: Berlin  
Anschrift: Berlin W 58, Gaudystr. 4  
Familienstand: verheiratet  
Kinder: -  
Verg.-Gr. IX Verg.-Nr. 29003  
Dienstbezeichnung: Hausmeister  
tätig seit: 24. 10. 1934

Stück Voranlieferer  
Stück Block

Warenbezeichnung	Mengen	Abgangs Datum	Wagon Nr.	Rechnung Nr.
Einzelpreis				
Betrag				

Rechnung Nr.

Unter Zuhilfenahme  
Wir liefern ab  
Durch  
Nach  
Rechnungsdatum  
für Abteilung

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

Kennzeichnung für Schlichtung, Auftrag, Versand-Artikel, Zahlungen usw.

Postfach-Konten

Bank: Deutsche Reichsbank, Berlin W 8

Druckort:

Fernsprecher:

Rechnungs-Nr. 9/0550/5/30  
Auftraggeber für den Vertriebsplan vom 27. Juli 1941 - V. P. 12038 -  
Ostpreussische Handels-Gesellschaft für den Vertrieb des Gutsverkehrs  
für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. B. H.

Zentral-Handels-Gesellschaft Ost

Geschäftsstelle:

(je nach Bedarf ausfüllen)

Abteilung für Volksbildung  
Personalamt  
- Vbldg P 1 -  
Kn.

Berlin W 8, den 18. Juli 1947  
Mauerstr. 53  
Fernr.: 42 00 18, App. 1706

An  
die Akademie der Künste

(1) Berlin - Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33

Wir bitten Sie, uns umgehend eine Personalliste  
herzuzureichen, die folgende Angaben enthalten muss:

Vor- und Zuname, Geburtstag- und -ort, Anschrift,  
Familienstand, ob Kinder, Vgr. und Vgt-Nr. der Ge-  
haltliste bzw. Lohnliste, Dienstbezeichnung und  
seit wann tätig.

*Handwritten notes:*  
19.002 17  
19.006 18  
19.006 18  
19.006 18

Im Auftrage

*Handwritten signature*

*Handwritten notes:*  
24.6.47  
10.7.1947

Stück Voranlieferter  
Stück 5800

ZO 7020 200 000 1.44 Gschäftsbuch C/1037

Kontostellung für Schriftwechsel, Auftrag, Versand-Arbeit, Zahlungen usw.

Postfach-Konto:  
Bank: Deutsche Kontenbank Kreditanstalt, Berlin W 8

Drohwerk:  
Fernsprecher:

Geschäftsstelle:

(je nach Bedarf ausfüllen)

Zentral-Handelsgesellschaft Ost  
für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.  
Oktogonale Gesellschaft gem. Erl. d. Herrn Reichsausschusses des Großdeutschen Reiches  
Beauftragter für den Vertriebsplan vom 27. Juli 1941 — V. P. 12020 —  
Reichsbetriebs-Nr. 9 / 0250 / 5 / 30

Nummer 148 / Seite 5

## Vacuum Berlin

Aus Kreisen des Verwaltungsgerichts im britischen Sektor wurde unser Mitarbeiter auf eine Seltsamkeit im heutigen Stadtstaat Berlin aufmerksam gemacht.

Als die Nationalsozialisten am 7. April 1933 die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten aufhoben, nannten sie, nach ihrer Gewohnheit, jede Rechtsbrechung zum Akt der Gerechtigkeit zu erklären, das Gesetz, indem sie sie legalisierten, das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Seitdem waren zwölf Jahre lang die Beamten sowenig vor der Willkür der herrschenden Partei geschützt wie andere Staatsbürger. Die alten Gesetze, die ihnen Unkündbarkeit garantierten, waren zugunsten des freien Ermessens von Reichsstatthaltern und anderen NS-Funktionären außer Geltung gesetzt.

Nicht jedes Land, das als Rechtsstaat organisiert ist, kennt die Institution des Beamten nach früherem deutschen Recht. Es hätte sich also denken lassen, daß man nach dem Zusammenbruch von 1945 auf die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums verzichtete und die Funktionäre des Staates in eine andere rechtliche Lage gebracht hätte als vor 1933. Dazu wäre aber ein gesamtdeutsches Gesetz nötig gewesen, und zwar ein verfassungsänderndes; denn der Artikel 129 der Weimarer Verfassung steht jedem anderen Gesetz entgegen: „Die wohlverworbenen Rechte der Beamten sind unverletzlich.“ Einzelne Länder oder gar Städte durften nicht ein neues Beamtenrecht festsetzen.

In Berlin ist der Versuch dazu dennoch gemacht worden. Am 8. Juni 1945 wurde mit wenigen Federstrichen das Berufsbeamtentum abgeschafft. Eine Anordnung der Magistratsabteilung für Personalfragen und Verwaltung, die die Unterschrift „Pieck“ trug, bestimmte: „Alle bei der Stadtverwaltung Berlin jetzt beschäftigten Personen sind, soweit sie nicht im Arbeitsverhältnis stehen, Verwaltungsangestellte.“

Die Alliierte Kommandantur hat diese Anordnung niemals bestätigt. Die Rechtslage der Beamten könnte ja auch nicht für Berlin allein geändert werden. Es müßte schon für ganz Deutschland geschehen.

Trotzdem wird nach der Pieckschen Anordnung bis heute verfahren, als sei sie rechtsgültig. Das hat insbesondere eine Folge: für diejenigen Beamten, die durch das widerrechtliche Gesetz vom 7. April 1933 ihrer Rechte (darunter ihres Rechts auf Ruhegehalt) beraubt wurden, ist die Piecksche Anordnung eine abermalige Legalisierung ihrer Entrechnung.

Das ist schon absurd genug. Aber noch absurder als die Konsequenzen, die sich für die Beamten, sind diejenigen, die sich für den Stadtstaat ergeben.

Nach der in Deutschland geltenden, weder durch die Nationalsozialisten noch später geänderten oder gar aufgehobenen Ordnung des öffentlichen Rechts können staatliche Hoheitsrechte (das sind: behördliche Funktionen) nur von solchen Personen ausgeübt werden, die in einem öffentlichrechtlichen Beamtenverhältnis stehen, und nicht von solchen, die der Staat nach privatrechtlichen Normen angestellt hat.

Eine Urkunde kann nur von einem Standesbeamten ausgestellt, eine Pfändung nur von einem Vollstreckungsbeamten vorgenommen, eine Verhaftung nur von einem Polizeibeamten vollzogen werden. Der Richter, der ein Urteil unterschreibt, muß Beamter sein.

Es gibt nun zwei Möglichkeiten. Entweder die Piecksche Anordnung wird für ungültig erklärt. Dann tritt, bis zur Genehmigung ändernder Bestimmungen durch die Kommandantur, das ehemalige Beamtenrecht automatisch wieder in Kraft; der Magistrat hat sich danach zu richten und darf (mit Ausnahme der sogenannten „politischen Beamten“) keinen Beamten entlassen (es sei denn strafweise).

Oder die Berliner Beamten gelten, nach der Pieckschen Anordnung, als im Angestelltenverhältnis stehend. Dann sind alle Beurkundungen, alle Pfändungen, alle Verhaftungen, alle Verordnungen, alle Urteile und alle Vollstreckungen seit dem 8. Juni 1945 ungültig.

Daß das zwei Jahre lang niemand bemerkt hat, ist ein weiteres Symptom für den protekten Verfall des öffentlichen Rechts in Deutschland.

Observation

Nr. 141b. RO. Abrechnungsbogen für Angestellte (Königsberg 1943).  
Druck von Emil Rautenberg, Königsberg i. Pr.

1. 1. 1945  
Königsberg 1. 1. 1945

3. 1. 1945  
Königsberg 1. 1. 1945

B<sub>1</sub>

Abrechnung für Kessel  
Berlin, d. 14. Jan. 1888. Bildende Kessel  
i. d. Teske

[illegible]



(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
17. Februar 1947

J. Nr. 33/47  
Betr.: Pensenplan

Anliegend überreiche ich eine Aufstellung über die  
von mir bei der Akademie der Künste zu erledigenden Arbeiten.

/ Körber /

An den  
Magistrat von Gross-Berlin  
Abteilung für Kunst  
Amt bildende Kunst  
(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Großmannstr. 70 - 72

Durchschrift für die Wechsel-bdt.

BERLIN, den

Abt. RB

Per

Scheck-Ausgang

An (3) Wechsel-Konto

SOLL

Unsere Nr. Reichsmark Pf.

Lfd. Nr.	Name und Wohnung	Gesamtbetrag der monatlichen Dienstbezüge	Arbeitsgeber-Beitrag zur Kranken- und Altersversicherung	Zusammen	Angestellter-Beitrag zur Sozialversicherung	Staatanteile zur Sozialversicherung	Zusatzbeitrag	Zusammen	Angestellter-Beitrag zur Sozialversicherung	Staatanteile zur Sozialversicherung	Zusatzbeitrag	Zusammen	Angestellter-Beitrag zur Sozialversicherung	Staatanteile zur Sozialversicherung	Zusatzbeitrag	Zusammen

Lfd. Nr.	Name und Wohnung	Gesamtbetrag der monatlichen Dienstbezüge	Arbeitsgeber-Beitrag zur Kranken- und Altersversicherung	Zusammen	Angestellter-Beitrag zur Sozialversicherung	Staatanteile zur Sozialversicherung	Zusatzbeitrag	Zusammen	Angestellter-Beitrag zur Sozialversicherung	Staatanteile zur Sozialversicherung	Zusatzbeitrag	Zusammen	Angestellter-Beitrag zur Sozialversicherung	Staatanteile zur Sozialversicherung	Zusatzbeitrag	Zusammen

Lfd. Nr.	Name und Wohnung	Gesamtbetrag der monatlichen Dienstbezüge	Arbeitsgeber-Beitrag zur Kranken- und Altersversicherung	Zusammen	Angestellter-Beitrag zur Sozialversicherung	Staatanteile zur Sozialversicherung	Zusatzbeitrag	Zusammen	Angestellter-Beitrag zur Sozialversicherung	Staatanteile zur Sozialversicherung	Zusatzbeitrag	Zusammen	Angestellter-Beitrag zur Sozialversicherung	Staatanteile zur Sozialversicherung	Zusatzbeitrag	Zusammen

Akademie der Künste zu Berlin.

P e n s e n p l a n

Nr.	Name	Arbeitsgebiet	Dienstbe- zeichnung	Vergütungs- gruppe
1	2	3	4	5
1	Körber Alfred	Bearbeitung des bei der Akade- mie der Künste eingehenden Schriftwechsels, soweit an sei- ner Erledigung nicht kunstwis- senschaftliche Kenntnisse er- forderlich sind. Bearbeitung der Haushaltsangele- genheiten und der für die Zahl- stelle anfallenden Arbeiten ( Buchführung usw. ) Neuaufstellung der Mitglieder- Matrikel von 1874 an ( die Ma- trikelbücher von dieser Zeit ab sind 1945 verloren gegangen ). Anordnung der Registratur, der Lebensläufe der Mitglieder, der Bücherei und des Archivs, so- weit das Material aus den Aufbe- wahrungsräumen in der neuen Reichs- säule geborgen werden konnte. Durchsicht der Tagespresse und Sammlung der auf die Mitglieder der Akademie bezüglichen Notizen ( Abteilung für bildende Künste, Musik und Dichtung ). Sammlung von Kritiken über Kunstausstellungen. Sobald der Sammelapparat ist die Auf- stellung einer neuen Künstlerkar- tei, da sämtliche Karteien der Akade- mie durch den Brand am 18.3.45 vernichtet worden sind.	Sachbear- beiter	V b

Nr.	Name und Wohnung	Gesamtbetrag der monatlichen Lohnentzüge	Arbeitsgeber- beitrag zur Kranken- und Unfallversicherung	Zusammen	Angestellter- beitrag zur Kranken- und Unfallversicherung	Staatanteile zur Sozial- versicherung	Zusammen	Zusammen	Angestellter- beitrag zur Kranken- und Unfallversicherung	Zusammen
-----	------------------	--	--	----------	--	---	----------	----------	--	----------

hsel-rot.

Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. f. Personalfragen u. Verwaltung  
Hauptpersonalamt  
HPA jur. Abt.  
Fernruf: 42 00 51 - App. 511

Berlin C 2, den Juli 1946  
Molkenmarkt 1-3

5. AUG. 1946

R u n d s c h r e i b e n

I. Zustimmung des Arbeitsamtes bei Lösung eines Arbeitsverhältnisses.

Die Abteilung für Arbeit hat am 3.6.1946 aus arbeitseinsatzmässigen Erwägungen eine Bekanntmachung über die Durchführung des Arbeitsplatzwechsels auf Grund der Bestimmungen des Kontrollratsbefehls Nr. 3 erlassen (Verordnungsblatt der Stadt Berlin 2/24 vom 15.6.46 Seite 191). Es wird darin bestimmt, dass die Lösung eines Arbeits- oder Lehrlingsverhältnisses durch Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung des zuständigen Arbeitsamtes bedarf.

Bei der Durchführung dieser Bekanntmachung haben sich in der Praxis Schwierigkeiten ergeben, die besonders bei den Bezirksämtern zu einem unerwünschten Dualismus in der Verwaltung geführt haben. Um diesen zu vermeiden, wurde für die städtischen und bezirklichen Verwaltungen durch das Hauptpersonalamt mit der Abteilung für Arbeit nachstehende Regelung getroffen:

Hat der Betriebsrat der Lösung des Arbeitsverhältnisses zugestimmt - das dürfte in den meisten Fällen geschehen - genügt, wie bisher, eine einfache Entlassungsanzeige an das zuständige Arbeitsamt. Auf dieser Mitteilung ist das Einverständnis des Betriebsrates zu vermerken. Damit gilt auch die Zustimmung des Arbeitsamtes zur Lösung des Arbeitsverhältnisses als erteilt.

Der Vollständigkeit halber sei noch angeführt, dass nach dem Wortlaut der Bekanntmachung vom 3.6.1946 die Zustimmung des Arbeitsamtes weiterhin nicht erforderlich ist,

- a) wenn die Lösung des Arbeitsverhältnisses im gegenseitigen Einvernehmen erfolgt,
  - b) wenn der Arbeitnehmer nur zur Probe oder Aushilfe eingestellt ist und das Arbeitsverhältnis binnen eines Monats beendet wird,
  - c) und wenn der Arbeitnehmer ein von der Versicherungsanstalt Berlin, Hauptabteilung Berufsfürsorge für Arbeitsbehinderte, betreuter Arbeitsbehinderter ist und die Versicherungsanstalt ihre Zustimmung zur Lösung des Arbeitsverhältnisses gegeben hat.
- Die Zustimmung der Versicherungsanstalt Berlin ersetzt bei Arbeitsbehinderten die vorgesehene Zustimmung des Arbeitsamtes.

An  
die Mitglieder des Magistrats und  
ihre Stellvertreter,  
die Abteilungen der Hauptverwaltung des Magistrats  
die Bezirksämter  
die städtischen Eigenbetriebe  
die städtischen Eigengesellschaften  
die überwiegend städtischen Gesellschaften  
den Hauptbetriebsrat  
den FDGB

./.



- d) Bei fristloser Kündigung wird die Zustimmung grundsätzlich erteilt mit der Einschränkung, dass sie nur für den Fall gilt, dass Grund zur fristlosen Entlassung vorlag.

## II. Urlaubsregelung für das Urlaubsjahr 1946

Bei dieser Gelegenheit ist mit der Abteilung für Arbeit durch das Hauptpersonalamt noch Nachstehendes klargestellt worden:

Die Verordnung der Abteilung für Arbeit über Urlaubsregelung für das Urlaubsjahr 1946 vom 4.7.1946 (Verordnungsblatt 2/27 vom 12.7.46 Seite 222) gilt in dieser allgemeinen Fassung besonders für die Privatwirtschaft, da es dort bei der Urlaubsgewährung zu Unzuträglichkeiten gekommen ist, für die städtischen Dienststellen gilt weiterhin die Verfügung der Abteilung für Personalfragen und Verwaltung vom 7.5.1946 über Erholungsurlaub im vollen Umfange.

In Vertretung

S c h m i d t

*Handwritten notes:*  
 Berlin, 1. 11. 1946  
 Personalamt  
 Im Auftrag  
 18

*Handwritten:* Akademie d. Kunst

202

Berlin, den 25. Juli 1946

Magistrat der Stadt Berlin  
 Abt. für Personalfragen und  
 Verwaltung  
 - HPA VI -  
 Fernspr. 42 00 51 App. 511

*Handwritten:* 145/46. AUG. 1946  
 482

### Personalausgleich für Angestellte.

Nach unserer Umdr.-Rundvfg. v. 5.6.46 - Org. II - über Bewilligung neuer Planstellen für Angestellte und neuer Personalmittel für Arbeiter im Haushaltsjahr 1946 müssen Angestellte, die infolge Rückgangs der Arbeiten nicht mehr voll beschäftigt sind, sowohl in der Hauptverwaltung als auch in den Bezirken der Abt. f. Personalfragen u. Verwaltung - Personalleitstelle - für eine anderweitige Verwendung zu Verfügung gestellt werden. Es ist also bei etwaigem Personalabbau von Angestellten zunächst innerhalb der Hauptverwaltung oder der Bezirksverwaltung zu versuchen, die etwa überzählig werdenden Angestellten an anderer Stelle der Hauptverwaltung oder des gleichen Bezirks unterzubringen. Ist das innerhalb eines Bezirks nicht möglich, so können sie der bei der Abt. f. Personalfragen u. Verwaltung des Magistrats - Hauptpersonalamt - bestehenden Personalleitstelle, hier als Ausgleichsstelle bezeichnet, zur Verfügung gestellt werden, die ihre Verwendung innerhalb der Hauptverwaltung oder anderer Bezirke versuchen wird. Es ist die Aufgabe der wieder bzw. neu ins Leben gerufenen Ausgleichsstelle, die das Gesch. Zeichen HP A. VI führt und in den Räumen des Hauptpersonalamtes, Berlin C 2, Molkenmarkt 1 - 3, Neue Münze, untergebracht ist, den Personalausgleich für Angestellte zwischen den Bezirken und der Hauptverwaltung und umgekehrt herbeizuführen. Dieser Ausgleichsstelle sind daher alle Angestellten zu melden, die anlässlich eines Personalabbaues wegen Arbeitsmangels in einem Bezirksamt überzählig werden und nicht an anderer Stelle des gleichen Bezirks untergebracht werden können. Aus den Meldungen an die Ausgleichsstelle, die listenmässig zu erstatten sind, wenn es sich um eine grössere Zahl von Angestellten handelt, müssen Namen, Vornamen, Geburtstage, Wohnungen, letzte Dienstbezeichnungen und Tätigkeiten der Angestellten, ihre Vergütungsgruppen, die Angabe, ob gekündigt und zu welchem Termin, und Bemerkungen enthalten. Unter Bemerkungen werden Beurteilungen, besondere Kenntnisse und Fähigkeiten anzugeben sein. Es wird erwartet, dass nur Angestellte gemeldet werden, die nach ihren Leistungen und ihrer Gesamtbeurteilung geeignet und würdig sind, im städt. Dienst zu verbleiben. Das in der gesamten Verwaltung bestehende Interesse an einer leistungsfähigen Angestelltenmasse muss alle Verwaltungen davon abhalten, Kräfte für eine Weiterverwendung zu melden, die nicht oder nicht voll brauchbar sind. Die Bezirksämter sind trotz der Meldung an die Ausgleichsstelle verpflichtet, selbst um die Unterbringung ihrer überzähligen Angestellten bemüht zu sein. Sie müssen bei den Meldungen davon ausgehen, dass die Unterbringung der überzähligen Angestellten der Ausgleichsstelle nicht oder nicht rechtzeitig möglich sein wird und haben deshalb vorsorglich die erforderlichen Maßnahmen zur Beendigung der Dienstverhältnisse zu treffen. Es ist nicht Sache der Ausgleichsstelle, Kündigungen von Angestellten auszusprechen, die nicht zu dem vom HPA. betreuten Personenkreis gehören. Die Verantwortung für die rechtzeitige Beendigung der Dienstverhältnisse von Angestellten, die der Ausgleichsstelle gemeldet sind, verbleibt bei den abgebenden Bezirken.

An alle  
 Dienststellen (nach Verteiler I)

B. W.

*Handwritten:* B1



Aufgabe der Ausgleichsstelle ist, wie gesagt, der Personalausgleich. Er beruht aber nicht nur auf der Abnahme sondern auch auf der Abgabe von Kräften. Den Meldungen überzähliger müssen daher Anforderungen gesuchter Kräfte gegenüberstehen, wenn die Ausgleichsstelle ihre Aufgaben erfüllen soll. Die Bezirksämter sind daher ab sofort verpflichtet, vor der Einstellung neuer Kräfte, seien es Verwaltungs- technische oder sonstige Angestellte, bei der Ausgleichsstelle des HPA. nachzufragen, ob hier geeignete Kräfte zur Verfügung stehen. Diese Anforderungen sollen regelmässig schriftlich gestellt, können aber auch in eiligen Fällen fernmündlich gehalten werden. Die strikte Innehaltung dieser Anordnung ist schon aus Gründen der einheitlichen Verwaltungsführung geboten.

Für die Dienststellen der Hauptverwaltung ergibt sich aus der vorstehenden Regelung die Folgerung, dass sie Vorschläge für etwaige Einstellungen aus dem Kreis ihnen bekannter Personen erst machen können, wenn die Ausgleichsstelle ihnen die gewünschten Kräfte aus der Reihe der hier als an anderer Stelle überzählig gemeldeten nicht zur Verfügung stellen kann. Im übrigen regelt das HPA. den Ausgleich von Kräften innerhalb der Hauptverwaltung von sich aus.

Auf Arbeiter bezieht sich der Ausgleich von Kräften nicht. Das schliesst nicht aus, daß in Einzelfällen hochwertige, im Arbeiterverhältnis stehende Kräfte der Ausgleichsstelle angeboten und von ihr angefordert werden können. Sonst aber unterbleibt ein Ausgleich von Arbeitern durch die Ausgleichsstelle.

Diejenigen städtischen Anstalten und Einrichtungen, die eigene Personalhoheit besitzen, (z.B. Versicherungsanstalt Berlin, Stadt. Feuerversicherungsanstalt Berlin) können etwaige überzählige Kräfte, die nach ihren Leistungen usw. für eine anderweitige Verwendung bei der Stadt in Frage kommen, ebenfalls der Ausgleichsstelle zur Verfügung stellen. Sie sind dann aber auch gehalten, die Ausgleichsstelle bei der Besetzung freier Stellen von Angestellten in Anspruch zu nehmen.

Auch den Eigenbetrieben und Gesellschaften und überwiegend städt. Gesellschaften wird anheim gestellt, von der Einrichtung der Ausgleichsstelle beim HPA. Gebrauch zu machen. Mit der Meldung überzähliger Kräfte bei der Ausgleichsstelle ist aber die selbstverständliche Pflicht verbunden, sich auch bei der Einstellung neuer Kräfte zunächst der Ausgleichsstelle zu bedienen und erst dann auf fremde Kräfte zurückzugreifen, wenn geeignetes Personal nicht zur Verfügung gestellt werden kann.

In Vertretung

Schmidt

*Handwritten signature and notes:*  
Berlin, d. 12. August 1946  
Im Auftrag  
H

Magistrat der Stadt Berlin  
Finanzabteilung  
und  
Abteilung für Personalfragen  
und Verwaltung  
KRM. II.1 - Org. I

Berlin C 2, den 29. Juli 1946  
Parochialstrasse 1-3  
Tel. 42 00 51 App. 277  
App. 497

486

Betrifft: Einstellungssperre.

I.

1. Die Alliierte Kommandantur hat am 9.7.d.J. -BK/O (46) 295- angeordnet, dass bis zur Genehmigung des Haushaltsplans 1946 Gehälter in den im Entwurf des Haushaltsplans vorgesehenen Grenzen nur für die am 30.6. d.J. vorhanden gewesenen Angestellten gezahlt werden dürfen. In Ausführung dieser Anordnung wird daher mit sofortiger Wirkung jede Einstellung von Personal, soweit sie über den Stand am 30.6. d.J. hinausgeht, gespart. Dies gilt auch für die von der Abteilung für Personalfragen und Verwaltung -Organisationsamt- inzwischen oder künftig ausgesprochenen Stellenbewilligungen, soweit dadurch der Personalbestand am 30.6.d.J. überschritten wird. Aber auch wenn hiernach die Voraussetzungen für eine Freigabe und Inanspruchnahme der Personalmittel vorliegen, bleibt die Genehmigung der Planstellen und die Einstufung in die Vergütungsgruppen durch die Abteilung für Personalfragen und Verwaltung -Org. bzw. HPA- vorbehalten.
2. Ausgenommen von der Einstellungssperre sind Personaleinstellungen, die die Besatzungsmächte schriftlich befehlen. In Fällen, in denen nur mündliche Befehle vorliegen, sind die zuständigen Stellen der Besatzungsmächte zu bitten, diese schriftlich zu bestätigen. Sind schriftliche Anordnungen der Besatzungsmacht nicht oder nicht rechtzeitig zu erlangen, so müssen kurze Niederschriften gemacht werden, die die Namen der Beteiligten und den Wortlaut der Anordnungen festhalten und vom Empfänger der Anordnung persönlich zu unterzeichnen sind.

II.

Infolge der im Abschnitt I 1 angeordneten Einstellungssperre ist von Personalverstärkungsanträgen bis auf weiteres abzusehen. Zusätzlicher Personalbedarf muss im Regelfalle durch Personalausgleich innerhalb der Bezirksämter oder der Hauptverwaltung gedeckt werden. Jede Dienststelle muss Verständnis dafür aufbringen, dass anderen Dienststellen bei einem auftretenden Personalbedarf durch Gestellung von Aushilfskräften geholfen werden muss. Personalverstärkungsanträge dürfen vorläufig nur noch vorgelegt werden, wenn

a)

- In die Bezirksämter -PV und Fin.-
- " " Dienststellen der Hauptverwaltung
  - " " sich selbst erhaltenden Anstalten
  - " " Eigenbetriebe und städt. Gesellschaften
  - " " betreuten ehem. Reichs- und Staatsdienststellen

B1

- 2 -

- a) der entstandene Personalbedarf auf eine Anordnung einer Besatzungsmacht zurückzuführen ist oder
- b) es sich um besondere Fachkräfte handelt, die im Wege eines Personalausgleichs nicht zu beschaffen sind (deren Einstellung aber durch Personaleinsparung an anderer Stelle ausgeglichen werden muss).

### III.

Die Aufhebung der Einstellungssperre wird ausdrücklich bekanntgegeben werden.

In Vertretung:  
Dr. Haas.



Magistrat der Stadt Berlin  
Finanzabteilung  
und  
Abteilung für Personalfragen  
und Verwaltung  
Kam. II, 1 - Org. I

Berlin C 2, den 29. Juli 1946  
Parochialstrasse 1-3  
Tel. 42 00 51 App. 277  
App. 497

### Betrifft: Einstellungssperre.

#### I.

1. Die Alliierte Kommandantur hat am 9.7.d.J. -BK/O (46) 295- angeordnet, dass bis zur Genehmigung des Haushaltsplans 1946 Gehälter in den im Entwurf des Haushaltsplans vorgesehenen Grenzen nur für die am 30.6. d.J. vorhanden gewesenem Angestellten gezahlt werden dürfen. In Ausführung dieser Anordnung wird daher mit sofortiger Wirkung jede Einstellung von Personal, soweit sie über den Stand am 30.6. d.J. hinausgeht, gespart. Dies gilt auch für die von der Abteilung für Personalfragen und Verwaltung -Organisationsamt- inzwischen oder künftig ausgesprochenen Stellenbewilligungen, soweit dadurch der Personalbestand am 30.6.d.J. überschritten wird. Aber auch wenn hiernach die Voraussetzungen für eine Freigabe und Inanspruchnahme der Personalmittel vorliegen, bleibt die Genehmigung der Planstellen und die Einstufung in die Vergütungsgruppen durch die Abteilung für Personalfragen und Verwaltung -Org. bzw. HPA- vorbehalten.
2. Ausgenommen von der Einstellungssperre sind Personaleinstellungen, die die Besatzungsmächte schriftlich befehlen. In Fällen, in denen nur mündliche Befehle vorliegen, sind die zuständigen Stellen der Besatzungsmächte zu bitten, diese schriftlich zu bestätigen. Sind schriftliche Anordnungen der Besatzungsmacht nicht oder nicht rechtzeitig zu erlangen, so müssen kurze Niederschriften gemacht werden, die die Namen der Beteiligten und den Wortlaut der Anordnungen festhalten und vom Empfänger der Anordnung persönlich zu unterzeichnen sind.

#### II.

Infolge der im Abschnitt I 1 angeordneten Einstellungssperre ist von Personalverstärkungsanträgen bis auf weiteres abzusehen. Zusätzlicher Personalbedarf muss im Regelfalle durch Personalausgleich innerhalb der Bezirksämter oder der Hauptverwaltung gedeckt werden. Jede Dienststelle muss Verständnis dafür aufbringen, dass anderen Dienststellen bei einem auftretenden Personalbedarf durch Gestellung von Aushilfskräften geholfen werden muss. Personalverstärkungsanträge dürfen vorläufig nur noch vorgelegt werden, wenn

a)

- In die Bezirksämter -PV und Fin.-
- " " Dienststellen der Hauptverwaltung
  - " " sich selbst erhaltenden Anstalten
  - " " Eigenbetriebe und städt. Gesellschaften
  - " " betreuten ehem. Reichs- und Staatsdienststellen



- 2 -

- a) der entstandene Personalbedarf auf eine Anordnung einer Besatzungsmacht zurückzuführen ist oder
- b) es sich um besondere Fachkräfte handelt, die im Wege eines Personalausgleichs nicht zu beschaffen sind (deren Einstellung aber durch Personaleinsparung an anderer Stelle ausgeglichen werden muss).

### III.

Die Aufhebung der Einstellungssperre wird ausdrücklich bekanntgegeben werden.

In Vertretung:  
Dr. Haas.

*Dr. Haas*  
*Berlin, d. 16. August 1946*

*Dr. Haas*  
*Dr. Haas*

*Dr. Haas*

*Dr. Haas*

Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. f. Personalfragen und Verwaltung  
HPA II

*Akademe d. Kunst* 205  
Berlin, den 25. Juli 1946

Betr.: die §§ 12 und 16 der TO.A.

In den Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht haben wir feststellen müssen, daß unsere Umdruckverfügung vom 26.11.1945 -HPA II-, betreffend "Zu den §§ 12 und 16 der TO.A.", noch immer nicht genügend bekannt ist, was insbesondere daraus erhellt, dass einzelne Bezirke den Angestellten das Dienstverhältnis aufgekündigt haben ohne die Fristen des § 16 der TO.A. und die von den Angestellten nach § 7 der ATO zurückgelegte Dienstzeit berücksichtigt zu haben.

Wir übersenden Ihnen daher anbei nochmals einen Abdruck der genannten Verfügung und bitten Sie, die Bestimmungen dieses Rundschreibens und des Rundschreibens vom 22.2.46 -HPA II-, betreffend § 7 ATO, zu beachten.

In Vertretung  
Schmidt

An  
Verteiler I und den  
Gesamtbetriebsrat  
-----

B1

*Dr. Haas*  
*Berlin, d. 16. August 1946*  
*Dr. Haas*

Berlin, den 26. November 1945

Zu §§ 12 und 16 der TO.A.  
=====

In Änderung der Bestimmungen der Anmerkung zu der Umdruckverfügung vom 5.10.1945 - HP IV 1 - betr. Arbeitsvertragsbedingungen und Vergütungsregelung der städtischen Angestellten ergeht folgende Regelung:

1. Zahlung von Krankenbezügen an die unter die TO.A. und KRT fallenden Angestellten.

Als Dienstzeit im Sinne des § 12 Absatz 1 der TO.A. gilt nicht nur die nach dem 30.4.1945 im Dienste der Stadtverwaltung Berlin zurückgelegte Dienstzeit, sondern auch

- a) die im KZ und aus politischen Gründen in Untersuchungs- und Straftat verbrachte Zeit der anerkannten Opfer des Faschismus,
- b) die Zeit, während der die nach dem Berufsbeamtengesetz oder der zweiten Durchführungsverordnung hierzu entlassenen Beamten und Angestellten zwischen 1933 und ihrem Wiedereintritt in den öffentlichen Dienst (nach dem 30.4.1945) nicht im öffentlichen Dienst gestanden haben und
- c) die sonstige nach § 7 ATO anrechnungsfähige Vordienstzeit.

2. Festsetzung der Kündigungsfristen

Die Regelung unter vorstehender Ziffer 1 gilt sinngemäss für die Festsetzung der Dienstzeit gemäss § 16 der TO.A. mit nachstehender Einschränkung:

- a) Nach Absatz 3 der Umdruckverfügung vom 31.8.1945 betr. Kündigungsfristen hat der Magistrat gewisse Vorbehalte zu der uneingeschränkten Anwendung des § 16 der TO.A. gemacht. Diese Regelung bleibt vorläufig bestehen (s. auch Abschnitt VIII der einschlägigen Umdruckverfügung vom 5.10.1945). Sie besagt:

"Auch heute noch muss der Magistrat grundsätzlich die Möglichkeit haben, jederzeit eine sofortige Kündigung aussprechen zu können. Diese sofortige Kündigung muss sich aber auf Ausnahmefälle beschränken, die durch Maßnahmen von hoher Hand oder Maßnahmen höherer Gewalt begründet sind. Im Normalfall ist bei Kündigungen von Angestellten der Stadt Berlin eine angemessene Frist einzuhalten, und zwar bis auf weiteres die Kündigungsfristen der TO.A. Diese Einhaltung der Kündigungsfristen bezieht sich selbstverständlich nicht auf Entlassungen, die durch persönliches Verschulden oder aus politischen Gründen erfolgen müssen."

An

die Herren Mitglieder des Magistrats,  
die Bezirksämter,  
die Abteilungen der Hauptverwaltung,  
die städtischen Eigenbetriebe,  
die städtischen und überwiegend städt. Gesellschaften,  
den Herrn Polizeipräsidenten,  
den Herrn Präsidenten des Kammergerichts.

b.w.



- b) Die Bestimmungen des § 16 Absatz 4 Satz 1 der TO.A. über die Unkündbarkeit der Angestellten nach einer Dienstzeit von 25 Jahren (ATO § 7) finden keine Anwendung.

### 3. Tag des Inkrafttretens.

Die Bestimmungen unter vorstehender Ziffer 1 gelten vom 1.8.1945 ab; auf die vor dem Erlass dieser Verfügung ausgeschiedene Angestellte sind sie nicht anzuwenden. Die Regelung unter vorstehender Ziffer 2 wird vom Tage des Erlasses dieser Verfügung ab wirksam.

Allen Angestellten bitten wir diese Regelung durch Umlauf dieser Verfügung in der Dienststelle bekanntzugeben. Sie haben durch Unterschrift und Datumsangabe die Kenntnisnahme von dieser Verfügung zu bestätigen.

Den Nachweis hierüber haben die Dienststellenleiter sicherzustellen.

In Vertretung  
S c h m i d t

Magistret der Stadt Berlin  
Finanzabteilung  
und  
Abteilung für Personalfragen  
und Verwaltung  
Kam. II,1 - Org. I

Abschrift! /

Berlin C 2, den 29. Juli 1946  
Parochialstrasse 1-3  
Tel. 42 00 51 App. 277  
App. 497

Betrifft: Einstellungssperre.

I.

1. Die Alliierte Kommandantur hat am 9.7.d.J. -BK/3 (46) 295- angeordnet, dass bis zur Genehmigung des Haushaltsplans 1946 Gehälter in den im Entwurf des Haushaltsplans vorgesehenen Grenzen nur für die am 30.6.d.J. vorhanden gewesen Angestellten gezahlt werden dürfen. In Ausführung dieser Anordnung wird daher mit sofortiger Wirkung jede Einstellung von Personal, soweit sie über den Stand am 30.6.d.J. hinausgeht, gesperrt. Dies gilt auch für die von der Abteilung für Personalfragen und Verwaltung - Organisationsamt - inzwischen oder künftig ausgesprochenen Stellenbewilligungen, soweit dadurch der Personalbestand am 30.6.d.J. überschritten wird. Aber auch wenn hiernach die Voraussetzungen für eine Freigabe und Inanspruchnahme der Personalmittel vorliegen, bleibt die Genehmigung der Planstellen und die Einstellung in die Vergütungsgruppen durch die Abteilung für Personalfragen und Verwaltung - Org. bzw. HPA - vorbehalten.

2. Ausgenommen von der Einstellungssperre sind Personaleinstellungen, die die Besatzungsmächte schriftlich befehlen. In Fällen, in denen nur mündliche Befehle vorliegen, sind die zuständigen Stellen der Besatzungsmächte zu bitten, diese schriftlich zu bestätigen. Sind schriftliche Anordnungen der Besatzungsmacht nicht oder nicht rechtzeitig zu erlangen, so müssen kurze Niederschriften gemacht werden, die die Namen der Beteiligten und den Wortlaut der Anordnungen festhalten und vom Empfänger der Anordnung persönlich zu unterzeichnen sind.

II.

Infolge der im Abschnitt I 1. angeordneten Einstellungssperre ist von Personalversterkungsanträgen bis auf weiteres abzusehen. Zusätzlicher Personalbedarf muss im Regelfalle durch Personalausgleich innerhalb der Bezirksämter oder der Hauptverwaltung gedeckt werden. Jede Dienststelle muss Verständnis dafür aufbringen, dass anderen Dienststellen bei einem auftretenden Personalbedarf durch Gestellung von Aushilfskräften geholfen werden muss. Personalversterkungsanträge dürfen vorläufig nur nach vorgelegt werden, wenn

- In die Bezirksämter -rV und Fin.-
- " " Dienststellen der Hauptverwaltung
  - " " sich selbst erhaltenden Anstalten
  - " " Eigenbetriebe und städt. Gesellschaften
  - " " betreuten ehem. Reichs- und Staatsdienststellen

B<sub>1</sub>

- a) der entstandene Personalbedarf auf eine Anordnung einer Besatzungsmacht zurückzuführen ist oder
- b) es sich um besondere Fachkräfte handelt, die im Wege eines Personalausgleichs nicht zu beschaffen sind (deren Einstellung aber durch Personaleinsparung an anderer Stelle ausgeglichen werden muss).

### III.

Die Aufhebung der Einstellungssperre wird ausdrücklich bekanntgegeben werden.

In Vertretung:

Dr. H a a s .

*Handwritten:*  
Berlin, d. 25. Juli 1946  
v. L. v. Oskar  
T. G.

### A b s c h r i f t !

Abteilung für Volksbildung  
Vbildg. R 1

Berlin, 22.7.1946  
K./p 1/688/46

452

### Patr. Rechtsstreitigkeiten.

- 1) Das Hauptpersonalamt hat in seinem anliegenden Handschreiben vom 6.7.1946 Richtlinien für die Erledigung arbeitsrechtlicher Prozesse gegeben. Wir bitten, diese in Ihrem Geschäftsbereich bekannt zu machen.

Gleichzeitig bitten wir, uns bei der Erledigung derartiger Vorgänge stets zu beteiligen.

- 2) Die Rechtsabteilung des Magistrats, der Stadt Berlin weist mit dem anliegenden Handschreiben vom 11.7.1946 auf die Richtlinien für die Behandlung von Rechtsstreitigkeiten der Stadt Berlin hin. Diese Richtlinien (Handschreiben der Rechtsabteilung Nr. 14 vom 15.3.1946) sagen im wesentlichen, dass vor der Einleitung von Aktivprozessen die Rechtsabteilung des Magistrats zu hören ist, während ihr bei Passivprozessen Abschriften der Klagen vorzulegen sind. Wegen Verwaltungssachen wird auf die anliegende Verfügung verwiesen.

Wir bitten, wie bei arbeitsrechtlichen Streitigkeiten, auch hier um ausnahmslose Beteiligung der Rechtsabteilung der Abteilung für Volksbildung.

Gleichzeitig bitten wir um Unterrichtung angeschlossener Dienststellen, Betriebe, Institute usw.

Abteilung für Volksbildung  
Rechtsabteilung

gez. K u h n e

- An
- 1) Hauptamt Presse u. Aufbauwerbung  
z.d.v. Herrn Puhlmann (6)
  - 2) Hauptarchiv, Personalabt. z.Hd.  
v. Herrn Boxler (3)
  - 3) H. Wiss. Wissenschaft u. Hochschulen (15)
  - 4) " " " " " (15)
  - 5) " " " " " (2)
  - 6) " " " " " (2)
  - 7) Hauptpostamt (1)
  - 8) Hauptjugendausschuss (2)

Hauptamt Wissenschaft u. Forschung

Museen u. Sammlungen  
Geschäftsz. H. Wiss. III/1

Akademie der Künste,  
Berlin-Charlottenburg,  
Hardenbergstr. 33

Berlin, den 25. Juli 1946  
Dr. Sg/No/51/46.

Vorstehende Abschrift mit der Bitte um Kenntnisnahme und Beachtung.

Abteilung für Volksbildung  
beim Magistrat der Stadt Berlin

*Handwritten:* Kungapf

24. Juli 1946

209

Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. f. Personalfragen u. Verwaltung  
-Hauptpersonalamt-  
HPA jur. Abt.

Berlin C 2, den 6. Juli 1946  
Molkenmarkt 1-3

Fernruf: 42 00 51 - App. 511

### R u n d s c h r e i b e n

Aus sachlichen Gründen ist es erforderlich, sämtliche vor den Arbeitsgerichten anhängigen Rechtsstreitigkeiten zentral zu bearbeiten, soweit sie Arbeiter oder Angestellte von Dienststellen der Hauptverwaltung betreffen. Diese Dienststellen haben daher in solchen Fällen sofort die juristische Abteilung des Hauptpersonalamtes einzuschalten.

Da Terminsachen einer beschleunigten Bearbeitung bedürfen, muß zu eingehenden Klagen sofort schriftlich Stellung genommen und die Terminladung mit der schriftlichen Gegenerklärung zu der Klage durch Boten - nicht durch Fach - dem Hauptpersonalamt zugeleitet werden. Es wird sich empfehlen, dass der betreffende Sachbearbeiter, der über das Klagebegehren Bescheid weiß, gleich selbst mit vorspricht.

Die Bezirksämter, die städtischen Eigenbetriebe, die städtischen Eigengesellschaften und die überwiegend städtischen Gesellschaften vertreten sich in Rechtsstreiten vor den Arbeitsgerichten im allgemeinen selbst. Nur dann, wenn das Urteil Auswirkungen haben kann, die ihrem Wesen nach von grundsätzlicher Bedeutung sind, ist die Mitwirkung des Hauptpersonalamtes erforderlich.

Bereits eingetretene Fälle haben gezeigt, daß für die Bezirksämter oft nicht sofort erkennbar ist, welche Auswirkungen ein Rechtsstreit vor den Arbeitsgerichten in genereller Hinsicht haben kann. Deshalb ist es notwendig, rechtzeitig vor dem ersten Termin das Hauptpersonalamt von dem Klagebegehren - entweder durch persönliche Rücksprache oder fernmündlich unter 42 00 51, App. 511 - in Kenntnis zu setzen. Gegebenenfalls übernimmt dann das Hauptpersonalamt die Prozessvertretung der Bezirksämter.

Das Arbeitsgericht hat die Hauptverwaltung auf nachstehende Mängel hingewiesen:

An  
die Mitglieder des Magistrats  
und ihre Stellvertreter,  
die Abteilungen der Hauptverwaltung des Magistrats  
die Bezirksämter  
die städtischen Eigenbetriebe  
die städtischen Eigengesellschaften  
die überwiegend städtischen Gesellschaften  
den Hauptbetriebsrat  
den FDGB



- 1.) Die Prozessvertreter einzelner Bezirksämter kannten in wiederholten Fällen die geltenden arbeitsrechtlichen Vorschriften sehr schlecht oder überhaupt nicht.
- 2.) Darüber hinaus waren sie auch in sachlicher Beziehung über die Klage völlig unzureichend informiert und verhandelten ohne die erforderlichen Unterlagen.
- 3.) Einzelne Prozessvertreter erschienen ohne Prozessvollmacht.

Die Bedeutung der Rechtsstreitigkeiten vor dem Arbeitsgericht und ihre Auswirkungen sind aber durchaus nicht nebensächlich. Mit ihrer Bearbeitung und der Prozessvertretung sind daher nur geeignete Personen zu betrauen, die über eine gute Kenntnis der einschlägigen Materie verfügen.

Bei Rechtsstreitigkeiten vor dem Berufungs-Arbeitsgericht ist in allen Fällen die Mitwirkung des Hauptpersonalamtes notwendig.

In Vertretung:  
S c h m i d t

J. Nr. 480/46

Betr.: Entlassung von Behördenange-  
stellten aus Gründen der Ent-  
männlichung

Auf das Schreiben vom 20. d. Mts. - Dr. Kn./So. -  
erstatten wir F e h l a n s e i g e.

Der Leiter  
der Akademie der Künste zu Berlin

An den  
Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. für Personalfragen und  
Verwaltung  
(1) Berlin S. 2  
Parochialstr. 1 - 5

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Karlshagenstr. 33  
30. Juli 1946

270



Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. für Personalfragen und  
Verwaltung  
Dr.Kn./So.

Berlin O 2, den 20. Juli 1946 277  
Parochialstrasse 1-3  
App. 343

Rundschreiben

Der Britische Kontrollrat hat über die Britische Militärregierung im District Berlin folgende Zahlen über die Entnazifizierung für den Britischen Sektor Berlins angefordert:

1.) zu melden sind:

alle Personen, die

- a) in der Zeit von der Besetzung Berlins bis zum 31.12.45
- b) in der Zeit vom 1.1.46 bis 30.6.46

aus Gründen der Entnazifizierung aus öffentlichen Ämtern entlassen worden, sowie Personen, die unter eine der Kategorien der Anordnung 101a fallen, jedoch weiter beschäftigt worden sind.

An  
sämtliche Magistratsabteilungen  
das Bezirksamt Charlottenburg  
Wilmerdorf  
Tiergarten  
Spandau

die städt. Betriebe, Eigenbetriebe und  
städt. u. überwiegend städt. Gesellschaften,  
die Reichsbahndirektion. - - - - -

b.w.

Nicht zu melden sind einfache Hilfskräfte, d.h. Personen, die weder eine leitende, noch kontrollierende, noch personalüberwachende Funktion ausüben und die weder bei Einstellung oder Entlassungen, noch bei der Regelung betriebstechnischer oder betriebspolitischer Fragen mitwirken.

Der Begriff "Öffentliches Amt" umfasst alle Beamten und Angestellten des Reiches, der Länder, Städte und Gemeinden, sowie alle Mitglieder der Leitung politischer Parteien, Gewerkschaften und anderer öffentlicher Vereinigungen.

Bei den Meldungen ist zu unterscheiden zwischen Personen, die unter die Kategorie I der Anordnung 101a fallen und solchen, die unter die Kategorie II dieser Anordnung fallen.

Das Schema der zu erstattenden Meldung ist also folgendes:

		zwischen dem 1.5.45 bis 1.1.46	zwischen dem 1.1.46 bis 1.7.46
ent-	Kategorie I der Anordnung 101a	.....	.....
lassen	Kategorie II " Anordnung 101a	.....	.....
weiter	Kategorie I der Anordnung 101a	.....	.....
beschäftigt	Kategorie II " Anordnung 101a	.....	.....

Die Meldung ist bis zum 1.8.46 hierher zu erstatten und zwar für alle Dienststellen, die ihren Sitz im Britischen Sektor haben. Die Bezirksämter bitte ich, entsprechende Meldungen auch von der Leitung der politischen Parteien und Gewerkschaften ihres Bezirkes anzufordern.

In Vertretung  
S c h m i d t

J. Nr. 413/46

Betr.: Gesundheitsmeldung

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 55  
15. Juli 1946

Unter Bezugnahme auf unser Schreiben vom 9. Juli d. Js. - J. Nr. 396/46 - betr. Krankmeldung teilen wir mit, dass der Hausmeister Otto S t o l s z a n n laut Krankheitsbescheinigung der Versicherungsanstalt Berlin ab 15. d. Mts. gesund geschrieben ist und seine Arbeit wieder aufgenommen hat.

Der Leiter  
der Akademie der Künste zu Berlin

An den  
Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. Museen und Sammlungen

(1) Berlin S. S.  
Mauerstr. 55

B1

Abschrift!  
( J.Nr. 415 )

*Original  
aus 17.7.  
Frau Gork-  
hand über-  
brachte  
Ew. 1877*

273

Diese Bescheinigung ist sofort dem Arbeitgeber vorzulegen

Versicherungsanstalt Berlin  
Verwaltungsstelle 4

Krankheitsbescheinigung

Herr S t o l z m a n n Otto geb. 6.3.94  
wohnhaft Berlin  
ist (war) vom 1. 7. 1946 bis 14.7.1946 krank und arbeitsunfähig.  
Das Krankengeld-Familiengeld beträgt (betrug) täglich - RM  
vom - bis -

.....

Der Versicherte erhält (er-  
hielt) keine Geldleistungen,  
da er Arbeitsentgelt bezieht.

( L.-S. ) Verwaltungsstelle 4  
i.A. gez. Sasse

Berlin, den 13. Juli 1946

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 55  
15. Juli 1946

J. Nr. 414/46

Betr.: Meldung von Anschriften  
von antifaschistischen  
Kriegsgefangenen  
-----

Das Schreiben vom 9. Juli d. J. - Vieldg G 1/46 -  
erstatten wir Vollständige.

Der Leiter  
der Akademie der Künste zu Berlin

An den

Magistrat der Stadt Berlin  
Hauptamt Wissenschaft und  
Forschung  
Museen und Sammlungen  
(1) Berlin S. 2  
Hardenbergstr. 55

*Ch*

*BS*



11. Juli 1946

275

Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
- Vbldg G 1/Ng -

Berlin W 8, den 9. Juli 1946  
Mauerstrasse 53  
Tel. 420018/1776

An die  
Unterabteilungen der  
Abteilung für Volksbildung  
sowie an die  
Abteilungen für Volksbildung  
in den Bezirken.

Der Hauptausschuss "Opfer des Faschismus" ist damit be-  
schäftigt, Listen von antifaschistischen Kriegsgefangenen,  
welche nachweisbar im Kampf gegen den Faschismus ge-  
standen haben und nach jahrelanger Haft in die fa-  
schistische Wehrmacht gezwungen worden sind, zusammenzu-  
stellen. Von der Alliierten Kommission hat der Hauptausschuss  
die Zusage bekommen, dass Kriegsgefangene der oben-  
genannten Art bei der vorzeitigen Entlassung Berücksich-  
tigung finden werden.

Wir bitten Sie, uns bis zum 18. ds. Mts. Adressen von Anti-  
faschisten, die sich noch in Gefangenschaft der Alliierten  
befinden, zwecks Weiterreichung an den Hauptausschuss  
Opfer des Faschismus mitzuteilen.

Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
gen. Thunig

Hauptamt Wirtschaftl. Forschung  
Museen u. Sammlungen  
Geschäftszeichen: BWiss

Berlin, den 17. Juli 1946  
17/46

Städtische Museen  
Preussisches Museum  
Museen für angewandte Industrie

Botanischer Garten und Museum  
Schlosser und Garten  
Landesmuseum der Künste

Bitte umschreiben zur Verteilung im Herbst mit der Be-  
kennung, dass die erwünschten Angaben bis zum 18. Juli der  
Museen und Sammlungen zu stellen sind.

*Thunig*

Die Tagespost Nr. 161  
 Sonnabend, 18. Juli 1946

## Wer wird für tot erklärt?

(DPD) Statistiken über die in diesem Kriege Verschwundenen, über die Männer, Frauen und Kinder, deren Tod nicht beurkundet werden konnte, existieren noch nicht. Man ist vorerst auf Schätzungen angewiesen und wird wahrscheinlich niemals die genaue Zahl dieser Kriegsoffer erfahren, da sie unauffindbar sind.

Das Gesetz hat bereits vor dem Kriege den Begriff „Verschollenheit“ geprägt. Diese Verschollenheit stellt heute keinen Sonderfall dar, sondern beschäftigt die Gerichte in wachsendem Maße. Ungewiß ist das Los der vermißt gemeldeten Soldaten. Verschollen sind alle diejenigen, die unter Haustrümmern begraben wurden und nicht geborgen werden konnten. Ausgelöscht ist das Leben vieler KZ-Insassen, von denen man oft nicht weiß, wann sie starben. Unauffindbar sind die Umquartierten, Flüchtlinge und anderen Zivilisten, deren Spur sich im Inferno des letzten Kriegsstadiums verlor. Am häufigsten sind die Fälle der verschleppten Juden, die aus den Konzentrationslagern nicht zurückkehrten. Der Zeitpunkt ihres Todes läßt sich in der Regel nicht mehr ermitteln. Die Angehörigen können oft nur berichten, wann sie von der Gestapo abgeholt wurden, und in welches Lager sie gekommen sein sollen. Von diesem Tage an hörte vielfach jede Verbindung auf. Bei den nach Minsk oder in andere russische Städte Deportierten besteht noch die schwache Hoffnung, daß sie wieder auftauchen.

Welche Voraussetzungen müssen nun erfüllt sein, damit eine Todeserklärung ausgestellt werden kann? Maßgebend ist das Gesetz vom 4. Juli 1939, das nach Rücksprache mit den Besetzungsbehörden in seiner alten Form weiterbesteht. Hier ist eine Sonderregelung für die Kriegverschollenheit vorgesehen, unter die „alle Angehörigen einer bewaffneten Macht fallen, die an einem Kriege oder einem kriegähnlichen Unternehmen teilgenommen haben“. Weiter heißt es darin: „Den Angehörigen einer bewaffneten Macht steht gleich, wer sich bei ihr aufgehalten hat.“ Einbezogen sind also Eisenbahner, Angehörige der OT, Krankenschwestern, alle, die von Hitlers „totaler“ Kriegführung „eingesetzt“ waren. Der Tod ist mit hoher Wahrscheinlichkeit dann anzunehmen, wenn Augenzeugen vorhanden sind, die bestätigen können, daß die Leiche des Verschollenen nicht geborgen werden konnte, daß der Betroffene schwer verwundet zurückblieb, oder ähnliches. Bei dieser Sachlage kann die Todeserklärung kurzfristig ausgesprochen werden. Jedoch besteht die „hohe Wahrscheinlichkeit“ des Todes dann nicht, wenn eine Frau,

deren Mann in Stalingrad kämpfte, seitdem von ihm oder über ihn ohne jegliche Nachricht geblieben ist. In solch einem Falle kann die Todeserklärung erst ein Jahr nach Ablauf desjenigen Jahres ausgesprochen werden, in dem der Krieg beendet war. Das Gesetz spricht zwar von Friedensschluß, maßgebend aber ist hier der Termin der Kapitulation.

Die verschollenen Zivilpersonen fallen unter § 7 des Gesetzes, der verfügt, daß diejenigen, die in Lebensgefahr kamen und seitdem verschwunden sind, für tot erklärt werden können, „wenn seit dem Zeitpunkt, an dem die Lebensgefahr vorüber war, ein Jahr verstrichen ist“. Läßt sich der Zeitpunkt des Todes nicht feststellen, wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Durch Inserate und Anschläge werden Zeugen, die nähere Angaben über den Verbleib der Verschollenen machen können, aufgefordert, sich zu melden. Die Frist darf nicht unter sechs Wochen und nicht über sechs Monaten liegen. Stellt es sich als unmöglich heraus, den Termin zu ermitteln, so wird der Zeitpunkt angenommen, der der wahrscheinlichste ist. Im Hinblick auf die Erbschaft ist die Feststellung des genauen Termins in den Fällen wichtig, in denen beide Eheleute für tot erklärt werden. Waren z. B. die Ehepartner schon einmal verheiratet und sind aus diesen Ehen Kinder hervorgegangen, so erben die Kinder der Frau, wenn diese auch nur eine Stunde nach dem Mann gestorben ist, da sie ja juristisch die „Ueberlebende“ ist. Läßt sich nicht mehr feststellen, wer von beiden zuerst starb, so wird der gleichzeitige Tod angenommen, und das Vermögen fällt auseinander.

Der Antrag auf Todeserklärung kann von jeder Person gestellt werden, die ein rechtliches Interesse daran hat — also von Verwandten —, ohne daß ein Grund hierfür angegeben werden muß. Dieser besteht meistens in dem Wunsch nach Wiederverheiratung und nach einer Erbschaft. Gegen Ende dieses Jahres ist im Hinblick auf die dann für Kriegsteilnehmer ablaufende Frist mit einer Hochflut von Anträgen zu rechnen. Die Gerichte bearbeiten die Todeserklärungen mit großer Sorgfalt, um nach Möglichkeit Fehlentscheide auszuschließen. Auf der anderen Seite mehren sich die Fälle, in denen Totgesagte aus der Gefangenschaft zurückkehren. Können sie ihre Identität nachweisen, so wird die falsche Eintragung kurzfristig gelöscht.

11.  
3:5  
14.  
2.0  
Mc  
Bat

D.  
Me  
Wil  
Inter  
sch.  
Wi  
nac-  
die  
mul  
auf  
Rü-  
stru-  
tat  
in  
sel  
nic  
gut  
in  
—  
Nie  
glei-  
u.  
Re-  
da  
gut  
wie  
hin

N  
fest  
kön  
Kan  
geb  
die  
grö-  
gen  
Ab-  
bo  
Niv  
mit  
Die  
100  
arm  
lau  
Her  
mit  
24.4  
Fra  
wer

B4

Staatliche Hochschule  
für bildende Künste

63/04

Charlottenburg, den 6. Januar 1941

Zwecks Beantragung der Verlängerung der Ausweise zum unentgeltlichen Besuch der staatlichen Museen und Schlösser im Deutschen Reich für das Jahr 1941 bitte ich Sie, innerhalb der nächsten 8 Tage Ihren alten Ausweis im Aufnahmebüro (Zimmer 16) abzuliefern und die Verlängerungsgebühr von 0,50 RM gleichzeitig zu entrichten.

Für diejenigen Herren, die noch nicht im Besitz eines derartigen Ausweises sind und einen solchen zu erhalten wünschen, ist die Einreichung eines Lichtbildes in der Größe 4 x 5 cm und die Zahlung einer Ausfertigungsgebühr von 1,-- RM im Zimmer 16 erforderlich.

Der kommissarische Direktor

*Max B. Hoffmann*

J. Nr. 336/46  
Betr.: Krankmeldung

*W. mit Langhans  
und Hoffmann  
Hofmann*

277  
Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
9. Juli 1946

In Anschluss an unser Schreiben vom 2. d. Mts. -  
J. Nr. 336/46 - übersenden wir anliegend das Attest für den  
Hausmeister Stollmann.

Der Leiter  
der Akademie der Künste in Berlin

An den  
Registret der Stadt Berlin  
Abteilung Museen und Sammlungen  
(1) Berlin W. 8  
Mauerstr. 33

B1

278  
Abschrift!

Versicherungsanstalt Berlin

Versicherter S t o l z m a n n      Otto

Gaudystr. 4

Geburtstag 6.3.94

Berlin, den 1. VII. 46

Stolzmann ist wegen acuter Nierenentzündung  
für 14 Tage arbeitsunfähig.

gez. Unterschrift



J. Nr. 387/46

Betr.: Personalfragebogen

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
2. Juli 1946

Der an den Unterzeichneten am 29. Juni mündlich gerichteten Aufforderung entsprechend übersende ich anbei erneut die Fragebogen des Personals der Akademie nach erfolgter Ausfüllung als Ersatz für die bei dem Umzug der Personalabteilung dort verlorengegangenen.

Der Leiter

der Akademie der Künste zu Berlin

An den

Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. Museen und Sammlungen  
(1) Berlin W 8  
Hardenbergstr. 53

B1

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
2. Juli 1946

J. Nr. 386/46  
Betr.: Krankmeldung

Wir teilen mit, dass der Hausmeister Otto S t a l z-  
m a n n an einem Nierenleiden erkrankt ist; Ärztliches  
Attest wird nachgereicht.

Der Leiter  
der Akademie der Künste zu Berlin

An den  
Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung Museen und Sammlungen  
(1) Berlin W 8  
Mauerstr. 53

## Liefererschein

# Zentral-Handels-gesellschaft Ost

Orlandwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.

Zefigenschaft gem. Erl. d. Herrn Reichmarschalls des Großmüschon reuene  
Neufragter für den Vierhuplan vom 27. Juli 1741 — V. P. 12028 —

Rechtsanwaltskanzlei Nr. 9 / 0260 / 5 / 30

**Geschäftsstelle:**

**Fernsprecher:**

**Donatworts:**

**Bank:** Deutsche Rentenbank, Kreditanstalt für Zinsen, W.

Continued on D-7

Kennzeichnung für Schrittweise: Aufzug, Versand-Avizo, Zahlungsschein

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

### Fair Abolition

*Neobornia grandis*

## Concluding

Ungar Zoltán

Journal

Rechnung Nr.

Magazin Nr. Heimath. Bezeichnung	Abgang " Datum	Fahrt Nr.	Menge	Werkbezeichnung	Einsatzpreis	Rating

Magistrat der Stadt Berlin .  
Abt.f.Personalfragen u.Verwaltung  
Schm/So.

227  
Berlin C 2, den 31. Mai 1946  
Parochialstrasse 1-3  
Tel.: 42 00 51, App. 311

R u n d s c h r e i b e n  
-.-.-.-.-

Verteiler I

Betr.: Einsatz von Arbeitsbehinderten - Beschäftigung blinder  
Stenotypisten.

Die Versicherungsanstalt der Stadt Berlin - Hauptabteilung 10 - Berufsfürsorge für Arbeitsbehinderte bittet den Magistrat der Stadt Berlin, die Aufmerksamkeit aller Dienststellen auf den Einsatz von blinden Stenotypisten zu richten. Nach den Ausführungen der Versicherungsanstalt - Hauptabteilung 10 - sind in Berlin etwa 90 blinde Stenotypisten vorhanden, die zum größten Teil voll einsatzfähig sind. Sie besitzen oder können in kürzester Zeit ausgerüstet werden mit einer Stenograflermaschine und haben dann eine durchschnittliche Aufnahmegeschwindigkeit von 100 Silben pro Minute. Sie besitzen zum geringeren Teil eigene Schreibmaschinen, sind aber auch in der Lage, mit normalen Schreibmaschinen entweder nach einer kurzen Einarbeitungszeit oder aber nach Einbau einer kleinen Hilfsvorrichtung, zu arbeiten. In den Bezirksamtern Wilmerdorf und Schöneberg/Friedrichshagen.

B1

Schöneberg/Friedenau, in der Abteilung für Ernährung des Magistrats der Stadt Berlin und in der Versicherungsanstalt sind bereits blinde Stenotypisten mit gutem Erfolg und zur Zufriedenheit der Dienststelle tätig.

Naturgemäss ist nicht jede Arbeitsstelle für einen blinden Stenotypisten geeignet, doch besitzt die Versicherungsanstalt der Stadt Berlin genügend Erfahrung, um durch Untersuchung an Ort und Stelle Vorschläge für den Einsatz von blinden Stenotypisten machen zu können.

Ich bitte, alle Personalstellen zu überprüfen, inwieweit im Rahmen des Einsatzes von Arbeitsbehinderten Blinde diese Arbeit herangezogen werden können und bitte, sich mit der Versicherungsanstalt der Stadt Berlin - Hauptabteilung 10 - Berufsfürsorge für Arbeitsbehinderte, Berufsfürsorger Heller, Berlin SO 68, Neue Grünstr. 18, Zimmer 70, in Verbindung zu setzen.

Der Magistrat der Stadt Berlin bittet dringend, diesem Einsatz der Blinden besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

In Vertretung  
Schmidt

*Handwritten:*  
Berlin, den 10. Juni 1946  
An die Arbeitsstelle  
Heller  
Heller

222

*Handwritten:* Mit Lief Lhr mit Kopfflag

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
17. Juni 1946

J. Nr. 343/II/46

*Handwritten:* 2 Aufg. Arbeitsbogen  
2 Aufg. Arbeitsbogen

Notr.: Amerikanische Fragebogen

Zu dem Schreiben vom 6. Juni 1946  
- Vbildg P 2

*Handwritten:* Auf mit je 1 Fragebogen  
Auf mit je 3 Aufg.

*Handwritten:* 10 +  
Kopfflag

Beiliegend übersenden wir die ausgefüllten amerikanischen Fragebogen.

Der Unterzeichnete bittet den auf seine Person bezüglichen Fragebogen gefälligst dortselbst bescheinigen zu wollen, da für ihn nur der Magistrat der Stadt Berlin als vorgesetzte Dienststelle in Betracht kommt.

Der Leiter der Akademie der Künste

An den  
Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Volkshildung  
Personalleitung  
(1) Berlin W 8  
Hardenbergstr. 33

*Handwritten:* B1



(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 53  
13. Juni 1946

J. Nr. 343/46

Betr.: Amerikanische Fragebogen

Schreiben vom 6. Juni 1946  
- Vbldg P 2 -

*W. Lang Prof. in  
3 fays Aufstufung*

Die mit dem dortigen Schreiben vom 6. d. Mts. uns zugestellten amerikanischen Fragebogen sind infolge der Pfingstfeiertage erst am 11. d. Mts. bei der Akademie eingegangen. Die Ausfüllung dieser umfangreichen Formulare innerhalb der gestellten Frist bis zum 14. d. Mts. ist den Angehörigen des Akademie-Büros leider nicht möglich, da auch die laufenden Arbeiten in der Erledigung nicht zurückbleiben dürfen und da die Fragebogen für verschiedene Beantwortungen die Feststellung von Daten erforderlich machen, die zeitraubend ist. Wir bitten deshalb um für die Ablieferung der ausgefüllten Fragebogen gefälligst stillschweigend einige wenige Tage befristet zu wollen.

Der Leiter  
der Akademie der Künste zu Berlin.

*Qu.*

An den

Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
Personalleitung

(1) Berlin W. 8

Hardenbergstr. 53

Geschäftsstelle:

Zentral-Handelsgesellschaft Ost  
für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.

Zeitungsführer für den Kreisplan vom 27. Juli 1941 - V. P. 12028 -  
Rechnungsstelle Nr. 9/0280/5/20

Postfach:

Ordnungs:

Bank: Deutsche Reichsbank, Berlin W. 8.

Geldverkehrs: Berlin

Postbank-Konto:

Kennzeichnung der Geschäftswesen, Abteilung, Versand-Artikel, Zahlungen, usw.

Ohne Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

für Abteilung

Rechnungsdatum

Umfang

Umfang Zeichen

Wir bitten um

Durch

Nach

Rechnung Nr.

Wagon Nr.

Abgabe Stk.

Preis Nr.

Mengen

Verpackungseinheit

Einzelgröße

Stück

Berlin W 8, den 6. Juni 1946  
Mauerstr. 53  
Fernr.: 42 0018, App. 1705

Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
Personalleitung

- Vbildg. P 2 -

An die Akademie der Künste,  
über Abt. Museen und Sammlungen

Auf besondere Veranlassung überreichen wir  
in der Anlage eine Anzahl von amerikanischen Frage-  
bogen mit der Bitte, diese in doppelter Ausfertigung  
von allen dort tätigen Angestellten ausfüllen zu  
lassen und sie bis zum 14. ds. Mts. wieder zuzustel-  
len.

Im Auftrage  
Friedrich

Akademie der Künste zu Berlin

S. Nr.

349 ✓

gütlich ausgeführt  
5. 11. 46(1) Berlin-Charlottenburg 2.  
Hardenbergstr. 33.  
12. Juni 1946

Nachdem Sie am 6. d. Mts. der Entwendung einer Salatpflanze aus dem hohen dem Hochschulgebäude gelagerten kleinen Gemüsegarten überführt worden sind, erteile ich Ihnen im Namen der Akademie der Künste hiermit eine ernste *Verwarnung*. Wenn die Akademie es hierbei bezeugen kann, so spricht die Tatsache mit, dass es sich bei der entwendeten Sache um eine solche nur geringen Wertes handelt. Dies ändert jedoch natürlich nichts an der moralischen Beurteilung Ihres Verhaltens, durch das Sie nicht nur Ihr eigenes Ansehen und das von der Akademie ~~in~~ in Sie gesetzte Vertrauen erschüttert haben; Sie haben durch dieses Verhalten vielmehr <sup>noch</sup> die Interessen der Akademie in bedauerlichster Weise geschädigt, zumal der Vorfall, wie Sie wissen, nicht verborgen geblieben ist. Wir hoffen, dass Sie auch die erteilte <sup>Verwarnung</sup> zur Lehre dienen lassen. In Falle künftiger nicht tadelnswerter Führung würden Sie sich einer strengeren Ahndung gewärtig halten müssen.

Der Leiter

der Akademie der Künste zu Berlin

Gm.

Das Prot. vom 11. Juni 1946 Nr. 149/46  
ist gütlich ausgeführt worden.

Berlin, d. 11. Juni 1946

An den

Rechtsminister

Herrn Otto Stolzmann

Berlin

Otto Stolzmann

B.1.





Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. f. Personalfragen u. Verwaltung  
HPA 11

Berlin, den 13. Mai 1946

Freier Hausarbeitstag für weibliche Angestellte und Arbeiterinnen;  
hier: eigener Haushalt

Auf Grund der Ziff. 2 der Umdruckverf. vom 5.2.1946 - Dr. K/B-  
betr. Einführung der 48-Stundenwoche und der Ziff. 4 der Umdruck-  
verf. vom 26.2.1946 - HPA. III - erhalten weibliche Angestellte  
und Arbeiterinnen mit eigenem Haushalt monatlich einen und Frauen  
mit mindestens 2 Kindern unter 14 Jahren im eigenen Haushalt  
monatlich 2 dienstfreie Hausarbeitstage. Ein eigener Hausstand  
im Sinne dieser Bestimmungen kann im allgemeinen anerkannt wer-  
den, wenn die weibliche Dienstkraft eine eigene Wohnung mit  
eigenen Möbeln besitzt oder eine möblierte Wohnung gemietet hat  
und darin mit Unterstützung von Angehörigen oder sonstigen  
Hilfspersonal einen selbständigen Haushalt führt und für eigene  
Rechnung auch die zum Lebensunterhalt notwendigen Speisen her-  
stellt oder herstellen läßt. Darüber hinaus kann ein eigener  
Hausstand auch angenommen werden, wenn beispielsweise eine  
weibliche Dienstkraft mit ihren Eltern eine gemeinsame Wohnung  
besitzt und die Tochter den Haushalt versehen muß, weil die  
Eltern infolge hohen Alters oder aus sonstigen Gründen nicht  
mehr in der Lage sind, den Haushalt zu versehen. Hierbei ist  
es ohne Interesse, ob sie die Mieterin der Wohnung, Eigen-  
tümerin der Möbel ist oder ob die Eltern zu ihr gezogen sind  
oder ob sie in der Wohnung ihrer Eltern lebt. Auch unter die-  
sen Voraussetzungen kann ein freier Hausarbeitstag gewährt  
werden.

In Vertretung

S c h m i d t

An  
" die Dienststellen der Hauptverwaltung,  
" städt. Eigenbetriebe,  
" städt. Eigengesellschaften und  
" überwiegend städt. Gesellschaften,  
" Bezirksämter.

*1. Herr Schmidt vgl.  
H. Schmidt ist befragt  
auf sein fern. Tag. in Berlin.  
1. Frau Schmidt 14. Mai 1946  
11. April 1946  
H. Schmidt*

Zentral-Handelsgesellschaft Ost  
für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.  
Ostgesellschaft gem. Ent. d. Herrn Reichsministeriums des Großdeutschen Reiches  
Beauftragter für den Vierjahresplan vom 27. Juni 1941 - V. P. 12058 -  
Reichsministerium-M. 9/0250/5/30

Geschäftsstelle:

Fernsprecher:  
Druckwerk:  
Bank: Deutsche Rentenbank Kurantkassen, Berlin W 8  
Kontostand: Berlin  
Postcheck-Konto:  
Kontenführung für: Schriftwechsel, Auftrag, Versand-Arbeit, Zahlungen usw.

Fachabteilung der Zentrale

ZO 7090 200 000 1.44 Gostel-Druck C/0057

Stück Vorabdruck  
Stück Stich

Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. f. Personalfragen u. Verwaltung  
Schm/So.

228  
Berlin C 2, den 15. Mai 1946  
Parochialstr. 1 - 3

Rundschreiben

Verteiler I

Betr.: Bevorzugung bei der Anstellung von Arbeitskräften.

Die Alliierte Kommandantur Berlin hat unter dem 10.5.46 -  
BK/O(46) 209 - folgenden Befehl erlassen:

1. Zur Ausmerzung der diskriminierenden Nazimethoden und Einführung einer gerechten Handlungsweise bei der Anstellung von Arbeitskräften sind folgende Regeln zu beachten.
2. Bewerber sind in der nachstehenden Reihenfolge zu bevorzugen:
  - (I) Opfer des Faschismus, einschließlich Personen, die ihre Stellungen aufgrund ihrer Religion, Staatsangehörigkeit, politischen Einstellung oder Parteizugehörigkeit verloren,
  - (II) Personen, die dem Nazismus aktiven Widerstand leisteten,
  - (III) Personen, die zu keiner Zeit Mitglieder der NSDAP oder irgendeiner ihrer untergeordneten Organisationen waren, oder an die DAF Geldzuwendungen zukommen liessen, oder die zu keiner Zeit irgendeine politische oder verwaltungsmässige Funktion übernahmen (im Sinne der Bestimmung Nr. 1 der Anordnung BK/O(46) 101a).

3. Körperlich behinderte<sup>n</sup> Personen, wird ungeachtet der Ursache der Behinderung mit Rücksicht auf ihre Arbeitsfähigkeit, eine Beschäftigung in der in Punkt 2 (I) (II) und (III) aufgeführten Reihenfolge zugewiesen.
4. Keine Bevorzugung wird aufgrund von Wehrdienst oder Kriegsauszeichnungen (Medaillen, Anerkennungsschreiben, Rang usw.) gewährt.
5. Von Beschäftigung entlassene oder ausgeschlossene Personen, gemäss der Bestimmung 1 der Anordnung BK/O(46) 101a der Alliierten Kommandatura, dürfen mangels unbeschäftigter Arbeitskräfte der in Frage kommenden Berufe seitens der Arbeitsämter auf dem Wege des Sondereinsatzes unerwünschte oder schwere Arbeit zugewiesen werden."

Ich bitte alle Personalstellen des Magistrats der Stadt Berlin bei Entlassungen genau nach dem obigen Befehl zu verfahren. Bei Entlassungen ist analog vorzugehen und zwar so, dass zuerst Personen der unter 2 (III) genannten Kategorie, dann Personen der unter 2 (II) genannten Kategorie und zuletzt Personen der unter 2 (I) genannten Kategorie zur Entlassung kommen, wenn aus Ersparnis- oder organisatorischen Gründen Personaleinsparungen notwendig sind.

In Vertretung  
S c h m i d t

In V  
S c

Mr.  
J. J. Jones  
to R. J. Jones  
R. J. Jones

B1

Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. für Personalfragen  
und Verwaltung

Berlin C 2, den 8. Mai 1946  
Parochialst... 1-3

Rundschreiben

Betr. Doppelverdiener.

Betr. Doppelverdiener.

In der letzten Zeit ist häufig die Frage gestellt worden, ob zugelassen werden kann, dass eine Ehefrau in städtischen Betrieben und Verwaltungen beschäftigt wird, wenn der Ehemann im Verdienst steht. Die Frage ist grundsätzlich zu bejahen. Einmal ist jede arbeitsfähige Frau verpflichtet, zu arbeiten; würde sie nicht in städtischen Betrieben oder Verwaltungen arbeiten, so würde sie entsprechend ihren Fähigkeiten vom zuständigen Arbeitsamt an anderer Stelle eingesetzt werden. Zum anderen haben Frauen die gleichen Rechte auf Arbeit wie Männer und diese Rechte werden durch die Verheiratung nicht beeinträchtigt.

Doppelverdienertum spielt praktisch eine Rolle, wenn der Umfang vorgenommen

Die Frage des Doppelerdienens spielt praktisch eine Rolle, wo aus Etatgründen Kündigungen in grösserem Umfang vorgenommen werden müssen. In solchen Fällen wird ganz allgemein auf die soziale Lage der Betroffenen Rücksicht zu nehmen sein. Man wird einen Angestellten oder Arbeiter oder eine Angestellte oder Arbeiterin bei sonst gleicher Lage eher entlassen, dessen Ehegatte in Arbeit steht, als einen Kollegen oder eine Kollegin, die durch die Entlassung in Not geraten würde.

b.w.

b.w.

31



Dies entspricht dem Gebot der sozialen Gerechtigkeit und bedeutet nicht eine Schlechterstellung der arbeitenden Ehefrau.

in Vertretung  
S c h m i d t

An alle

Magistratsmitglieder und deren Stellvertreter  
Bezirksämter 1 - 20  
Abteilungen des Magistrats  
städt. Betriebe  
städt. und überwiegend städt. Gesellschaften  
Versicherungsanstalt Berlin  
Berliner Stadtkontor  
Berliner Rundfunk G.m.b.H.  
den Polizeipräsidenten  
den Kammergerichtspräsidenten  
den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht  
das Landgericht Berlin  
das Landesgesundheitsamt, Herrn Wendland  
das Kaiser Wilhelm-Inst. f. öffentl. Recht, Dahlem, Geilertstr. 13a  
Hd.v. Herrn Dir. v. Lewinski  
den Hauptbetriebsrat der städt. Betriebe, Herrn Schwanebeck  
das Personalamt der städt. Betriebe, Herrn Alfermann  
Abt. für Ernährung, z. Hd. von Herrn Rahmel  
Hauptpersonalamt, z. Hd. v. Herrn Nemitz  
Organisationsamt, z. Hd. v. Herrn Taubert  
Amt für Ausbildung, z. Hd. v. Herrn Theuner  
4 Verbände des FDGB

*Handwritten notes:*  
Bek. 16.5.46  
1. Z. 1.46  
P.H.

Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. f. Personalfragen u. Verwaltung  
Schm/So.

Berlin, den 16. Mai 1946  
Parochialstr. 1-3

R u n d s c h r e i b e n !

Verteiler I

Betr.: Doppelverdiener-

In Ergänzung des Rundschreibens v. 8.5.46 teile ich eine Stellungnahme des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Groß-Berlin v. 9. d. M. Chw/MU. mit:

"Als Doppelverdiener ist nur anzusehen, wer persönlich doppeltes Einkommen hat.  
Wir lehnen es ab, weibliche Familienangehörige, insbesondere Ehefrauen arbeitender Männer, als Doppelverdiener zu bezeichnen. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt des gleichen Rechtes der Frau auf Arbeit und Berufswahl. Zur Regulierung der Arbeitsmarktverhältnisse zwischen Mann und Frau halten wir die Verwirklichung des Grundsatzes des gleichen Lohnes für gleiche Leistung für notwendig.  
Wir lehnen die in dem Brief des Magistrats der Stadt Berlin, vom 24.4.46, im Absatz 2, angeführte Handhabung in der Ent-

lassung



lassung von Frauen, deren Männer ebenfalls in der Verwaltung tätig sind ab, weil sie der obigen Stellungnahme widerspricht. Soweit sich infolge der augenblicklichen Schwierigkeiten in einzelnen Betrieben Entlassungen als unvermeidlich erweisen, müssen diese Entlassungen von sozialen Gesichtspunkten geleitet sein, keineswegs dürfen aber Entlassungen von Frauen erfolgen, um sie mit Männerarbeitskräften zu besetzen."

Dieses Schreiben des FDGB ergänzt das Rundschreiben v. 8. d. M. Falls sich Meinungsverschiedenheiten mit Gewerkschafts- oder Betriebsvertretungen ergeben, bitte ich auf diese Stellungnahme des FDGB Groß-Berlin hinzuweisen.

In Vertretung  
S c h m i d t

*Dr. H. H. H.*  
*Berlin, den 1. Juni 1946*  
*Dr. H. H. H.*  
*Dr. H. H. H.*

Magistrat der Stadt Berlin.  
-Finanzabteilung-  
-Kam. II, 2b-

Berlin, den 14. M. 1946.

Betr.: Treugelder für städtische Arbeiter

- 1.) Treugelder sind an Arbeiter zu zahlen, bei denen dies tariflich festgelegt oder vereinbart worden ist. Das trifft in jedem Fall für die unter die TOB fallenden städtischen Arbeiter zu.
- 2.) Bei Angestellten fehlt eine solche tarifliche Regelung. Die früher übliche Zahlung von Treugeldern erfolgte bei einzelnen städtischen Betrieben auf Grund einer Anordnung des früheren Oberbürgermeisters. Derartige Treugelder können unter den heutigen Umständen nicht mehr gezahlt werden. Da von den Bezirken im Haushalt 1946 für Treugelder noch keine Ansätze vorgesehen sind, bitten wir, jeweils nach Bedarf die erforderlichen Mittel aus B 0318 anzufordern.

An  
alle Bezirksämter -Finanzver-  
waltung-,  
an die Abteilungen des Magistrats,  
an die Wägenbetriebe und Anstalten.

I.V. Dr. H a a s . I.V. Schmidt

*Dr. H. H. H.*  
*Berlin, den 1. Juni 1946*  
*Dr. H. H. H.*  
*Dr. H. H. H.*

B7

Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. f. Personalfragen u. Verwaltung  
-HPA II -

Berlin, den 30. April 1946

Zusätzliche Wochenhilfe für weibliche Angestellte  
(§ 13 der TO.A)

Es bestehen immer noch berechtigte Zweifel, ob und welche Bezüge den unter die TO.A oder Kr.T fallenden weiblichen Angestellten zu zahlen sind, die dem Dienst während der sog. gesetzlichen Schutzfrist - je 6 Wochen vor und nach der Entbindung - fernzubleiben berechtigt sind. Aufgrund des § 7 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes hatten bisher die Frauen, die in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert waren, einen Anspruch auf Gewährung eines Wochengeldes während der gesetzlichen Schutzfrist, und zwar in Höhe des Durchschnittsverdienstes der letzten 13 Wochen. Durch diese Regelung waren die Bestimmungen des § 13 TO.A gegenstandslos geworden. Nach Mitteilung der Versicherungsanstalt Berlin vom 16.4.1946 - V/1 142/20 - Mg/Kö. - wird den weiblichen Versicherten ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Versicherungspflicht ebenfalls ein Wochengeld während der letzten 6 Wochen vor und der ersten 6 Wochen nach der Niederkunft gewährt. Die Höhe des Wochengeldes erreicht jedoch nicht den bisherigen Durchschnittsverdienst, sondern beträgt nur 80 v.H. des Grundbetrages, mindestens jedoch 2,-RM täglich. Durch diese Regelung erhält ein Teil der weiblichen Angestellten während der gesetzlichen Schutzfrist eine geringere Vergütung als während der bisherigen Beschäftigung. Es ergibt sich hieraus die Notwendigkeit, die Bestimmungen des § 13 der TO.A in der bisherigen Fassung solange anzuwenden, bis die Versicherungsanstalt wieder die vollen Bezüge gewährt.

§ 13 in der bisherigen Fassung lautete:

1. Weibliche Gefolgschaftsmitglieder erhalten für den Zeitraum, in dem nach § 4 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vom 16.7.1927/29.10.1927 (RGBl. I S. 184/325) ihre Kündigung unwirksam ist, einen Zuschuß zu der ihnen nach der Reichsversicherungsordnung zu zahlenden Wochenhilfe. Dieser beträgt soviel, daß sich einschließlich der Wochenhilfe aufgrund der RVO. kein höherer Betrag ergibt, als der bisher zur Auszahlung gelangte.
2. Während des Bezuges von zusätzlicher Wochenhilfe nach Abs. 1 sind Krankenbezüge nach § 12 nicht zu zahlen.

Diese Regelung gilt, soweit sie noch nicht durchgeführt sein sollte, ab 1.4.1946.

An die  
Dienststellen der Hauptverwaltung,  
städt. Eigenbetriebe,  
" Eigengesellschaften und  
überwiegend städt. Gesellschaften,  
Bezirksämter.

In Vertretung  
S c h m i d t

*Handwritten signature and date:*  
Berlin, 1. 11. 1946  
H. Schmidt

*Handwritten notes on the left page:*  
Simpf/Kopf!  
Orig.: Hauptamt  
Führungsabtl.  
Jahresfr. 18/10

*Handwritten notes on the left page:*  
An die  
Magistrat  
Abt. f. Personalfragen u. Verwaltung  
Hr. Dr. G. G. G.  
Hr. Dr. G. G. G.  
Hr. Dr. G. G. G.

Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. f. Personalfragen u. Verwaltung  
Schn/30.

233  
Berlin O2, den 7. Mai 1946  
Parochialstr. 1-3

Rundschreiben!

Betr.: Wiedereinstellung entlassener städtischer /n-estellter -  
Umdruckverfügung v. 26.1.46 HPA I

Die Umdruckverfügung v. 26.1.46 HPA I betreffend Wiedereinstellung entlassener städtischer Angestellter wird hierdurch mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Die beteiligten Verbände des FDGB und der Hauptbetriebsrat der städtischen Betriebe und Verwaltungen haben gegen diese Verfügung und das darin vorgeschlagene Verfahren Einspruch eingelegt, da es praktisch auf die Einrichtung schwarzer Listen herausläuft und das durch diese Rundverfügung vorgeschlagene und zum Teil auch schon durchgeführte Verfahren unangenehme Weiterungen für die in der Privatindustrie tätigen Arbeiter und Angestellten haben könnte.

Der Magistrat der Stadt Berlin - Abt. f. Personalfragen und Verwaltung - hat sich diesen Einwänden nicht verschließen können, umso mehr, als sich durch die in der Zwischenzeit erfolgte Regelung der Überwachung der Arbeitsverhältnisse durch die Abt. f. Arbeit andere Möglichkeiten der Kontrollen ergeben.

Allen beteiligten Dienststellen wird daher zur Pflicht gemacht, vor der Einstellung von Arbeitern und n-estellten die Vorlage des Arbeitsbuches bzw. der Arbeitsbuchersatzkarte zu verlangen und vor allem die Eintragungen über die letzten Beschäftigungen zu prüfen.

Ergibt

B1



the proposed  
H.

Die Frage, Berufsbeamtentum oder nicht, stand eigentlich nicht zur Diskussion, da sowohl die amerikanische Militärregierung als auch die deutschen Länderregierungen das Berufsbeamtentum erhalten wollen, allerdings ein politisch zuverlässiges Beamtentum, bei dem sich berufliche Eignung und demokratische Gesinnung vereinigt. Die Frage ist sehr umstritten. Hier gehen die Meinungen zwischen der russisch besetzten Zone und den westlichen Zonen scharf auseinander.

Nr.	Lfd.	Pos. des Verdingungs- anschlages	Anzahl	Benennung	Betrag



BERLIN, den 6. Januar 1939  
H 20/202 Schm/Ang/Zl.

Reichspräsidentkanzlei des Führers  
und Reichskanzlers  
Berlin  
Vollstr.

# RECHNUNG

Kostenanschlag vom 1939  
Tit.  
Pos.  
Vertrag vom 1939  
Seite

bau de

Beleg Nr.

GARDINEN  
DEKORATIONS-  
MOBELSTOFFE  
DEUTSCHE ORIENT-  
TEPPICHE / LAUFER  
LINOLEUM  
FERNSPRECHER: Sammelnnummer 11 69 91  
Postfachkonto: Berlin 11029 II Drahtanschrift: Korkteppich Berlin  
Bankkonten:  
Deutsche Bank u. Disconto-  
Gesellschaft: Berlin W 9,  
Potsdamer Straße 127  
Dresdener Bank: Depositen-  
Kasse 52, Berlin W 9,  
Potsdamer Str. 20  
Reichsbank-Giro-Konto  
Bank d. D. Arbeit A.G.,  
Berlin SW 19,  
Märkisches Ufer 26/34

**QUANTMEYER & EICKE**  
Berlin W 8, Kronenstraße 61/63

Lfd. Nr.	Pos. des Verdingungs- anschlages	Anzahl	Benennung	Betrag
			Reichsmark im einzelnen	Reichsmark im ganzen

Wir liefern Ihnen:  
Protos Super Staubsauger VSt 145/220 V.238, -- 2.380.-



235

11 in 3. Aufg.  
Hauptstadt

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
3. Mai 1946

3. Nr. 264/46/HB/St

Betr.: Anrechnung von Haftzeiten und  
Berücksichtigung des Steuer-  
freien Betrages für "G.d.B."

Auf der Schreiben vom 29. v. Hto. - Vbildg P-2 - Schm. -  
erstaten wir Folgende:

In Auftrag  
Kammerrath

An den  
Registrierer der Stadt Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
- Personalleitung -  
Oberstr. 10, Hasen und Hasen  
(1) Berlin 10  
Hardenbergstr. 33

B1

Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
Personalleitung  
- Vbldg P 2 -

Bsch.

An die

Akademie der Künste,

über Abt. f. Museen und Sammlungen

987/46 - 2. Mai 1946 236 N.  
Berlin T 8, den 29. April 1946  
Hauerstr. 53  
Fernr.: 42 0018, App. 1775

Betr. Anrechnung von Haftzeiten und Berücksichtigung  
des steuerfreien Betrages für "O.d.F.".

Für die Anrechnung der Haftzeiten bei der Festsetzung der Vergütungen und der Anrechnung des entsprechenden steuerfreien Betrages bei "O.d.F." benötigen wir dringend die Vorlage des "O.d.F.-Ausweises". Wir bitten Sie daher, alle in Frage kommenden Angestellten zu veranlassen, sich eine beglaubigte Abschrift ihres Ausweises fertigen zu lassen und uns diese Abschriften gesammelt schnellstens anzuleiten oder Fehlanzeige zu erstatten.

Im Auftrage

(Friedrich)

Magistrat der Stadt Berlin  
Abt.f. Personalfragen u. Verwaltung  
-HPA. II-

Berlin, den 2. April 1946

Vergütung für geleistete Mehrarbeit

1. Die uns bisher zugeleiteten Liquidationen und an uns gerichteten Anfragen über die Bezahlung der Überstunden, die von den unter die TO.A fallenden Angestellten geleistet worden sind, lassen erkennen, daß die Bestimmungen des § 2 der TO.A nicht in genügendem Umfange beachtet werden.  
Grundsätzlich sind Überstunden auf dringende Fälle zu beschränken und, soweit tunlich, gleichmäßig auf sämtliche Angestellten zu verteilen. Für nicht regelmäßig geleistete Überstunden besteht nach § 2 Abs. 1 der TO.A kein Anspruch auf Bezahlung, da durch die Vergütung
  - a) sämtliche Arbeitsstunden innerhalb der jeweilig festgesetzten regelmäßigen Arbeitszeit und
  - b) die über die Arbeitszeit unter a) hinausgehenden gelegentlichen Überstunden
 abgegolten werden (s. Nr. 3 Abs. A der ADO. zu § 2 der TO.A).
2. Werden im Einverständnis mit der Betriebsvertretung von den Angestellten dagegen regelmäßige Überstunden, d.h. für eine Zeit von mindestens drei zusammenhängenden Wochen verlangt, so ist ihnen zunächst Freizeit dafür zu gewähren. Ein solches Verlangen setzt eine besondere schriftliche Anordnung des Leiters der Dienststelle oder der diesem vorgesetzten Stelle voraus. Dem Dienststellenleiter obliegt es ferner, die Einhaltung der Mehrarbeit zu kontrollieren, einen Nachweis hierüber zu führen und für Änderung zu sorgen, sobald Mehrarbeit nicht mehr unbedingt erforderlich ist.
3. Steht einwandfrei fest, daß im Laufe des Kalendervierteljahrs, spätestens aber des Kalenderhalbjahrs (s. § 2 Abs. 3 der TO.A) keine Freizeit für die geleistete Mehrarbeit gewährt werden kann, ist die Entschädigung hierfür zu zahlen. Sie beträgt nach § 2 Abs. 3 der TO.A 7 vom Tausend der monatlichen baren Dienstbezüge eines 26 - in den Vgr. I bis III eines 30 - Jahre alten verheirateten Angestellten derselben Vergütungsgruppe am selben Ort, solange unsere Angestellten nicht versicherungs-  
frei

An  
die Mitglieder des Magistrats und  
ihre Stellvertreter,  
die Abteilungen der Hauptverwaltung des Magistrats,  
die Bezirksämter,  
die städt. Eigenbetriebe,  
die städt. Eigengesellschaften und  
die überwiegend städt. Gesellschaften,  
das Kammergericht und  
den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin -Abt. W -

*Handwritten notes and signatures:*  
Herrn ...  
Kammergericht  
19.4.46  
...

frei sind oder keinen Anspruch auf eine über die gesetzliche Versicherungs-pflicht hinausgehende Alters- und Hinterbliebenenversorgung unter Beteiligung des Dienstberechtigten haben. Der Pauschbetrag für die Überstunde beträgt somit für Berliner Angestellte in

Vgr. X	1,26 RM
" IX	1,34 "
" VIII	1,66 "
" VII	1,82 "
" VI	2,17 "
" V	2,56 "
" IV	2,88 "
" III	3,35 "
" II	4,13 "
" I	4,60 "

4. Die vom Dienststellenleiter mit dem Vermerk der Richtigkeit usw. zu versiehende Liquidation über die Bezahlung der Überstunden (s. nachstehendes Muster) ist allmonatlich, und zwar spätestens bis zum Dritten des Monats für den abgelaufenen Kalendermonat der zuständigen Gehalts- und Lohnstelle oder der sonstigen hierfür in Betracht kommenden Dienststelle oder Kasse nach folgendem Muster vorzulegen.

Liquidation  
über die von den Angestellten der .....  
..... geleistete Mehrarbeit  
(Name der Dienststelle)  
im Monat ..... 194..

Lfd. Nr.	Name u. Vorname d. Angestellten	Vgr.	Pauschbetrag für eine Überstunde	Gesamtzahl der geleisteten Überstunden	Gesamt-betrag	von dem Gesamtbetrag (Spalte 6) sind zu ver-steuern	steuer-frei
1	2	3	4	5	6	7	8

Die Richtigkeit bescheinigt  
Eine Abgeltung der Überstunden  
durch Freizeit ist nicht möglich.

Berlin, . . . . den ..... 194..

Festgestellt

Berlin ..... den ..... 194..

.....  
Verwaltungsangestellter

.....  
Dienststellenleiter

In

In die Spalte 7 der Liquidation ist ein Betrag von vier Fünfteln (80 v.H.) des Gesamtbetrages in Spalte 6 einzurücken (s. Dbl. I 1941 Nr. 72 Seite 68). Die Beträge in den Spalten 7 und 8 müssen zusammen den in Spalte 6 eingetrickten Betrag ergeben.

Die bei der Hauptverwaltung vorgelegten Liquidationen, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, sind hinfällig. Sie müssen durch neue den obigen Anforderungen entsprechende Nachweisungen ersetzt werden.

In Vertretung  
S c h m i d t





239

J. Nr. 255/46

Betr.: Gesundheitsmeldung

*W. und Langhans*  
*H. B. H.*

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
25. April 1946

Herr Professor Dr. A m e r s d o r f e r ist von seiner Reise, auf der er ernstlich erkrankt war, am 24. d. Mts zurückgekehrt und hat sofort seine Dienengeschäfte wieder aufgenommen, wenn er auch augenblicklich und in den nächsten Tagen auf erheblichen Rat noch der Schonung bedarf. Von der kommenden Woche ab wird er in der Lage sein, seine Arbeiten in Höhe der Abende wieder regulär zu weiterzuführen.

An den

Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung Hausen u. Sammlungen

(1) Berlin H. 3

Hardenbergstr. 33

In Auftrag

*f*

B1

Matr. Hoffmann Nr. 3  
Juni 1946

### Der preußische Geist und das Berufsbeamtentum Von Willy Becker

Das Land Preußen und die preußische Welt mit ihrer Ordnung zugunsten seiner herrschenden Klassen, des Adels, des Großgrundbesitzers und dem mit beiden verschwägerten und verfilzten Banken- und Industriekapital sind zumindest im sowjetischen Sektor heute bereits historisch geworden. Kein wahrer Demokrat kann darüber seine Zufriedenheit verhehlen. Die SED und die übrigen Parteien des antifaschistischen Blocks werden darüber zu wachen haben, daß es den bereits wieder sehr aktiven Reaktionen nicht gelingt, Wesen und Inhalt des Preußentums als trojanisches Pferd in unsere junge Demokratie einzuschmuggeln, wie es in den Jahren nach 1918 der Fall war.

Wir Demokraten dürfen nicht aufhören, die Reaktion und den alten Preußengeist in allen Erscheinungsformen zu bekämpfen; denn vorerst haben wir nur in der Ostzone dem Preußentum durch die Bodenreform die ökonomische Grundlage entzogen, doch ist damit der preußische Geist aus unserem Volk keineswegs verschwunden. Dieser Geist, der aus freigebohrenen Menschen blind gehorchende Kreaturen machte, die nur auf Befehle warteten und blindlings gehorchten, wie es der vergangene Krieg so eindeutig zeigte. Das Werkzeug, mit dem dieser Absolutismus seine Allgewalt durchsetzte, mit dem jede Teilnahme des Volkes an der Verwaltung des Staates und den örtlichen Selbstverwaltungen ausgeschaltet wurde, war das Berufsbeamtentum, die Bürokratie. Sie ist fast ausnahmslos willig dem Faschismus gefolgt, wie vorher der Weimarer Demokratie und noch früher dem kaiserlichen Deutschland. Diese deutschen Beamten waren alle Kinder desselben Geistes, des preußischen Geistes, sie alle waren belastet mit dem Erbe ihrer Väter, dem Jahrhunderte alten preußischen Drill, Befehle entgegenzunehmen und sie widerspruchslos auszuführen. Die Volksschichten des fortschrittlichen Proletariats, die davon frei waren, die fähig gewesen wären, an Stelle des tödlichen Dienstmechanismus praktisches Leben in die Verwaltung zu bringen, waren von jeder Mitarbeit ausgeschlossen.

Auch der 15jährige Zeitschnitt der Weimarer Republik war trotz einiger guter Ansätze nicht imstande, diesen Zustand zu ändern, da zwar der Kaiser ging, aber die Generale und die Bürokratie blieben. Damit blieb auch der Potsdamer Geist, der in der Komödie des Jahres 1933 am Grabe des Mannes, der diesen Geist mit seinem Stock einprügelte — Friedrich der Zweite —, durch Hindenburg und Hitler gefeiert wurde. Preußen, das diesen Geist verkörperte, besteht nun nicht mehr und wird niemals mehr entstehen, wenn die schaffenden Massen es zu verhindern wissen. Doch allerorten ist noch der Geist vorhanden und die Reaktion gibt sich große Mühe, ihn am Leben zu erhalten. Nicht nur in den Provinzen des alten Preußens ist er, auch in den anderen Ländern, wie Bayern, Hannover usw. war er immer und hat heute in den westlichen Zonen einen besonders günstigen Nährboden gefunden. Der Auftrieb, den er

durch die aus dem Osten zugewanderten entlegenen Großgrundbesitzer, Monopolkapitalisten und sonstigen Kriegsverbrecher erhielt, hat seine Positionen dort erheblich verstärkt. Die auch dort nicht aufzuhaltende Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und deren Wirksamkeit wird aber auch diese seine Bemühungen über kurz oder lang paralysieren. Dann erst werden wir in der Lage sein, eine wirkliche Demokratie in einem geeinten Deutschland zu errichten.

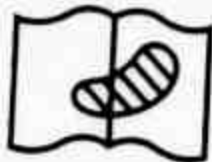
Dazu gehört jedoch an erster Stelle die Umziehung unseres Volkes zur Freiheit und Selbstständigkeit, nachdem es Jahrhunderte hindurch mit allen Mitteln der Knechtschaft und Unselbstständigkeit gedrillt war. Die Voraussetzung politischer Freiheit und Selbstständigkeit ist die persönliche, wirtschaftliche und soziale Freiheit der arbeitenden Massen, die nur durch ihre Einigkeit gewährleistet werden kann.

Das Berufsbeamtentum der vergangenen Jahrhunderte darf im neuen demokratischen Staatwesen nirgendwo mehr in Erscheinung treten. Wir verlangen die tätige Teilnahme der arbeitenden Massen an der Gestaltung des öffentlichen Lebens. Jetzt muß verwirklicht werden, was Freiherr v. Stein im Jahre 1808 in seinen Forderungen für eine neue Städteordnung wie folgt definierte:

„Der Formenkram und Dienstmechanismus in den Behörden

muß durch Aufnahme von Menschen aus dem praktischen Leben zertrümmert und an seine Stelle ein lebendiger, feststrebender, schaffender Geist und ein aus der Fülle der Natur genomener Reichtum von Ansichten und Gefühlengesetz gesetzt werden.“

Dafür sind die sogenannten neutralen und unparteilichen Berufsbeamten nicht brauchbar. Der aktive Antifaschist und wahre Demokrat, gehärtet im Kampf gegen den Faschismus, mit festem, politischem Glauben an die Zukunft unseres Volkes, der seine Erfahrung in dieser schweren Zeit des Aufbaues gesammelt hat und sein Wissen systematisch erweitert, der im engsten Kontakt mit der Bevölkerung seine Aufgaben löst und dessen Wirken von dem Vertrauen dieser Bevölkerung getragen ist, das ist der Typ des Beamten der Selbstverwaltung im neuen Deutschland.



# Rechnungs-Darstellung

Die folgenden Darstellungen im wesentlichen nach den Angaben I  
kann es sein, dass die gesehene Darstellung von Unklarheiten frei  
gefällt. Freigabe.

Zusammen		
im Einzelnen	mt.	pt.
Zusammen		
mt.	pt.	

1. Gade, Hilfsperson	120	
2. Gade, Hilfsperson	290	
3. Gade, Hilfsperson	227	33
4. Gade, Hilfsperson	393	65
5. Gade, Hilfsperson	110	55
6. Gade, Hilfsperson	2552	30
7. Gade, Hilfsperson	3293	15
8. Gade, Hilfsperson	9868	15

Handwritten notes and signatures at the bottom of the first page, including "Handwritten" and "Handwritten".

Handwritten notes and signatures at the top of the second page, including "Handwritten" and "Handwritten".

An den  
Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
Vollst. Nr. 1  
Ober-Abteilung Museen und  
Sammlungen  
(1) Berlin 2 8  
Mauerstr. 53

B1

Académie der Künste zu Berlin

Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 33

P e n s e n p l a n



Lfd. Nr.	Arbeitsgebiet / Inhalt	Name des Bearbeiters	Bemerkung
1	Alle Angelegenheiten der Gesamtakademie (der 5 Abteilungen und 3 Senate). Die Verwaltung der Akademie und Aufsicht über das Büro. Aufsicht über die Kasse der Akademie (Kassapfleger). Alle Angelegenheiten der Abteilung für die bildenden Künste und ihres Senats (Rendite, Fortwähnung der Gutachten, Protokolle und sonstige Ausarbeitungen). Angelegenheiten der Abteilung für Musik und, soweit erforderlich, der Abteilung für Dichtung. Organisation der Veranstaltungen der Akademie insbesondere der akademischen Ausstellungen. Abfassung der Kataloge und Leitung ihrer Drucklegung. Angelegenheiten der Stiftungen. Unterstützungsangelegenheiten.	Professor Dr. Alexander A. Mersdorff	
2	Leitung des Büros, Erledigung aller Büroarbeiten für die drei Abteilungen, einschliesslich Ausstellungen, Verkaufsbüro. Bearbeitung von Haushaltangelegenheiten, der Stiftungen und ihrer Verträge. Stellvertretender Kassapfleger. Verwaltung der Bibliothek und des Archivs.	Akademie-Oberinspektor Alfred K. K. K.	
3	Führung der Kasse und Erledigung sämtlicher anfallenden Kassarbeiten.	Rechnmeister Walter Streiter	
4	Verwaltung der Registratur, Führung sämtlicher Karteien, Listen, Terminkalender, Schreibe- und Vorarbeiten, Adressen in Kunstschiff. Aufnahme von Stenogrammen, Maschinenschreiben, selbstständige Erledigung von kleineren schriftlichen Arbeiten. Hilfsleistungen bei der Durchführung der Ausstellungen, Verkaufsbüro.	Sekretärin Elise Frey	
5	Aufsicht über die Bürokasse, Sichtung und Sicherstellung des geretteten Inventars, Notengänge	Hausmeister Otto Stollmann	
6	Technische Reparaturarbeiten, Hilfsleistungen für den Hausmeister, Notengänge	H.M.	

Lfd. Nr.	Zahl	Amtsbezeichnung oder Beschäftigungsart	Verg.Gr.	Bemerkung
1	1	Leiter der Akademie	II	
1	1	Sachbearbeiter	Vb	
1	1	Sachbearbeiter	Vb	
1	1	Sekretärin	VIII	
1	1	Hausmeister	IX	
1	1	Technische Hilfskraft	IX	

Stellenplan  
Personalbedarf - Vollqualifizierte Angestellte

Nr.	Stellenbezeichnung	Verg.Gr.	Anzahl der Stellen
1	Leiter	II	1
2	2. Beamteter	Vb	2
3	Sekretärin	VIII	1
4	Rechenmeister	IX	1
5	Technische Hilfskraft	IX	1
			6

245

## Magistrat der Stadt Berlin

Abteilung für Volksbildung  
Vbildg AV 1  
Fernruf: 420018, Hausanschluß Nr. 1708

Anschrift: Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
Berlin W 8, Mauerstr. 53

An die  
Akademie der Künste  
Bln.-Charlottenburg  
Hardenbergstr. 33

Ihr Zeichen:      Ihre Nachricht vom:      Unser Zeichen:      Tag: 12.4.46  
Pa/Kr.

Betrifft: Pensen- und Stellenpläne

Wir bitten Sie, für Ihr Institut einen Pensen- und Stellenplan nach beigelegtem Muster, wie er für das Geschäftsjahr 1946 (1.4.46 - 31.3.47) Gültigkeit haben soll, herzustellen und in 6-facher Ausfertigung bis spätestens 1. Mai 46 hierherzugeben.

Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
gez. Pauligk

1 Anlage

Bei Antwort wird um Angabe  
unseres Geschäftszeichens gebeten.

Name des Instituts

.....

P e n s e n p l a n    1

( M u s t e r )

Lfd.Nr.	Arbeitsgebiet/Inhalt	Name d.Bearbeiters	Bemerkg
37	Sachbearbeiter f. Personal- und Sachangelegenheiten Etats- u. Kassenangelegenh., Verwaltung d. Akten, Bücher- rei, Inventarien und Ma- terialien, Dienstfahrschei- ne, Verteilung d. Ein- u. Ausgänge. Verteilung der Arbeit auf die Schreib- stelle.	Müller	
38	Aufnahme von Stenogrammen und Maschinendiktaten, Fertigung von Aufstellun- gen, Reinschriften usw., Beglaubigung v. Reinschrif- ten	Rhein	
39	wie vor, Vorzimmerdienst beim Leiter des Amtes	N.N.	
40	Botendienst im Innen- und Aussenverkehr	Schulze	
41	wie vor	N.N.	

Für das Haushaltsjahr 1946/47 sind bewilligt:  
 Amtsbezeichnung od. Beschäftigungsart Verg.Gr. Bemerkz.

Lfd.Nr.	Zahl	Amtsbezeichnung od. Beschäftigungsart	Verg.Gr.	Bemerkz.
1	1	Sachbearbeiter	V b	
1	2	Verwaltungsassistentin	VIII	
2		Verwaltungsassistentin	VIII	
1	2	Amts_hilfe	X	
2		Amtsgehilfe	X	



# Stellenplan

-----

## Personalbedarf - Vollbeschäftigte Angestellte

-----			
Lfd.Nr.	Stellenbezeichnung	Verg.Gr.	Zahl d.Ste.
-----			
1	Leitender Direktor	Ia	1
2	Beisitzer	Ib	1
3	Hauptreferent	II	3
4	Hauptsachbearbeiter	IV	9
5	Sachbearbeiter	V b	7
6	Verwaltungsassistent	VIII	6
7	Verwaltungsgehilfe	IX	3
8	Amtsgehilfe	X	<u>2</u>
			32

Der neue deutsche Beamte  
Friedrich, 18. April 1936

## Der neue deutsche Beamte

Hamburg, 18. April (DPD)

Die Beamtenlaufbahn solle für die besten Kräfte in Deutschland ein ehrenvoller Beruf sein, heißt es in einer Erklärung der britischen Militärregierung über die Neuordnung des deutschen Beamtenwesens. Die Hauptänderung gegenüber dem alten Beamtentum, so wird ausgeführt, liege darin, daß der öffentliche Dienst in eine Reihe von verschiedenen Zweigen aufgegliedert werde. Man wolle eine besondere Beamtengruppe für die geplante Zentralverwaltung schaffen und eigene Gruppen für die regionalen und lokalen Verwaltungen. Das System der Pensionen solle beibehalten werden. Wenn auch dem einzelnen Beamten eine politische Betätigung freistehe, so solle doch im allgemeinen der öffentliche Dienst von der Parteipolitik ferngehalten werden. Kein Angehöriger des alten deutschen Beamtentums, so heißt es in der Mitteilung der Militärregierung weiter, brauche zu fürchten, daß die geplanten Veränderungen für ihn Nachteile mit sich brächten, vorausgesetzt, daß er von dem Makel des Nationalsozialismus frei sei. Die neue Regelung solle dem Beamten das Gefühl von Sicherheit geben, das für seinen Dienst an der Öffentlichkeit notwendig ist.

249  
 „Der Tagesspiegel“ Sonnabend 6.4.46  
 Nr. 87/2. Fg.

# Bezahlung der Überstunden

Berlin, 5. April (DANA)

Der Tarif für Überstunden beträgt nicht durchweg das Einsechsfache des Lohnes für die gesetzlich festgelegte normale Arbeitswoche von 48 Stunden. Die Verfügung der Alliierten Kontrollbehörden, welche die 48-Stunden-Woche einführen, erklärte ausdrücklich, Überstunden seien nach den „üblichen Vorschriften“ zu bezahlen, wie sie in den Tarifen festgesetzt sind. Die tariflichen Überstundenzuschläge sind aber in den einzelnen Berufsgruppen und Wirtschaftszweigen verschieden. Sie allein sind maßgebend für die Bezahlung des Überstundengeldes.

Abschrift vorstehenden Erlasses erhält die Kasse als Kasseneleg.  
 Der Präsident

An den Herrn Präsidenten der Akademie der Künste, n. l. o. r.

gez. Nentwig

Im Auftrage

angängig.

Eine Erhöhung des Freistellungsanteils über 20% hinaus ist nicht 1921 erfolgte Schulgeldderhöhung erzielt worden sind.

Einahmen an Schulgeldern hinausgehen, die durch die am 1. April 1921 erfolgte Schulgeldderhöhung erzielt worden sind. dass die Überschreitung auf keinen Fall über die tatsächlichen Mehr-

B1

СЕРИИ

# Gebrr. Hertling

MÖBELTRANSPORT u. MÖBELLAGERUNG / BAHNSPEDITEURE

GEGR. 1865

Berlin-Charlottenburg 5 20. Juni 1939.

EINGETRAGEN AM  
2. JUNI 1939  
ARCHIV DER BAHN

Herrn  
Architekt P. I. H. B. u.  
Berlin W.

Oliver Platz 5/6.

Bitte in der Antwort angeben

Kr. / Ca.

Unser Zeichen

Tiger-Adr.: Frachthofing Berlin

Fernsprecher: 31 05 32

Pflicht: Blumensackstraße 104

30 03 91

Fernsprech.: Sammel-Mr.

Reichsbank-Giro-Konto

Depositenkasse 40

Bank-Konto: Dresdner Bank

Postfach-Konto: Berlin 4955

Berlin, Anhalter-Bahnhof

Lageräume mit Güterschein

u. Güterbahnhof Charlottenburg

Möbelgeräthaus ca. 10000 qm

Wohnungsmischweise

Internationale Spedition

Wir arbeiten lediglich auf Grund der Beförderungs- und Lagerbedingungen des Deutschen Möbeltransports. Vereinfachter Gerichtsstand: Amtsgericht Berlin-Mitte, bezw. Landgericht I.

Herrn Kitter!

zeichnen

Wir sehen Ihrem Geht. Auftrag gern entgegen und

zu lassen, um sie gegen Motten zu schützen.

Zeit gekommen, die Polstermöbeln klopfen und einmotten

ähnlichen bereits 2. Jahr bei uns lagern, wäre die

Gegenstände von Zeit zu Zeit einmotten zu lassen. Da

aufmerksam machen, dass es ratsam ist, die Polster-

auch Polstermöbel. Wir möchten sie hiermit darauf

Unter der bei uns liegenden Partie Möbel befinden sich

## Die Organisation der Reichsbahn in der amerikanischen Zone

Stuttgart, 5. April (DANA)

Wie der Leiter des Verkehrsausschusses beim Länderrat, von Doerr, mitteilte, soll im Betrieb und in der Verwaltung der deutschen Eisenbahn in der amerikanischen Zone keine Aufgliederung nach Ländern erfolgen. In Frankfurt sei ein Verkehrsdirektorium für die gesamte Zone geschaffen worden, welches die Oberaufsicht über Eisenbahn, Binnenschifffahrt und Straßenverkehr ausübe. Die Verkehrsminister gehören dem Verkehrsausschuss des Länderrates an und haben damit Einfluß auf das Verkehrsdirektorium. Ein Staatsvertrag zur endgültigen Lösung dieser Frage sei in Ausarbeitung und werde der Militärregierung vorgelegt. Hinsichtlich der gegenwärtigen und künftigen Stellung der Eisenbahnbeamten vertrete der Länderrat die Auffassung, daß die Eisenbahnbeamten in der amerikanischen Zone dem deutschen Beamtengesetz unterstehen. Die Aufhebung des Berufsbeamtentums komme nicht in Betracht, da eine jahrelange Fachausbildung erforderlich sei. Neu einzustellende Eisenbahnbedienstete sollen jedoch zunächst auf Privatdienstvertrag verpflichtet werden.

Der Leiter des Verkehrsausschusses teilte ferner mit, daß die Pensionsberechtigung für das Personal aufrechterhalten bleiben soll, weil die Pensionen als einbehaltener Gehaltsteil anzusehen seien. Sonderzahlungen, sogenannte Dienstpostenzulagen für besonders schwierige Stellen, wie Rangierdienst, Dienst als Lokomotivführer und für Spitzenleistungen sollten beibehalten werden. Jedoch würden allgemeine Dienstprämien, Leistungszulagen usw. nicht mehr bezahlt werden.

Die Zeit

Berlin, den

im Etatsjahr 19

tur

Der Regelsprecher 1.11  
am 6. April 1939

250



# Gebirgshelling

257

Der Tarif für Ueberstunden beträgt nicht durchweg das Eineinhalbfache des Lohnes für die gesetzlich festgesetzte normale Arbeitswoche von 48 Stunden. Die Vergütung des Alliierten Kontrollheeres, welche die 48-Stunden-Woche einführt, erklärte ausdrücklich Ueberstunden seien nach den üblichen Vorschriften zu bezahlen, wie sie in den Tarifen festgesetzt sind. Die tariflichen Ueberstundenzuschläge sind aber in den einzelnen Berufsgruppen und Wirtschaftszweigen verschieden. Sie allein sind maßgebend für die Bezahlung des Ueberstundengeldes.

## Wer bekommt welche Karten?

Die Alliierte Kommandantur hat den Oberbürgermeister der Stadt Berlin angewiesen, die Lebensmittelkarten vom 1. Mai ab nach den untenstehenden Grundsätzen auszugeben. Personen, die Anspruch auf Karten der Gruppen I, II und III haben, erhalten in Zukunft eine einheitliche Bescheinigung, die von dem Chef der Verwaltung oder dem Leiter der Unternehmung unterzeichnet sein muß. Diese Bescheinigung dient gleichzeitig als Ausweis zum Empfang der Lebensmittelkarte am Wohnsitz. Die Kartenstellen sind zu genauer Prüfung verpflichtet, und jeder, der gegen die neue Klassifizierung verstößt oder Verstöße duldet, wird gerichtlich verfolgt werden. Nach der Verordnung der Kommandantur fallen Personen, die nachstehenden Berufen angehören, unter

### Gruppe I

1. Arbeiter, die fortwährend großer Hitze ausgesetzt sind, wie Halter großer Kessel (ausgenommen Hausheizer), Schmiede, die fortwährend am Feuer arbeiten und schwere Arbeitsstücke handhaben; Arbeiter, Ingenieure und Techniker, die mit Schmelzpföfen in heißen Anlagen (Gießereien, Stahl- und Schmelzwerke) unmittelbar zu tun haben; Arbeiter in gesundheitsgefährlichen Abteilungen chemischer Betriebe, Blei- und Kabelhersteller.
2. Arbeiter, die im schweren Straßen-, Kanal- und Brunnenbau beschäftigt sind, sofern die Ausgrabe- und Ladearbeiten fortwährend verrichten.
3. Arbeiter, die schwere körperliche Arbeit und Montage und Abmontage schwerer Maschinen verrichten (durch monatliche Prüfung zu kontrollieren).
4. Arbeiter, die mit der Errichtung von Baugerüsten fortwährend beschäftigt sind, Klempner, die im Häuserbau auf Hängegerüsten arbeiten.
5. Eisenbahn- und Brückenbauarbeiter, Errichter von Luftkabeln im Anlagebau.
6. Berufs-Holzfäller, die in dieser Art Arbeit in Dauerbeschäftigung stehen.
7. Verdiente Gelehrte von Ansehen und Ruf, insbesondere wissenschaftliche Forscher, Rektoren und Ordentliche Professoren der Universitäten, sowie anderer höherer Lehranstalten.
8. Berühmte Schriftsteller, Künstler, Bildhauer und Architekten.
9. Hohe geistliche Würdenträger (General-Superintendenten, Bischöfe).
10. Aerzte und medizinisches Personal, die in ansteckungsgefährlichen Krankenhäusern und Kliniken tätig sind, Leiter von Krankenhäusern mit mehr als 300 Betten.
11. Aerzte, technisches und medizinisches Personal, die in Röntgenlaboratorien mit radioaktiven Stoffen arbeiten, welche bei der Krankenbehandlung benutzt werden.
12. Oberbürgermeister der Stadt, seine Stellvertreter und die Verwaltungsbürgermeister.
13. Chefs der deutschen Verwaltungen und deren Stellvertreter in der sowjetischen Besatzungszone.
14. Abteilungschefs der deutschen Verwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone und Personen, die ähnliche Posten in den Ländern von den Alliierten besetzten Zonen innehaben.
15. Vorstandsmitglieder der Berliner und zentraler Gewerkschaftsverbände.
16. Lokomotivführer und Heizer der Eisenbahn.
17. Leiter der Zentral-, Stadt- und VBK-Zweigstellen der demokratischen Parteien und deren Stellvertreter.
18. Richter und Staatsanwälte.
19. Chefredakteure der Berliner Zeitungen und deren Stellvertreter.
20. Direktoren, Geschäftsführer, führende Dramaturgen, leitende Regisseure, Orchesterdirigenten, führende Schauspieler (Solisten), führende Orchestersolisten in führenden Theatern und philharmonischen Orchestern.

### Gruppe II

1. Alle tätigen Ingenieure, Chemiker, Architekten, Konstrukteure und Techniker sowie auch qualifizierte und unqualifizierte Industrie- und Bauarbeiter, die in Gruppe I nicht aufgeführt sind; Abteilungsleiter in den Zentral-, Stadt- und Bezirksorganen der demokratischen Parteien und Abteilungsleiter der Berliner Zeitungen.
2. Zeitungskolporteurs wohlbekannter Verlage, die fortwährend über 50 kg schwere Pakete auf Fahrrädern austragen. (Bescheinigung hierüber muß vorhanden sein.)
3. Dauernd beschäftigte Totengräber auf Friedhöfen.
4. Postarbeiter, die Postzüge begleiten und regelmäßig Fahrten von nicht weniger als 300 km mit der Eisenbahn machen, ausgenommen Personen, die mit Inspektionsdienst beschäftigt sind.
5. Feuerwehrleute, die bei der Feuerwehr in Dauerbeschäftigung stehen.

6. Blumen- und Gemüsegärtner, einschließlich derjenigen, die in Treib- und Glashäusern arbeiten, und Fischer im Gebiet von Groß-Berlin, vorausgesetzt, daß ihre Erträge laut Anweisung des Magistrats abgeliefert werden. (Lebensmittelkarte der Gruppe II wird nur dem Familienhaupt ausgegeben, andere arbeitende Familienmitglieder erhalten Lebensmittelkarte der Gruppe III, Kinder-Lebensmittelkarte der Gruppe IV und nichtarbeitende Familienmitglieder der Gruppe V).

7. Bauern, die für den Magistrat Kühe halten sowie diejenigen, die Kühe im Besitz haben und Milch und Milchprodukte laut Magistratsanweisung abliefern und keinen eigenen Getreidebau treiben. (Lebensmittelkarten werden an die Familien solcher Bauern laut Bestimmungen des § 6 ausgegeben.)

8. Alle in von den Alliierten besetzten Behörden beschäftigten Personen, es sei denn, daß sie zu den Lebensmittelkarten Gruppe I berechtigt sind.

9. Technische Leiter, Szenenmaler, Artisten und Musiker der führenden Theater, philharmonischer Orchester und der Varietétheater „Palast“, „Neue Scala“, ausgenommen diejenigen, die Lebensmittelkarten Gruppe I erhalten. Tanz-Solisten und andere Künstschauspieler.

10. Rundfunk (des ganze Personal der Hauptverwaltung, Sendung und die führenden Techniker).

11. Andere selbständige Handwerker mit ihren ausgebildeten Gehilfen, die folgende Berufe ausüben: Fleischer, Bäcker, Klempner, Zimmerleute, Schuhmacher, Schneider, Näherinnen, Hutmacher, Glaser, Elektrotechniker, Mechaniker, Friseur, Uhrmacher und Optiker.

12. Straßenreiniger in dauernder Beschäftigung.

13. Briefträger im Außendienst.

14. Aerzte, die nicht unter Gruppe I fallen, Tierärzte, Zahnärzte und Dentisten, technische Assistenten von Aerzten, homöopathische Aerzte, Bakteriologen und deren Assistenten, Krankenschwestern, Hebammen, Masseure, Pharmazeutiker und Sanitäter (ausgenommen Beringungsstellen).

15. Geistliche, Offiziere der Heilsarmee (religiöser Abteilungen), Schullehrer, Unterrichtspersonal, das den Tag über in seitens der Alliierten Besetzungsbehörden anerkannten Schulen und Universitäten beschäftigt ist. Bibliothekare in seitens der Alliierten Besetzungsbehörden zugelassenen Staats- und Stadtbibliotheken.

16. Dolmetscher in deutschen Verwaltungen und städtischen Unternehmungen.

17. Journalisten, Berichterstatter, einschließlich Korrespondenten, die in Dauerbeschäftigung bei den Berliner Tageszeitungen stehen.

18. Serieller und ihr Hilfspersonal, deren Arbeit vorwiegend aus Serien besteht. (Es bedarf monatlicher Bescheinigungen, daß dies ihre Hauptbeschäftigung ist.)

19. Kranke in Krankenhäusern (für Diät Kranke darf innerhalb der Rationsgrenzen ein Austausch von Lebensmitteln stattfinden).

20. Schaffner und Kondukteure der Eisenbahn, Fahrer und Schaffner im Stadverkehr, Kraftwagenfahrer.

21. Stadträte, VBK-Räte und Abteilungschefs der städtischen und VBK-Verwaltungen.

22. Schutzpolizei (im Außendienst), Kriminal- und Eisenbahnpolizei (nicht im Verwaltungsdienst).

23. Wachen, die nachts zirka 6 Stunden patrouillieren, verbunden mit besonders schwerer körperlicher Anstrengung.

### Gruppe III

1. Alle arbeitenden Personen, die nicht in Gruppe I und II aufgeführt sind.

2. Die Hausfrauen, die keinem Beruf nachgehen, aber in ihrem Haushalt mindestens 2 Kinder unter 14 Jahren oder 2 und mehr arbeitsunfähige Personen versorgen, deren Arbeitsunfähigkeit durch vom Magistrat beglaubigte ärztliche Bescheinigungen bestätigt wird.

3. Hausdienstpersional.

4. Arbeitende Inhaber von Handels- und Industrieunternehmen.

5. Studenten und Schüler in Gewerbeschulen.

6. Blinde Invaliden und Invaliden der Gruppe 4 (Arbeitsunfähige).

### Gruppe IV

Die zum Empfang von Lebensmittelkarten der Gruppen IVa, IVb und IVc berechtigten Personen sind in den Anordnungen Ref. Nr. BK/O (46) 63 vom 23. Januar 1946 und BK/O (46) 99 vom 25. Februar 1946 aufgeführt.

### Gruppe V

Die Personen, die nicht in Gruppen I, II, III oder IV aufgeführt sind, haben das Recht, Lebensmittelkarten der Gruppe V zu empfangen.

## Unzulässige Lebensmittelkarten

erfert. Aus kleinen und kleinsten Schankkubalen in der 11-

II. Ministerial-Statistik, Dienststellen.

Beleg Nr. 11

4. Januar 1922

Akt: M.

Kostenanschlag vom 16. Juli 1921

TECHNISCHES BUREAU BERLIN

G. m. b. H.

SIEMENS-SCHUCKERTWERKE

Postfachkonto Berlin Nr. 1465

Reichsbank Girokonto Berlin

Fernsprecher Nollendorf 180-189, 571-575

Telegraphen-Adresse: BUREAU BERLIN

Berlin SW 11, den

Schöneberger Str. 3-4

"Siemenshaus"

4. Januar 1922

Rechnung

für Ministerial-, Militär- und Baukommission,

Berlin NW. 40

Invalidenstr. 52

K. Fol.

F. B. 119. Fol.

Auftrag Nr.		Bin Z 5534		Anl.-Abr.	
Bet. Ihre Bestellung:		Ueber:			
Lieferung und Montage von 3		Bogenlampen-Aufzugs-Vorrichtungen		für das II. Ministerial-, Charlottenburg, Kurfürstendamm 119, 119a	
		Bestellzettel Nr. 34 vom 26. 8. 21		B VI 871 und unseres Bestätigungsschreibens vom 30. 8. 1921.	
3		Stück Bogenlampen-Aufzugs-Vorrichtungen für wägbare und senkrechte Bewegung der Lampe, komplett, mit allem Zubehör, jedoch ohne Drahtseil und Leitungen		je 1120,--	
27		m Drahtseil 9 qmm Ø, Eisen verzinkt		423,20	
138		m Stahldrahtseil 5 m/m		286,--	
25		m Litze NSA 2x1 Farbe 5		444,--	
2		Lusterklappen 9061		117,60	
Uebertrag:		Mk:		3.982	

253

Wb mit 1. Aufl.

Sehr geehrter Herr Neumann,

anliegend übersende ich Ihnen Durchschlag eines an den Magistrat der Stadt Berlin - Abteilung Museen und Sammlungen - gerichteten Schreibens der Akademie vom 28. März - J. Nr. 208 betr. Kontrolle des Büros der Akademie der Künste mit der Bitte um gefällige Kenntnisnahme.

Mit den besten Empfehlungen

Ihr

Herrn Neumann

Magistrat der Stadt Berlin

Abteilung Museen und Sammlungen

(1) Berlin W 8

Neuenstr. 53

J. Nr. 208/46

Betr.: Kontrolle des Büros  
der Akademie der Künste  
-----Mit beigefügter (1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
28. März 1946

Zu der am 26. März durch Herrn Neumann vorgenommenen Kontrolle des Büros der Akademie gestatte ich mir folgendes zu bemerken:

Von dem Personal waren der Sachbearbeiter Herr Körber und die Sekretärin Fräulein Ewerlien aus nachstehenden Gründen nicht anwesend: da es dem Unterschrifteten nicht möglich war an der Sitzung am 26. März um 10. Uhr im Neuen Stadthaus ( betr. Entnazifizierung ), zu der die Leiter der Volkshochschule sowie die Leiter der angeschlossenen Institute eingeladen waren, teilzunehmen, habe ich Herrn Körber beauftragt sich zu vertreten und angeordnet, dass die Sekretärin Fräulein Ewerlien, Herrn Körber begleitet, um stenografische Notizen des Vortrags des Herrn Stadtrat Schmidt, insbesondere über seine Erläuterungen zur Entnazifizierung aufnehmen zu können, da ich auf diese Erläuterungen, die ich leider nicht mit anhören konnte, besonderen Wert lege. Ich selbst habe an diesem Tage für meine im dienstlichen Interesse liegende Reise nach Leipzig, von der Herr Dr. Settegast Kenntnis und die er freundlichst genehmigt hat, auf dem Rathaus Zehlendorf die Reisegenehmigung erwirkt, was leider bei dem grossen Andrang erhebliche Zeit in Anspruch nahm. Es war deshalb gut, dass ich vorsichtshalber Herrn Körber mit meiner Vertretung beauftragt hatte.

Der Kassenvorführer Herr Streiter war an diesem Tage erst mal in der Personalleitung - Mauerstr. 53 - um dort die angeforderten Vergütungslisten der Akademie abzuliefern.

In Auftrage

An den  
Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. Museen und Sammlungen  
Berlin W 8  
Mauerstr. 53



ALL INFORMATION CONTAINED  
HEREIN IS UNCLASSIFIED

## Rechnung Nr.

QW 501.0434 .J34

**Abstract**

**Deputy**

1103

## Abstract

www.burmesemusic.com

1998

**For Abstracting**

Oben würde diese Kennzeichnung nach Beendigung des Besuchs durch den Besucher nicht erfolgen

Kennzeichnung für Böttchwechsel, Aulting, Verland-Aline, Zahlungen von:

Forstschuck-Konto: \_\_\_\_\_  
Geldinstitut: Berlin

**Disclaimer:** This document is for informational purposes only and does not constitute an offer or recommendation of any financial product or service. It is not intended to be used as a basis for investment decisions. The information contained herein is subject to change without notice. Please consult your financial advisor for more information.

Ref: 07/07/2015-14-3 / 0250 / 5 / 50

Originaldruck gem. Ent. d. Herrn Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches  
Bauingenieur für den Vordruck von 27. Juli 1911 — V. P. 12028 —

**Zentral-Handelsgesellschaft Ost**

Geschäftsstelle:

**Geachtetsteilen Buchhaltung**

200203-238

Betr.: Kontrolle des Büros  
der Akademie der Künste

Zu der am 26. März durch Herrn Neumann vorgenommenen Kontrolle des Mikros der Akademie gestatte ich mir folgendes zu bemerken:

Von dem Personal waren der Sachbearbeiter Herr Körber und die Sekretärin Fräulein Ewerliën aus nachstehenden Gründen nicht anwesend: da es dem Unterschrifteten nicht möglich war an der Sitzung am 26. März um 10 Uhr im Neuen Stadthaus ( betr. Entnazifizierung ), zu der die Leiter der Volkshochschulämter sowie die Leiter der angeschlossenen Institute eingeladen waren, teilzunehmen, habe ich Herrn Körber beauftragt mich zu vertreten und angeordnet, dass die Sekretärin Fräulein Ewerliën, Herrn Körber begleitet, um stenografische Notizen des Vortrags des Herrn Stadtrat Schmidt, insbesondere über seine Erläuterungen zur Entnazifizierung aufnehmen zu können, da ich auf diese Erläuterungen, die ich leider nicht mit anhören konnte, besonderen Wert lege. Ich selbst habe an diesem Tage für meine im dienstlichen Interesse liegende Reise nach Leipzig, von der Herr Dr. Seitzgang Kenntnis und die er freundlichst genehmigt hat, auf dem Rathaus Zehlendorf die Reisegenehmigung erwirkt, was leider bei dem grossen Andrang erhebliche Zeit in Anspruch nahm. Es war deshalb gut, dass ich vorsichtshalber Herrn Körber mit meiner Vertretung beauftragt hatte.

Der Kassensführer <sup>Herr</sup> Streiter war an diesem Tage  
erst mal in der Personalleitung - Mauerstr. 53 -, um dort die  
angeforderten Vorgehungslisten der Akademie abzuliefern.

## In Airtrace

Geschäftsstelle:

Zentral-Handelsgesellschaft Ost

für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m. b. H.

Ostgesellschaft gem. Ent. d. Herrn Reichswirtschaftsministers des Großdeutschen Reiches

Beauftragter für den Vierjahresplan vom 27. Juli 1941 — V. P. 12028 —

Reichsbetriebe-Nr. 9/0250/5/30

Fernsprecher:

Drahtwort:

Bank: Deutsche Rentenbank Kreditanstalt, Berlin W 8

Postfach-Konto:

Geführterstand: Berlin

Kennzeichnung für Schriftwechsel, Auftrag, Versand-Aktien, Zahlungen usw.

Eine Angabe dieser Kennzeichnung kann Bearbeitung und Buchung nicht erfolgen

Unser Zeichen

Lieferung

Rechnungsdatum

Für Abteilung

Wir liefern ab

Durch

Nach

Rechnung Nr.

Waggon Nr.

Abgangs Bill.

Fahrt Nr.

Mengen

Warenbezeichnung

Einzelpreis

Befrag

ZO 1050 300 000 1. 44 Gschbldruck C/0057

Stück Vorname

Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. f. Personalfragen und VerwaltungBerlin C 2, den 9. März 1946  
Parochialstr. 1-3

Rundschreiben!

An alle Dienststellen des Magistrats der Stadt Berlin  
die Bezirksämter  
städt. Betriebe  
städt. Eigenbetriebe und überwiegend städt. Gesellschaften  
Polizeipräsidium

ferner an:

- die jüdische Gemeinde zu Berlin  
Berlin N 4, Oranienburger Str. 28
- die Evangelische Hilfsstelle (Büro Pfarrer Grüber)  
Berlin S O 16, Mariannenplatz 3-3
- das Katholische Hilfswerk beim bischöflichen Ordinariat  
Berlin N 58, Pappelallee 60
- die Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker)  
Berlin NW 7, Prinz-Louis-Ferdinandstr. 5

Betr.: Führung jüdischer Vornamen -

Aufgrund der zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen v. 17.8.1938 (RGBl. I S 1044) mussten Juden im Sinne des Reichsbürgergesetzes bestimmte Vornamen führen oder den Vornamen Israel oder Sara **annehmen**. Diese zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen ist durch Artikel I Ziffer o) der Verordnung des Alliierten Kontrollrats v. 20.9.45 betreffend Aufhebung der Grundgesetze des Hitlerregimes ausdrücklich aufgehoben worden. Damit ist auch die Verpflichtung zur Führung bestimmter Vornamen in Portfall gekommen.

In den Listen städtischer Dienststellen (Finanzämter, städtische Betriebe usw.) sind aber noch vielfach die jüdischen Vornamen Israel oder Sara vermerkt. Nach hier vorliegenden Mitteilungen erscheinen diese Namen noch häufig in den Anschriften an die betreffenden Personen.

Alle städtischen Dienststellen werden deshalb hierdurch angewiesen, die zusätzlichen Vornamen Israel oder Sara in den Listen, Karteien usw. zu streichen und unter allen Umständen dafür Sorge zu tragen, dass sie in den Anschriften nicht mehr erscheinen.

In Vertretung  
Schmidt

1. Herr Hoffmann  
1. Jhr.  
Berlin, d. 9. März 1946  
H. Hoffmann  
H. Hoffmann

NO 0144 \* 12 MRL 1955

1. The first part of the document is a list of names and titles, including "The Hon. Mr. Justice" and "The Hon. Mr. Justice".

© H. Präs. d. Akad. d. Künste

B.1

Handwritten text at the top of the left page, mostly illegible due to fading and bleed-through. Some words like "Befehl" and "Antrag" are visible.

*Handwritten notes:*  
 1.  
 Berlin, d. 11. März 1946  
 Dr. Friedrich  
 H.



*Handwritten signature:* Schmidt

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
 Hardenbergstr. 33  
 16. Februar 1946

*Handwritten:* 14. und 15. April 1946  
*Handwritten:* Auf Befehl  
 Nr. 120/46  
 Betr.: Nebentätigkeit der städti-  
 schen Angestellten

Auf das Schreiben vom 9. d. Mts. - Go/823/46 - teil-  
 len wir mit, dass von dem zur Akademie gehörigen Personal  
 keinerlei Nebentätigkeit ausgeübt wird.

Da Fehlenanzeige nicht verlangt war, ist von einer Be-  
 richterstattung zum 13. d. Mts. abgesehen worden.

Im Auftrage

An den  
 Magistrat der Stadt Berlin  
 Abteilung Museen und Samm-  
 lungen (1) Berlin W 8  
 Mauerstr. 53

*Handwritten signature:* Ah

*Handwritten:* B1



259  
Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. für Volkshilf  
- Museen und Sammlungen -

Berlin, den 15.2.

Go/823/45

1946

5. Februar

1946

Unser Schreiben vom

betr. Nebentätigkeit der städtischen Ange-  
stellten - Termin 13.2.46. -  
(Go/823/45)

ist bisher nicht beantwortet worden. Um möglichst umgehende  
Erledigung der Angelegenheit oder um Mitteilung der Gründe  
der Verzögerung wird gebeten.

Im Auftrage

*[Handwritten signature]*

Postkarte

Akademie der Künste

Herrn Prof. Dr. Auerdorffer

Berlin-Charlottenburg

Hardenbergstr. 33

Akademie der Künste zu Berlin

J. Nr. 35/46

Betr.: Dienstbezeichnung und Bezahlung  
der museumstechnischen Angestellten

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33

15. Februar 1946

Auf das Schreiben vom 5. Februar - Gs/781/46 - teilen wir mit, dass wir <sup>gegen die</sup> Vorschläge der Herren Professoren Dr. Fohle, Dr. Krickeberg und Dr. Weichert über die Bezahlung der museumstechnischen Angestellten <sup>wirft zu einem festeren</sup> ~~mitteilen~~. Nach ~~den~~ Dienstbezeichnungen Museumsmaler und Museums-Obermeister angeht, so sind wir der Ansicht, dass diese Dienstbezeichnungen der Tätigkeit der betreffenden Angestellten nicht gerecht werden. Die von den Angestellten geleistete Arbeit ist eine handwerkliche und kunsthandwerkliche. Es ist natürlich nicht leicht ihre Tätigkeit in einer treffenden Dienstbezeichnung zu umreißen, da sich ihre Arbeit wahrscheinlich mit der der Präparatoren und Restauratoren vielfach überschneidet. Wir schlagen daher vor diesen Angestellten die Dienstbezeichnung Technischer Assistent bzw. Technischer Oberassistent zu geben.

Im Auftrage

An den

Magistrat der Stadt Berlin

Abt. Museen und Sammlungen

Berlin W 8

Mauerstr. 93

Magistrat der Stadt Berlin

Abteilung für Volksbildung

- Museen und Sammlungen -

Fernruf: 42 64 15 Hausanschluß Nr.

Anschrift: Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
Berlin W 8, Mauerstr. 53

Akademie der Künste  
Herrn Professor Dr.  
Alexander Amersdorffer

Berlin-Charlottenburg  
Hardenbergstr. 22

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:

Tag:

Go/781/46

5.2.46.

Betrifft:

Dienstbezeichnung und Besoldung der mu-  
seumstechnischen Angestellten

Anliegend werden die Vorschläge der  
Herren Professoren Dr. Pohle, Dr. Kricke-  
berg und Dr. Weickert über die Dienst-  
bezeichnung und Besoldung der museum-  
technischen Angestellten mit der Bitte  
um Stellungnahme bis zum 15. Februar  
übersandt.

Abteilung für Volksbildung  
beim Magistrat der Stadt Berlin  
i.A.



ARL 111111

Lo-Bankel v. Rungel

Bei Antwort wird um Angabe  
unseres Geschäftszeichens gebeten.

Über Dienstbezeichnung und Besoldung der museumstechnischen  
----- Angestellten -----

Die Konferenz der Direktoren der Berliner Museen bestimmte in ihrer Sitzung vom 11.12.1945 einen aus den Professoren Krickeberg, Pohle und Weickert bestehenden Ausschuss, Vorschläge für die Einstufung und Bezeichnung der Museumstechniker zu machen. Der Ausschuss tagte am 18.12.1945 und beschloss folgende Vorschläge:

Die museumstechnischen Berufen werden in vier Gruppen eingeteilt, die die Tätigkeitsbezeichnung Präparator, Museumsmeister, Museumsoberrmeister und Konservator tragen.

Für diese vier Gruppen gelten folgende Tätigkeitsmerkmale:

- 1) Der Präparator ist beschäftigt mit Museumswerten zur Erhaltung und Ergänzung der Sammlungsgegenstände. Er muss gute handwerkliche Fertigkeiten besitzen.
- 2) Der Museumsmeister arbeitet selbständig und macht die Museumswerten zur Erhaltung und Ergänzung der Sammlungsgegenstände unter eigener Verantwortung. Er muss volle handwerkliche und kunstgewerbliche Fertigkeiten haben.
- 3) Der Museumsoberrmeister hat sich durch langjährige praktische Erfahrung und besonders schwierige und verantwortungsvolle Tätigkeit bei voller handwerklicher und künstlerischer Vertiefung über die Museumsmeister hinaus.
- 4) Der Konservator macht Erhaltungs- und Ergänzungsarbeiten an kostbarem Museumsgut, die hohe technische und künstlerische und wissenschaftliche Anforderungen stellen; er hat eine abgeschlossene kunstakademische Vorbildung.

Die Einstufung in die Tarifordnung für Angestellte wäre für diese Angestellten:

Präparator: Vergütungsgruppe VIII mit Aufstiegsmöglichkeit nach VII

Museumsmeister: Vergütungsgruppe VIb mit Aufstiegsmöglichkeit nach Vb

Museumsoberrmeister: Vergütungsgruppe IV

Konservator: Vergütungsgruppe III.

Berlin, den 18.12.1945

gez. Dr. Pohle

Dr. Krickeberg

Dr. Weickert



# Magistrat der Stadt Berlin

Abteilung für Volksbildung

- MUSEEN UND SAMMLUNGEN -

Fernruf: \_\_\_\_\_, Hausanschluss Nr. \_\_\_\_\_

42 04 15

Anschrift: Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
Berlin W 8, Mauerstr. 53

Akademie der Künste  
Herrn Prof. Dr. Amersdorffer

Berlin-Charlottenburg  
Mauerbergstr. 11

Ihr Zeichen: \_\_\_\_\_ Ihre Nachricht vom: \_\_\_\_\_ Unser Zeichen: \_\_\_\_\_ Tag: \_\_\_\_\_  
Ptn/GO/202/40 0.2.40.

Betrifft: Krankmeldung

Vorg. Unser Schreiben Ptn/HA/202/42  
vom 9.11.1942

Im Nachgang zu dem oben angezogenem  
Schreiben ist ärztlichen verordnete Ar-  
beitsunfähigkeit angenehm nach Bekannt-  
werden und auch der Tag der Wiederauf-  
nahme der Arbeit der Abteilung Museen  
und Sammlungen zu melden.

Abteilung für Volksbildung  
beim Magistrat der Stadt Berlin  
i.A.

*Handwritten signature*



Bei Antwort wird um Angabe  
unseres Geschäftszeichens gebeten.

1. Kunst kauft werden.  
1. J. H. Berlin, A. B. F. 1946  
11. Briefe  
1. H.  
1. H.

264

# Magistrat der Stadt Berlin

Abteilung für Volksbildung  
- Museen und Sammlungen -  
Fernruf: 42 04 15 Hausanschluß Nr. ....

Anschrift: Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Volksbildung  
Berlin W 8, Mauerstr. 53

Akademie der Künste  
Herrn Prof. Dr. Ameradorffer

Berlin-Charlottenburg  
Hardenbergstr. 33

Ihr Zeichen: Ihre Nachricht vom: Unser Zeichen: Tag:  
60/022/40 0.2.40.

Betrifft: Neuentätigkeit der staatlichen Angestellten

Anliegendes Rundverfügung der Abteilung für Personalfragen und Verwaltung vom 19. Januar wird mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Anträge auf Genehmigung zur Zeit ausgeübter Neuentätigkeiten sind der Abteilung Museen und Sammlungen bis zum 15. Februar (pünktlich!) vorzulegen.

1 Anlage

Abteilung für Volksbildung  
beim Magistrat der Stadt Berlin  
l.A.



Bei Antwort wird um Angabe  
unseres Geschäftszeichens geboten.

Hy  
Bgt. E. W. 19/2

[illegible]

Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. für Personalfragen  
und Verwaltung

266  
Berlin O2, den 19. Januar 1946  
Farschialstr. 1-3

Beschluss des Magistrats  
in der Sitzung am 17. Januar 1946

betr.:

Verordnungen.

Über die Nebentätigkeit der städtischen Angestellten v. 19. 1. 1946

§ 1

Städtische Angestellte bedürfen der Genehmigung

- a. zur Übernahme eines Nebenamtes,
- b. zur Übernahme einer Nebenbeschäftigung, die mit der fortlaufende Vergütung verbunden ist,
- c. zum Betrieb eines Gewerbes und zur Ausübung freier Berufe,
- d. zum Eintritt in den Vorstand- oder Aufsichtsrat einer auf Erwerb gerichteten Gesellschaft oder Genossenschaft.

Der Genehmigung bedürfen auch Angehörige, Ehepartner, Eltern, Kinder, Schwiegereltern eines städtischen Angestellten, wenn sie als vorgeschobene Interessensvertreter des Angestellten eine der vorgenannten Tätigkeit ausüben zu der die Ausübung die alleinige Arbeit lastet und das waren.

Für Magistratsmitglieder, ihre Stellvertreter und Bezirksratsmitglieder ergeben besondere Bestimmungen.

§ 2

Die Genehmigung wird erteilt nach Stellungnahme des Leiters der zuständigen Fachabteilung für die Angestellten der Stadtverwaltung durch die Abteilung für Personalfragen und Verwaltung des Magistrats, für die Angestellten der Bezirksverwaltungen durch die Abteilung für Personalfragen und Verwaltung des Bezirksrates.

Die Genehmigung kann widerrufen werden.

§ 3

Jede Entscheidung über einen Antrag auf Genehmigung einer Nebentätigkeit ist dem zum Wählenden Betriebsrat mitzuteilen.

Der Betriebsrat kann innerhalb 14 Tagen von Empfang der Mitteilung gegen die vorgenommene Entscheidung Einspruch erheben. Erfolgt über den Einspruch keine Mitteilung, so entscheidet eine Schlichtungsstelle, die aus je zwei Vertretern des Magistrats und des freien öffentlichen Dienstes besteht. Die Mitglieder der Schlichtungsstelle werden der Vorsitzende berufen von der Abteilung für Personalfragen und Verwaltung ernannt.

§ 4

Jeder städtische Angestellte, der ohne Genehmigung eine genehmigungspflichtige Nebentätigkeit entweder selbst ausübt oder durch einen Angehörigen im Sinne des § 1 ausüben lässt, kann ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen werden.



Erlangt ein städtischer Angestellter durch eine oder mehrere Nebenbeschäftigungen ein beträchtliches Nebeneinkommen, so kann die Genehmigung dieser Tätigkeit mit Zustimmung des Betriebsrates eine angemessene Herabsetzung der Dienstbezüge veranlassen oder die Rückzahlung eines Teils der in dem betreffenden Zeitraum ausgezahlten Dienstbezüge verlangen.

Richtlinien zur Durchführung der Verordnung über die Nebenbeschäftigung der städtischen Angestellten vom 1.1.1933

1. Die Genehmigung gilt als erteilt:
  - a. Zur Übernahme eines Nebenamtes, wenn ein Interesse von Berlin an der Tätigkeit besteht,
  - b. zur Übernahme einer Funktion in einer der zugelassenen politischen Parteien oder im freien deutschen Gewerkschaftsbund, wenn der Angestellte dadurch nicht in der Erfüllung seiner Dienstpflicht behindert wird,
  - c. zum Eintritt zwecks Vertretung der Interessen von Berlin in den Vorstand, Verwaltung- oder Aufsichtsrat einer auf Erwerb gerichteten Gesellschaft oder Genossenschaft, an der Berlin beteiligt ist,
  - d. zur Übernahme irgend einer Tätigkeit in einer nicht auf Erwerb gerichteten Genossenschaft, sofern der Angestellte dadurch nicht in der Erfüllung seiner Dienstpflicht behindert wird.
2. Die Genehmigung soll im allgemeinen erteilt werden, sofern der Angestellte dadurch nicht in der Erfüllung seiner Dienstpflicht behindert wird, zum Halten von Vorlesungen an Lehr- und Unterrichtsstellen, einschließlich der Volkshochschulen, und zwar zu literarischer Tätigkeit.
3. Die Genehmigung kann im allgemeinen erteilt werden:
  - a. Zur Übernahme eines Nebenamtes, sofern der Angestellte dadurch nicht in der Erfüllung seiner Dienstpflicht behindert wird,
  - b. wenn es sich um eine Tätigkeit geringeren Umfangs handelt, die nicht unter Ziffer 2 fällt und für die die Vergütung nicht mehr als RM 10.- (in Geld, Waren oder Leistungen) im Monat beträgt,
  - c. zum Eintritt in den Vorstand, Verwaltungs- oder Aufsichtsrat einer auf Erwerb gerichteten Gesellschaft oder Genossenschaft, wenn die Stellung nicht mit einer unmittelbaren oder mittelbaren (auch finanziellen) Vergütung verbunden ist, und der geschäftliche Erfolg der Gesellschaft in keiner wesentlichen Beziehung von der Tätigkeit der dem Rat oder dem Vorstande des Angestellten abhängig ist,
  - d. zur Ausübung einer literarischen Tätigkeit, sofern der Angestellte dadurch nicht in der Erfüllung seiner Dienstpflicht behindert wird in dem seiner Dienststelle entsprechenden Ausmaß geschädigt wird.
4. Eine fortlaufende Vergütung liegt auch dann vor, wenn nur gelegentliche oder -leistungen, die zwar zeitlich verhältnismäßig weit auseinander liegen, aber von dem einheitlichen Veranlasser beherrscht werden, sich bietende Gelegenheiten der gleichen Art zur Erzielung einer einheitlichen Einkommenserzielung auszunutzen.

5. Die Genehmigung darf nicht erteilt werden, wenn die Nebentätigkeit in Verbindung mit der Haupttätigkeit dem Angestellten oder der Person, Firma oder Gesellschaft, für die er die Nebentätigkeit ausübt, eine Bevorzugung gegenüber anderen Personen, die in gleichen Geschäftszweige tätig sind, bringen würde, oder wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck einer solchen Bevorzugung entstehen müsste.
6. In allen übrigen Fällen entscheidet die nach § 2 der Verordnung zuständige Dienststelle nach freiem Ermessen.
7. Alle erteilten Genehmigungen sind zu den Personaldaten zu nehmen und in die Personalkartei einzutragen.
8. Der Angestellte hat der Dienststelle, die die Genehmigung zur Ausübung der Nebentätigkeit erteilt hat, zum 15. April jeden Jahres zu melden, welches Einkommen er im abgelaufenen Haushaltsjahr aus einer Tätigkeit nach vorstehender Ziffer a., c. und d., 2, 3a. und d., aus einem Gewerbebetrieb oder der Ausübung eines freien Berufs erlangt hat, sofern das gesamte aus Nebentätigkeiten stammende Einkommen 1.200.-RM im Jahr übersteigt.

Magistrat der Stadt Berlin  
 Abt. f. Personalfragen und  
 Verwaltung

Schmidt.

Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Personalfragen  
und Verwaltung  
- H P A II -

Berlin, den 12. Januar 1946.

Regelung der Vergütung der Aushilfsangestellten  
(s. Ziff. I der Umdruckverf. vom 29.10.1945  
HPA II betr. Arbeitsvertragsbedingungen  
neu eingestellter Angestellter).

Nach der obengenannten Umdruckverfügung sollen die neu eintretenden Angestellten zunächst als Aushilfsangestellte beschäftigt werden. Die Dauer der aushilfsweisen Betätigung ist nach § 1 Abs. 4a der TO.A auf 6 Monate begrenzt. Bei einer Beschäftigung über diesen Zeitpunkt hinaus geht die aushilfsweise Beschäftigung ohne weiteres in eine Anstellung auf unbestimmte Zeit über, so dass von diesem Tage ab der Anspruch auf Zahlung der Bezüge nach den Bestimmungen des § 5 der TO.A besteht. Die Regelung ist von einzelnen Dienststellen dahingehend ausgelegt worden, dass Neueingestellten erst nach Ablauf von 6 Monaten die volle Vergütung gezahlt werden darf. Diese Auslegung entspricht nicht der von uns beabsichtigten Regelung. Es bestehen also somit keine Bedenken, den Aushilfsangestellten nach einer gewissen Probezeit, die sich nicht immer auf die Dauer von 6 Monaten zu erstrecken braucht, die Bezüge entsprechend dem Lebensalter zu gewähren. Im allgemeinen kann angenommen werden, dass eine Einarbeitungszeit von 2 Monaten genügen wird, um festzustellen, ob der Neueingestellte für den städtischen Dienst verwendbar ist. In diesem Falle kann dem Aushilfsangestellten bereits nach Ablauf von 2 Monaten die Vergütung entsprechend dem Lebensalter (s. § 5 TO.A.) gezahlt werden, ohne dass sich aber sein Charakter als Aushilfsangestellter ändert. Die Bestimmungen über die kurzfristige Kündigung dieser Aushilfsangestellten bleiben somit bis zum Ablauf der 6 Monate bestehen. Die Vertragsbedingungen des mehr als 2 Monate lang beschäftigten Aushilfsangestellten unterscheiden sich daher gegenüber den auf unbestimmte Zeit verpflichteten Angestellten dann nur noch in der Bemessung ihrer Kündigungsfristen.

In ganz besonderen Ausnahmefällen kann über diese Regelung hinaus den Aushilfsangestellten sogleich beim Eintritt die Vergütung der Dauerangestellten gewährt werden, sofern es im dienstlichen Interesse liegt, bewährte Kräfte für die Stadtverwaltung zu verpflichten.

An die Dienststellen d. Hauptverwaltung, die Bezirksämter, die Eigenbetriebe, die städt. Eigengesellschaften und die überwiegend städtischen Gesellschaften, das Stadtgericht, den Herrn Polizeipräsidenten, Abt. w.

In Vertretung  
S c h m i d t.

Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. f. Personalfragen u.  
Verwaltung HPA II

A b s c h r i f t

270  
Berlin, den 29.12.1945

Arbeitszeit der Jugendlichen

Nach der einschlägigen Umdruckverfügung vom 9.7.1945 ist die Arbeitszeit der Jugendlichen, d.h. der unter 18 Jahre alten Angestellten auf 42 Wochenstunden festgesetzt worden. Als Jugendliche sind nach der inzwischen ergangenen Anordnung zur vorläufigen Regelung der Arbeitszeit für Jugendliche alle männlichen und weiblichen Personen vom vollendeten 14. bis zum 21. Lebensjahre und solche, die vor Vollendung des 14. Lebensjahres in ein Ausbildungsverhältnis eintraten, anzusehen. Die Arbeitszeit der Jugendlichen vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 16. Lebensjahre darf hiernach die wöchentliche Arbeitszeit - einschl. Berufsschulunterricht - von 42 Stunden nicht überschreiten.  
Für Jugendliche vom vollendeten 16. bis zum vollendeten 18. Lebensjahre darf wie bereits festgesetzt die wöchentliche Arbeitszeit einschl. Berufsschulunterricht die 48 Stunden nicht überschreiten.

Für

An die  
Mitglieder des Magistrats,  
Dienststellen der Hauptverwaltung,  
Bezirkämter,  
Stdt. Eigenbetriebe,  
Stdt. Gesellschaften u. Überwiegend städt. Gesellschaften,  
das Kammergericht  
den Herrn Polizeipräsidenten.

131



Für Jugendliche vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 21. Lebensjahre gilt grundsätzlich die jeweilige betr./iebl. Arbeitszeit. Ausgenommen sind Jugendliche dieser Altersgruppe, die noch in der Berufsausbildung stehen. Für sie gilt die 48-Stundenwoche.

Diese Regelung bitten wir mit sofortiger Wirkung durchzuführen.

in Vertretung  
S c h e i d t

*Joh.*  
Berlin, 16. Januar 1946  
i. Auftr. d. St. A.

Akademie d. Künste

Jr. 698 13. Dez 1945 277

Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. für Personalfragen und Verwaltung  
RPA II

Berlin, den 6. Dezember 1945

#### Kinderzuschläge für Flüchtlingskinder

Nach Nr. 1 Satz 2 der Allgemeinen Dienstordnung zu § 12 der Allgemeinen Tarifordnung für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst in Verbindung mit Nr. 72 der Besoldungsvorschriften kann den unter die TO.A und TO.B fallenden Dienstkraften kein Kinderzuschlag für die unentgeltlich in Pflege genommenen Flüchtlingskinder gewährt werden, da sie die Kinder nicht an Kindesstatt annehmen, sondern nur bis zur Rückkehr der Eltern betreuen und unterhalten wollen. Da die Besoldungsvorschriften dem jetzt bestehenden Zustande keine Rechnung tragen konnten, sind wir in weitgehender Auslegung dieser Bestimmungen damit einverstanden, daß auch in diesem Falle ein Kinderzuschlag gewährt wird, sofern die nachstehenden Voraussetzungen erfüllt sind.

1. Das Flüchtlingskind muß die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.
2. Der Angestellte oder Arbeiter muß das Kind in seinen Hausstand aufnehmen und die Absicht haben, für den vollen Unterhalt und für die Erziehung des Kindes nicht nur vorübergehend zu sorgen, sondern mindestens bis zur Rückkehr der Eltern. Er muß gewissermaßen die Pflichten eines Vaters oder bei weiblichen Angestellten einer Mutter gegenüber dem Kind, wenn auch nur vorübergehend, übernommen haben.
3. Der Angestellte oder Arbeiter darf laufend keine Vergütung oder keinen Beitrag zum Unterhalt und zur Erziehung des Kindes erhalten. Dabei ist es ohne Bedeutung, von welcher Seite diese Zuwendungen geleistet werden. Geringfügige laufende Beiträge, die in keinem Verhältnis zu den Kosten des Unterhalts und der Erziehung des Kindes stehen, können unberücksichtigt bleiben. Als geringfügig in diesem Sinne sind nur solche Beträge anzusehen, die zusammen unter dem Kinderzuschlagssatz für ein Kind bleiben.

An die Dienststellen der Hauptverwaltung  
die Bezirksämter  
die Eigenbetriebe  
die städtischen Eigengesellschaften und  
die überwiegend städt. Gesellschaften  
das Stadtgericht  
den Herrn Polizeipräsidenten, Abt. W

4. Es darf keine andere Person außer den geflüchteten Eltern vorhanden sein, die zum Unterhalt des Kindes verpflichtet und dazu imstande ist. Unterhaltspflichtig sind außer den Eltern die beiderseitigen Großeltern des Kindes, der Vater des unehelichen Kindes, die Mutter des unehelichen Kindes und deren Verwandte in aufsteigender Linie. Gehört der Angestellte oder Arbeiter selbst zu den unterhaltspflichtigen Personen, z.B. als Großvater oder Großmutter oder sind weiter keine unterhaltspflichtigen Personen vorhanden, so ist die Bewilligung des Kinderzuschlages ohne weiteres möglich.
5. Die Frage, ob die Unterhaltspflichtigen zur Tragung der Kosten für Unterhalt und Erziehung des Kindes imstande sind, kann erst verneint werden, wenn entsprechende Unterlagen beigebracht sind.
6. Mit der Gewährung des Kinderzuschlages ist den Angestellten oder Arbeitern die Verpflichtung aufzuerlegen, jede Tatsache, die die Einstellung des Kinderzuschlages zur Folge hat, unverzüglich mitzuteilen. Bei der Einstellung des Kinderzuschlages infolge Rückkehr der Eltern ist ferner zu prüfen, ob sie in der Lage sind, die gewährten Kinderzuschläge zurückzuerstatten (z.B. bei Verdienst des Vaters, der wegen Beschäftigung in einer anderen Zone nach Berlin nicht zurückkehren konnte).

In Vertretung  
S c h m i d t

*Handwritten:*  
J.H.  
Berlin, d. 17. Dezember 1945  
H. Schmidt  
H.  
H.

Magistrat der Stadt Berlin  
Aut.f. Personalfragen und Verwaltung  
Hauptpersonalamt  
HRA I

Nr. 703 17. per 1945 d.  
Berlin, den 12. Dezember 1945 272



Einstellung von Angestellten in der Hauptverwaltung.

Nach unserer Umdruck-RaVr. vom 6.12.45 über "Haltmäßige Behandlung der Personalmittel" ist eine Beschäftigung von Kräften ohne Genehmigung der Abt. für Personalfragen und Verwaltung bezüglich der einzustellenden Kräfte und der Finanzabteilung bezüglich der Zurverfügungstellung der erforderlichen Mittel unzulässig.

Bei Anträgen auf Einstellung von Kräften, über die nach wie vor das Hauptpersonalamt entscheidet, ist künftig in allen Fällen anzugeben, daß die erforderlichen Mittel für die Beschäftigung der einzustellenden Kräfte in dem Personalhaushalt der anfordernden Dienststelle zur Verfügung stehen bzw., daß die erforderlichen Mittel von der Finanzabteilung zur Verfügung gestellt sind. Ohne diese Erklärung, für deren Richtigkeit der Dienststellenleiter verantwortlich ist, werden Einstellungen künftig nicht mehr vorgenommen.

I. Vertretung  
N e m i t z

An die  
Magistratsmitglieder und  
Dienststellen der Hauptverwaltung

B.1



" Auch heute noch muß der Magistrat grun sätzlich die Möglichkeit haben, jederzeit eine sofortige Kündigung aussprechen zu können. Diese sofortige Kündigung muß sich aber auf Ausnahmefälle beschränken, die durch Maßnahmen von hoher Hand oder Maßnahmen höherer Gewalt begründet sind. Im Normalfall ist bei Kündigungen von Angestellten der Stadt Berlin eine angemessene Frist einzuhalten, und zwar bis auf weiteres die Kündigungsfristen der TO.A. Diese Einhaltung der Kündigungsfristen bezieht sich selbstverständlich nicht auf Entlassungen, die durch persönliches Verschulden oder aus politischen Gründen erfolgen müssen."

b) Die Bestimmungen des § 16 Absatz 4 Satz 1 der TO.A über die Unkündbarkeit der Angestellten nach einer Dienstzeit von 25 Jahren (ATO § 7) finden keine Anwendung.

3. Tag des Inkrafttretens.

Die Bestimmungen unter vorstehender Ziffer 1 gelten vom 1.8.1945 ab; auf die vor dem Erlass dieser Verfügung ausgeschiedene Angestellte sind sie nicht anzuwenden. Die Regelung unter vorstehender Ziffer 2 wird vom Tage des Erlasses dieser Verfügung ab wirksam.

Sämtlichen Angestellten bitten wir diese Regelung durch Umlauf dieser Verfügung in der Dienststelle bekanntzugeben. Sie haben durch Unterschrift und Datumsangabe die Kenntnisnahme von dieser Verfügung zu bestätigen.

zu bestätigen.  
Den Nachweis hierüber haben die Dienststellenleiter sicherzustellen.

In Vertretung

Schmidt.

1. Frau K. 10 gr 8 Pf. Linn. 10 Pf.  
 1. Joh. Berlin, 10 Pf. 10 Pf. 10 Pf.

as per p. 10  
B.C.

By

Akademie der Künste zu Berlin

J. Nr. 505

J. Nr. 505  
Neueinstellung von Personal

Akademie der Künste  
H. M. H. (1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
13. Dezember 1945  
M. v. P. 1945  
Wir bestätigen hiermit den Empfang des Schreibens vom  
1. d. Mts. - P. 1945/185/856/49 -  
Der Präsident

Der Präsident  
in Auftrage

An den  
Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung Museen und Sammlungen  
(1) Berlin W 8  
Mauerstr. 53

B.1



275  
Abteilung Museen und Sammlungen

Berlin, den 1.12.1945

Pth/HM/

505

An alle Museen

Betrifft: Neueinstellung von Personal

In der Anlage wird der Auszug einer Verfügung der Abteilung für Personalfragen und -Verwaltung übersandt mit der Bitte um Kenntnisnahme und Beachtung.

Dazu wird bemerkt:

Sofern es sich nicht um Fachkräfte handelt, sind Neueinzustellende (Stenotypistinnen, Angestellte für einfachen Bürodienst) in Zukunft über die Abteilung Museen und Sammlungen vom Hauptpersonalamt anzufordern. Jeder Antrag auf Neueinstellung ist nach wie vor rechtzeitig über die Abteilung Museen einzureichen; da das Hauptpersonalamt rückwirkende Einstellungen nicht mehr anerkennt, wird gebeten, um die Neueinzustellenden vor finanziellem Schaden zu bewahren,

jede Arbeitsaufnahme bis nach erfolgter Zustimmung des Hauptpersonalamtes zurückzustellen.

Bitte den Empfang dieses Schreibens schriftlich zu bestätigen.

Anlage

*Thunberg*

Staatliche Museen  
Märkisches Museum  
Museum für Meereskunde  
Museum f. angew. Geologie  
Dtsch. Zoologisches Museum  
Akademie der Künste

A u s z u g

Magistrat der Stadt Berlin  
 . f. Personalfragen und Verwaltung

Berlin, den 27. 01. 1945

506

pp  
 Notwendige Einstellungen sind künftig rechtzeitig vorher beim Hauptpersonal-  
 amt - Personalleitstelle - zu beantragen. Dabei sind besondere Wünsche nach  
 Kenntnissen, Vorbildung usw. zum Ausdruck zu bringen. Der beantragenden  
 ienststelle steht das Recht zu, geeignete Bewerber in Vorschlag zu bringen.  
 Die Entscheidung über die Einstellung aber liegt allein beim Hauptpersonalamt.  
 Künftige Einstellungen ohne Inanspruchnahme des Hauptpersonalamts sind unzu-  
 lässig. Angestellte, die ohne Kenntnis oder Zustimmung des Hauptpersonalamts  
 eingestellt werden, erhalten keine Vergütung, Fragebogen werden an Bewerber  
 um Einstellung in den städtischen Dienst nur noch vom Hauptpersonalamt aus-  
 gegeben.

pp  
 gez. i.V.

Schmidt

H.  
 v. ...  
 L. ...  
 Berlin, d. 28. 02. 1945  
 v. ...  
 H. G.





Magistrat der Stadt Berlin.  
Abt. für Personalfragen und Verwaltung  
HPA II

Nr. 673 dr. 276  
Berlin, den 26. November 1945

Schwerbeschädigte.

Wir bitten um Angabe

- a) der Zahl der bei Ihnen beschäftigten Angestellten,
- b) wieviel der Angestellten zu a) schwerbeschädigt sind,
- c) der Zahl der bei Ihnen tätigen Arbeiter und
- d) wieviel der unter c) angegebenen Arbeiter schwerbeschädigt sind.

Im Auftrage

N e m i t z

An die Abteilungen der Hauptverwaltung  
die städtischen Eigenbetriebe  
die städtischen Eigengesellschaften und  
die überwiegend städt. Gesellschaften  
die Bezirksämter  
den Herrn Präsidenten des Kammergerichts  
den Herrn Polizeipräsidenten

-----

Zusatz für die Hauptverwaltung:

Die Angaben unter vorstehend b) bitten wir durch eine namentliche Liste nach folgendem Muster zu ergänzen:

Liste der in \_\_\_\_\_  
(Name der Dienststelle),  
beschäftigten Schwerbeschädigten.

Lfd. Nr.	Dienstbezeichnung	Name	Vorname	Geburts- datum	Hundertsatz der Körper- beschädig.	Art der Körperbe- schädig.

Die erbetenen Angaben bitten wir uns bis spätestens  
15. Dezember 1945  
zugehen zu lassen.

Im Auftrage  
N e m i t z

Zurück an die Abteilung für Volksbildung  
Zimmer 223 über Abtlg. Museen und Sammlungen bis zum 13.12.1945.

akademie der Künste



Magistrat der Stadt Berlin  
für Personalfragen und Verwaltung  
HPA III

Berlin, den 15. November 1945

I.  
Lohndienstalter bei B B G - Entlassenen

II  
Entschädigung für die Vorhaltung von Handwerks-  
zeug und anderer Gebrauchsgegenstände.

Zu I : Lohndienstalter bei  
BBG - Entlassenen

- Zur Rundverfügung vom 13. 9. 1945 - HP IV 2 -
- retr. Arbeitsverhältnisse der städtischen
- Arbeiter und Arbeiterinnen, Abschnitt I A 2 -

Bei den im Jahre 1933 und später nach den Bestimmungen der  
zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederher-  
stellung des Berufsbeamtentums (2. DV. zum BBG) entlassenen und  
später wieder eingestellten Arbeitern und Arbeiterinnen ist bei  
Festsetzung des Lohndienstalters von der Annahme auszugehen,  
daß sie damals nicht aus dem städtischen Dienst entlassen worden  
seien. Die vor der Entlassung liegende Dienstzeit und ausnahms-  
weise auch die Zeit der Unterbrechung kann gemäß § 7 ATO und ADO  
zu § 8 TO.B dem Lohndienstalter gutgebracht werden.

Zu II : Entschädigung für die  
Vorhaltung von Handwerks-  
zeug und anderer Gebrauchs-  
gegenstände.

Im Hinblick auf die Zerstörung erheblicher Materialwerte  
auch in städtischen Werkstätten und Lagern hat die Vorhaltung  
eigenen Handwerkszeugs und anderer wichtiger Gebrauchsgegen-  
stände durch die Angehörigen der Stadtverwaltung größeren Um-  
fang angenommen. Für die Zurverfügungstellung dieser Gegen-  
stände können - soweit sie nicht betriebsüblich ist und ohne  
sonderentschädigung zu geschehen hat - zurzeit Entschädigungen

in

- an die Abteilungen der Hauptverwaltung
  - die Bezirksamter
  - die städtischen Eigenbetriebe und
  - die städt. u. überwiegend städt. Gesellschaften
- .....

in folgender Höhe gewährt werden:

1. Übliches Handwerkszeug der Maurer, Schlosser  
Tischler u.a. Handwerker . . . . . 1-3 Rpf je Arbeitsstunde  
je nachdem Umfang des zur Verfügung  
gestellten und von der Stadt in An-  
spruch genommenen Handwerkszeugs,
2. Fahrrad . . . . . 10,- RM monatlich  
falls das Fahrrad mindestens 6 Stunden  
am Tage dienstlich gebraucht wird  
(bei geringerer Inanspruchnahme ist  
anteiliger Betrag zu zahlen),
3. Schreibmaschine . . . . . 12,- RM monatlich.

In Sonderfällen, besonders bei zur Verfügungstellung beson-  
ders hochwertiger Handwerkzeuge, ist unsere Entscheidung herbei-  
zuführen.

Die vorliegenden Anträge sind durch diese Regelung erledigt.

In Vertretung  
S c h m i d t

*Dr. J. J.*  
*Berlin, den 4. September 1945*  
*v. J. J. J.*  
*P. J.*  
*[Signature]*



Akademie der Künste zu Berlin

J. Nr. 494

*W im 1. f. d. B. f. d. 5*  
*F. H. n*

(1) Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. -33

4. Dezember 1945

Der Unterzeichnete meldet hiermit, dass er von seiner Erkrankung wieder hergestellt ist und seinen Dienst wieder angetreten hat.

*Alu*

An den

Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung Museen und Sammlungen

(1) Berlin W. 8  
Mauerstr. 33

*Ba*

3. Nr. 479

Krankmeldung

Academie der Künste zu Berlin

W. W. L. H. K. (1)  
Auftrag K. W.

Berlin-Charlottenburg 2  
Mardenbergstr. 33

28. November 1945

Der Unterzeichnete ist seit heute an starker Erkältung und akuten Darmstark gekranket. Hoffe aber in wenigen Tagen wieder voll arbeitsfähig zu sein.

An den

Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung Museen und Sammlungen

(1) Berlin W. G.  
Mauerstr. 33

P. 11

282

## Magistrat der Stadt Berlin

Abteilung für Volksbildung  
Abteilung Museen und Sammlungen  
Fernruf: 220X91, Hausanschluß Nr. 42.64.15

**Anschrift: Magistrat der Stadt Berlin**  
Abteilung für Volksbildung

Be:MD:XC:SK:td:td:MD:JPN:td:td:MD:GND:K:K:XCX

Berlin W8

Mauerstr. 53

An die  
Akademie der Künste

Berlin-Charlottenburg  
Hardenbergstr.33

### The Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

### Unser Zeichen:

**Tag 1**

Fth/HN/562 /45 9.11.1945

**Betrifft:**

Die von der Abteilung Museen und Sammlungen betreuten Institute werden hiermit angewiesen, das Fehlen von Gehaltsempfängern, die länger als 2 Tage ununterbrochen dem Dienst fernbleiben (gleichviel ob entschuldigt oder nicht) am 3. Tage der Abteilung Museen und Sammlungen zu melden, und zwar rückwirkend ab 1.11.1945



Abteilung für Volksbildung  
beim Magistrat der Stadt Berlin  
1.A.

8/ Wren

Вильгельм

Bei Antwort wird um Angabe  
unseres Geschäftswillens gebeten.

B1

1. V. Erkrankung und vor Ableben  
im Haupt u. d. Abteilung für  
Körper und Verletzungen geschützt  
2. V. Kuch, flucht beim Tode in Ange-  
stellten und Hauptk. werden.

3. J. d.

Leipzig, d. 14. November 1945

Dr. P. P. P. P.

J. d.

g

Magistrat der Stadt Berlin  
Abt. für Personalfragen u. Verwaltung  
HPA II

Berlin C 2, den 8. Nov. 1945  
Stralauer Str. 42-43  
Fernruf: 42 5311, App. 35

Härteausgleich  
für weibliche und jugendliche Angestellte

I  
Jugendliche Angestellte

1. Den jugendlichen Angestellten, d.h.
  - a) den unter die ADO-Jugendl. fallenden Angestellten und
  - b) den von der TO.A erfaßten und noch nicht 25 Jahre alten Angestellten
 kann, sofern sie nicht bei ihren Eltern oder nahen Verwandten wohnen können und ihren Lebensunterhalt ausschließlich von ihren Dienstbezügen bestreiten müssen, ein Zuschuß zur Vergütung gewährt werden. Die gleiche Vergünstigung kann den unter vorstehend a) und b) näher bezeichneten Dienstkräften auch dann gewährt werden, wenn die Eltern oder nahe Verwandte nicht unterhaltsfähig sind, z.B. wegen Erwerbslosigkeit usw.
2. Der Zuschuß ist von Fall zu Fall nach eingehender Prüfung der einschlägigen Verhältnisse festzusetzen. Er darf im günstigsten Falle so bemessen werden, daß den in Vgr. X und IX eingereihten Angestellten ein Gesamtbetrag (Vergütung nach dem Lebensalter zuzüglich Zuschuß) in Höhe der Bezüge eines 25 Jahre alten Angestellten der betreffenden Vergütungsgruppe gezahlt wird.
3. Bei den in Vgr. VIII und VII eingereihten Angestellten darf der Gesamtbetrag (s. vorst. Ziff. 2) höchstens auf den Satz eines 20 Jahre alten Angestellten der Vgr. VII der TO.A festgesetzt werden.
4. Der Zuschuß darf nur auf Antrag des Angestellten gewährt werden. Er ist bei der Festsetzung des Zuschusses ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß er jede Veränderung, die für die Bemessung des Zuschusses von Bedeutung ist, sofort anzeigen muß.

An die  
Dienststellen der Hauptverwaltung,  
die Bezirksämter,  
die Eigenbetriebe,  
die städtischen Eigengesellschaften und  
die überwiegend städtischen Gesellschaften,  
das Stadtgericht,  
den Herrn Polizeipräsidenten, Abt. W.

II

Leipzig, d. 14. November 1945  
Dr. P. P. P. P.  
J. d.

B1



## II

### Weibliche Angestellte

Nach § 9 Absatz 4 der TO.A. können verheirateten männlichen Angestellten unter 26 bzw. 30 Jahren anstelle der Bezüge nach der Anlage 2 zur TO.A bis zur Vollendung des 28. bzw. 32. Lebensjahres die Bezüge der Angestellten mit vollendetem 26. bzw. 30. Lebensjahre bewilligt werden. Diese Regelung kann auch auf verheiratete weibliche Angestellte der Vgr. X bis IV ausgedehnt werden, sofern sie ihren Unterhalt selbst bestreiten müssen (z.B. wegen Erwerbslosigkeit des Ehemannes usw.).

Auch ledigen unter 26 Jahre alten Angestellten der Vgr. X bis IV können, sofern sie einen eigenen Hausstand haben und für mindestens 1 Kind Kinderzuschlag erhalten, die Bezüge eines 26 Jahre alten Angestellten bis zur Vollendung des 28. Lebensjahres gewährt werden.

## III.

### Regelung für die unter die KrT fallenden Angestellten

Für die unter die KrT fallenden Angestellten, die ihre Bezüge nach der Anlage 1 zur TO.A oder KrT erhalten, gilt die vorstehende Regelung unter I und II sinngemäß.

## IV

### Anträge auf Erhöhung der Dienstbezüge

Eingehend begründete Anträge der jugendlichen und weiblichen Angestellten auf Erhöhung ihrer Vergütung im Rahmen der vorstehenden Bestimmungen sind mit den erforderlichen Unterlagen (Bescheinigung über die Erwerbslosigkeit der Eltern usw.) an die zuständige Personalstelle zu richten.

### Zusatz für die Hauptverwaltung des Magistrats:

Die Anträge der beim Magistrat tätigen Angestellten sind an das Hauptpersonalamt -HPA II - zu richten.

In Vertretung

S c h m i d t

Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung Museen

Berlin C-2, den 9.10.45.

Parochialstr. 1-3

284  
Eth/uo/412/45

NO 319 / 12 OKT 45

Ehemals Staatliche Museen  
Deutsches Zoologisches Museum  
Märkisches Museum  
Museum für angewandte Geologie  
Museum für Meereskunde  
Akademie der Künste

Betr. ehemalige Parteigenossen

In der Anlage wird der Auszug eines Unlautes über das Verhalten ganzliche  
gegenüber ausgeschiedenen Parteigenossen der ehemaligen NSDAP übersandt  
mit der Bitte um Beachtung in vorkommenden Fällen.

1 Anlage

i. A.

i. A.

*S. Werner*

*S. Hering*

*John  
Loh, 2. 12. Oktober 1945  
Kriegsgericht*

*Handwritten notes in German, mostly illegible due to fading.*

*Handwritten signature or initials: "Mersch"*

Abteilung Museen

A b s c h r i f t

Berlin, den 8.10.1945

Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Volksbildung

Berlin, den 1. Juli 1945  
Th/Ng.

1. Auf Befehl der russischen Besatzungsbehörde, vertreten durch Herrn Marschall Shukow, sind ab 1. Juli 1945 sämtliche ehemaligen Mitglieder der NSDAP. ausnahmslos aus dem Dienst der Stadtverwaltung Berlin zu entlassen. Das Betreten der Dienstgebäude oder bisherigen Dienststellen wird allen Entlassenen ab 3. Juli 1945 untersagt. Die Dienststellenleiter sind persönlich dafür haftbar, dass die Übergabe der den Entlassenen evtl. zur Verfügung gestandenen Arbeitsmittel ordnungsgemäss erfolgt. Das gleiche gilt für alle Dienstvorgänge.

Alle Entlassenen sind sofort den zuständigen Arbeitsämtern zu melden mit dem Hinweis, dass es sich um ehemalige Mg.'s handelt, die ab 1. Juli aus dem Dienst der Stadtverwaltung Berlin entlassen wurden.....

.....  
Akademie der Künste  
ehemals Städtische Museen  
Museum f. angew. Geologie

Deutsches Zoologisches Mus.  
Museum f. Tiereskunde  
Märkisches Museum

286  
Akademie der Künste zu Berlin

J. Nr. 339

Betr.: Krankmeldung  
- - - - -

z. Zt. Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
18. Oktober 1945

Die Akademie der Künste meldet hiermit, dass ihre technische Hilfskraft Josef M a i s s zur Zeit erkrankt ist. Er hat vor einiger Zeit eine Lungenblutung erlitten. Zugleich melden wir, dass der erkrankte Rentmeister Walter S t r e i t e r wieder genesen ist und seit dem 16. d. Mts. seinen Dienst wieder voll ausübt.

An den

Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung Museen  
z. Hd. von Herrn Dr. Settegast

Berlin C 2

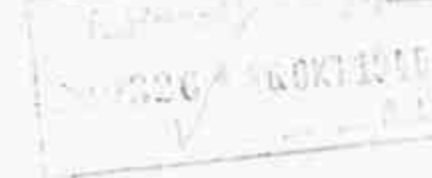
Parochialstr. 1 - 3

Der Präsident

Im Auftrage  
*Alu*



Abteilung der Kasse der Stadt Berlin



Berlin-Gesundheitsamt 2  
Hardenbergstr. 13  
19. Oktober 1948

Herrn Professor Dr. H. H. H. H.

Sehr geehrter Herr H. H. H. H.,  
beziehe ich mich auf die von Ihnen  
am 1. d. M. an das Gesundheitsamt  
eingereichte Mitteilung. Ich bitte Sie  
sich zu vergewissern, dass die  
Mitteilung von H. H. H. H., die mir  
vorliegt, der Wahrheit  
entspricht. Die Unterlagen werden  
2-fach begutachtet.

Sehr geehrter Herr H. H. H. H.

Herrn  
H. H. H. H.  
Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung H. H. H. H.  
Berlin G. H.  
Hardenbergstr. 1 - 3

*Handwritten signature*

Akademie der Künste zu Berlin

J. Nr. 320/45

St. Berlin-Charlottenburg 2  
Gardenbergstr. 33  
2. Oktober 1945

Auf das Schreiben vom 9. d. Mts. - Go 385/45 -  
betr. Geschäftsverteilungsplan übersenden wir anbei  
die erforderliche Meldung in zweifacher Ausfertigung.

Der Präsident  
Im Auftrage

An den

Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung Museen  
Berlin C 2  
Parochialstr. 1 - 3

Zu J. Nr. 320/45

Geschäftsverteilungsplan der Abteilung für Volksbildung

Hauptamt: Abteilung für Volksbildung

Abteilung: Museen

Institut: Akademie der Künste zu Berlin

Nach dem Stande vom 10.10.1945

Sitz der Dienststelle: z.Zt. Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33

Telefonanschluss: -

Lfd. Nr.	Beschreibung des Arbeitsgebietes in Stichworten:	Besetzung des Arbeitsgebietes ( Dez., Ref., Sachbearbeiter, Zuarbeiter usw. )
1	2	3
1	Die Akademie der Künste zu Berlin ist das seit 1696 bestehende Gremium der hervorragendsten schöpferischen Künstler als repräsentative Vertretung der deutschen Kunst. Ihre Arbeitsgebiete sind: die bildende Kunst, die Musik ( Komposition ) und Dichtung. Die Mitglieder der Akademie ergänzen sich durch eigene Wahl. Die Akademie hat die Aufgabe die Künste, die sie in ihrer Mitgliedschaft hat, zu fördern und zu pflegen. Dies geschieht hauptsächlich durch grosse vorbildliche Veranstaltungen: Ausstellungen ( besonders der lebenden Kunst ), Konzerte und Vorträge. Aus den Mitteln ihrer Stiftungen veranstaltet die Akademie Wettbewerbe auf den verschiedenen Kunstgebieten. Durch die Autorität der in ihr vereinigten führenden Künstler gestützt, erstattet die Akademie fachliche Gutachten für die Gebiete der bildenden Künste, Musik und Dichtung.	Alle Angelegenheiten der Gesamtakademie ( der 3 Abteilungen und 3 Senate ). Die Verwaltung der Akademie und Aufsicht über das Büro. Aufsicht über die Kasse der Akademie ( Kassenpfleger ). Alle Angelegenheiten der Abteilung für die bildenden Künste und ihres Senats ( Berichte, Formulierung der Gutachten, Protokolle und sonstige Ausarbeitungen ). Angelegenheiten der Abteilung für Musik und, soweit erforderlich, der Abteilung für Dichtung. Organisation der Veranstaltungen der Akademie insbesondere der akademischen Ausstellungen. Abfassung der Kataloge und Leitung ihrer Drucklegung. Angelegenheiten der Stiftungen. Unterstützungsangelegenheiten. Dez.u.Ref.: Prof.Dr.Amersdorffer
2		Leitung des Büros, Erledigung aller Büroarbeiten für die drei Abteilungen, einschliesslich Ausstellungen, Verkaufsbüro. Bearbeitung von Haushaltsangelegenheiten, der Stiftungen und ihres Vermögen. Stellvertretender Kassenpfleger. Verwaltung der Bücherei und des Archivs. Sachbearbeiter: Ob.-Insp.Körber
3		Führung der Kasse und Erledigung sämtlicher anfallenden Kassenarbeiten. Sachbearbeiter: Rentmstr.Streiter
4		Verwaltung der Registratur. Führung sämtlicher Karteien, Listen, Terminkalender. Schreibarbeiten, Urkunden und Adressen. Hilfeleistungen bei Durchführung der Ausstellungen, Verkaufsbüro. Sachbearbeiterin: Sekretärin Ewerlien

Name	Vergütungsgruppe	Bemerkungen ( z.B. über Fachausbildung = Jurist Arzt, Techniker usw. )
4	5	6
A m e r s d o r f f e r Alexander Dr. phil. Professor Leiter	10	Kunstgelehrter, Kunstschriftsteller. Dr.phil 1901, Professor 1907. in der Verwaltung ausgebildet in 5 1/2-jähriger Tätigkeit im Preussischen Kultusministerium ( 1904 - 1910 ) als Referent für Kunstangelegenheiten.
K ö r b e r , Alfred Akademie-Oberinspektor	7	Dreijährige Ausbildung als Supernumerar beim Provinzialschulkollegium in Breslau ( 1908 - 1911 ). Prüfung für den staatlichen Verwaltungsdienst. ( 1911 ).
S t r e i t e r , Walter Rentmeister	7	Prüfung für den Verwaltungsdienst ( 1930 )
E w e r l i e n , Else Sekretärin	3	Stenographie, Maschinenschreiben, Kuntschrift, Buchführung



Lfd. Beschreibung des Arbeitsgebietes  
Nr. in Stichworten

Besetzung des Arbeitsgebietes  
( Dez., Ref., Sachbearbeiter,  
Zuarbeiter usw. )

1	2	3
1		Aufsicht über die Büroräume, Sichtung und Sicherstellung des geretteten Inventars, Bo- tengänge
5		Technische Reparaturarbeiten, Hilfeleistungen für den Haus- meister, Botengänge
6		

N a m e

Vergütungsgruppe

Bemerkungen ( z.B. über  
Fachausbildung = Jurist,  
Arzt, Techniker usw.

4	5	6
Stolzmann, Otto Hausmeister	2	Ungelernter Arbeiter
Maiss, Josef Technische Hilfskraft	2	Gelernter Steinmetz

Geschäftsverteilungsplan der Abteilung für Volksbildung

Hauptamt: Abteilung für Volksbildung

Abteilung: Museen

X Institut: Akademie der Künste zu Berlin

Nach dem Stande vom 10.10.1945

Sitz der Dienststelle: z. Zt. Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr.33

Telefonanschluss: -

Lfd. Nr.	Beschreibung des Arbeitsgebietes in Stichworten	Besetzung des Arbeitsgebietes (Bez., Ref., Sachbearbeiter, Zuarbeiter usw.)	Name	Vergütungsgruppe	Bemerkungen (z.B. über Fachausbildung Jurist, Arzt, Techniker usw.)
1	<p>Die Akademie der Künste zu Berlin ist das seit 1696 bestehende Gremium der hervorragendsten schöpferischen Künstler als repräsentative Vertretung der deutschen Kunst. Ihre Arbeitsgebiete sind: die bildende Kunst, die Musik (Komposition) und Dichtung.</p> <p>Die Mitglieder der Akademie ergänzen sich durch eigene Wahl.</p> <p>Die Akademie hat die Aufgabe die Künste, die sie in ihrer Mitgliedschaft hat, zu fördern und zu pflegen. Dies geschieht hauptsächlich durch grosse vorbildliche Veranstaltungen: Ausstellungen (besonders der lebenden Kunst), Konzerte und Vorträge. Aus den Mitteln ihrer Stiftungen veranstaltet die Akademie Wettbewerbe auf den verschiedenen Kunstgebieten.</p> <p>Durch die Autorität der in ihr vereinigten führenden Künstler gestützt, erstattet die Akademie fach-</p>	<p>Alle Angelegenheiten der Gesamtakademie (der 3 Abteilungen und 3 Senate)</p> <p>Die gesamte Verwaltung der Ak. und Aufsicht über das Büro.</p> <p>Aufsicht über die Kasse der Ak. (Kassenspfleger)</p> <p>Alle Angelegenheiten der Abteilung für die bildenden Künste u. ihres Senats (Berichte, Formulierung der Gutachten, Protokolle u. sonstige Ausarbeitungen)</p> <p>Angelegenheiten der Abteilung für Musik u. soweit erforderlich der Abt.f.Dichtung.</p> <p>Organisation der Veranstaltungen der Ak. insbesondere der akademischen Ausstellungen.)</p> <p>Abfassung der Kataloge und Leitung ihrer Drucklegung.</p> <p>Angelegenheiten der Stiftungen.</p>	<p>Auersdorffer Alexander 10 Dr.phil. Professor, Leiter</p>		<p>Kunstgelehrter, Kunstschriftsteller Dr.phil. 1901 Professor 1907 in der Verwaltung ausgebildet in 5 1/2-jähriger Tätigkeit im Preuss. Kultusministerium (1904-10) als Referent für Kunstangelegenheiten.</p>

1

2  
liche Gutachten  
für die Gebiete  
der bildenden  
Künste, Musik  
und Dichtung.

2

*empfl. Aufstellung  
V. H. H. H.*

3

*Kaufmann  
H. H. H.*

4

5

6

3  
Unterstützungs-  
angelegenheiten

*H. H. H.*

Leitung des Büros,  
Erledigung aller  
Büroarbeiten für  
die drei Abtei-  
lungen.  
Bearbeitung von  
Haushaltsange-  
legenheiten, Bear-  
beitung der Stif-  
tungen und ihres  
Vermögens.  
Stellvertretender  
Kassenpfleger.  
Verwaltung der  
Bücherei und des  
Archivs.

Führung der Kasse  
und sämtlicher an-  
fallenden Kassen-  
arbeiten

*Kaufmann  
H. H. H.*

Verwaltung der Re-  
gistratur.  
Führung sämtlicher  
Karteien, Listen,  
Terminkalender.  
Schreibarbeiten,  
Urkunden und Adres-  
sen.  
Hilfeleistung bei  
Durchführung der  
Ausstellungen,  
Verkaufsbüro

Sachbearbeiter  
Sekretärin Ewer-  
lien

Aufsicht über die  
Bürräume, Sicher-  
tung und Sicher-  
stellung des ge-  
retteten Inventars  
Botengänge

Technische Repara-  
turarbeiten, Hilfe-  
leistungen für den  
Hausmeister, Boten-  
gänge

Körber  
Alfred

Akademie-  
Oberinspek-  
tor

Streiter  
Walter

Rentmeister

Ewerlien  
Else

Sekretärin

Stolzmann  
Otto

Hausmeister

Maiss  
Josef

Technische  
Hilfskrat

7

Dreijährige  
Ausbildung  
als Supernu-  
merar beim  
Provinzial-  
schulkolle-  
gium in Bres-  
lau (1908-11)

Prüfung für  
den staatli-  
chen Verwal-  
tungsdienst  
(1911)

Prüfung für  
den Verwal-  
tungsdienst  
(1930)

7

3

2

2

Stenographie  
Maschinen-  
schreiben  
Kunstschrift  
Buchführung

Ungelernter  
Arbeiter

Gelernter  
Steinmetz

Registret der Stadt Berlin  
Abteilung Museen

Ehemals Staatlichen Museen  
Märkisches Museum  
Deutsches Zoologisches Museum  
Museum für angewandte Geologie  
Museum für Meereskunde  
Akademie der Künste

Zentralstelle zur Erfassung und Pflege von Kunstwerken

Betr. Geschäftsverteilungsplan

Anliegend überreichen wir Ihnen hiermit den Geschäftsverteilungsplan der Abteilung für Volksbildung - Generalreferat/Allgemeine Verwaltung - mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Wir bitten, uns die erbetene Meldung bis zum 13. Oktober herzureichen.

1 Anlage

i. A.

i. A.

F.S. Die Unterlagen  
werden 2-fach benötigt.

*Herrn*

*Ritzger*

Berlin C-2, den 9.10.45.  
Perochialstr. 1-3

Go/385/45

NOV 20 \* 12 OKT 1945

294



## Akademie der Künste

Abteilung für Volksbildung  
Generalreferat  
Allgemeine Verwaltung

Berlin, den 5. 10. 1945  
P/Ho.

An alle Hauptämter  
und Abteilungen  
- - - - -

Betrifft: Geschäftsverteilungsplan

- 1.) Wir überreichen Ihnen hiermit einen Geschäftsverteilungsplan der Abteilung für Volksbildung mit der Bitte um Beachtung, besonders hinsichtlich der neuen Dienststellenbezeichnungen, die als endgültig anzusehen sind.
- 2.) Für eine angeordnete Meldung an die Abteilung Personalfragen und Verwaltung und um eine Übersicht über die personelle Besetzung aller Abteilungen und der unterstellten Institute zu erhalten bitten wir, uns bis zum 15. 10. 1945 einen Geschäftsverteilungsplan lt. nachstehendem Muster nach dem Stande vom 10. 10. 45 aufzustellen und in dreifacher Ausfertigung einzureichen:

M u s t e r :

Geschäftsverteilungsplan der Abt. für Volksbildung

Hauptamt: .....  
Abteilung: .....  
Institut: .....

nach dem Stande vom 10. 10. 1945

Sitz der Dienststelle: .....  
(Strasse und Hausnummer)

Telefonanschluss: .....

Lfd. Nr.	Beschreibung des Arbeitsgebiets in Stichworten	Besetzung des Arbeitsgebiets (Dez., Ref., Sachbearbeiter, Zuarbeiter usw.)	N a m e	Vergütungsgruppe	Bemerkungen (z.B. über Fachausbildung = Jurist, Arzt, Techniker usw.)
1	2	3	4	5	6

In diesen Geschäftsverteilungsplan sind alle angeschlossenen und betreuten Institute mit allen Angestellten aufzunehmen. Die Zahl der Arbeiter ist jeweils am Schluss in einer Summe anzugeben. Nicht mit aufzuführen sind ehrenamtliche Dienstkräfte und das künstlerische Personal der Theater und Orchester. Die für Aufräumungs- usw. Arbeiten kurzfristig eingesetzten Arbeiter und Arbeiterinnen sind ebenfalls nicht zu nennen. Nicht vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter sind kenntlich zu machen.

Abteilung für Volksbildung  
beim Magistrat der Stadt Berlin

gez. Thunig

Abteilung für Volksbildung

Leiter: Herr Otto W i n z e r, Stadtrat

Stellv. Leiter: Herr Erich O t t o

Generalreferat

Leiter: Herr Rudolf Thunig

- |   |   |                         |
|---|---|-------------------------|
| 1. Allgemeine Verwaltung und Büroorganisation,            | } | - Herr Pauligk          |
| 2. Verbindung zu den Bezirks-Volksbildungsbüro-Verwaltern |   |                         |
| 3. Personalleitung  |   | - Herr Fischer          |
| 4. Rechtsberatung   |   | - Frau Dr. Schellenberg |
| 5. Etatbearbeitung  |   | - Herr Hartmann         |
| 6. Hauptschulamt Verwaltung                               |   | - Herr Müller           |
| 7. Hauptschulamt Haushaltspläne                           |   | - Herr Keding           |

I. Hauptamt Presse und Aufbauwerbung

Leiter: Herr Rudolf Thunig

- |                        |                         |
|------------------------|-------------------------|
| 1. Magistratspresseamt | - Herr Puhlmann         |
| 2. Magistratsfunk      | - Herr Fischer - Walden |
| 3. Verlagswesen        | - Frä. Windus           |
| 4. Buchhandel          | ?                       |
| 5. Aufbauwerbung       | ?                       |

II. Hauptschulamt

Leiter: Herr Bürgermeister Schulze  
Stellv. Leiter: Herr Studienrat Wildangel

- |  |                                 |
|--|---------------------------------|
| 1. <u>Volks- und Mittelschulen</u><br>Lehrplangestaltung | - Herr Rektor Schmidt           |
|  | - Herr Rektor Buchwald          |
| 2. <u>Höhere Schulen</u>                                 | - Herr Oberschulrat Dr. Fischer |
|  | - Herr Oberschulrat Dr. Bohner  |

3. Berufs- und Fachschulen

- |   |   |
|---|---|
| a) gewerbliche Fachschulen, Schulaufsicht | - Herr Dipl. Handelslehrer Mann                 |
| b) kaufmännische Fachschulen              | - Herr Berufsschuldirektor Platow               |
| c) Hauswirtschafts- und Frauenfachschulen | - Herr Dipl. Handelslehrer Chrobek              |
| d) gewerbl. Berufsschulen                 | - Gewerbelehrerin Frau Schaedler                |
|   | - Herr Regierungs- und Gewerbeschulrat Heinrich |

4. Lehrerbildung

- |  |   |
|--|---|
| a) Lehrerbildung                                     | - Frau Studienrätin Dr. Thorhorst       |
| b) Sozialpädagogik, auserschulische Erziehungsfragen | - Herr Schulrat Kellermann              |
|  | - Frau Maraun staatl. gepr. Fürsorgerin |

III. Hauptamt Wissenschaft und Forschung

Leiter: Herr Dr. Alfred Werner  
Stellv. Leiter: Herr Walter Bartel

1. Wissenschaft und Hochschulen

- |  |                       |
|--|-----------------------|
| a) Allgemeine Verwaltung                                     | - Herr Dr. Kauffeldt  |
| b) Universität, Technische Hochschule, Wirtschaftshochschule | - Herr Freund         |
| c) Musikhochschule und Hochschule für Bildende Künste        | - Herr Professor Mohr |
|  | - Herr Dr. Berner     |

2. Museen und Sammlungen

- Herr Dr. Settegast

3. Büchereiwesen

- |                              |   |
|------------------------------|---|
| a) wissenschaftl. Büchereien | - Herr Kürschner                          |
| b) Volksbüchereien           | - Herr Wartenberg (i.V. Herr Dr. Hermann) |
| c) Volksbüchereihaus         | - Frau Schleif                            |
|                              | - Herr Schwarz                            |

4. Volkshochschulen

- Herr Bartel

IV.

IV. Hauptamt Theater, Film, Musik

Leiter: Herr Erich Otto

Stellv. Leiter: Herr Baensch

- |  |                    |
|--|--------------------|
| 1. Theater   | ) - Herr Scheutzow |
| 2. Musik   | ) - Herr Baensch   |
| 3. Film- und Bildstelle                            |                    |
| 4. Kammer der Kuntschaffenden, ständiger Vertreter | - Herr Henneberg   |
| 5. "Neues Leben"                                   | - Herr Bartolein   |

V. Hauptsportamt

Leiter: Herr Franz Müller

Stellv. Leiter: Herr Preuss

- |   |                 |
|---|-----------------|
| 1. Sporttechnik aller Sparten                 | - Herr Priefert |
| 2. Schulungs- und Jugendfragen                | - Herr Behrendt |
| 3. Übungsstätten, Sportgeräte, Rechnungswesen | - Herr Kosel    |

VI. Hauptjugendausschuss

Leiter: Herr Kessler

- |  |                              |
|--|------------------------------|
| 1. Schulungsfragen                             | - Herr Ruprecht              |
| 2. Jugendsport                                 | - Herr Behrendt (ehrenamtl.) |
| 3. Mädelfragen und Organisation                | - Frä. Maldaque              |
| 4. Presse und Rundfunk                         | - Herr Bullerjahn            |
| 5. Verbindung zu Gewerkschaften und Arbeitsamt | - Herr Kuhn                  |

Akademie der Künste zu Berlin

Aktennotiz!

Berlin, den 10. Oktober 1945

Auf das Schreiben des Magistrats vom 8. d. Mts. betr. Gehaltsanträge begab ich mich heute zum Stadthaus und besprach mit Herrn P a l l u t h die neu zu machenden Vorschläge. Zu den vorigen Vorschlägen bemerkte ich, dass die Akademie der Meinung war, die neuen Gehälter sollten möglichst weitgehend den früher bezogenen Gehältern angeglichen werden; es sollten keineswegs unbescheidene Hoffnungen genährt werden. Um einen Anhalt zu gewinnen, fragte ich nach den für die Museen bewilligten Sätzen. Es wurde mir erwidert, dass auch diese als zu hoch zurückgegeben worden wären. Die neuen Vorschläge besprach ich dann mit Herrn Palluth. Für Stolzmann und Maiss muss natürlich wiederum die Gruppe 2 mit 255 RM eingesetzt werden. Sekretärinnen sollen nach Angabe des Herrn Palluth in Gruppe 3 eingestuft werden mit 265 RM. Herr Kießer und Herr Streiter müssen mit gleichen Vorschlägen eingesetzt werden und zwar nach Gruppe 7, die als Gruppe der Oberinspektoren bezeichnet ist, mit dem Betrag von 300 RM. Bezüglich meiner Stelle, die ich nach Rücksprache mit Herrn Neumann schon das vorige Mal wesentlich niedriger als mein früheres Gehalt eingesetzt hatte, setzte ich jetzt auf Vorschlag des Herrn Palluth die Gruppe 10 mit 730 RM ein, bemerkte aber ausdrücklich, dass <sup>ich</sup> die Einstufung meines Gehaltes auch in anderweiter Höhe anheimsstelle, da es für mich in erster Linie auf mein ideelles Ziel, die Erhaltung der Akademie der Künste, ankomme.



Akademie der Künste zu BerlinAktennotiz!

Berlin, den 10. Oktober 1945

Auf das Schreiben des Magistrats vom 8. d. Mts. betr. Gehaltsanträge begab ich mich heute zum Stadthaus und besprach mit Herrn P a l l u t h die neu zu machenden Vorschläge. Zu den vorigen Vorschlägen bemerkte ich, dass die Akademie der Meinung war, die neuen Gehälter sollten möglichst weitgehend den früher bezogenen Gehältern angeglichen werden; es sollten keineswegs unbescheidene Hoffnungen genährt werden. Um einen Anhalt zu gewinnen, fragte ich nach den für die Museen bewilligten Sätzen. Es wurde mir erwidert, dass auch diese als zu hoch zurückgegeben worden wären. Die neuen Vorschläge besprach ich dann mit Herrn Palluth. Für Stolzmann und Maiss muss natürlich wiederum die Gruppe 2 mit 255 RM eingesetzt werden. Sekretärinnen sollen nach Angabe des Herrn Palluth in Gruppe 3 eingestuft werden mit 285 RM. Herr Körber und Herr Streiter müssen mit gleichen Vorschlägen eingesetzt werden und zwar nach Gruppe 7, die als Gruppe der Oberinspektoren bezeichnet ist, mit dem Betrag von 500 RM. Bezüglich meiner Stelle, die ich nach Rücksprache mit Herrn N e u m a n n schon das vorige Mal wesentlich niedriger als mein früheres Gehalt eingesetzt hatte, setzte ich jetzt auf Vorschlag des Herrn Palluth die Gruppe 10 mit 730 RM ein, bemerkte aber ausdrücklich, dass <sup>ich</sup> die Einstufung meines Gehaltes auch in anderweiter Höhe anheimstelle, da es für mich in erster Linie auf mein ideelles Ziel, die Erhaltung der Akademie der Künste, ankomme.



Akademie der Künste zu BerlinAltamontis!

Berlin, den 10. Oktober 1945

Auf das Schreiben des Registrars vom 3. d. Mts. betr. Gehaltsanträge begab ich mich heute zum Stadthaus und besprach mit Herrn P a l l a t h die neu zu machenden Vorschläge. Zu den vorigen Vorschlägen bemerkte ich, dass die Akademie der Meinung war, die neuen Gehälter sollten möglichst weitgehend den früher bezogenen Gehältern angeglichen werden; es sollten keineswegs unbescholdene Hoffnungen genährt werden. Um einen Anreiz zu gewinnen, fragte ich nach den für die Museen bewilligten Sätzen. Es wurde mir erwidert, dass auch diese ein zu hoch zurückgefallen wären. Die neuen Vorschläge besprach ich dann mit Herrn Pallath. Für Stolwinski und Meissner natürlich wiederum die Gruppe 2 mit 255 RM eingestellt werden. Sekretärinnen sollen nach Angabe des Herrn Pallath in Gruppe 3 eingestellt werden mit 235 RM. Herr Weber und Herr Streiber müssen mit gleichen Vorschlägen eingestellt werden und zwar nach Gruppe 7, die als Gruppe der Oberschichtbeamten bezeichnet ist, mit dem Betrag von 500 RM. Bezüglich meiner Stelle, die ich nach Rücksprache mit Herrn Meissner davon das vorige Mal wesentlich niedriger als mein früheres Gehalt eingestellt hatte, setzte ich jetzt auf Vorschlag des Herrn Pallath die Gruppe 10 mit 750 RM ein, bemerkte aber ausdrücklich, dass die Einstufung meines Gehaltes auch in anderer Weise anheimstelle, da es für mich in erster Linie auf mein ideelles Ziel, die Abhaltung der Akademie der Künste, ankomme.

H.

Bei Antwort wird um Angabe  
unseres Geschäftszeichens gebeten.

## Liste A

Angestellte des Magistrats, Abt. für Volkbildung  
 Dienststelle Abteilung Museen  
 Unterabteilung Akademie der Künste zu Berlin

Lfd. Nr.	Vor- und Zuname	Gebo- ren	Fami- lien- stand	Zahl der Kin- der bis zum voll- ende- ten 16. Le- bens- jahr	Zahl der Kin- der über 16 Jahre, soweit noch in Aus- bil- dung	Neue Ver- gü- tungs- gruppe	Neu- er Ver- gü- tungs- satz  RM	Höhe des Kin- der- zu- schla- ges
1	Alexander Amersdorffer	9.11. 1875	verw.	-	-	10	730	-
2	Alfred Körber	26.6. 1886	verh.	-	-	7	500	-
3	Walter Streiter	18.5. 1884	verh.	-	-	7	500	-
4	Elsa Ewerlien	23.1. 1898	led.	-	-	3	285	-
5	Otto Stolzmann	6.3. 1894	verh.	-	-	2	255	-
6	Josef Maiss	29.10. 1883	verh.	-	-	2	255	-

Berlin, den 10. Oktober 1945

Akademie der Künste zu Berlin

Im Auftrage

*A. Amersdorffer*



## Liste A

Angestellte des Magistrats, Abt. für Volksbildung  
 Dienststelle Abteilung Museen  
 Unterabteilung Akademie der Künste zu Berlin

Lfd. Nr.	Vor- und Zuname	Geboren	Familien- stand	Zahl der Kin- der bis zum voll- enden- ten 16. Le- bens- jahr	Zahl der Kin- der über 16 Jahre, soweit noch in Aus- bil- dung	Neue Ver- gütungs- gruppe	Neuer Ver- gütungs- satz  RM	Höhe des Kin- der- zu- schla- ges
1	Alexander Ameredorffer	9.11. 1875	verh.	-	-	10	730	-
2	Alfred Kürber	26.6. 1886	verh.	-	-	7	500	-
3	Walter Straiter	18.5. 1884	verh.	-	-	7	500	-
4	Elsa Ewerlitz	25.1. 1890	led.	-	-	3	285	-
5	Otto Stolzmann	6.3. 1894	verh.	-	-	2	255	-
6	Josef Maier	29.10. 1885	verh.	-	-	2	255	-

Berlin, den 10. Oktober 1945

Akademie der Künste zu Berlin

In Auftrage

*Qu.*

Liste A

Angestellte des Magistrats, Abt. für Volkshildung  
Dienststelle Abteilung Museen  
Unterabteilung Akademie der Künste zu Berlin

Lfd. Nr.	Vor- und Zuname	Geboren	Familienstand	Zahl der Kinder bis zum vollenden 16. Lebensjahr	Zahl der Kinder über 16 Jahre, soweit noch in Ausbildung	Neue Ver- gütungs- gruppe	Neuer Ver- gütungs- satz RM	Höhe des Kin- der- zu- schla- ges
1	Alexander Amerdorffer	9.11. 1875	verh.	-	-	10	730	-
2	Alfred Ertter	26.6. 1886	verh.	-	-	7	500	-
3	Walter Streiter	10.5. 1884	verh.	-	-	7	500	-
4	Else Dwerlich	25.1. 1898	led.	-	-	3	255	-
5	Otto Steinmann	6.3. 1894	verh.	-	-	2	255	-
6	Josef Haiss	28.10. 1883	verh.	-	-	2	255	-

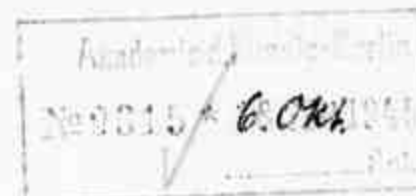
Berlin, den 10. Oktober 1945

Akademie der Künste zu Berlin

In Auftrage



Akademie der Künste zu Berlin



Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
6. Oktober 1945

Sehr geehrter Herr Neumann,

In meinem Schreiben vom 29. v. Mts. ( Gehaltsantragbegründung ) habe ich versehentlich das Alter des stellvertretenden Präsidenten Professor Dr. Georg S c h u m m a n n nicht richtig angegeben ( auf Seite 2 Z. 8 ). Er ist nicht 84 Jahre, sondern wird demnächst, am 25. d. Mts. 79 Jahre. Als gewissenhafter Chronist möchte ich dies berichtigen und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Zahl in dem Schreiben gefälligst korrigieren würden.

Mit besten Empfehlungen

Ch

Herrn

N e u m a n n

Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Volksbildung

Berlin C 2

Parochialstr. 1 - 3  
Stadthaus Zimmer 362

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
29. September 1945

*Kaizerb  
H: 20  
H. J. Prof.  
Am*

Sehr geehrter Herr Neumann!

Im Anschluss an unsere gestrige Besprechung übersende  
ich Ihnen anbei die ausführliche Begründung für den Antrag  
auf Gehaltseinstufung des Ersten Ständigen Sekretärs der Aka-  
demie.

Ein Durchschlag ist beigelegt.

Mit besten Empfehlungen

Ihr ergebener

*Am*



*King*

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
29. September 1945

Begründung  
des Gehaltsantrages für den  
Ersten Ständigen Sekretär  
und Senator Professor  
Dr. Amersdorffer

Die Tätigkeit des Ersten Ständigen Sekretärs und Senators der Akademie der Künste zu Berlin Professors Dr. Amersdorffer kann nach der Bezeichnung seines Amtes nicht ohne weiteres beurteilt werden. Diese Bezeichnung ist die Verdeutschung der vor langer Zeit ( die Akademie besteht seit 250 Jahren ) üblichen lateinischen Titulatur " secretarius primus perpetuus ".

Die Tätigkeit des Ersten Ständ. Sekretärs umfasst nach der Verfassung der Akademie folgendes:

I. Die gesamte Verwaltung der Akademie und die Aufsicht über deren Büro einschl. Vorschläge für die Anstellung der Beamten, ferner die Beaufsichtigung der Kasse ( ehrenamtlicher Kassenspfleger ).

II. Die Arbeiten, Protokolle, Berichte und sonstige Ausarbeitungen, die die Gesamtakademie, das Präsidium und interne Angelegenheiten der Akademie betreffen.

III. Sämtliche Arbeiten der Abteilung für die bildenden Künste, der umfangreichsten Abteilung der Akademie. Fachliche Gutachten, Protokolle, Berichte usw.

IV. Arbeiten für die drei Senate der Akademie ( bildende Künste, Musik und Dichtung ), denen der Erste Ständ. Sekretär als Mitglied angehört; er stellt dadurch die Verbindung zwischen den drei Senatsabteilungen her.

V. Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen der Akademie, besonders der Ausstellungen, Abfassung der Ausstellungskataloge und Leitung ihrer Drucklegung.

VI. Gelegentliche Herausgabe von grösseren oder kleineren Publikationen der Akademie.

Da der Präsident der Akademie immer ein Künstler ist, also in Verwaltungs- und ähnlichen Arbeiten nicht geschult,

An den  
Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung für Volksbildung

liegt die Hauptarbeit in der Akademie bei dem Ersten Ständ. Sekretär, dessen Tätigkeit eine sehr umfangreiche und vielseitige ist. Der Präsident ist in der Hauptsache der repräsentative Vertreter der Akademie. - Seit Jahren konnte nach Max von Schilling's Tode keine neuer Präsident gewählt werden, weil das nationalsozialistische Reichserziehungsministerium dies nicht zuliesse. Die Akademie hat deshalb z. Zt. nur einen stellvertretenden Präsidenten Professor Dr. Schumann ( 84 Jahre alt ).

Die gegenwärtige Zeit hat für den Ersten Ständ. Sekretär noch besondere Verpflichtungen mit sich gebracht, die Professor Dr. Amersdorffer nicht zuletzt mit Rücksicht auf das hohe Alter des stellvertretenden Präsidenten auf sich nehmen musste: Die Arbeiten für die Neu- Einrichtung der Akademie und für ihre Überführung in die neue Zeit. Diese Arbeiten, die ihn schon seit Juni d. Ja. voll beschäftigen, hat er allein unternommen und bisher durchgeführt. In seinen Händen liegt somit in Wirklichkeit die Leitung dieser Arbeiten wie die der gesamten Geschäfte der Akademie.

Da das Büro der Akademie wesentlich verkleinert ist, sind für den Ersten Ständigen Sekretär wie auch für die Angehörigen des Akademie-Büros die Arbeiten gegenüber der früheren Zeit vermehrt. Da ferner die Abteilungen für Musik und für Dichtung aus Ersparnisgründen vorläufig keine eigenen Sekretäre mehr erhalten sollen, erwächst für den Ersten Ständ. Sekretär hieraus die Pflicht, die Arbeiten dieser beiden Abteilungen, besonders der für Musik, mit zu übernehmen. - Durch die gegenwärtigen Zeitverhältnisse kommen schliesslich noch andere Arbeiten besonderer Art hinzu wie die Fürsorge für die Kunstwerke der Akademie, für ihre Registratur und ihr Archiv. Dieses Akademiejigentum befindet sich noch immer in dem Bergungsraum, der der Akademie bisher nicht zugänglich war.

Der Erste Ständ. Sekretär Professor Dr. Amersdorffer hatte nach Gruppe A 2 a bisher ein monatliches Gehalt von 965 RM und zuletzt ( einschliesslich der Zulagen für die Dienstzeit über das Alter von 65 Jahren hinaus ) von 1043 RM. Wir bitten ihm wenigstens die Vergütungsgruppe 11 mit 810 RM im Monat zu bewilligen.

Der Stellvertretende Präsident

*K. Gey Erwin*

*Amersdorffer*  
*V: 310*  
*W. Gey*  
Akademie der Künste zu Berlin

Berlin-Charlottenburg 2  
Hardenbergstr. 33  
29. September 1945

Begründung  
des Gehaltsantrages für den  
Ersten Ständigen Sekretär  
und Senator Professor  
Dr. Amersdorffer

Die Tätigkeit des Ersten Ständigen Sekretärs und Senators der Akademie der Künste zu Berlin Professors Dr. A m e r s d o r f e r kann nach der Bezeichnung seines Amtes nicht ohne weiteres beurteilt werden. Diese Bezeichnung ist die Verdeutschung der vor langer Zeit ( die Akademie besteht seit 250 Jahren ) üblichen lateinischen Titulatur " secretarius primus perpetuus ".

Die Tätigkeit des Ersten Ständ. Sekretärs umfasst nach der Verfassung der Akademie folgendes:

I. Die gesamte Verwaltung der Akademie und die Aufsicht über deren Büro einschl. Vorschläge für die Anstellung der Beamten, ferner die Beaufsichtigung der Kasse ( ehrenamtlicher Kassenspfleger ).

II. Die Arbeiten, Protokolle, Berichte und sonstige Ausarbeitungen, die die Gesamtakademie, das Präsidium und interne Angelegenheiten der Akademie betreffen.

III. Sämtliche Arbeiten der Abteilung für die bildenden Künste, der umfangreichsten Abteilung der Akademie. Fachliche Gutachten, Protokolle, Berichte usw.

IV. Arbeiten für die drei Senate der Akademie ( bildende Künste, Musik und Dichtung ), denen der Erste Ständ. Sekretär als Mitglied angehört; er stellt dadurch die Verbindung zwischen den drei Senatsabteilungen her.

V. Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen der Akademie, besonders der Ausstellungen. Abfassung der Ausstellungskataloge und Leitung ihrer Drucklegung.

VI. Gelegentliche Herausgabe von grösseren oder kleineren Publikationen der Akademie.

Da der Präsident der Akademie immer ein Künstler ist, also in \* Verwaltungs- und ähnlichen Arbeiten \* nicht geschult, liegt

An den  
Magistrat der Stadt Berlin

die Hauptarbeit in der Akademie bei dem Ersten Ständ. Sekretär, dessen Tätigkeit eine sehr umfangreiche und vielseitige ist. Der Präsident ist in der Hauptsache der repräsentative Vertreter der Akademie. - Seit Jahren konnte nach Max von Schillings Tod kein neuer Präsident gewählt werden, weil das nationalsozialistische Reichserziehungsministerium dies nicht zuließ. Die Akademie hat deshalb z. Zt. nur einen stellvertretenden Präsidenten Professor Dr. Schumann ( 84 Jahre alt ).

Die gegenwärtige Zeit hat für den Ersten Ständig. Sekretär noch besondere Verpflichtungen mit sich gebracht, die Professor Dr. Amerdorffer nicht zuletzt mit Rücksicht auf das hohe Alter des stellvertretenden Präsidenten auf sich nehmen musste: die Arbeiten für die Neu-Einrichtung der Akademie und für ihre Überführung in die neue Zeit. Diese Arbeiten, die ihn schon seit Juni d. Js. voll beschäftigen, hat er allein unternommen und bisher durchgeführt. In seinen Händen liegt somit in Wirklichkeit die Leitung dieser Arbeiten wie die der gesamten Geschäfte der Akademie.

Da das Büro der Akademie wesentlich verkleinert ist, sind für den Ersten Ständigen Sekretär wie auch für die Angehörigen des Akademie-Büros die Arbeiten gegenüber der früheren Zeit vermehrt. Da ferner die Abteilungen für Musik und für Dichtung aus Ersparnisgründen vorläufig keine eigenen Sekretäre mehr erhalten sollen, erwächst für den Ersten Ständ. Sekretär hieraus die Pflicht, die Arbeiten dieser beiden Abteilungen, besonders der für Musik, mit zu übernehmen. - Durch die gegenwärtigen Zeitverhältnisse kommen schliesslich noch andere Arbeiten besonderer Art hinzu wie die Fürsorge für die Kunstwerke der Akademie, für ihre Registratur und ihr Archiv. Dieses Akademieeigentum befindet sich noch immer in dem Bergungsraum, der der Akademie bisher nicht zugänglich war.

Der Erste Ständ. Sekretär Professor Dr. Amerdorffer hatte nach Gruppe A 2 a bisher ein monatliches Gehalt von 965 RM und zuletzt (einschliesslich der Zulagen für die Dienstzeit über das Alter von 65 Jahren hinaus) von 1043 RM. Wir bitten ihn wenigstens die Vergütungsgruppe 11 mit 810 RM im Monat zu bewilligen.

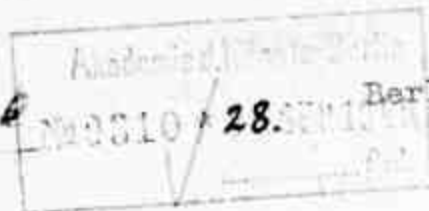
Der Stellvertretende Präsident

*Prof. Dr. Schumann*



Akademie der Künste zu Berlin

Herrn - Neumann



Berlin, den 28. September 1945

Heute Vormittag suchte ich auf an mich ergangene Aufforderung hin Herrn Neumann im Stadthaus auf um mit ihm die neu festzusetzenden Gehälter und den neuen Haushalt der Akademie für das kommende Quartal Oktober/ Dezember zu besprechen.

Nach den mir vorgelegten Unterlagen ( Gehaltsbestimmungen ) aus denen ich die neuen Gehaltsätze entnehmen konnte, setzte ich nach kurzer vorheriger Aussprache mit Herrn Neumann die Vorschläge der Akademie in die vorbereiteten von mir mitgebrachten Formulare ein, durchweg in Beträgen, die den früheren Gehältern ( abgesehen von meinem eigenen ) aus der Zeit vor April d. Js. in der Höhe mindestens gleichkommen. - Stolzmann und Maisner werden in Zukunft nicht mehr Lohn-, sondern der Einfachheit halber ebenfalls Gehaltsempfänger sein. - Bezüglich meines eigenen Gehalts sagte ich Herrn Neumann ausdrücklich, dass ich mich eines Vorschlags eigentlich enthalten möchte und die Entscheidung anheimstelle. Wir setzten dann bei mir die Gruppe 11 ein, die um 155 RM hinter meinem früheren normalen Gehalt und um 233 RM hinter meinem letzten Gehalt ( einschliessl. Zulagen ) zurückbleibt. Über diese Gruppe hat der Magistrat noch besonders zu entscheiden und bedarf hierfür einer eingehenden Begründung ( genaue Darstellung der Tätigkeit des betr. Beamten ), die ich nachliefern werde. - Vgl. über die Vorschläge der Akademie die Liste A.

Wir stellten dann zusammen den neuen Haushalt der Akademie für das Quartal Oktober/ Dezember 1945 auf, für den der Magistrat im Ganzen 20.000 RM zur Verfügung stellt, gegenüber 10.500 RM im vorigen Quartal. Über die Verteilung der 20.000 RM auf den Haushalt vergl. die Anlage. - Übersendung und Abschrift der endgültigen Aufstellung des Haushalts seitens des Magistrats an die Akademie wurde mir in Aussicht gestellt, eventuell auch nachträglich für das abgelaufene Quartal.



Akademie - Haushalt

für Oktober - November - Dezember 1945

I. Allgemeine Verwaltungskosten:

Gehälter . . . . .	rd.	9.600 RM
Geschäftsbedürfnisfonds . . . . .		1.000 RM

II. Besondere Verwaltungskosten:

Einsatzkräfte . . . . .	2.000 RM	für Hilfe
Ansatellungen . . . . .	1.000 RM	personal
Preise für Künstler . . . . .	1.000 RM	etc.
für die Abteilung für Musik . . . . .	2.500 RM	
für die Abteilung für Dichtung . . . . .	2.500 RM	

III. Anschaffungen

für Anschaffungen . . . . .	1.200 RM
Sammlungsgegenstände . . . . .	200 RM

zusammen	20.000 RM
	=====

Akademie - Haushalt

für Oktober - November - Dezember 1945

I. Allgemeine Verwaltungskosten:

Gehälter . . . . .	rd.	8.600 RM
Geschäftsbedürfnisfonda . . . . .		1.000 RM

II. Besondere Verwaltungskosten:

Einsatzkräfte . . . . .	2.000 RM	für Hilfe
Ausstellungen . . . . .	1.000 RM	personal
Preise für Künstler . . . . .	1.000 RM	etc.
für die Abteilung für Musik . . .	2.500 RM	
für die Abteilung für Dichtung . .	2.500 RM	

III. Anschaffungen

für Anschaffungen . . . . .	1.200 RM
Sammlungsgegenstände . . . . .	200 RM

zusammen	20.000 RM
----------	-----------

=====

<u>Exe. A.</u>		
Ann.	Aug. Jr. 11	870. -
Lo	9	650. -
Stee	8	570. -
Ew	4	325. -
Stoe *	2	255. -
Meij *	2	255. -

\* angesetzt 2. Juli 1871

Liste A

Angestellte des Magistrats Abt.für Volksbildung  
Dienststelle: Abteilung Museen Unterabteilung Akademie der Künste  
zu Berlin

Alexander Amersdorffer	9.11. 1875	verw.	-	-	11	870.-	-
Alfred Körber	26.6. 1886	verh.	-	-	9	650.-	-
Walter Streiter	18.5. 1884	verh.	-	-	8	570.-	-
Else Ewerlien	23.1. 1898	led.	-	-	4	125.-	-
Otto Stolzmann	6.3. 1894	verh.	-	-	2	155.-	-
Josef Maiss	29.10. 1883	verh.	-	-	2	155.-	-

Académie du Refuge  
 Pub. le 28. Sept. 45  
 Sur l'Europe  
 M.

[illegible]



Zu Liste A

Angaben über die Tätigkeit der in Liste A  
genannten Personen

1. Alexander A m e r s d o r f f e r , Dr. Professor  
Erster Ständiger Sekretär und Senator  
Als Leiter tätig für die Neu-Einrichtung der Akademie,  
erledigt alle grösseren schriftlichen Ausarbeitungen.
2. Alfred K ö r b e r , Akademie-Oberinspektor  
erledigt die gesamten Büroarbeiten und Haushaltssachen.
3. Walter S t r e i t e r , Rentmeister  
als Rentmeister obliegt ihm die Durchführung sämtli-  
cher Kassensachen
4. Else E w e r l i e n , Sekretärin  
erledigt sämtliche Schreibarbeiten, Führung der Kar-  
teien, Listen, der Registratur einschl. Termin-Kalen-  
der.
5. Otto S t o l z m a n n , Hausmeister  
Aufsicht über die Büroräume, Sichtung und Sicherstel-  
lung des geretteten Inventars, Botengänge
6. Josef M a i s s , Technische Hilfskraft  
technische Reparaturarbeiten, Hilfeleistung für den  
Hausmeister, Botengänge

for Life of

- [illegible]

Die Deutsche Arbeitsfront



Antragshilfeschreiben Nr. vom

Gauverl.:

DAF-Dienststelle oder Betrieb:

(Antragshilfeschreiben Nr. 10)

An

Stempel der Verwaltungsstelle	
an Gauverwaltung	von
Eingang	a. Ortsverl. Betrieb
Nur für Kreisverwaltung	

Als Anlage  
Unter-  
stützung zur weiteren Bearbeitung unter Beifügung  
der DAF-Mitgliedsunterlagen

Stempel und Unterschrift der  
DAF-Dienststelle oder des Betriebes

Name	Vorname	Geboren am	Beifügte Unterlagen	Nur für DAF. Art der Beförderung
1				
2				
3				
4				
5				
6				
7				
8				
9				
10				
11				
12				

1 und 2 sind weiterzuleiten. Blatt 3 dient als Beleg für  
antragshilfeschreibende Stelle. Benachrichtigung und Rückgabe  
der DAF-Mitgliedsunterlagen erfolgt mit Blatt 2. Etwa entnommene  
Unterlagen sind auf der Rückseite Blatt 2 vermerkt.

Form. Zbl. 282  
F 2042, E. 0201

Tag der Abfertigung

Tag der Berechnung

Unterschrift

L/H 8

Abteilung Museen

Volkshbildung

Akademie der Künste  
zu Berlin

1	Alexander Amerodorf	Erster Stän- diger Sekre- tär u. Senator	A 2 a	965.-
2	Alfred Körber	Akademie- Oberinspektor	A 4 b <sup>1</sup>	594.-
3	Walter Stroiter	Rentmeister	A 4 b <sup>2</sup>	568.-
4	Elsa Ewerlien	Sekretärin	Tarifordnung A VII	320.-
5	Otto Stolzmann	Hilfsbediener	Tarifordnung B Lohngr. B Orts- lohnstaffel 1b	42.- Wohn- lohn
6	Josef Maiss	Steinmetz- gehilfe	ausser Tarif	76.- Wohn- lohn

Akademie der Künste zu Berlin

z.Zt. Berlin-Charlottenburg2  
Hardenbergstr. 33  
den 19. September 1945J. Nr. ~~338~~ 338

Betr.: Vergleichswecke

Mit Bezug auf das Schreiben vom 14. d. Mts. geben wir  
nachstehend die gewünschten Angaben für die Akademie der Künste:  
- Akademie der Künste -

Zeit	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Bemerkungen
1938	7	6	6	
1.3. 1945	5	5	9	
		Verwaltungs- angestellte		
1.9. 1945	-	46	2	

- Akademische Meisteratelliers und Meisterschulen -

Zeit	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Bemerkungen
1938	6	5 (1)	1	(1) nebenamtlich
1.3. 1945	8	2 (1)	2	(1) tätig
1.9. 1945	-	-	-	(1) nebenamtl.tätig

An den  
Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung Museen  
(o) Berlin C 2  
Parochialstr. 1 - 3

Der Präsident  
Im Auftrage



Magistrat der Stadt Berlin  
Abteilung Museen

Berlin C-2, den 14.9.45.  
Feroehiselstr. 1-3  
Reg/Go/310/45

Betr. Vergleichszwecke

Unseitige Bekanntmachung mit der Bitte um Kenntnisnahme und  
Angabe der diesbezüglichen Meldung bis zum 25.9.45.

Verteiler:

Staatliche Museen  
Museum für Naturkunde  
Museum für Meereskunde  
Geologisches Museum  
Botanischer Garten  
Akademie der Künste

*M. Ritzke*

Abteilung für Finanz- u. Steuerwesen  
Stadtkämmerer

Betr.: Vergleichszwecke

- Es wird um nachstehende Angaben ersucht:  
Zahl der Beschäftigten Beamten, Angestellte und Arbeiter
- a) in einem beliebigen Monat des Jahres 1938,
  - b) in einem Monat des Jahres 1945 vor der Okkupation,
  - c) am 1.9. 1945 (Verwaltungsangestellte und Arbeiter).

Dr. Siebert

riek

In die  
Abteilungen der Hauptverwaltungen

Berlin, den 4. September 1945

Akademie der Künste zu Berlin

Aktennotiz!



Berlin, den 7. September 1945

Am heutigen Tage sprach ich gegen 11 Uhr bei Herrn  
P a l l u t h vor. Er machte mich mit seinem Mitarbeiter  
Herrn N e u m a n n bekannt, von dem ich die Gehälter für  
Juli in Höhe von 1.900 RM ~~erhielt~~ ausgezahlt erhielt.

Gleichzeitig wurde mir ein Schreiben übergeben, in  
dem zu einem Kurzkursus<sup>+</sup> für die von der Abteilung Volksbildung  
beim Magistrat der Stadt Berlin in Obhut genommenen Reichs-  
und Landes-Dienststellen aufgefordert wird. Die Kassenleiter  
sind zu melden.

+ über Kassen- und Rechnungswesen.

320

4. April 1945

J. Nr. 161 K8/Ew

Ihre schriftliche Meldung haben ~~Sie~~ zur Kenntnis genommen. Eine Rückfrage im Keller bei Herrn Ulrich hätte Ihnen den richtigen Weg gewiesen.

Wir erwarten, dass Sie sich umgehend zum Dienstantritt melden.

Der Präsident  
Im Auftrage



Frau

Helene B e h m

(1) Berlin SO 36  
Manteufelstr. 108

B

Arbeiter:

H. 22. 1896  
Berlin 9/136

1  
Münchenstraße 108

Postkarte

POSTLEITZAHN



Sei froh, dich zu sehen  
zu hundert Jahren.  
Denn du bist die  
Königin der Erde.  
Hast du nicht dich  
so oft zu hundert Jahren  
mit so vielen Menschen  
in der Welt gesehen?  
Wir wollen ihm den Teil abnehmen,  
Den wir ihm abnehmen können.

Der Führer kennt nur Kampf,  
Arbeit und Sorge.

H. 22. 1896  
Berlin 9/136  
3

Arbeiter d. Eisenbahn

Postkarte  
Berlin 9/136  
(1)  
Postleitzahl 108

Im Auftrag  
des Vorstandes

Das deutsche Reich hat sich zu einem  
einigen Volk zusammengeschlossen.  
Wir erwarten, dass das Reich  
sich zu einem  
einigen Volk zusammengeschlossen.



11/11/43

11/11/43

321  
Hr. Prof. Dr. J. Künze  
Lohn 2. Vork. d. Linsen 3  
Da ich gestern erst 1 mm ausgetrieben  
habe, so muss ich bitten, mich  
mitzuteilen, wie es mit dem  
Guss gelaufen ist.  
Gut. Gilt  
fr. Bekm  
Lohn 2. Vork. d. Linsen 3  
Hr. Prof. Dr. J. Künze  
Lohn 2. Vork. d. Linsen 3  
Hr. Prof. Dr. J. Künze  
Lohn 2. Vork. d. Linsen 3

11/11/43

PA.

Der Reichsminister  
der Wissenschaft, Forschung  
und Volksbildung  
Z. I. b. 72/45 (b)

322  
Berlin, den 27. Februar 1945  
Abteilung  
Akademie  
11/11/43

Der Reichsminister des Innern  
Z. I. b. 3253/44  
6175/5

An die Obersten Reichsbehörden (ohne DKB),  
den Preussischen Ministerpräsidenten,  
den Reichsbankdirektorium

Nachrichtlich dem Oberkommando der Wehrmacht

Betrifft: Ernennung und Beförderung von vermissten Beamten

Nach Mitteilung des Oberkommandos der Wehrmacht und der Führer  
befehl, dass Beförderungen bei vermissten oder in Kriegsgefangenschaft  
befindlichen Wehrmachtangehörigen ab sofort bis nach Kriegsende auszu-  
setzen sind. In der Befehlsgang dieses Führerbefehls hat der Chef des  
Oberkommandos der Wehrmacht angeordnet, dass die 1. und 2. von Ver-  
ordnung über die Beförderung während des Krieges gefälligen, außer-  
ordentlich oder vermissten Soldaten von 1. Oktober 1941 bis 31. März 1942  
und 1. April 1942 der Verordnung über die Beförderung und Beförderung des Wehr-  
während des Krieges von 21. September 1941 bis 31. März 1942, der ver-  
missten Soldaten um Beförderungsbefehl für die Dauer des Krieges sein An-  
stellung sehr finden. Bei Erfüllung der Beförderungsvoraussetzungen  
sind die Verordnungen einzuwirken und bei den für die Beförderung  
zuständigen Dienststellen bei den Dienststellenplanen einzuwirken.

In Vertretung  
gez. Dr. Stuckart

Abschrift übersandt ist unter Bezugnahme auf den Befehl des  
1. November 1941 - Z. I. b. 311/41 - zur Beförderung der vermissten  
oder in Kriegsgefangenschaft befindlichen Wehrmachtangehörigen  
an die in dem Befehl angegebenen Dienststellen.

In Vertretung  
gez. Dr. Stuckart

4  
Joh  
Lohn, 2. Vork. d. Linsen 3  
1. Prof. Dr.  
J. Künze



H. Präs. d. Akademie der Künste, Berlin

B1

Aushändigung der Arbeitsbücher

Das Arbeitsbuch erhalten zu haben, bescheinigt:

N a m e	Datum	Quittung
1. von Keussler		
2. Fricker	26.11.43	Fricker
3. Meilinger		
4. Fischer	26.11.43	Fischer
5. Kempin	15.12.43	Kempin
6. Ewerlien	26.11.43	Ewerlien
7. Gerdau	14.12.44	Gerdau
8. Ulrich	1.4.44	Ulrich
9. Stolzmann		Stolzmann
10. Rathmann	16.12.43	Rathmann
11. Massel	26.11.43	Massel
12. Maiss		
13. Lindenblatt		
14. Drawitz	Wk. m. Frau	Drawitz
15. Dübel	5.7.44	Dübel
16. Gerdau	26.11.43	M. Gerdau

Euchbinder Walter hat bereits sein Arbeitsbuch.

Herrn von Wolfurts Arbeitsbuch lag nicht im Depot.

BA

Der Reichsausschuss  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

41302

Der Reichskreisbinder  
für den öffentlichen Dienst  
Nr. 11/XXV S. 2 A. 442

March 10, 1945, Feb. 25, December 1, 1945

№3124/05 M0210

સંપ્રદેશવાચકી,

[illegible]

Beobachtung: Unschwerfällige Untersuchung von Gefäßverengungen  
in Gefäßblenden Blau.

zur Bekämpfung von Zweifeln, welche Behandlung der mitte auf 1944  
verwirklichte bei Umsetzung von Folgenhaftigkeit. In der Zeit der  
wirtschaftlich erträgt, wobei ich auf den Komplex des Generalisierungs-  
mühtigsten für den Arbeitsmarkt betreffend. Über betriebliche Ver-  
setzung von Kräften in Rahmen des ersten Arbeitsmarktes von 1944  
1944 (Arbeitsmarkt, Nr. 11/1944 S. 139) hat.

1944 (Jahrbuchrechtst. Nr. 11/1944 S. 1 395) 242.  
 Es zu vermeiden, daß Arbeitskräfte durch Aufnahme des sozialen  
 Dienstzeugnisses den Anspruch auf ein altes Arbeitsverhältnis ver-  
 lieren, bildet der Generalvollmachtigte für den Arbeitgeber in ab-  
 hängigen Rahmen die Umsetzung von Arbeitskräften, die in einem be-  
 stimmten Arbeitsverhältnis stehen, nur in Wege der Dienstverpflichtung  
 an. Legitimiert wird diese Lösung des bisherigen Beschäftigungsgehalts  
 dieses vorzunehmen.

dieses vorzunehmen.  
 Soweit jedoch Umkehrungen bereits ohne Dienstverpflichtung  
 durchgeführt worden sind, erklärt sich der Generaloberinspektor  
 der Landeswehr als mit auftretenden Schwierigkeiten in Bezug  
 auf die Aufrechterhaltung der bisherigen Beschäftigungsverhältnisse  
 auf die Aufrechterhaltung des bisherigen Beschäftigungsverhältnisses  
 und in Bezug auf Vornahme von Entlassungen mit der nachträglichen Dienst-  
 verpflichtung abzustimmen.

Jan 1964 - 1965

Mr. Melcher

an die Obersten Reichsbehörden und die LAR.

Abgefragt über seine Kenntnisse und mit dem Botschafter, der  
den Botschafter zu dem Botschafter

Wiederholung: Briefe werden nicht im MELBERG veröffentlicht

12. *Amphispiza bilineata*  
13. *Amphispiza bilineata*



Als die kleinen Vorkörper der unmittelbaren  
unbegleiteten Zeller- und  
planetarischen Planeten teilten

a) der Hauptabteilung Wissenschaft des Reichs  
 in der Abteilung des Generalgouvernements  
 in Berlin, Außenring 40.  
 b) des Herrn Deutschen Staatsminister für Handel  
 und Währungen in Paris IV  
 -Deutsche Dienststelle (Ständes-Sachen)-

Berlin

London, R. W. Higgins  
s. J. P. R. K.  
J. R.  
A. M.

325

24. Januar 1945

An den  
Herrn Reichsminister für Wissenschaft,  
Erziehung und Volksbildung  
Berlin W 8

J. Nr. 1 K8/Ew

Betr.: Jüdische Mischlinge und jüdisch Ver-  
sipppte im öffentlichen Dienst

Mit Bezug auf den Erlass vom 28. Dezember v. Js. -  
Z I b 876/44 II (b) - erstatten wir Fehlanzeige.

Der Präsident  
Im Auftrage



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
S. I. b. 575/44 II. (b).

Berlin / 8, den 26. Dezember 1944  
Postfach

Vertraulich

Abdruck  
Nr. 12345  
in offiziellem  
Verkehr

Betr.: Jüdische Mischlinge und jüdisch Versippte im öffentlichen  
Dienst.

Nach dem Erlass des Reichsministers des Innern vom 16. November 1944 - III a 5354/44 - 6100 a - an die Behörden der Innenverwaltung werden jüdische Mischlinge 1. Grades und mit Volljuden oder jüdischen Mischlingen 1. Grades verheiratete Volksgenossen zur Zeit von der Arbeitseinsatzverwaltung zu bestimmten Arbeiten ausschließlich eingesetzt. Von diesem Einsatz sind nach einem Befehl des Reichsführers SS Beamte, sowie Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes ausgenommen, die in der genannten Art rassistisch belastet sind. Es sei hier vorausgesetzt, dass diese Dienstkräfte nicht mehr in Schlüsselstellungen, sondern nur noch auf Arbeitsplätzen beschäftigt werden, an denen sie keinerlei Gefahr bilden.

Um einen Überblick über die in meinem Machtbereich noch vorhandenen jüdischen Mischlinge und jüdisch Versippten zu erhalten, ersuche ich Sie bis zum 1. Februar 1945, gesondert nach der Art der rassistischen Belastung und auf besonderen Wegen für jeden Verwaltungszweig und jede Schulart, anzuzeigen, welche Beamten, Angestellten und Arbeiter noch beschäftigt sind, die entweder selbst jüdische Mischlinge 1. oder 2. Grades oder mit Jüdinnen oder jüdischen Mischlingen 1. oder 2. Grades verheiratet sind. Dabei ist das beigefugte Muster zu benutzen. In den Spalten 1-8 des Musters sind die persönlichen der betreffenden vor dem Zeitpunkt einer Änderung ihres Arbeitseinsatzes aus rassistischen Gründen anzugeben. Der Übersicht ist der Stand vom 1. Januar 1945 zugrunde zu legen. Beihilfswise ist erforderlich.

Von einer öffentlichen Bekanntgabe oder einer Erörterung dieses Erlasses in den Amtsblättern oder in der Presse ist abzusehen. Dieser Erlass wird nicht in BBlwBl. veröffentlicht.

In Vertretung  
des Staatssekretärs  
g. v. Gelfender



geprüft:

An die Oberpräsidenten der Länder  
(insbes. Preußen),  
die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,  
die Herren Vorsteher der Landesregierungen und Provinzialverwaltungen,  
sowie die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen und Provinzen.  
Anschließend an die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der  
Regierung des Generalgouvernements in Krakau,  
Adenring 40.  
Des Weiteren Reichsstatthalter in Böhmen und Mähren, Prag  
- Deutsche Reichspost München - München -

B1

Voraussetzung: das Jahr 1945 beschäftigt

der  
des  
Schulart, Schuljahr, Schuljahr

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12

Indischen Sprachlinge und jidisch Verstepten

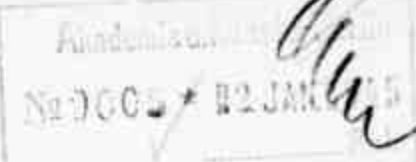
**Keywords:** child sexual abuse; disclosure; social support; coping strategies

(Verf.-Monat bezw. -Jahr)

Arbeitsgebiet Unterrichtsfach, Forschungsgebiet, Verwaltungs- oder sonstige Tätigkeit	Arbeitseinsatzänderungen				Bemerkungen: a) Ursachen der Änderun- gen und Sonderent- scheidungen (Erl. u. Verfg. angeben) b) sonst. Besonderheiten des Falles
	bereits voll- zogen	beabsichtigt	vorgese- hene Vor- wendung	Zeit- punkt der Umset- zung	Zeit- punkt der Um- set- zung
8	9	10	11	12	13

3. ein Briefschiff

Brief über Veränderungen  
von Beamten und Lehrern,  
die Mitglieder der NSDAP sind.



V. 22.2.36 - 158 -

1. Eintrag.

2. Jhr. Berlin, 12.1.1936

Se. Majestät

Alte.

B1

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung;

B 1 b 717 III (a)

Berlin W 8  
Postfach

12. 11. 1942  
Akademie der Künste

№ 1621 \* 27. NOV. 1942

Betreff: Zurrahensetzung von Beamten, die die Altersgrenze überschritten haben.

Die Zweite Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamtenrechts vom 9. Oktober 1942 (§ 3 Abs. 1) - RSBl. I S. 580 - bietet zwar die Möglichkeit, Beamte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, ohne ihren Antrag und ohne daß sie dienstunfähig sind, in den Ruhestand zu versetzen. Die Heranziehung und Ausschöpfung aller verfügbaren Kräfte für den totalen Kriegseinsatz verbietet es jedoch, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, wenn der Beamte noch körperlich durchaus tüchtig ist und im Dienst verbleiben will.

- An
- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
  - b) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,
  - c) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preussischen Dienststellen.

Nachrichtlich

- a) der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der Regierung des Generalgouvernements in Krakau, Außenring 40,
- b) des Herrn Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren in Prag (V - Deutsche Dienstpost Böhmen-Mähren).

H. Präs. d. Akad. d. Künste

B 1



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z I b 786

Berlin W 8, den 27. Oktober 1944  
Postfach

№ 0924 \* HINDENBURG

Abschrift.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan  
Der Generalbevollmächtigte  
für den Arbeitseinsatz  
Vie 5551/112

Berlin SW 11, den 12. Okt. 1944  
Saarlandstr. 96

Schnellbrief!

Betrifft: Lösung des Arbeitsverhältnisses von Gefolgschaftemitgliedern des Reiches, der Länder, der Gemeinden (Gemeindeverbände und der Deutschen Reichsbank; hier: Meldung an das Arbeitsamt.

Nach § 1 der 2.DVO. zur Arbeitsplatzwechsel-Verordnung vom 7. März 1942 (RGBl. I S. 126) bedarf es nicht der Zustimmung des Arbeitsamts zur Lösung von Arbeitsverhältnissen, wenn Leiter von Verwaltungen des Reiches, der Länder, der Gemeinden (Gemeindeverbände) und der Deutschen Reichsbank ihren Gefolgschaftsmitgliedern kündigen. Demzufolge bedürfen die Leiter der genannten Verwaltungen auch bei Einigung über Lösung von Arbeitsverhältnissen ihrer Gefolgschaftsmitglieder keiner Zustimmung des Arbeitsamts nach der 2.DVO. zur Arbeitsplatzwechsel-Verordnung vom 11.8.1944 (RGBl. I S. 176); ich verweise hierzu auf meinen Erlaß vom 15.8.1944 - Vie 5551/85 - (RARBBl. S. I 310).

Ausscheidende Gefolgschaftsmitglieder der genannten Verwaltungen werden deshalb von den Arbeitsämtern für den weiteren Arbeitseinsatz erst dann erteilt, wenn die Arbeitsbuchanzeigen über die Beendigung der Beschäftigung gemäß den §§ 12, 16 der Verordnung über das Arbeitsbuch vom 22. April 1939 (RGBl. I S. 824) beim Arbeitsamt eingehen. Die Arbeitsbuchanzeigen gehen aber den Arbeitsämtern erst nach dem Ausscheiden der Gefolgschaftsmitglieder zu. Wie die Erfahrung lehrt, kommen auch die ausscheidenden Gefolgschaftsmitglieder ihrer Meldepflicht für den Einsatz nach § 3 der Arbeitsplatzwechsel-Verordnung vom 1.9.1939 (RGBl. I S. 1685) nur in den seltensten Fällen nach. Aus dem öffentlichen Dienst ausscheidende Gefolgschaftsmitglieder werden daher oft beträchtliche Zeit dem Arbeitseinsatz entzogen; dies gilt insbesondere für Gefolgschaftsmitglieder, die aus dem öffentlichen Dienst fristlos entlassen worden sind. Ein solcher Arbeitsverlust kann aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen unter keinen Umständen verantwortet werden.

Unterschrift.

An die Obersten Reichsbehörden.

Ich

- An
- die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
  - die Herren Vorsteher der unmittelbar nachgeordneten Reichs- und Preuß. Dienststellen.

B1

Ich ersuche ausscheidende Gefolgschaftsmitglieder sofort dem Arbeitsamt zu melden. Die Meldung ist schon vor dem Ausscheiden zu erstatten. Sobald der Zeitpunkt für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses feststeht. In der Meldung ist Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Wohnort und Wohnung, Beruf und berufsmässige Kenntnisse (vgl. Seite 2 des Arbeitsbuches) des ausscheidenden Gefolgschaftsmitgliedes, sowie der Zeitpunkt des Ausscheidens anzugeben.  
Dieser Erlass wird nicht in MBLWSV. veröffentlicht.

Im Auftrage  
des. Sachbearbeiter

Beglaubigt:



Angestellte

*H.*  
*Joh.*  
*Lehrer, L. W. Hermann, Wray*  
*Dr. P. P. P.*  
*L. h.*  
*Qy*

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Berlin W. 8, den 10. November 1944  
Postfach

1 1 5 512 (a)

Vertraulich  
Nr. 9988 \* 15. NOV. 1944  
Ant.

Betrifft: Ernennung und Beförderung von vermissten Beamten.

Im Nachgange zum Erlasses vom 2. Oktober 1944 - 2 I B 726/44-...

Der Reichsminister des Innern hat für den Bereich der allgemeinen und inneren Verwaltung nunmehr bestimmt, daß alle Ernennungen und Beförderungen von Beamten, die - gleichgültig wann und wo - vermisst oder in Kriegsgefangenschaft geraten sind, vorläufig unterbleiben sollen, auch wenn die Voraussetzungen der Verordnung vom 23. September 1942 (RGBl. I S. 555) erfüllt sind.

An

- die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,
- die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preussischen Dienststellen.

Nachrichtlich

- der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der Regierung des Generalgouvernements in Krakau, Außenring 40,
- dem Herrn Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren in Prag

H. Präses d. Akad. d. Künste

B1

332

Ich ordne daher nach dem weissen Geschäftsabzeichen an, daß solche Ernennungen und Beförderungen keinesfalls nicht mehr durchgeführt werden.  
Dieser Erlaß wird nicht im MBlWV veröffentlicht.

von: B. G. H. t.



gezeichnet:

gestellt:

*Handwritten notes and signatures:*  
H. G. H. t.  
H. G. H. t.  
H. G. H. t.  
H. G. H. t.  
H. G. H. t.

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

21. 10. 1944

Berlin, W. G., den 21. Oktober 1944



№ 0845 \* 190K1.1944

Vertraulich:

Betrifft: Ernennung von Beförderungswürdigen Beamten.

Entsprechend einer von dem Reichsführer SS als Reichsminister des Innern für den Bereich der allgemeinen und inneren Verwaltung getroffenen Entscheidung erlaube ich auch für meinen Geschäftsbereich an, daß von einer Beförderung von Beamten, die seit dem 1. Juni 1944 in Verhaftung oder in Verhaftungsschiff geraten sind, grundsätzlich abgesehen ist. Die Entscheidung über Anträge auf Beförderung solcher Beamten wird zunächst bis auf weiteres ausgesetzt.

Soweit hiernach Ernennungen und Beförderungen von verhafteten Beamten noch vorgenommen werden können, stelle ich zur Klärung entstandener Zweifel folgendes fest:

Durch die Umstellung der Verhaftetenbezüge auf Friedensgehälter und Kriegsbezüge (Erlaß des RMV vom 2.6.1943 - RMV-S.134 -) hat sich an den Voraussetzungen für die Ernennung und Beförderung von verhafteten Beamten nichts geändert. Für diese gilt ausschließlich die Verordnung vom 25. September 1942 (RGBl. I S. 363). Ernennungen und Beförderungen von Verhafteten nach den allgemeinen Beförderungsvorschriften, auf Grund von Dienstalterslisten und dgl. sind, sofern nicht die Voraussetzungen der VO. vom 25. September 1942 vorliegen, nicht zulässig. Inwiefern etwaige Härten, die sich hieraus für zur Zeit verhaftete, aber nach Beendigung des Krieges zurückkehrende Beamte ergeben können, auszugleichen sind, muß späterer Regelung vorbehalten bleiben.

Dieser Erlaß wird nicht im MBlWV veröffentlicht.

In Vertretung  
gez. Hauptabteilung



gezeichnet:

gestellt:

- An:
- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
  - b) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,
  - c) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preussischen Dienststellen.

Wachrichtlich:

- a) der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der Regierung des Generalgouvernements in Krakau, Außenring 40,
- b) dem Herrn Deutschen Staatsminister für Kultur und Unterricht in Prag IV.

H. Präs. d. Akad. d. Künste

*Handwritten notes and signatures:*  
H. G. H. t.  
H. G. H. t.  
H. G. H. t.  
H. G. H. t.  
H. G. H. t.

B1

Sicherungsverfilmung

Landesarchiv Berlin

# Preußische Akademie der Künste

Band:

I /

184

- - Ende - -